

# Das Parlament

Berlin, Dienstag 22. Mai 2018

www.das-parlament.de

68. Jahrgang | Nr. 21-23 | Preis 1 € | A 5544

**KOPF DER WOCHE**

## Erster Etat des Neuen

Olaf Scholz Das war zu erwarten: Kurz, bündig und zunächst im Buchhalterstil sprach der neue Finanzminister in der Haushaltswoche über die Zahlen des Bundes für 2018. Olaf Scholz (SPD) legte dem Plenum seinen ersten Etatentwurf vor. Die Bundesregierung verfolge eine „solide“, „sozial gerechte“ und „zukunftsorientierte“ Haushaltspolitik, sagte der 59-Jährige. Er stellte sich



ganz in die Kontinuität der Politik der „Schwarzen Null“ von Amtsvorgänger Wolfgang Schäuble (CDU), was nicht jedem in der SPD gefällt. Beim Thema Europa präsentierte sich der bisherige Erste Hamburger Bürgermeister lebhafter und als Vizekanzler: „Europa ist für Deutschland das wichtigste nationale Anliegen“, sagt Scholz. Das Problem sei nicht die Stärke, sondern die Schwäche der EU. Der Hamburger SPD-Politiker Johannes Kahrs fand die Rede des Ministers „für seine Verhältnisse relativ lebhaft“.

**ZAHLE DER WOCHE**

772,1

Milliarden Euro sollen laut jüngster Schätzung die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen 2018 sein. Das sind allein in diesem Jahr 7,8 Milliarden Euro mehr als bei der letzten Steuerschätzung angenommen. Bis 2022 soll das Steueraufkommen auf 905,9 Milliarden Euro steigen.

**ZITAT DER WOCHE**

»Wir sollten etwas Gutes für die Bienen tun.«

Angela Merkel, Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende, zum Schluss ihrer Rede in der Generaldebatte im Bundestag. Sie verwies auf den Weltbienentag am 20. Mai.

**IN DIESER WOCHE**

**THEMA**  
**Interview** Die Grünen-Haushälterin Anja Hajduk im Gespräch Seite 2

**THEMA**  
**Verteidigung** Ministerin Ursula von der Leyen (CDU) will mehr Geld Seite 8

**EUROPA UND DIE WELT**  
**Irak** Bei der Parlamentswahl siegte überraschend ein neues Bündnis Seite 11

**KEHRSEITE**  
**Rechnungshof** Die Prüfer wachen streng über die Finanzen des Bundes Seite 12

**MIT DER BEILAGE**



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
60268 Frankfurt am Main



# Geld-Welle rollt

**GENERALDEBATTE** Differenzen in der Großen Koalition wegen Asyl und Armee

**F**rüheren Finanzministern und Kanzlern trieb das Wort „Steuerschätzung“ oft Sorgenfalten ins Gesicht. Seit dem Etatsabschluss 2014 ist alles anders. Die „Schwarze Null“ steht und wankt nicht. Im Gegenteil: Die Staatskassen werden mit Geldwogen überspült. Über Ursachen des Milliardensegens und die Konsequenzen daraus gingen die Meinungen in der Haushaltswoche des Bundestages diametral auseinander. Die Koalition will sich in Europa spendabel zeigen und soziale Leistungen verbessern. Die Opposition will mehr investieren oder sogar Steuern senken. Am radikalsten formuliert dabei die AfD, für die die hohen Steuereinnahmen (Details siehe Text unten) nichts anderes sind als „Ausbeutung des Steuerzahlers nach Gutsherrenart“.

Eine Bilanz der Generalausprache zum Etat der Bundeskanzlerin in der vergangenen Woche zeigt: Die Zeiten des Kammermens der letzten Legislaturperiode sind vorbei; der Ton ist scharf geworden. Mit einer durchgehend forschenden, streckenweise auch polemischen Rede eröffnete AfD-Oppositionsführerin Alice Weidel die Debatte. Sie warf der Koalition „Tarnen und Täuschen“ vor. Im Bundeshaushalt würden nicht alle Ausgaben aufgeführt. So würden 30 Milliarden Euro, die Deutschland nach Brüssel transferiere, im Budget ebenso verschwiegen wie die Haftungen für andere Länder und Garantien für Euro-Rettungsfonds – „ganz zu schweigen von den Target 2-Salden, mit denen wir unsere Exporte selbst bezahlen“. Eine „absurde Steuerpolitik“ belastet kleine und mittlere Einkommen. „Während die Infrastruktur dieses Landes zerfällt, der Staat seine Bürger nicht mehr schützen kann, fließen Abermilliarden in die Aufnahme und Alimentierung illegaler Einwanderer und in die Sozialsysteme.“ Das sei keine zukunftsorientierte Politik, kritisierte Weidel und fuhr fort: „Burkas, Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern.“

**Ordnungsruf** Für diese Bemerkung, die zu tumultartigen Szenen bei den anderen Fraktionen geführt hatte, bekam die AfD-Politikerin von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) einen Ordnungsruf. Weidel diskriminiere alle Frauen, die ein Kopftuch tragen würden, sagte Schäuble. Der Einspruch der AfD-Politikerin wurde vom Bundestag zurückgewiesen.

## Spielräume werden noch größer

**ECKWERTEBESCHLUSSE** Bund macht keine neuen Schulden. 43 Milliarden Euro für »prioritäre Maßnahmen«

Die Ergebnisse der jüngsten Steuerschätzung Anfang Mai dürften den Koalitionären gefallen haben. Zwischen 2018 und 2022 können Bund, Länder und Gemeinden laut den Experten im Vergleich zur Schätzung aus dem November 2017 mit Steuermehreinnahmen von 60 Milliarden Euro rechnen. Für den Bund ergibt sich damit nach Darstellung des Bundesfinanzministeriums ein unverplanter Spielraum von 10,8 Milliarden Euro bis 2022. Zwar prognostizieren die Schätzer für den Bund Mehreinnahmen von 30,7 Milliarden Euro, die Bundesregierung hatte in ihrer Haushaltsplanung für 2018 sowie in ihrem Eckwertebeschluss für den Etat 2019 und die Finanzplanung bis 2022 allerdings auch schon mit höheren Einnahmen gerechnet (siehe Seite 4).

**Teils verplant** Mit der vorgelegten Etatplanung (19/1700) für dieses und vor allem für die Haushalte 2019 bis 2021 will die Bundesregierung die sogenannten prioritären Maßnahmen des Koalitionsvertrages umsetzen. Zwischen 2019 und 2021 sieht die Bundesregierung dafür – ohne die neuen Ergebnisse der Steuerschätzer – Spielräume in Höhe von 43 Milliarden Euro.



Geld ist reichlich vorhanden, jedenfalls in der Staatskasse.

© picture-alliance/Keystone/Keystone: Stephan Roters

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ging in ihrer Rede auf die Vorwürfe der Oppositionsführerin nicht ein. Sie nutzte die Debatte zu einer generellen Darstellung ihrer Politik und streifte auch den Haushalt nur kurz, der angesichts der Schuldenreduzierung „Generationengerechtigkeit pur“ sei. In der Europapolitik sprach sie sich für den Umbau des Euro-Rettungsfonds ESM zu einem Währungsfonds aus. Die Kanzlerin warnte vor einer Schwächung der deutschen Autofirmen. Deren Investitionsfähigkeit müsse erhalten bleiben. Merkel bedauerte die Kündigung des Atomabkommens mit dem Iran durch die USA. Sie bekannte sich zur Verantwortung für die europäische Nachbarschaft und nannte besonders Syrien und Afrika. Zugleich sprach sie sich für Regelung und Steuerung der Migration aus. Auf die Kritik aus der SPD an den geplanten Ankerzentren, aus denen abgelehnte Asylbewerber nach kurzem Verfahren

»Wir packen die großen Themen an und wir handeln.«  
Andrea Nahles (SPD)

ren abgeschoben werden sollen, reagierte sie mit dem Hinweis: „Ich finde, jetzt sollten wir auch alle dazu stehen.“ Merkel sprach sich auch für größere Investitionen in das Militär aus. Es gehe „nicht um Ausrüstung, sondern es geht ganz einfach um Ausrüstung“. Die SPD-Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles reagierte ablehnend. In den letzten Jahren seien die Mittel für Verteidigung nicht einmal ausgeschöpft worden. Die SPD-Politikerin lobte die Beschlüsse zu Verbesserungen in der Pflege und zusätzliche Stellen bei Justiz und Polizei. Der Rechtsstaat werde nicht aufgegeben. „Wir packen die großen Themen an und wir handeln“, versicherte Nahles.

FDP-Fraktionschef Christian Lindner erinnerte, 2007 hätten die Gesamteinnahmen 540 Milliarden Euro betragen, 2020 würden es 905 Milliarden sein. Es hätte nicht nur eine „Schwarze Null“ geben dürfen, sondern Überschüsse seien „möglich und

nötig“. Lindner verlangte Steuersenkungen: „Wir können es uns nicht leisten, die höchsten Steuersätze der Welt zu haben.“ Sahn Wagenknecht (Linke) begrüßte Merks Kritik an der Iran-Politik des amerikanischen Präsidenten Donald Trump. Eine eigenständige und selbstbewusste europäische Außenpolitik fordere die Linke schon lange. Wagenknecht kritisierte die zu geringen Investitionen und sagte, diese „grandiose Mannschaft von schwarzen und roten Nullen“ schaue zu, wie Straßen, Brücken und öffentliche Gebäude verrotten würden. Katrin Göring-Eckardt, Fraktionsvorsitzende der Grünen, sagte, der Haushalt sei gefangen in den alten Routinen. Unzureichend seien die geplanten Maßnahmen gegen steigende Mieten und den Wohnungsmangel. Volker Kauder, der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, ging auf die „Kopftuchmädchen“-Äußerung von Weidel ein: Wie die AfD-Politikerin über andere Menschen gesprochen habe, habe nichts mit einem christlichen Menschenbild zu tun. „Was Sie heute gemacht haben, ist das glatte Gegenteil davon, und dafür sollten Sie sich schämen“, so Kauder. Hans-Jürgen Leersch

**EDITORIAL**

## Hanseat in Schwarz

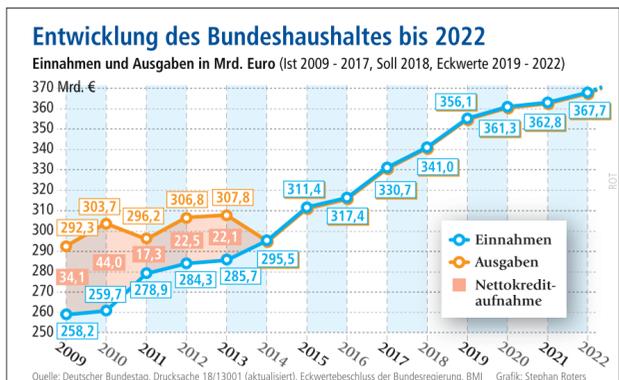
VON JÖRG BIALLAS

Die Häme ließ nicht lange auf sich warten: Als „Rote Null“ wurde der neue Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) verspottet, weil er die „Schwarze Null“ in seinem Entwurf des Haushaltes für das laufende Jahr fortschreiben will. Scholz, emotional verbunden mit den Hansestädten Osnabrück, wo er geboren wurde, und Hamburg, wo er zuletzt als Erster Bürgermeister fungierte, ertrug die Kritik mit hanseatischer Gelassenheit.

In der vergangenen Woche erläuterte der Ressortchef dem Bundestag bei der 1. Lesung des Haushaltes 2018 ebenso ruhig wie sachlich, warum er es trotz sprudelnder Steuereinnahmen für geboten hält, das Geld im Staatsäckel zusammenzuhalten: aus Verantwortung für die kommenden Generationen. Im Grundsatz ist dem schwer zu widersprechen. Vor allem die Sozialausgaben werden in den nächsten Jahrzehnten rasant steigen; schon jetzt verschlingt dieser Bereich jeden zweiten Euro im Bundeshaushalt. Wer also dafür plädiert, dass das Schwarze an der aktuellen Haushaltsnull verblasst, bürdet unseren Kindern, Enkeln und Urenkeln eine Last auf, die kaum zu schultern sein wird.

Kritiker dieser Politik fordern trotzdem mehr Mittel für die Investitionsförderung als vorgesehen und sind bereit, dafür Schulden zu machen. Zur Wahrheit gehört aber auch: Schon in der vorherigen Legislaturperiode wurde das bereitgestellte Geld von potenziellen Empfängern nicht komplett abgerufen. Gescheitert ist manches Projekt von Ländern und Kommunen an der mangelnden Kraft, Projekte mitzufinanzieren, und den komplizierten Vergabeverfahren. Höchste Zeit also, das Planungsrecht zu reformieren, um dann gezielt, sinnvoll und in angemessenem zeitlichen Rahmen Geld zur Verfügung zu stellen. Gelingt das, wird die Bewertung dieses Haushaltes ablenken von einigen Punkten, die parteipolitisch motiviert im Koalitionsvertrag gelandet und von zweifelhafter Wirkung sind. Dazu gehören das Baukindergeld, die Mütterrente oder der Abbau des Solidaritätszuschlages.

Wenn das Parlament diesen Haushalt Anfang Juli in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause verabschiedet, wird unter dem Strich wieder eine „Schwarze Null“ stehen. Damit ist dokumentiert, dass Deutschland in guten Zeiten abermals ohne zusätzliche Schulden auskommt. Man muss kein Hanseat sein, um das als beruhigend zu empfinden.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

KOOPERATIONSVERBOT WEITER LOCKERN?

Weg damit!

PRO



Hagen Strauß, »Saarbrücker Zeitung«

Mit der größte Unsinn im Bildungsbereich ist das Kooperationsverbot von Bund und Ländern, über das jetzt in den Etatberatungen des Bundestages wieder gestritten wurde. Entstanden bei der Föderalismusreform 2006, hat das Nein zu einer finanziellen Beteiligung des Bundes an den Bildungsaufgaben der Länder nichts Positives bewirkt. Es hat stattdessen Fortschritt gelähmt, Unzufriedenheit provoziert und zur Bildungsmisere im Land beigetragen. Fast alle Parteien haben daher im Bundestagswahlkampf das verheißungsvolle Liedchen einer Streichung gesungen. Entsprechende Signale kamen sogar aus der sonst so föderalismusuhrigen Union. Nun muss geliefert werden. Dreimal schon wurde das Kooperationsverbot geändert, was belegt, dass die politische Einsicht gewachsen ist, vor zwölf Jahren einen schweren Fehler begangen zu haben. Denn alle wollen mehr Bildung, möglichst den ganzen Tag über; von der Krippe über die Kita bis zur Schule. Obendrein auch noch mit Inklusion. Und tunlichst viele junge Menschen sollen zur Uni gehen und studieren. Das alles wird bildungspolitisches Stückwerk bleiben ohne stetige und weitreichende Finanzhilfen des Bundes. Wer das nicht glauben will, dem sei in der Schule um die Ecke ein Blick auf die Toiletten empfohlen. Der könnte für manchen Verfechter von Zuständigkeiten lehrreich sein. Federale Stellungskämpfe im Bildungsbereich sind ohnehin nicht mehr zeitgemäß, weil sie die Wettbewerbsfähigkeit des Landes massiv gefährden. Das weiß auch die große Koalition. Sie will nun die Einschränkung streichen, dass der Bund Geld nur an finanzschwache Kommunen geben darf. Gut so. Die Koalition macht damit einen weiteren, wichtigen Schritt in Richtung Abschaffung des Kooperationsverbotes. Er darf nicht der letzte bleiben.

Domäne der Länder

CONTRA



Peter Kurz, »Westdeutsche Zeitung«, Düsseldorf

Hinter dem Ruf, das Kooperationsverbot weiter zu lockern, steht in Wahrheit die Forderung: Bund gib Geld, aber rede bitteschön den Ländern nicht in ihre Bildungspolitik rein. Doch das geht nicht zusammen. Es kann nicht sein, dass ein Land im Schulbereich herexperimentiert, aber alle für die Folgen geradestehen sollen. Beispiel: Mit der Umstellung auf das Abitur nach acht Jahren und der Kehrtwende wurden nicht nur Schüler verunsichert, es wurde auch viel Geld verbrannt. So kostet das Rückgängigmachen des Experiments allein in Nordrhein-Westfalen mehr als eine halbe Milliarde Euro. Nein, wer die Musik bestellt, soll sie auch künftig bezahlen. Wollen die Länder den Bund stärker zur Kasse bitten, müssten sie ihm auch ein stärkeres Mitspracherecht zubilligen. Doch die Entscheidung vor Ort ist viel lebensnäher als zentralistische Steuerung durch ein Bundesministerium. Bildungspolitik ist eine wichtige Domäne der Länder. Die Landesregierungen entscheiden, welchen Anteil ihres Budgets sie in Straßen, Polizei, Wirtschaft oder eben Bildung stecken. Würde die Entscheidung zentralisiert, konkurrierten Investitionen in Bildung mit anderen Ausgaben, etwa für Verteidigung oder Soziales. Das macht die Sache nicht besser – für die Bildung. Die Schulbremse gilt schließlich auch im Bund. Natürlich sollen die Länder kooperieren und einheitliche Bildungsstandards schaffen, die den überregionalen Schulwechsel leicht machen. Doch wie jedes Land diese Standards erreicht, das sollte es selbst managen – gestalterisch und finanziell. Gäben die Länder diesen Anspruch auf, so ginge auch ein Stück ihrer Daseinsberechtigung im Föderalismus verloren.

**Frau Hajduk, die Wirtschaft läuft, die Steuereinnahmen sprudeln, die „Schwarze Null“ hält seit Jahren und soll auch weiter halten. Trotzdem kann die Koalition in den kommenden Jahren Milliarden für Kindergelderhöhungen, Ganztagschul-ausbau und andere Projekte mobilisieren. Eigentlich macht die Bundesregierung doch alles richtig, oder?**

Die Bundesregierung hat richtig gute Rahmenbedingungen. Insbesondere der Finanzminister hat mit einem ausgeglichenen Haushalt ein schönes Erbe angetreten. Die Voraussetzungen mit Blick auf Wirtschaft, Demographie und Beschäftigung sind aktuell sehr gut. Dann erwarte ich aber auch, dass der Finanzminister und die Bundesregierung dies in einem positiven Sinne und verantwortungsvoll nutzen. Der Haushalt für dieses schon sehr fortgeschrittene Jahr ist das eine, die tatsächliche Qualität der Haushalts- und Finanzpolitik zeigt sich aber in der Finanzplanung über die ganze Legislaturperiode. Und da sieht es am Ende düster aus.

**Wieso?**

Diese Regierung hat wirklich viel Geld zur Verfügung und die Rahmenbedingungen stimmen. Da müssten jetzt Zukunftsinvestitionen angegangen werden. Wir fordern zum Beispiel viel beherztere Investitionen in die digitale sowie die gemeinsame europäischen Zukunft. IWF-Chefin Christine Lagarde hat es schön ausgedrückt, als sie sagte: Man muss das Dach reparieren, wenn die Sonne scheint. Denn wir werden Mitte des nächsten Jahrzehnts eine ganz andere demographische Situation haben, was etwa das Verhältnis zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf der einen und aus dem Arbeitsleben ausgeschiedenen Menschen auf der anderen Seite angeht. Darauf müssten wir uns jetzt eigentlich vorbereiten. Stattdessen werden von der Bundesregierung in der Breite Wahlgeschenke verteilt. Das ist ein Haushalt ohne Zukunft.

**Welche Wahlgeschenke meinen Sie?**

Das bezieht sich vor allem auf das Baukindergeld und den weiteren Ausbau der sogenannten Mütterrente, letzteres ein Lieblingsprojekt der CSU. Das Baukindergeld wird als Mitnahmeeffekt beim Immobilienkauf schlicht eingepreist werden. Die Mütterrente wiederum wird einfach pauschal ausgezahlt und zielt eben nicht auf Rentnerinnen, die wirklich Unterstützung bräuchten.

**Nun sagt der Finanzminister aber: Wir investieren und wir werden sogar noch mehr investieren...**

Die Bundesregierung will tatsächlich investieren – aber mit abnehmender Tendenz. Herr Scholz kann ja auch rechnen und weiß, dass die Investitionsquote sinkt. Da kommt er auch nicht raus, wenn er sagt, dass die Länder nach Wegfall der Entflechtungsmittel selbst mehr investieren werden. Das ist doch keine Ausrede für einen Bundesfinanzminister! Zudem sollte er die Kirche im Dorf lassen: Von den 46 Milliarden Euro für die prioritären Maßnahmen des Koalitionsvertrages geht eben nur ein Bruchteil in Investitionen. Das ist eine vollkommen falsche Gewichtung. Wir sagen: Investitionen zuerst und wirklich wirksam Armut bekämpfen. Dazu muss man sich aber genau auf die konzentrieren, die es brauchen, und beispielsweise konkret gegen Kinderarmut vorgehen.

**Was schwebt denn Ihrer Fraktion bei dem Thema vor?**

Wir haben ein Konzept für einen automatisch auszahlenden Kinderzuschlag vorgelegt, der garantiert, dass Eltern, die Geringverdiener sind, nicht wegen und mit ihren Kindern in Armut abrutschen. Das müsste finanziell entsprechend großzügig ausgestattet werden. Die Bundesregierung tastet sich viel zu langsam an das Thema ran und legt keinen Schwerpunkt darauf.

»Haushalt ohne Zukunft«

ANJA HAJDUK Zu wenig Mittel für Investitionen, zu viele für Wahlgeschenke, kritisiert die Grünen-Fraktionsvize am Etat-Entwurf der Regierung



© picture-alliance/Michael Kappeler/dpa

Die Bundesregierung tastet sich viel zu langsam an das Thema ran und legt keinen Schwerpunkt darauf.

**Um Investitionen etwa in Ganztagschulen und den Wohnungsbau anschieben zu können, will die Bundesregierung das Grundgesetz ändern – und braucht dafür die Unterstützung der Opposition. Sind die Grünen an Bord?**

Gerade die Unterstützung beim Wohnungsbau und die Lockerung des Kooperationsverbotes im Bildungsbereich halten

für unterstützenswert. Das Kooperationsverbot in der Bildung kritisieren wir ohnehin schon lange. Das ist ein Thema, da muss sich die gesamte Gesellschaft auch mit Blick auf den globalen Wettbewerb neu erfinden. Da kann ich überhaupt nicht verstehen, dass man zusätzliche Finanzmittel und insgesamt die koordinierende Kompetenz des Bundes unterbindet. Wir gucken uns jetzt die Vorschläge der Bundesregierung genau an und prüfen, ob wir eigene Vorstellungen einbringen können. Denn wenn man mitstimmt, dann will man auch mitgestalten.

**Stichwort EU: Die Grünen kritisieren, dass die Bundesregierung zu wenig Geld für Europa bereitstellen will und keine Impulse setzt. Was will denn Ihre Fraktion? Einfach mehr zahlen und Macrons Ideen eins zu eins übernehmen?**

Es geht nicht darum, jemandem eins zu eins hinterherzulaufen oder gar Deutschland zum Zahlmeister Europas zu machen. Eine wachsende europäische Integration bedeutet aber auch zusätzliche Investitionen aus Deutschland – im deutschen und im europäischen Interesse. Wenn wir finanziell mehr anbieten würden, könnten wir möglicherweise anderen Ländern bei anderen Themen – es geht in der EU ja nicht nur um Währungsunion und Haushalt – einen Stups geben. Der Finanzminister hat sich ja auch klar und wörtlich zu Europa bekannt. Aber gleichzeitig beharrt er darauf, dass ein Beitrag von einem Prozent des Bruttonationaleinkommens genug sei für den zukünftigen Mittelfristigen Finanzrahmen der EU. Konservativer geht es nicht. Herrn Scholz ist es offenbar sehr wichtig, an diesem Punkt seinem Vorgänger zu gleichen. Das ist eine Enttäuschung.

**Die Zustände bei der Bundeswehr scheinen miserabel. Warum sprechen sich die Grünen in einer solchen Situation gegen zusätzliche Mittel aus?**

Wir kritisieren vor allem, dass wir der Bundeswehr schon sehr viel Geld zur Verfügung stellen, aber es bei Investitionen in die Ausrüstung ständig zu Pannen kommt. Da herrscht Chaos. Selbstverständlich wollen wir, dass die Bundeswehr gut ausgerüstet ist, und wir wissen auch um unsere Verantwortung dafür, wenn wir Einsätze der Bundeswehr im Ausland zustimmen. Aber die Ausrüstung wird nicht automatisch besser, nur weil wir die Haushaltsansätze erhöhen. Außerdem brauchen wir ein vernünftiges Verhältnis zwischen Militärausgaben und den Ausgaben für humanitäre Hilfe und Entwicklung. Das hatte die Koalition eigentlich versprochen, aber im Finanzplan ist diese Zielsetzung eines gleichmäßigen zusätzlichen Aufwuchses nicht abgebildet und der Entwicklungsminister beschwert sich schon, dass er nächstes und übernächstes Jahr zu wenig Mittel zur Verfügung hat. Die ODA-Quote, der Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit, droht wieder zu sinken.

**Eines der Kernthemen der Grünen ist der Klimaschutz: Wie sieht es damit im Haushaltsentwurf aus?**

Der Klimaschutz ist in diesem Haushalt eine Leerseite. Es fehlt der Ehrgeiz, die eigenen Verpflichtungen, was die nationalen und europäischen Ziele angeht, abzusichern und die Versprechen von Paris zu halten. Wir müssten beispielsweise beim internationalen Klimaschutz bis 2020 den „Green Climate Fund“ ganz anders bestücken. Wir müssten aber auch die Hausaufgaben bei uns machen. Dazu gehört ein finanziell und energiepolitisch gut gestalteter Kohleausstieg. Dafür braucht es keine neue Kommission, sondern man muss jetzt den Ausstiegspfad festlegen, denn durch die Klimakrise stehen wir schon jetzt unter großem Druck.

Das Gespräch führte Sören C. Reimer. ||

Anja Hajduk ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen. Die 54-Jährige aus Hamburg saß von 2002 bis 2008 sowie erneut seit dem Jahr 2013 im Deutschen Bundestag.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Strippenzieher: Johannes Kahrs

Johannes Kahrs, haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, ist traditionsbewusst. Große Bilder von sozialdemokratischen Größen wie Kurt Schumacher, Willy Brandt, Helmut Schmidt oder Herbert Wehner zieren sein Büro, auf seinem Schreibtisch steht die Vereinsfahne des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold mit dem abgewandelten Reichsadler aus Weimarer Zeiten. Kahrs ist Vorsitzender des maßgeblich von der SPD gegründeten Reichsbanners, das in der Weimarer Republik drei Millionen Mitglieder hatte und heute noch einige hundert Mitstreiter hat. „Die SPD lebt auch von ihrer stolzen Geschichte. Wir müssen wissen, was unsere Wurzeln sind. Das Reichsbanner war die Schutzorganisation der Republik gegen ihre Feinde von links bis rechts. Das ist eine großartige Tradition. Sie verdient es auch heute gewürdigt zu werden.“ Der gebürtige Bremer Kahrs ist sozusagen von Geburt Sozialdemokrat. Die Großeltern waren in der SPD, die Eltern Bremer SPD-Senatoren. Der 54-jährige Jurist ist nach ersten Jahren Tätigkeit bei einer Hamburger kommunalen Wohnungsbau-Firma Berufspolitiker. Seit 1998 sitzt er im Bundestag, stets direkt gewählt für den Wahlkreis Hamburg-Mitte. Das Mitglied im Haushaltsausschuss freut sich, dass mit Olaf Scholz der Finanzminister ein Sozialdemokrat aus Hamburg ist. Gegen die Kritik linker Jusos („Fetisch“) steht der Vorsitzende des rechten Seeheimer Kreises in der Fraktion hinter der nach Amtsvorgänger Wolfgang Schäuble (CDU) auch von Scholz verfochtenen „Schwarzen Null“: „Keine neuen Schulden zu machen, ist eine Frage der Gerechtigkeit. Irgendjemand muss ja einmal die Schulden zurückzahlen“, sagt Kahrs. Gleichwohl hätten die Sozialdemokraten durchgesetzt, dass Länder und Kommunen mehr Geld bekommen. Kahrs: „Die Steuermehreinnahmen gehen vor allem an die Län-



**»Keine neuen Schulden zu machen, ist eine Frage der Gerechtigkeit. Irgendjemand muss ja einmal die Schulden zurückzahlen.«**

der und Kommunen. Dort kann das Geld vor Ort verbräut werden.“ Der SPD-Chefhaushälter widerspricht Kritikern, die „Schwarze Null“ gehe vor allem zulasten öffentlicher Investitionen, weil diese nach einem geplanten Anstieg 2019 zum Ende der Legislaturperiode wieder absinken würden. „Die Investitionen gehen jetzt hoch und werden auch später weiter hochgehen“, sagt Kahrs. Nur sei derzeit alles schwer planbar, weil viele Mittel noch nicht zwischen den Ministerien aufgeteilt und die Planungen noch im Fluss seien. Kahrs: „Auch Olaf Scholz geht mehr Geld in Investi-

tionen als unter Wolfgang Schäuble. In den nächsten vier Jahren fließen 20 Milliarden mehr in öffentliche Investitionen als in der vergangenen Legislaturperiode.“ Sollte bei immer neuen staatlichen Rekorderneuerungen den Bürgern nicht mehr zurückgegeben werden, wie es Stimmen aus der Union, AfD oder FDP fordern? „Für 90 Prozent der Bürger entfällt der Solidaritätszuschlag, die Kalte Progression wird abgebaut“, sagt Kahrs. Das sei genug. Immerhin gebe es auch einige Haushaltsrisiken, so mögliche steigende Zinsen oder eine wirtschaftlich schlechtere Entwicklung. Auch seien einige Belastungen in den nächsten Jahren noch nicht eingerechnet, wie Zusatzzahlungen für den Brexit. Hier spricht Kahrs von „Luftballons“, die EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger (CDU) kürzlich gestartet habe mit seiner Forderung von bis zu zwölf Milliarden Euro jährlich zusätzlich zulasten Deutschlands ab 2021 für den ausfallenden Nettosteuerzahler Großbritannien. Klar sei seit dem Koalitionsvertrag, dass Deutschland mehr an die EU zahlen werde. Dies müsse aber noch verhandelt werden, „Deutschland profitiert am meisten von der EU“, sagt Kahrs. „Es gibt keinen Zoll, wir haben eine Währung, die EU ist einer der Hauptgründe für die Erfolge der deutschen Wirtschaft.“ Wie sieht der Sozialdemokrat Kahrs die Lage seiner Partei nach ihren derben Wahlniederlagen und Schwächeln in den Umfragen? Kann sie untergehen wie in einigen europäischen Ländern? „Die SPD gibt es seit 154 Jahren und sie stand immer auf der richtigen Seite der Geschichte. Sie wird weiter bestehen bleiben“, sagt Kahrs. Sie müsse modernisiert werden und Politik machen, die beim Menschen ankomme wie Maßnahmen für Familien, Kinder, sichere Jobs und Renten. Kahrs gilt als großer Strippenzieher in Hamburgs SPD. Er ist unermüdder Aktivist im Internet und in vielen Vereinen. Kaum einer besucht mehr Wähler zuhause und organisiert mehr Berlin-Touren mit Bürgern als der bekennende Homosexuelle, Verbindungsstudent, Oberst der Reserve, Antialkoholiker und Micky-Maus-Fan. Auch nach 20 Jahren im Bundestag ist Johannes Kahrs zufrieden mit seiner Position. „Ich bin gerne Abgeordneter und bin gerne haushaltspolitischer Sprecher.“ Hans Krump ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos  
Stephan Roters

**Abonnement**  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)  
Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.  
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.  
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Mit der ständigen Beilage  
**Aus Politik und Zeitgeschichte**  
ISSN 0479-611 X  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

**Redaktionsschluss**  
18. Mai 2018

**Druck und Layout**  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
Kurhesenstraße 4–6  
64546 Morfelden-Walldorf

**Leserservice/Abonnement**  
FAZIT Communication GmbH  
c/o InTime Media Services GmbH  
Postfach 1363  
82034 Detsenhofen  
Telefon (089) 8 58 53-8 32  
Telefax (089) 8 58 53-6 28 32  
E-Mail:  
fazit-com@intime-media-services.de

**Chefredakteur**  
Jörg Biallas (jbi)

**Verantwortliche Redakteure**  
Claudia Heine (che)  
Alexander Heinrich (ah), stellv. Cvd  
Claus Peter Kosfeld (pk)  
Hans Krump (kru), Cvd  
Hans-Jürgen Leersch (hle)  
Johanna Metz (joh)  
Kristina Pezei (pez)  
Sören Christian Reimer (scr)  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)

**Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition**  
FAZIT Communication GmbH  
c/o InTime Media Services GmbH  
Postfach 1363  
82034 Detsenhofen  
Telefon (089) 8 58 53-8 36  
Telefax (089) 8 58 53-6 28 36  
E-Mail: fazit-com-anzeigen@intime-media-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)  
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Grafik statt Einzelplan: Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) präsentierte bei der Vorstellung des Haushaltsentwurf 2018 die Entwicklung des Verteidigungsetats der nächsten Jahre.

© picture-alliance/Michael Kappeler/dpa

# »Schicksalsbuch der Nation«

**HAUSHALT 2018** Opposition vermisst Zukunftsperspektive im Etatentwurf. Scholz kündigt deutlich mehr Investitionen an

FDP-Haushälter Otto Fricke hatte eindeutig mehr vom neuen Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) erwartet. Es sei nun schon die 12. Haushalts-Einbringung, die er mitmache, aber noch nie habe er einen Finanzminister erlebt, der „so wenig Emotionen mit diesem so wichtigen Schicksalsbuch unser Nation verbindet“, beschwerte sich der Liberale. Das „Schicksalsbuch“ ist der über 3.000 Seiten und mehr als 20 Einzelpläne umfassende Haushaltsentwurf 2018 der Bundesregierung (19/1700), der am Dienstag von Scholz eingebracht wurde. Auch Sven-Christian Kindler (Bündnis 90/Die Grünen) hatte mit dem kühlen Vortrag des Finanzministers so seine Probleme. Nach eigenem Bekunden musste er erst durch die Rede des Hamburg SPD-Abgeordneten Johannes Kahrs gezeigt bekommen, dass Norddeutsche auch Reden halten können, „bei denen das Publikum nicht fast einschläft“. Kahrs wiederum stellt sich vor seinen Minister und bescheinigte Scholz, dass seine Rede „für seine Verhältnisse relativ lebhaft“ gewesen sei. Und so wie Kindler und Fricke den Esprit in Scholz' Rede vermissten, so vermiste die Opposition grundsätzlich den Esprit im Haushaltsentwurf der wiederaufgeleg-

ten Großen Koalition. Ein „Haushalt ohne Zukunft“ sei es, der „völlig falsche Prioritäten“ setze, meinte Kindler. Gesine Lötzsch (Die Linke) fand, der Entwurf sei eine „Blamage“ für Scholz, „fatal“ für die Bürger, „rücksichtslos gegenüber nachfolgenden Generationen“ und „schlecht für Europa“. Fricke monierte, es gehe den Koalitionären nicht „um Neues, um Besseres, um die Zukunft“, sondern nur um das „Gestalten der Gegenwart und das Abarbeiten der Vergangenheit“. Peter Boehringer (AfD) warf der Bundesregierung vor, einen unvollständigen und irreführenden „Haushalt der Täuschung“ vorzulegen, weil etwa die Risiken der Euro-Rettung nicht abgebildet würden.

**Streit um Investitionen** Der von Scholz vorgestellte Haushaltsentwurf sieht für das laufende Jahr Ausgaben in Höhe von 341 Milliarden Euro und Investitionen in Höhe von 37 Milliarden Euro und soll erneute ohne neue Schulden auskommen. Sowohl Investitionen (+0,6 Milliarden Euro) als auch Ausgaben (+3,5 Milliarden Euro) liegen über den Ansätzen des Haushaltsentwurfes der vorherigen Bundesregierung aus der vergangenen Legislaturperiode (18/13000), der nicht mehr beraten wurde. Gegenüber dem Haushalt 2017 sollen die In-

vestitionen 2018 somit um drei Milliarden Euro und die Ausgaben um über zehn Milliarden Euro steigen. Als leitende Prinzipien der Haushaltspolitik der Bundesregierung stellte Scholz Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Zukunftsorientierung vor. Das drückt sich laut dem Finanzminister auch in der Planung für die kommenden Jahre aus. Der Verzicht auf neue Schulden sei kein „Fetisch“, sondern Ausdruck eines pragmatischen und sachgerechten Vorgehens. Die Haushaltsführung der vergangenen und künftigen Jahre werde zudem dazu führen, dass die Bundesrepublik dieses oder nächstes Jahr das Maastricht-Schuldenstandskriterium erfüllen werde. Nach der bisherigen Finanzplanung war dies erst für 2020 erwartet worden. Scholz stellte sich entschieden gegen die Kritik, die Bundesregierung setze nicht genügend auf Investitionen. Bis 2022 seien Investitionen von rund 180 Milliarden Euro geplant, rund 23 Prozent mehr als zwischen 2013 und 2017. Dass diese Summen noch nicht komplett in der Finanzplanung abgebildet sind, habe haushaltstechnische Gründe. Zudem kündigte Scholz an, einen Teil der nach der jüngsten Steuerschätzung erwarteten Mehreinnahmen bis 2022 von 10,8 Milliarden Euro in Digitalinvestitionen stecken zu wollen.

Der Finanzminister betonte auch die Bedeutung Europas für Deutschland. Europa sei das „wichtigste nationale Anliegen“ und stehe aktuell vor großen Herausforderungen. Deutschland müsse daher mit seiner Verantwortung „klug und vernünftig umgehen“. In Hinblick auf die in der Koalition verabredete, aber strittig diskutierte Weiterentwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu einem Europäischen Währungsfonds (EWF) schlug Scholz ein zweiphasiges Vorgehen vor: Zunächst könne der ESM neu geformt werden und dann in einem zweiten Schritt ins Unionsrecht überführt werden. Zudem kündigte er eine Stärkung der Bankenunion an. Eine klare Absage erteilte Scholz allerdings einem Ansinnen des EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger (CDU). Dieser hatte vorgeschlagen, den Beitragsatz der Mitgliedsstaaten für den kommenden Mehrjährigen Finanzrahmen der Union zu erhöhen. Scholz erklärte, Deutschland sei zwar bereit, mehr für den EU-Haushalt aufzuwenden, der aktuellen Satz reiche aber, „um einiges bewegen zu können“ (siehe Seite 10). Unterstützung für sein Bekenntnis zu Europa und seinen haushaltspolitischen Kurs bekam Scholz von seinem Parteifreund Johannes Kahrs. Der Minister habe

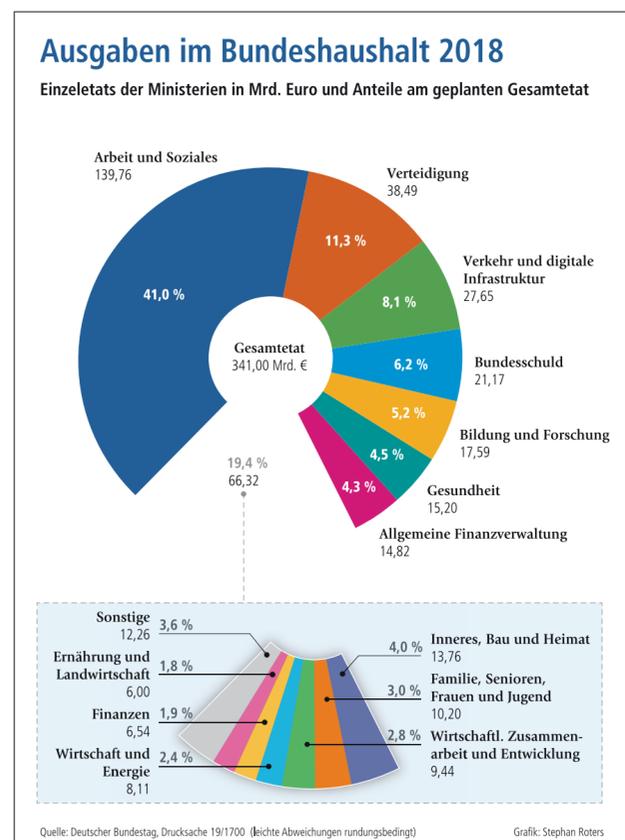
einen fundierten und solide durchfinanzierten Haushalt vorgelegt, der nicht nur auf Investitionen setze, sondern auch etwas für Kind und Familien täte und zudem den Staat stärke, indem mehr Geld für die Polizei ausgegeben werde. „Beide Partner wollen regieren und werden regieren“. Das sieht man diesem Haushalt auch an“, sagte Kahrs. Ähnlich äußerte sich der Unions-Haushälter Eckhardt Rehberg (CDU). Der Haushalt zeichne sich durch den passenden und richtigen Dreiklang von „Entlastung, Solidarität und Seriosität“ aus, sagte der Christdemokrat. Rehberg hob hervor, dass bis 2021 Entlastungen der Bürger in Höhe von 64 Milliarden Euro geplant seien, etwa durch die Senkung von Sozialbeiträgen und die Reduzierung des Solis.

**Schlussrunde** Die Opposition folgte den Lobpreisungen der Koalition erwartungsgemäß nicht. Das zeigte sich auch am Freitag in der sogenannten Schlussrunde der Haushaltswoche, nach der der Entwurf zur Beratung in die Ausschüsse überwiesen wurde. Peter Boehringer kritisierte erneut die Europapolitik der Bundesregierung. Es gebe eine „Grokko-Blankoschecklogik“, das sei ein „schlechter Verhandlungsstil“. Florian Toncar (FDP) resümierte, dass die Finanzpolitik voller Ungereimtheiten und

Widersprüche bleibe. Deutschland sei in Europa „nicht sprechfähig“, da die Große Koalition keine Vorstellung davon habe, was sie mit dem Regierungsmandat anfangen wolle. Anja Hajduk (B90/Die Grünen) warf der Bundesregierung vor, teure Vorhaben des Koalitionsvertrags ans Ende der Wahlperiode zu schieben. Die Kosten würden damit der nächsten Bundesregierung vor die Füße gekippt. Das sei keine solide Haushaltsführung, sagte die Grünen-Abgeordnete. Lötzsch fasste für die Linken die wesentlichen Forderungen der Fraktion für die kommenden Haushaltsberatungen zusammen und mahnte mehr Engagement der Koalition an: „Nehmen Sie endlich den Fuß von der Investitionsbremse.“ Vor den Haushältern stehen arbeitsreiche Monate. Im Juli soll der Haushalt für dieses Jahr beschlossen werden. Nach der Sommerpause geht es dann gleich weiter: Dann steht der Entwurf für 2019 auf der Tagesordnung. *Sören Christian Reimer*



Einzelplan	EINNAHMEN		AUSGABEN	
	2018 in 1.000 €	Veränderungen zu 2017 in 1.000 €	2018 in 1.000 €	Veränderungen zu 2017 in 1.000 €
01 Bundespräsident und Bundespräsidialamt	193	-	41.826	+ 5.291
02 Deutscher Bundestag	1.666	+ 18	955.638	+ 85.401
03 Bundesrat	56	- 41	30.444	+ 1.950
04 Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	2.885	-	2.920.419	+ 122.409
05 Auswärtiges Amt	160.094	+ 10.593	5.356.879	+ 124.471
06 Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat	1.135.503	+ 515.070	13.758.516	+ 4.780.928
07 Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	568.623	+ 27.000	782.182	- 56.440
08 Bundesministerium der Finanzen	281.080	- 27.391	6.537.245	+ 343.284
09 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	400.862	- 57.692	8.112.107	+ 377.128
10 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	61.700	- 5.379	6.008.984	+ 6.432
11 Bundesministerium für Arbeit und Soziales	2.040.435	+ 53.854	139.763.486	+ 2.181.067
12 Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	6.002.942	+ 382.913	27.647.341	- 264.091
14 Bundesministerium der Verteidigung	486.110	+ 74.080	38.493.215	+ 1.488.376
15 Bundesministerium für Gesundheit	93.643	- 5.523	15.200.473	+ 41.246
16 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	621.772	- 142.980	1.972.574	- 3.648.685
17 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	216.105	+ 139.955	10.204.211	+ 680.990
19 Bundesverfassungsgericht	40	-	30.812	- 752
20 Bundesrechnungshof	3.753	- 436	148.779	- 2.148
21 Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	41	+ 30	17.773	+ 2.378
23 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	968.710	+ 38.158	9.441.289	+ 900.249
30 Bundesministerium für Bildung und Forschung	36.276	-	17.586.145	- 63.722
32 Bundesschuld	1.383.016	+ 129.568	21.173.121	+ 1.182.081
60 Allgemeine Finanzverwaltung	326.534.495	+ 10.768.203	14.816.541	+ 3.612.157
<b>SUMME</b>	<b>341.000.000</b>	<b>+ 11.900.000</b>	<b>341.000.000</b>	<b>+ 11.900.000</b>



Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 19/1700 Werte für 2017 sind Soll-Werte

Grafik: Stephan Roters

Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 19/1700 (leichte Abweichungen rundungsbedingt)

Grafik: Stephan Roters

## Niedrige Zinsausgaben

**BUNDESSCHULD** Der Bundeshaushalt wird voraussichtlich weiter vom günstigen Zinsumfeld profitieren. Die Refinanzierungskosten sollen 2018 zwar leicht ansteigen, allerdings weniger stark als bisher angenommen. Für 2018 rechnet die Bundesregierung mit Ausgaben für den Schuldendienst in Höhe von 19,86 Milliarden Euro (19/1700, Einzelplan 32). Das entspricht 5,8 Prozent der geplanten Gesamtausgaben. Damit liegt der Ansatz rund 1,39 Milliarden Euro über dem Soll des Vorjahres (18,46 Milliarden Euro, 5,61 Prozent). Tatsächlich fielen die Zinsausgaben laut vorläufigem Haushaltsabschluss 2017 sogar noch eine Milliarde Euro geringer aus. Gegenüber den Annahmen im Finanzplan des Bundes 2017-2021 (18/13001) fällt der Wert für 2018 allerdings ebenso etwa eine Milliarde Euro niedriger aus. Im Eckwertbeschluss zum Haushalt 2019 sowie dem Finanzplan 2018 bis 2022 geht die Bundesregierung bis 2021 von geringeren Zinsausgaben im Umfang von rund 1,5 Milliarden Euro beziehungsweise 1,3 Milliarden Euro bis 2022 aus als in der bisherigen Finanzplanung veranschlagt. Der Gesamtansatz für die Bundesschuld liegt bei 21,17 Milliarden Euro (+1,18). Neben dem Schuldendienst schlagen Investitionen in Höhe von 1,26 Milliarden Euro (-0,23) und sächliche Verwaltungsausgaben in Höhe von 56,4 Millionen Euro (+12) zu Buche. Die Einnahmen in dem Einzelplan sollen laut Regierungsentwurf bei 1,38 Milliarden Euro liegen (+0,13). scr



Der Verkehr nimmt zu, aber auf den Baustellen geht es nur langsam voran.

© picture-alliance/Benjamin Beytekin

### KURZ NOTIERT

#### Bundestag entlastet Regierung für Haushaltsjahr 2015

Der Bundestag hat die Bundesregierung für das Haushaltsjahr 2015 entlastet. Einer Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (19/1881) stimmten am Donnerstag ohne Aussprache die Fraktionen der CDU/CSU und SPD zu. Die Fraktionen AfD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen stimmten dagegen. Grundlage war ein Antrag des Bundesfinanzministeriums (18/8833). scr

#### Mehr Geld für das Bundeskanzleramt

Das Bundeskanzleramt und die Bundeskanzlerin können in diesem Jahr etwas mehr Geld ausgeben. Gegenüber dem Soll für 2017 soll der Etat 2018 um 0,12 Milliarden Euro auf 2,92 Milliarden Euro (Einzelplan 04) steigen. Wesentliche Zuwächse sind bei den Zuweisungen und Zuschüssen vorgesehen (1,24 Milliarden Euro, +0,13 Milliarden Euro). Für 2019 hat die Bundesregierung als Eckwert 2,97 Milliarden Euro für den Einzelplan festgelegt. scr

#### Etat des Bundespräsidenten wächst stark an

Der Etat des Bundespräsidenten und des Bundespräsidialamtes (Einzelplan 01) soll in diesem Jahr ansteigen. Im Haushaltsentwurf sind Ausgaben in Höhe von 41,8 Millionen Euro vorgesehen, 5,3 Millionen Euro mehr als für 2017. Wesentliche Posten sind etwa Investitionen in Umbauten im Bundespräsidialamt, die mit 2,13 Millionen Euro veranschlagt sind. scr

#### Mehrausgaben für Abgeordnetenentschädigung

Der Etat des Bundestages soll in diesem Jahr deutlich anwachsen. Der Ansatz im Haushaltsentwurf beträgt für den Einzelplan 02 955,6 Millionen Euro, 2017 lag der Ansatz bei 870,2 Millionen Euro. Wesentliche Zuwächse sind auf den mit 709 Abgeordneten und sechs Fraktionen deutlich größeren Bundestag zurückzuführen. So sollen die Entschädigungen und Amtszulagen nach dem Abgeordnetengesetz von 69,7 auf 78,98 Millionen Euro steigen. Die Aufwendungen für Mitarbeiter der Abgeordneten sollen von 212,6 auf 239,6 Millionen Euro anwachsen. Die Zuschüsse an die Fraktionen belaufen sich laut Entwurf auf 108,6 Millionen Euro, 2017 lag der Ansatz bei 88,1 Millionen Euro. Mit 4,36 Millionen Euro fällt der Ansatz für den Wehrbeauftragten um etwa 200.000 Euro geringer aus als 2017. Die Ausgaben für aktuelle und ehemalige Mitglieder des Europaparlaments verändern sich mit 7,15 Millionen Euro im Vergleich zum Soll-2017 (7,21) kaum. scr

# Keine Wende

## VERKEHR Opposition kritisiert Scheuers Planungen

Das Wort Verkehrswende mag Andreas Scheuer (CSU) nicht. Eine Wende, so sinnierte der Bundesverkehrsminister während seiner Rede zur Einbringung des Verkehrshaushaltes 2018 (19/1700) am Dienstag, leite man ein, wenn man in die falsche Richtung gefahren ist und wieder dahin zurück will, wo man hergekommen ist. „Aber wir wollen eben nicht zurück“, betonte der Minister. Stattdessen wolle er Mobilität weiterentwickeln. „Kurz gesagt: Wir wollen eine Mobilität, die den Menschen und der Umwelt dient – das ist unser Weg“, sagte Scheuer. Für diesen Weg stehen seinem Ministerium nach den aktuellen Planungen 27,65 Milliarden Euro zur Verfügung – und damit nur unwesentlich weniger als im letzten Jahr (27,91 Milliarden Euro). 16,78 Milliarden Euro sind für Investitionen eingeplant. Damit ist der Verkehrsetat der mit Abstand größte Investitionshaushalt des Bundes. Die geplanten Ausgaben für die Bundesfernstraßen summieren sich auf 9,27 Milliarden Euro (2017: 8,65 Milliarden Euro). Für die Bundesschiene sollen 5,45 Milliarden Euro ausgegeben werden können (2017: 5,77 Milliarden Euro). 1,2 Milliarden Euro sieht der Entwurf für Bundeswasserstraßen vor (2017: 1,26 Milliarden Euro). 140 Millionen Euro davon sind für den Nord-Ostsee-Kanal eingeplant.

**Einnahmen aus Lkw-Maut** Nicht nur bei den Investitionsausgaben ist der Verkehrsbereich weit vorn. Auf der Einnahmeseite stehen sechs Milliarden Euro – mehr als bei allen anderen Haushalten. Dabei handelt es sich überwiegend um die Einnahmen aus der Lkw-Maut, die mit 5,12 Milliarden Euro veranschlagt sind (2017: 4,66 Milliarden Euro). Was den Ausbau der digitalen Infrastruktur angeht, so enthält der Etatentwurf mit 115,89 Millionen Euro etwa 356 Millionen Euro weniger als der Etat 2017. Grund dafür: Viele der in den vergangenen Jahren bereitgestellten Mittel sind noch gar nicht abgeflossen. Ein Zustand, den die Opposition während der Debatte bemängelte. Ohnehin hielt sich die Begeisterung über die Haushaltsvorlage bei AfD, FDP, Linken und Grünen in Grenzen. Es bleibe bei der Ankündigungspolitik der Großen Koalition,

### Etat Verkehr und digitale Infrastruktur 2018



on, kritisierte Marcus Bühl (AfD). Christoph Meyer (FDP) vermisste die richtige Schwerpunktsetzung im Haushalt. Als De-saster für Verkehr und Digitales bezeichnete Victor Perli (Die Linke) den Etatentwurf. Von einem Haushalt ohne Zukunft sprach Sven-Christian Kindler (Grüne). Daniela Ludwig (CSU) urteilte hingegen, der schon unter Scheuers Vorgänger Alexander Dobrindt (CSU) begonnene Investitionshochlauf werde dabei helfen, die anstehenden Aufgaben im Bereich der Verkehrspolitik aber auch den digitalen Ausbau anzugehen. Kirsten Lüthmann (SPD) verwies unter anderem auf das Sofortprogramm „Saubere Luft“, an dem deutlich werde, dass mit dem Haushalt Gelder für die richtigen Ziele ausgegeben würden.

**Breitbandverbindungen** Marcus Bühl erinnerte daran, dass die Bundesregierung in ihrer Digitalen Agenda der vergangenen Legislaturperiode angekündigt habe, bis 2018 in Deutschland eine flächendeckende Internetgrundversorgung mit mindestens 50 Mbit/s zu schaffen. „Das Ziel wurde nicht erreicht“, bilanzierte der AfD-Abgeordnete. Dennoch habe die Große Koalition im neuen Koalitionsvertrag festgeschrieben, bis 2025 flächendeckend Gigabit-Netze zu schaffen. Trotz der zur Verfügung gestellten 5,4 Milliarden Euro für schnelle Breitbandverbindungen sei aber zu befürchten, dass aufgrund von weniger Kapazitäten bei der Planung und dem Fachkräftemangel im Baugewerbe der Ausbau des schnellen Internets sich weiter verzögern werde. Kirsten Lüthmann ging auf den „geringen

Mittelabfluss“ beim Breitbandausbau ein. Das gesamte zur Verfügung gestellte Budget für die Digitalisierung der letzten Legislaturperiode sei ausgeschöpft worden, sagte die SPD-Abgeordnete. Wer kommunal unterwegs sei, wisse aber ganz genau, dass von der Bewilligung eines Antrages bis zum Rückfluss des Geldes zwei bis drei Jahre mindestens vergehen würden. „Wir gehen davon aus, dass es ab 2019 einen vermehrten Mittelabfluss geben wird“, betonte sie. Das Geld dafür liege bereit. Der Verkehrsminister tue alles, um die Autohersteller in Sachen Dieselskandal aus der Verantwortung zu nehmen, kritisierte FDP-Mann Meyer. Damit bewege sich Scheuer in der traurigen Nachfolge von Ex-Minister Dobrindt, sagte er. Bedauerlich ist seiner Ansicht nach, dass Scheuer seinen Worten bezüglich der Offenhaltung des Berliner Flughafens Tegel keine entsprechenden Schwerpunkte in den Haushaltsansätzen folgen lasse. „Damit hätten Sie sicherlich die stille Mehrheit dieses Hauses hinter sich“, vermutete Meyer.

**Fass ohne Boden** Mit dem Haushalt organisierten Union und SPD den Verkehrskollaps, sagte Victor Perli. Mehr Straßen führten zu mehr Verkehr, noch mehr Straßen zu noch mehr Verkehr. „Das ist ein Fass ohne Boden“, befand der Linken-Abgeordnete. Gebraucht werde eine Verkehrswende, weil es finanziell, ökologisch und sozial geboten sei. Seine Fraktion setze sich für mehr Öffentlichen Personennahverkehr ein, für mehr gute Fuß- und Fahrradwege und für eine attraktive und bezahlbare Bahn im ganzen Land. Sven-Christian Kindler kritisierte den Minister für dessen „ideologisierte Verkehrspolitik“. Im Haushalt seien die Ansätze für Verkehrsprojekte in Öffentlich-Privater Partnerschaft (ÖPP) gestiegen, obwohl diese sehr teuer seien. „Das ist ein unverantwortlicher Umgang mit Steuergeldern“, befand Kinder und forderte ein Verbot von ÖPPs im Straßenbau. Soll die Schiene als Transportmittel attraktiver werden, müssten die Trassenpreise gesenkt werden, sagte Daniela Ludwig. Das müsse schon 2018 erfolgen und nicht wie von Bundesfinanzminister Scholz (SPD) geplant erst 2019, forderte die Unionsabgeordnete. **Götz Hausding**

## Geringe Zuwächse im Agrar-Etat

### LANDWIRTSCHAFT Kritik an Informationskampagnen

Hohe Erwartungen an die neue Landwirtschaftsministerin bestimmten die Debatte über den Haushalt 2018 des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Laut Einzelplan 10 des Entwurfs der Bundesregierung (19/1700) stehen im laufenden Jahr dem Haus von Julia Klöckner (CDU) rund 6,01 Milliarden Euro und damit 6,43 Millionen Euro mehr als im Jahr 2017 zur Verfügung. Die Ministerin will damit die Ernährungskompetenz steigern, das Tierwohl verbessern, die Digitalisierung in der Landwirtschaft vorantreiben und die Stärkung ländlicher Räume erreichen. Die Opposition forderte allerdings mehr Gestaltungswillen ein, denn das Budget verharre nahezu auf dem Niveau des Haushalts 2017.

Hans-Joachim Fuchtel (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Agrarministerium, hob hervor, dass nun mehr Geld in die Nachhaltigkeit, Forschung und Innovation für den ländlichen Raum durch das neue Programm zur Digitalisierung der Landwirtschaft investiert werde. Zusätzlich stehe der Haushalt in der Pflicht, rund 1,5 Milliarden Euro aufgrund von möglichen Einschränkungen im kommenden EU-Agrarhaushalt zu kompensieren. Als Daueraufgabe bezeichneten die Sozialdemokraten den Kampf gegen die Lebensmittelveschwendung. „Das bleibt ein erstes Thema“, sagte Ursula Schulte (SPD). Ein Großteil davon entfalle auf die privaten Haushalte. Deshalb sei es notwendig, an der Ernährungs- und Verbraucherbildung festzuhalten. Die überproportional ansteigenden Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums und seiner untergeordneten Forschungseinrichtungen sowie Behörden kritisierte wiederum Birgit Malsack-Winkelmann (AfD) scharf. Ein ineffizientes Geflecht von externen Forschungsaufträgen, Ausgaben für Messen und Aufklärung sowie teuren Forschungsprogrammen von zweifelhaftem Nutzen kredite die Abgeordnete der Regierung an.

Eklantete Schwächen im Haushalt monierte auch Ulla Innen (FDP), „denn die Quantität der Mittel steht über der Qualität der Maßnahmen“. Das Agrarministerium leiste sich „exorbitant teure Informationskampagnen“, die zweifelhaft seien. Ob durch die Millionen für die Kampagne „Zu gut für die Tonne“ weniger Lebensmittel weggeworfen wurden, sei nicht klar. Dass die Landwirtschaft nicht mehr ohne Subventionen funktioniere, stellte Heidrun Bluhm (Die Linke) fest. Die Landwirte und der ländliche Raum seien auf Hilfen angewiesen, doch das Geld komme nur zäh und zu langsam an. „Die Bundesländer rü-

gen zu Recht die fehlende Flexibilität, die die Verwendung der Mittel erschwert“, sagte Bluhm mit Blick auf den damit verbundenen bürokratischen Aufwand. Friedrich Ostendorff (Bündnis 90/Die Grünen) zählte die Bundesregierung an, weil diese rund 1,5 Milliarden Euro für Investitionen in den ländlichen Raum verspreche. „Im Haushalt ist davon nichts zu sehen“, sagte er. Außerdem wären allein rund 3,5 Milliarden Euro für den Umbau der Nutztierhaltung nötig, damit diese den Ansprüchen des Tierschutzes genüge. „Das Land ist weder Idylle noch ein Niemandsland“, entgegnete Gitta Connemann (CDU) der Kritik der Opposition. Nur wenn das Leben auf dem Land attraktiver werde, könne die Landflucht gestoppt werden. Die zahlreichen Programme verteidigte sie, denn für die vielen unterschiedlichen Regionen und deren Probleme brauche es maßgeschneiderte Lösungen. Auch



die Informationskampagnen seien aufgrund zunehmend verzerrter Bilder in der Öffentlichkeit vom Leben auf dem Land und Arbeiten in der Landwirtschaft notwendig. Einer Entfremdung zwischen Stadt- und Landbevölkerung müsse dringend entgegen gewirkt werden. Der Löwenanteil der Haushaltsausgaben entfällt auf die landwirtschaftliche Sozialpolitik mit 3,95 Milliarden Euro (2017: 3,92). Dazu zählen unter anderem die Alterssicherung der Landwirte mit 2,31 Milliarden Euro (2017: 2,34), die Zuschüsse zur Krankenversicherung der Landwirte mit 1,41 Milliarden Euro (2017: 1,45) und die Unfallversicherung der Landwirte mit 178 Millionen Euro (wie 2017). 765 Millionen Euro sind wie im Vorjahr als Bundesanteil an der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ vorgesehen. **Jan Eisel**

## Steuersäckel prall gefüllt

### EINNAHMEN Schätzer gehen von Mehreinnahmen aus

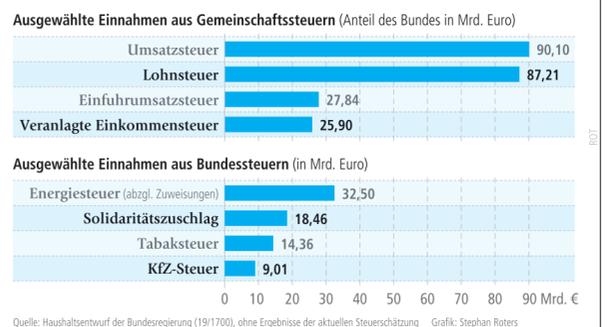
Die Wirtschaft brummt, die Löhne steigen, der Arbeitsmarkt ist stabil. Das beschert dem Bund stetig steigende Steuereinnahmen. Rechnet die Bundesregierung im nicht beratenen Haushaltsentwurf 2018 (18/13000) aus der vergangenen Legislaturperiode noch mit 309,1 Milliarden Euro, sind es im aktuellen Regierungsentwurf bereits 319,25 (Einzelplan 60, 19/1700). Nach der jüngsten Steuerschätzung kann der Bund in diesem Jahr sogar mit 321,3 Milliarden Euro rechnen. Schon 2017 lagen die Ist-Einnahmen mit 309,4 über dem Soll von 301,34 Milliarden Euro.

**Gemeinschaftssteuern** Im Bereich der Gemeinschaftssteuern schätzt die Bundesregierung in ihrem Haushaltsentwurf unter anderem das diesjährige Gesamtaufkommen der Lohnsteuer auf 205,2 Milliarden Euro, an den Bund gehen davon 87,21 Milliarden Euro (Soll-2017: 82,94). Aus der Umsatzsteuer mit einem Gesamtaufkommen von 179,1 Milliarden Euro sollen 90,1 Milliarden an den Bund fließen (Soll-2017: 89,75). Aus dem Gesamtaufkommen der veranlagten Einkommenssteuer von 60,95 Milliarden Euro gehen 25,9 Milliarden an den Bund (Soll-2017: 23,16). Bei der Körperschaftsteuer fallen laut Entwurf

30,65 Milliarden Euro insgesamt an, 15,33 verbleiben beim Bund (Soll-2017: 13,375). Rückläufig ist der Bundesanteil an der Einfuhrumsatzsteuer: Er soll bei einem Gesamtaufkommen von 55,35 Milliarden Euro von 28,65 (Soll-2017) auf 27,84 Milliarden Euro sinken.

**Bundessteuern** Bei den Bundessteuern, die grundsätzlich allein dem Bund zufließen, erwartet die Bundesregierung in diesem Jahr unter anderem beim Solidaritätszuschlag ein Aufkommen von 18,46 Milliarden Euro (Soll-2017: 17,46). Ab 2021 will die Bundesregierung die Bürger beim Soli um jährlich rund 9 Milliarden Euro entlasten. Die Energiesteuer soll abzüglich von Zuweisungen an die Länder (Regionalisierungsmittel) mit 32,5 Milliarden Euro zu Buche schlagen (Soll-2017: 31,86). Für die Tabaksteuer erwartet die Bundesregierung in diesem Jahr einen leichten Rückgang auf 14,36 Milliarden Euro (Soll-2017: 14,7). Das Aufkommen aus der Versicherungssteuer soll von 13,05 (Soll-2017) auf 13,52 Milliarden Euro steigen. Die Kfz-Steuer soll 9,01 Milliarden Euro einbringen (Soll-2017: 8,9). Annähernd die gesamte Summe soll als Ausgleichs-Zuweisung an die Länder gehen. scr

### Steuereinnahmen des Bundes 2018



## Schulze fordert »Teilzeitheilige«

**UMWELT** Der Himmel über der Ruhr ist wieder blau. Damit sei eine Vision Wirklichkeit geworden, schwärmte die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Svenja Schulze (SPD), im Bundestag. Jetzt gehe es um die Umsetzung der aktuellen Visionen bei Klimaschutz, Artenvielfalt und intakter Umwelt. Der Etatentwurf für ihr Ministerium (19/1700, Einzelplan 16) setze dafür „die richtigen Signale“. Sie rief alle Bürger auf, „Teilzeitheilige in Sachen Umweltschutz“ zu werden.

Die Regierung will 2018 für Ausgaben des Umweltministeriums 1,97 Milliarden Euro bereitstellen. Davon entfallen 1,23 Milliarden Euro auf Investitionen. Für den Klimaschutz sind 527,98 Millionen Euro vorgesehen, davon 436,83 Millionen Euro für Vorhaben im Ausland und 65,4 Millionen Euro für die nationale Klimaschutzinitiative. Die Ausgaben für den Umweltschutz belaufen sich auf 151,98 Millionen Euro. Die Zwischenlagerung und Endlagerung radioaktiver Abfälle schlägt mit 770,56 Millionen Euro zu Buche – bei Einnahmen von 583,59 Millionen Euro durch Zahlungen der Kernkraftwerksbetreiber und Abfallversauerer. Durch den Umzug des Baubereiches ins Innenressort fällt der Gesamt-Etat deutlich geringer aus als 2017.

Für Martin Hohmann (AfD) zeugt der Haushaltsentwurf von „Fehlinvestitionen und Ressourcenverschwendung“. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) müsse „ganz abgeschafft“ werden. Atomkraft sei als Brückentechnologie vonnöten. Windenergie zerstöre die Landschaft.

Marie-Luise Dött (CDU) lobte, dass deutsche Firmen „technologisch führend“ seien bei der Sammlung und Verwertung von Abfällen. Sie machte sich für einen Bürokratieabbau auch in der Umweltpolitik stark: Die Genehmigungsverfahren dauerten zu lange.

Ulla Ihlen (FDP) zeigte sich „bitter enttäuscht“ über den Etatentwurf. Es handle sich um ein „Weiter-so der bisherigen Politik ohne eigene Ideen und Akzente“. Die Bundesregierung betreibe keine „Umweltpolitik aus einer Hand“.

Heidrun Bluhm (Die Linke) merkte an, das Ministerium sei zu klein und erhalte laut Etatentwurf zu wenig Geld. Sie vermisse eine „konsequente Linie“. Sie forderte einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr und beklagte, es fehle eine „umfassende Strategie gegen das Insektensterben“.

Steffi Lemke (Bündnis 90/Die Grünen) prangerte an, dass Schulze über Visionen geredet habe. Sie erwarte „Regierungshandeln und keine Märchenstunde“. Die Ministerin habe zur Lösung der von ihr angesprochenen Probleme „keine einzige konkrete Aussage“ gemacht.

Carsten Träger (SPD) befand, Schulze habe mit ihrem Haushaltsentwurf „schon vieles erreicht“. Das seien „gute Nachrichten für die Umwelt“. Er strich heraus, dass die Bekämpfung des Artensterbens „ganz oben auf der Agenda“ stehe. *fla*



Die Wirtschaft boomt, die Auftragsbücher sind voll – auch und gerade im Handwerk: Zimmerleute, wie hier in Bamberg, sind gefragt wie selten.

© picture-alliance/Nicolas Armer/dpa

# Aufschwung für alle

**WIRTSCHAFTSPOLITIK** Streit über die Investitionen, die größtmögliche Teilhabe am Erfolg versprechen

Es hat eine Weile gedauert, bis der Minister eine Klammer um das Aufgabenspektrum seines Hauses fand – was angesichts der Breite auch nicht überrascht. So landete Peter Altmaier (CDU) also nach Ausführungen über Handelsstreitigkeiten, Mittelstandsinitiativen, Kohlekommissionen und Stromleitungen erst gegen Ende seiner Rede bei dem Ziel, in dem sich alle Teilmaßnahmen treffen sollten: Es gehe um gleichwertige Lebensverhältnisse, egal wo oder wie man lebt. „Wir wollen, dass Deutschland ein lebenswertes Land bleibt, wo man in allen Teilen des Landes Lebensqualität und Selbstverwirklichung findet“, sagte Altmaier am Donnerstag im Bundestag bei der Debatte über seinen auf 8,11 Milliarden Euro angewachsenen Etat. Im vergangenen Jahr lag das Budget noch bei 7,73 Milliarden Euro. Die Vision der gleichwertigen Lebensverhältnisse entwarf Altmaier auch vor dem Hintergrund der robusten Wirtschaftslage, die ihresgleichen suche. „Wir haben einen Aufschwung, der bei den Menschen ankommt und der von den Menschen inzwischen auch wahrgenommen wird.“

**»Wir haben einen Aufschwung, der inzwischen wahrgenommen wird.«**

Peter Altmaier (CDU), Bundeswirtschaftsminister

Von seinem Etat darf Altmaier 5,04 Milliarden Euro für Zuweisungen und Zuschüsse

(2017: 5,05 Milliarden Euro) ausgeben, während sich energiepolitische Maßnahmen auf 2,5 Milliarden Euro summieren (2017: 2,64 Milliarden Euro). Für die Mittelstandsförderung sind 918,06 Millionen Euro eingeplant im Vergleich zu 920,5 Millionen Euro 2017. Davon entfallen wie im Vorjahr 600 Millionen Euro auf Zuweisungen für betriebliche Investitionen und die wirtschaftsnahe Infrastruktur im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Für die Außenwirtschaftsförderung sind 238,17 Millionen Euro vorgesehen (2017: 228,05 Millionen Euro). Unter der Überschrift „Innovation, Technologie und Neue Mobilität“ sind Ausgaben in Höhe von 3,1 Milliarden Euro zusammengefasst (2017: 2,74 Milliarden Euro), zu denen auch 543,47 Millionen Euro (2017: 548,47 Millionen Euro) für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) zählen, 422,26 Millionen Euro sind für die „Digitale Agenda“ vorgesehen (2017: 173,03 Millionen Euro). Schließlich schlagen die Ausgaben für die Luft- und Raumfahrt mit 1,73 Milliarden Euro zu Buche (2017: 1,62 Milliarden Euro). Die Ausgaben für die Abwicklung des Steinkohlenbergbaus sollen 2018 immer noch 1,29 Milliarden Euro betragen (2017: 1,38

Milliarden Euro). Für die Förderung der Energieforschung sind 431,643 Millionen Euro eingestellt (2017: 430,48 Millionen Euro), für die energetische Gebäudesanierung soll mit 407,9 Millionen Euro gefördert werden (2017: 455 Millionen Euro).

**Ja zu freiem Welthandel** Altmaier will mit den Mitteln die Voraussetzungen schaffen, dass der Aufschwung weitergeht – etwa mit einer Mittelstandsagenda, mit Maßnahmen zur Digitalisierung und mit Kompetenzzentren, die sich an Gründer und Startups richten. Entscheidend seien dabei stabile politische Rahmenbedingungen, und zwar auch international. Damit spannte Altmaier den Bogen zu aktuellen politischen Konflikten wie dem Handelsstreit mit den USA und den Spannungen rund um die geplante Pipeline Nord Stream 2. Deutschland und Europa stünden an einer Kreuzung – zwischen einem Zurückfallen in die Zeiten von Abschottung oder einer Entscheidung für freie Weltmärkte. Für den Koalitionspartner SPD erklärte der Abgeordnete Bernd Westphal, wichtig sei, dass die Inhalte aus dem Koalitionsvertrag ein zu eins umgesetzt würden. Er verwies dabei auf die geplante Kommission, die den Strukturwandel für die Bergbauregionen abmildern soll. Die Regierung müsse verlässliche Lösungen schaffen, um den Betroffenen Unsicherheiten zu nehmen. Seine Kollegin Sabine Poschmann mahnte, die Mittelstandsförderung ernst zu nehmen. Eine Kürzung der Mittel für das ZIM



könne nicht die Antwort sein – hier sei Luft nach oben.

**Mittelstandsförderung angemahnt** Die Opposition wurde in ihrer Kritik deutlicher. Die AfD-Fraktion bezeichnete die gute Wirtschaftsentwicklung als Ergebnis europäischer Geldpolitik. Das Wachstum werde durch die Notenpresse finanziert, und zwar zum Schaden deutscher Sparer, sagte der Abgeordnete Volker Münz. Auch die Energiepolitik kanzelte er ab – das Energieeinsparungsgesetz etwa sei Planwirtschaft pur und gehöre abgeschafft. Die Fraktion möchte zudem das Gebäudesanierungsprogramm und die Fördermittel für Elektrofahrzeuge streichen. Karsten Klein (FDP) vermisse wiederum ein Bekenntnis zur freien sozialen Marktwirtschaft. Arbeitsmarktpolitik müsse

mehr von der Seite der Arbeitgeber her gedacht und dem Bedarf an Fachkräften nachgekommen werden. Es werde zu deutlichen Verlusten kommen, wenn Unternehmen nicht mehr ausreichend qualifiziertes Personal gewinnen könnten, warnte Klein. Scharf kritisierte der Abgeordnete auch vor diesem Hintergrund, dass die neue Bundesregierung der Digitalisierung kein eigenes Ministerium gewidmet hat. Dies wäre dringend notwendig gewesen. Heidrun Bluhm (Die Linke) beklagte die Themen- und Kompetenzzersplitterung auf einem anderen Gebiet – dem von Klima und Energie. Dieses Wirrwarr sei mit dafür verantwortlich, dass die gesteckten Klimaziele nicht eingehalten werden könnten, erklärte sie. Mensch und Umwelt müssten im Zweifel vor wirtschaftlichen Interessen stehen; in diesem Zusammenhang dürfe der Einstieg in den Kohleausstieg auf keinen Fall vertagt werden. Auch Bluhm hob die vorgesehen Mittelkürzung beim ZIM missbilligend hervor. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schlug in die gleiche Kerbe: Anja Hajduk forderte, das Mittelstandsprogramm hochzufahren anstatt es leicht abzusenken. Auch bräuchten Startups viel höhere Mittel, um erfolgreich bleiben zu können. Julia Verlinden vermisse konsequentes Handeln in der Energie- und Klimapolitik und beklagte eine Ankündigungspolitik, die an die früherer Bundesregierung erinnere. Viele Pläne lägen bereits in der Schublade, sagte sie. Der Minister müsse nur einmal nachsehen. *Kristina Pezzer*

### KURZ NOTIERT

#### Höherer Etat für den Bundesrat

Dem Bundesrat soll in diesem Jahr mehr Geld zur Verfügung stehen. Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung sieht in dem entsprechenden Einzelplan 03 Ausgaben in Höhe von 30,44 Millionen Euro vor. Das sind 1,95 Millionen Euro mehr als der Ansatz für 2017. Zuwächse sind mit 1,18 Millionen Euro vor allem bei den sächlichen Verwaltungsaufgaben zu verzeichnen. *scr*

#### Ausgaben im Bereich des Finanzministeriums steigen

Der Etat des Bundesministeriums für Finanzen soll in diesem Jahr auf 6,54 Milliarden Euro steigen. Der Ansatz im Haushaltsentwurf der Bundesregierung (Einzelplan 08) liegt damit 0,34 Milliarden Euro über dem Vorjahres-Soll. Der Einzelplan umfasst neben dem Ministerium unter anderem die Zollverwaltung. Zuwächse sind vor allem bei den Personalausgaben (+0,16 Milliarden Euro) und den Zuweisungen und Zuschüssen (+0,13 Milliarden Euro) geplant. *scr*

#### EU-Reduktionsziele werden in deutsches Recht umgesetzt

Die EU-Reduktionsziele 2020 und 2030 für Luftschadstoffe sollen in deutsches Recht umgesetzt werden. Für einen entsprechenden Verordnungsentwurf der Bundesregierung (19/1598) stimmten am Donnerstag ohne Debatte die Fraktionen CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von AfD, FDP und Linken. Die Verordnung enthält zudem Vorgaben zur Erstellung nationaler Luftreinhalteprogramme, zur Berichterstattung und zum Monitoring. *scr*

## Wer vom Aufbruch profitieren soll

**BAUPOLITIK** Die Abgeordneten streiten darüber, wem die Mittel für Baumaßnahmen nutzen

In dem neu im Innenministerium angesiedelten Bauresort stehen die Zeichen auf Aufbruch – jedenfalls nach Ansicht des zuständigen Ministers Horst Seehofer (CSU). Er sieht mit dem Ziel von 1,5 Millionen neuen Wohnungen und dem geplanten Baukindergeld zukunftsweisende Maßnahmen beschlossen. Sie würden das Land weit voranbringen, sagte Seehofer am Donnerstag im Bundestag bei der Debatte über seinen Haushalt.

Der vom früheren Umwelt- und Bauministerium übernommene Bereich „Wohnungswesen und Städtebau“ schlägt demnach mit Ausgaben von 3,58 Milliarden Euro zu Buche, von denen 2,81 Milliarden Euro investiert werden sollen. Die Ausgaben für Wohngeld belaufen sich auf 540 Millionen Euro. 1,52 Milliarden Euro gehen in diesem Jahr wie bereits 2017 als so genannte Kompensationszahlungen an die Länder – Mittel als Ausgleich zum Ausstieg des Bundes aus der sozialen Wohnraumförderung.

Diese von der früheren Bauministerin Barbara Hendricks (SPD) für 2017 und 2018 verdreifachten Mittel sollen 2019 bei einer Milliarde Euro liegen. Für die Zeit danach hat der Bund angekündigt, mit Hilfe einer Grundgesetzänderung wieder in den sozialen Wohnungsbau einzusteigen. Wie diese

Mittel im Zusammenspiel mit den Ländern und Kommunen konkret verteilt werden sollen, ist bislang unklar. Für die Städtebauförderung plant die Regierung 808,75 Millionen Euro ein, für „Zukunftsinvestitionen“ 141,5 Millionen Euro und für Hochbau- und Förderungsmaßnahmen in Berlin und Bonn 294,55 Millionen Euro. Während Minister Seehofer selbst der Baupolitik kaum Raum in seiner Rede einräumte, würdigte der Abgeordnete Ulrich Lange (CSU) die Pläne als richtigen Impuls. Das viel diskutierte Baukindergeld sei ein Beitrag zur Generationengerechtigkeit, da nach Ansicht der Koalition Wohneigentum jeder Generation zur Verfügung stehen sollte.

**SPD für Wohngelderhöhung** Der Koalitionspartner SPD würdigte bei der Debatte dieses Engagement, mahnte aber zeitnahes Konkretisieren an. Beim Baukindergeld bräuchten die zahlreichen Antragwilligen, die sich bereits gemeldet hätten, rasch Klarheit, sagte der Abgeordnete Martin Gerster. Auch müsse man aufpassen, Fehlansätze zu vermeiden. Zudem forderte er den Minister auf zügig darzulegen, wie das Wohngeld angepasst werden soll; dies sei ebenso ein Beitrag zu einer guten und sozialen Politik wie die angekündigte Ver-

schärfung der Mietpreisbremse. Nachfolgende Redner aus seiner Fraktion pflichteten ihm bei.

Die Opposition kritisierte die gesetzten Schwerpunkte als wenig zielführend, um den Wohnungsmarkt zu entspannen. So plädierte der FDP-Abgeordnete Stefan Ruppert für einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer statt einem Baukindergeld, da letzteres zahlreiche Bevölkerungsgruppen ausschließe – etwa Menschen, die erst Eigentum schaffen und dann Kinder bekommen wollten. Die Linksfraktion bezeichnete die Maßnahme als zynisch und ein Instrument für Gutverdiener; Victor Perli trat stattdessen für mehr Mittel für den sozialen Wohnungsbau ein. Die AfD-Fraktion schließlich verwies auf die ländlichen Räume, die bei allem Fokus auf die Wohnungsnot in Ballungsräumen nicht vergessen werden dürften, wie der Abgeordnete Marcus Bühl ausführte. Die Redner der Grünen-Fraktion erwähnten Baupolitik bei der Aussprache nicht. *pez*

Anzeige

## Der neue Kommentar zur Landesverfassung Baden-Württemberg



### Verfassung des Landes Baden-Württemberg

Handkommentar

Herausgegeben von Prof. Dr. Volker M. Haug  
2018, 1.535 S., geb., 168,- €  
ISBN 978-3-8487-0500-9  
nomos-shop.de/20977

Der Kommentar zur Landesverfassung Baden-Württemberg ermöglicht nach über dreißig Jahren endlich wieder eine zeitgemäße und aktuelle Verfassungsauslegung im Kommentar-Format. Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft, Verwaltung und Rechtsprechung erläutern in bisher nicht vorhandener Gründlichkeit alle Bestimmungen der Landesverfassung und gewährleisten gleichermaßen Praxisbezug und wissenschaftliche Fundierung des Werkes.

Portofreie Buch-Bestellungen unter [www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de)  
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



**A**usgaben in Höhe von mehr als 3,42 Milliarden Euro sieht der Etatentwurf 2018 für die Bundespolizei vor, ein Plus von 135 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr. Für das Bundeskriminalamt ist eine Steigerung um fast 93 Millionen Euro veranschlagt. Und so weiter: Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, Bundesamt für Verfassungsschutz – insgesamt entfallen im Haushaltsentwurf des „Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat“ auf den Bereich der inneren Sicherheit Ausgaben in Höhe von rund 5,4 Milliarden Euro. Es sei, charakterisierte Ressortchef Horst Seehofer (CSU) vergangene Woche im Bundestag die Vorlage, vor allem ein „Haushalt für die nationale Sicherheit“. Der in erster Lesung debattierte Regierungsentwurf sieht für sein Haus ein Ausgabenvolumen von knapp 13,76 Milliarden Euro vor und damit rund 4,78 Milliarden Euro mehr, als vergangenes Jahr der Etat des damaligen Bundesinnenministeriums umfasste. Zurückzuführen ist der Anstieg unter anderem auf die Verlagerung des Bereichs Bauen und Wohnen vom Umweltministerium in das Seehofer-Ressort. Dort macht dieser Bereich mit rund vier Milliarden Euro im Etatentwurf den zweitgrößten Ausgabenposten nach dem Sicherheitsbereich aus (siehe Seite 5), gefolgt vom Bereich Integration/Migration auf Platz drei mit rund 1,8 Milliarden Euro.

**Scharfe Kritik** Seehofer betonte in der Debatte, dass die Koalition mehr Stellen für die Sicherheitsbehörden und mehr Mittel für die Ausstattung versprochen habe, ebenso wie Investitionen „auf Rekordniveau“ in die Integration und eine Stärkung der „Ordnung der Migration“, und sie habe Wort gehalten. Das Gesetz über den Familiennachzug zu subsidiär Geschützten sei vom Kabinettschluss, die Ausweisung weiterer sicherer Herkunftsstaaten komme noch vor der Sommerpause in den Bundestag, und Pilotenrichtungen sogenannter Anker-Zentren für Asylbewerber nähmen im Spätsommer den Betrieb auf. Gottfried Curio (AfD) monierte, bei der inneren Sicherheit werde „geknausert“, beim „Import“ von Zuwanderern dagegen „aus dem Vollen“ geschöpft. „Wer seinen Haushalt berechnen will, schließt erst einmal die Haustür“, sagte er. „Temporär Schutzbedürftige“ seien nicht zu integrieren, „sondern baldmöglichst zurückzuführen“.



Bundespolizisten im Berliner Flughafen Tegel. Die Stellenzahl der Bundespolizei soll weiter wachsen. © picture-alliance/Jens Kalaene/dpa

Martin Gerster (SPD) hob hervor, dass die Koalition der Bundespolizei allein in diesem Jahr mehr als 1.850 neue Stellen verschaffe. Hinzu kämen weitere neue Stellen unter anderem beim Bundeskriminalamt und beim Verfassungsschutz. Damit würden die Sicherheitsbehörden des Bundes in bisher ungekanntem Ausmaß gestärkt. Victor Perli (Linke) sprach von einem „Aufrüsten der Sicherheitsbehörden“. So stiegen die Ausgaben für Polizei und Geheimdienste um 200 Millionen Euro nach 250 Millionen Euro in 2017. Die Linke sei für eine gute Ausrüstung und Bezahlung der Polizei, aber „nicht einverstanden mit dem Hochrutschen von Spezialeinheiten“.

**Zank ums Bamf** Seehofer ging auch auf die „Unregelmäßigkeiten“ in der Bremer Außenstelle des Bundesamtes für Migration

und Flüchtlinge (Bamf) ein, wo in der Vergangenheit mehr als 1.000 Asylanträge zu Unrecht anerkannt worden seien sollen. Dies sei „deutlich“ vor seiner Amtszeit gewesen, betonte der Minister und bekräftigte, dass die betreffenden Bescheide vom Bamf nochmals überprüft würden. Auch prüfe der Bundesrechnungshof auf seine Bitte hin, ob sich beim Bamf „systemische Mängel“ ergeben, die zu Veränderungen führen müssen. „Zugleich machte Seehofer deutlich, dass er eine parlamentarische Aufarbeitung der Vorfälle begrüßen würde, falls das Parlament einen Untersuchungsausschuss einsetzen sollte. Diese Möglichkeit war am Vortag in der Generaldebatte von FDP-Fraktionschef Christian Lindner ins Spiel gebracht worden. Dessen Fraktionskollege Stefan Ruppert (FDP) mahnte gleichfalls eine Aufklärung

der Vorgänge in der Bremer Bamf-Außenstelle an. Dabei verstöre es jedoch, „wenn diejenige, die sich die Aufklärung zum Anliegen gemacht hat“, nicht gehört, sondern strafversetzt werde. Tobias Lindner (Grüne) sagte, interessanter als die Ausführungen Seehofers zu dem Thema sei, was der Minister dazu nicht gesagt habe. „Was wussten Sie, und wann wussten Sie es? Darüber hätten Sie hier Auskunft geben sollen“, fügte er hinzu. Mathias Middelberg (CDU) versicherte, man werde sich keiner Aufklärung und Verbesserung beim Bamf verschließen. Dass das Bamf im vergangenen Jahr mehr als 500.000 Asylentscheidungen getroffen habe, sage aber auch etwas über die Leistung, die dort erbracht worden sei. Man solle daher „nicht alles schlecht- und herunterreden“. Helmut Stoltenberg

## Das Kooperationsverbot wackelt

**BILDUNG UND FORSCHUNG** Die neue Ministerin wirbt im Bundestag für eine Grundgesetzänderung. Unterstützung kommt auch aus der Opposition

Nach dem Etatentwurf 2018 sind für Bildung und Forschung nach stetigen Erhöhungen weniger Mittel eingepplant als im Vorjahr: Ressortchefin Anja Karliczek (CDU) sollen danach im laufenden Jahr 17,59 Milliarden Euro (2017: 17,65 Milliarden Euro) zur Verfügung stehen. Immerhin: Es ist der viergrößte Etat der Bundesministerien, und für 2019 stellte Karliczek im Bundestag „weitere Aufwüchse“ in Aussicht. Anders als ihre Vorgängerin warb die neue Bundesministerin vergangene Woche in der Haushaltsdebatte des Bundestages unmissverständlich für eine weitgehende Lockerung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern im Schulbereich: „Wichtig ist, dass wir jetzt zügig die Grundlage dafür schaffen und gemeinsam hier im Deutschen Bundestag und mit den Ländern das Grundgesetz ändern – im Interesse unserer Kinder“, sagte Karliczek. Sie wolle, dass Bildung von Bund, Ländern, Kommunen, Eltern, Lehrern und Schülern zusammen gedacht wird, unabhängig davon, wer im Detail die Verantwortung trage. Ein zentraler Testfall für diese Zusammenarbeit sei der Digitalpakt. (siehe auch Seite 2)

**Zweidrittelmehrheit nötig** Für die Aufhebung des Kooperationsverbotes hatte die SPD während der Koalitionsverhandlungen gekämpft, aber auch FDP, Linke und Bündnis 90/Die Grünen treten seit langem dafür ein. Dazu ist eine Grundgesetzänderung nötig, bei der die Regierungskoalition für die erforderliche Zweidrittelmehrheit auf Teile der Opposition angewiesen ist. Christoph Meyer (FDP) bekräftigte, dass die Liberalen für die Aufhebung des Kooperationsverbotes stimmen würden, und sprach sich ebenfalls für den Digitalpakt aus. Zugleich kritisierte er das zu langsame



Erstklässler in Brandenburg. Künftig soll sich der Bund mehr an der Bildungsinfrastruktur beteiligen können. © picture-alliance/Patrick Pleul

Tempo: „Angesichts der Zahlen werden Sie mit einer Bund-Länder-Vereinbarung, einer Programmaufstellung, einem Richtlinienentwurf und einer Ausschreibung frühestens Ende 2019 vorankommen. Das ist ein Armutszeugnis für diese Koalition.“ Kai Gehring (Grüne) sagte für seine Fraktion ebenfalls Unterstützung bei der Grundgesetzänderung zu, kritisierte aber den Haushaltsentwurf insgesamt: „46 Milliarden Euro wollen Union und SPD per Geißkanne in dieser Wahlperiode zusätzlich ausgeben. Nur kümmerliche sechs Milliarden Euro davon sind für Bildung und Forschung, Hochschulen und Digitalisierung vorgesehen. Was für ein Armutszeugnis!“ Das BaFöG werde abgeschmolzen und die Bundesministerin schweige zudem zum Megathema „Integration durch Bildung“. Auch könne sie nichts Konkretes vorwei-

sen, wie sie die duale Ausbildung stärken wolle. Zudem habe er Zweifel, dass die Koalition wirklich 3,5 Milliarden Euro des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung ausgeben werde. Gehring bezeichnete es zudem als großen Fehler, „dass Sie sich im Koalitionsvertrag vom Sieben-Prozent-Ziel für Bildung verabschiedet haben. Unseren Kindern können wir ein unterfinanziertes Bildungssystem nicht zumuten.“ Während Karl Lauterbach (SPD) über die unbefriedigende Lage an den Schulen und das Hinterherhinken der deutschen Universitäten zu internationalen Spitzenuniversitäten und Forschung einging, und für die Weiterentwicklung des nationalen Bildungswesens in keiner Weise gerecht warb, warb sein Fraktionskollege Sven Schulz für die Aufhebung des Kooperationsverbotes:

## Höchster Deckungsgrad

**JUSTIZ** Ministerin Barley kündigt »Qualitätsoffensive« an

Trotz eines um mehr als 50 Millionen Euro geringeren Etats als 2017 will das Bundesjustizministerium den Rechtsschutz der Bürger stärken und den Verbraucherschutz verbessern. Ressortchefin Katarina Barley (SPD) warb zu Beginn der Haushaltsdebatte des Bundestages zum Einzelplan ihres Hauses am Donnerstag für den von der Regierungskoalition aufgelegten Pakt für den Rechtsstaat. Dieser sehe eine „umfassende Qualitätsoffensive“ vor, die einen Personalaufbau, die Digitalisierung der Justiz, familienrechtliche Verbesserungen und eine Kampagne zur Stärkung des Vertrauens der Bürger beinhalte. Dazu gehöre auch eine bessere Rechtsdurchsetzung wie mit der Musterfeststellungsklage geplant. „Wer Recht hat, muss auch Recht bekommen“, sagte Barley. Ein weiteres wichtiges Feld sei der Mieterschutz.

»Dreiklang« Aus Sicht der Redner der Koalition ist das Ministerium mit geplanten Ausgaben in Höhe von 782,18 Millionen Euro gut aufgestellt. 2017 waren es noch 838,62 Millionen Euro. Stephan Harbarth (CDU) bezeichnete den Pakt als einen „Dreiklang“ aus mehr Personal, besserer Ausstattung und einem besseren gesetzlichen Rahmen, mit dem ein starkes Signal gegen eine „Erosion des Vertrauens“ gesetzt werde. Johannes Fechner (SPD) sieht mit dem Pakt die Weichen für einen starken Rechtsstaat gesetzt. Er geht davon aus, dass es im nächsten Haushalt auch mehr Geld für den Verbraucherschutz geben wird.

Heftige Kritik kam dagegen von der Opposition. Die Redner von AfD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen forderten Nachbesserungen an dem Entwurf und warfen dem Ministerium unter anderem Symbolpolitik vor. Manuela Rottmann (Grüne) sprach gar von „großkoalitionärem Pfusch“ und einer „Vergackierung der Leute“. Victor Perli (Linke) sagte, die Bürger bräuchten dringend mehr Rechte gegen staatliche Willkür und Konzernmacht.

Nach Ansicht von Lothar Maier (AfD) geben die Ankündigungen der Koalition „nicht viel her“. Das verbraucherpolitische Programm der Bundesregierung sei eine „Kollage aus Programmen Dritter“ und weise kein eigenes Profil auf. Für die FDP attestierte Stefan Ruppert der Rechtspolitik einen dramatischen Bedeutungsverlust. Dies versuche die Koalition durch Verbraucherschutz zu kompensieren, sagte er. Das Justizministerium verfüge über den kleinsten Etat der Regierung, weist aber den bei weitem höchsten Deckungsgrad auf: Die Einnahmen belaufen sich auf 568,62 Millionen Euro (2017: 541,62 Millionen Euro). Hinter dieser Zahl stehen vor allem die Gebühreneinnahmen des Deutschen Patent- und Markenamtes. Die Ausgaben für den Verbraucherschutz sollen 36,51 Millionen Euro betragen. 2017 waren es noch 128,54 Millionen Euro. Darin enthalten war allerdings ein einmaliger Zuschuss zur Erhöhung des Stiftungskapitals der Stiftung Warentest. Michael Wojtek

## Mehr Geld für Grütters

**KULTUR** Etat soll auf 1,67 Milliarden Euro steigen

Der Etat von Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) soll erneut steigen. Für den Bereich Kultur und Medien sieht der Regierungsentwurf Gesamtausgaben von 1,67 Milliarden für 2018 vor. 2017 hatte der Bundestag 1,63 Milliarden Euro bewilligt. Da bei den Haushaltsberatungen der vergangenen Jahre der Bundestag den Regierungsentwurf stets erhöht hatte, könnte Grütters auch dieses Mal am Ende mehr Geld bekommen als ursprünglich veranschlagt. Seit ihrem Amtsantritt im Jahr 2013 stieg ihr Haushalt um rund 460 Millionen Euro. Zu den Gewinnern der Eräterhöhung gehört die Deutsche Welle. Der Auslandssender soll fast 26 Millionen Euro mehr erhalten, um seine Angebote für Russland und die Ukraine zu stärken und seine arabisch- und türkischsprachigen Angebote fortzuführen. Der SPD-Kulturpolitiker Martin Rabanus mahnte in der Debatte in der vergangenen Woche jedoch an, dass am Etatansatz bis zum Ende der Legislaturperiode an der einen oder anderen Stelle nachgebessert werden müsste, um dem Sender langfristige Planungssicherheit zu verschaffen. Kritik am Haushaltsentwurf übte Erhard Grundl (Grüne). Dieser konzentrierte sich

auf „wenige Projekte mit großer Strahlkraft“. Die Populärmusik, die Soziokultur, die darstellenden Künste und die Literatur erhielten hingegen nur einen Bruchteil des Etats. Natürlich seien die Bayreuther Festspiele und auch das Humboldt-Forum in Berlin förderwürdig, aber die Förderung von Künstlern komme zu kurz, sagte Grundl. Ähnlich argumentierte auch Simone Barrientos (Linke). Die soziale Lage von freischaffenden Künstlern müsse verbessert werden. Sie forderte zudem die Aufnahme der Kultur als Staatsziel ins Grundgesetz. Patricia Lips (CDU) hielt dieser Kritik entgegen, dass sich der Bund vorrangig um Einrichtungen von nationaler und internationaler Bedeutung kümmern müsse, dazu gehöre die Hauptstadt Kultur. „Berlin ist ein Schaufenster zur Welt“, sagte Lips. Zugleich sprach sie sich für eine verstärkte Förderung der ländlichen Regionen aus. Fundamentall fiel die Kritik der AfD aus. Es würden „linksideologische Propaganda und Förderprogramme“ finanziert, die einzig dem Zweck diene, Kunst und Kultur „auf globalistische, migrations- und EU-euphorische Linie zu bringen“, sagte der Kulturpolitiker Marc Jongen. Mit einer solchen Kulturpolitik „züchtet man sich eine Kaste von Staatskünstlern heran“. Alexander Weinlein

## Föderalismus im Disput

**FALL AMRI** Es ist immer dieselbe Frage, die den Untersuchungsausschuss zum Fall Anis Amri beschäftigt: Wie konnte es sein, dass alle Erkenntnisse über das kriminelle Treiben des späteren Breitscheidplatz-Attentäters nicht dazu führten, den Mann rechtzeitig dingfest zu machen? Lag es daran, dass sich die Kompetenzen für innere Sicherheit auf verschiedene Behörden in Bund und Ländern verteilen? Darum ging es vorige Woche in einer Anhörung des Ausschusses, bei der die Experten indes uneins blieben. Hatte das Sicherheitsversagen tatsächlich strukturelle Ursachen? Manche argumentierten in diese Richtung und gaben wie der Staatsrechtler Matthias Bäcker zu bedenken, dass das Grundgesetz einer stärkeren Koordinierung nicht im Wege stehe. Otto Dreksler, Ex-Chef der Berliner Landespolizeischule, plädierte dafür, alle auf Landesebene nachgeordneten Dienste der beim Bund angesiedelten Sicherheitsbehörden abzuschieben, und der einstige Verfassungsschutzpräsident Heinz Fromm empfahl ein administratives Weisungsrecht des Bundesamtes gegenüber den Landesämtern für Verfassungsschutz. Mehr Zentralismus wagen also? Widerspruch kam vom früheren Vizepräsidenten des Bundeskriminalamtes, Jürgen Maurer. In 35 Dienstjahren als „zentraler Polizist“ sei er zu einem „glühenden Verfechter des Föderalismus“ geworden. Immer wieder in Gremien von Bund und Ländern Übereinkünfte finden zu müssen, „hat uns genützt“. Winfried Dolderer



# Wohin des Weges?

**ARBEIT UND SOZIALES** Trotz stetig steigender Zuschüsse an die Rentenkasse werde darin bald ein riesiges Loch klaffen, warnt die Opposition



Wie sollen die Renten künftig finanziert werden? Eine „Rentenkommission“ sucht ab Sommer nach Lösungen.

© picture-alliance/Frank May/28

Es ist der größte Einzeletat des Bundeshaushaltes. Aber da das nichts Neues ist, hielt sich Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) zur Eröffnung der Aussprache über den Haushalt seines Ministeriums auch nicht lange mit Zahlenspielerien auf. Lieber blickte er grundsätzlich in die Zukunft und das hieß, den Herausforderungen der Digitalisierung entgegen. „Wir dürfen die Folgen des technologischen Wandels nicht unterschätzen“, warnte er. Der Gesellschaft werde die Arbeit nicht ausgehen, aber die Beschäftigten müssten jetzt schon durch Weiterbildung und Qualifizierung auf diesen Wandel vorbereitet werden. Deshalb solle die Bundesagentur für Arbeit zu einer Bundesagentur für Weiterbildung und Qualifizierung ausgebaut werden, kündigte Heil an. „Arbeitslosigkeit durch technologischen Wandel soll gar nicht erst entstehen“, sagte er vergangene Woche.

Weit mehr für Zahlen interessierten sich dagegen die Oppositionsfractionen. So kritisierte Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen) an dem Haushaltsentwurf (19/1700) die chronische Unterfinanzierung der Jobcenter. Jahr für Jahr würden Mittel aus dem Eingliederungstitel, also der Fördermittel für Arbeitslose, umgeschichtet, um damit die nicht gedeckten Verwaltungsausgaben der Jobcenter zu finanzieren. „Wenn wir wollen, dass das Kerngeschäft der Vermittlung läuft, dann müssen wir zusätzliche Mittel in die Hand nehmen. Sie aber lassen die Jobcenter im Regen stehen“, kritisierte Deligöz.

**Erst rechnen, dann beschließen** Johannes Vogel (FDP) ließen vor allem die Kosten des Rentenpaketes die Haare zu Berge stehen. Das Paket sieht unter anderem eine Haltelinie für Beitragssätze und Rentenniveau und die Ausweitung der Mütterrente vor. „Wie wollen Sie das alles bezahlen?“, fragte Vogel. Er kritisierte, dass diese Leistungssteigerungen das Problem drohender Altersarmut nicht lösen würden. Unzufrieden zeigte sich auch Matthias Birkwald (Die Linke). Er forderte, die Kosten der Mütterrente aus Steuermitteln zu finanzieren. „Wenn Sie da nicht umsteuern, werden jährlich zehn Milliarden Euro aus der Rentenkasse verschwinden“, warnte er. Um Altersarmut zu verhindern, müsse vielmehr der Mindestlohn endlich auf 12 Euro pro Stunde angehoben werden, forderte er. Ulrike Schielke-Ziesing (AfD) glaubte den Zahlen gleich gar nicht. „Sie brüsten sich mit geschönten Statistiken zur Arbeitsmarktlage.“ Knapp eine Millionen Menschen würden in diesen gar nicht auftau-

chen. Hinzu kämen noch Millionen Niedriglohnverdiener, deren Lohn nicht ausreichte, um später eine vernünftige Rente zu bekommen, sagte sie. Für Union und SPD werden mit dem Haushaltsplan dagegen die richtigen Weichen gestellt. Hermann Gröhe (CDU) räumte ein, dass trotz der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt noch zu viele Menschen arbeitslos seien. „Deswegen ist Vollbeschäftigung das zentrale Ziel unserer Politik“, sagte er. In dem Programm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ sollen passgenaue Lösungen für Langzeitarbeitslose entwickelt werden, dafür stelle der Bund vier Milliarden Euro in den nächsten Jahren bereit, so Gröhe. Kerstin Tack (SPD) betonte, dies sei vor allem eine Herausforderung für Qualifizierung, Weiterbildung und Vermittlung, für die die Jobcenter ausgerüstet sein müssten.

**Die nackten Zahlen** Der nun mit reichlich Verspätung eingebrachte Haushaltsplan des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales für 2018 umfasst insgesamt 139,76 Milliarden Euro (2017: 137,58 Milliarden Euro). Das sind „nur“ 2,2 Milliarden Euro mehr als im Vorjahr. Zum Vergleich: Der Sprung vom Haushalt 2016 auf 2017 lag bei satten 8,7 Milliarden Euro. Der größte Ausgabenposten bleibt dabei, wie eh und je, die Rente. Auf mittlerweile 94,02 Milliarden Euro (2017: 91,02 Milli-

arden Euro) beziffern sich die Leistungen an die Rentenversicherung, ein deutlicher Anstieg um drei Milliarden Euro im Vergleich zu 2017. Bei diesen Leistungen bilden die Zuschüsse des Bundes an die allgemeine Rentenversicherung mit 35,04 Milliarden Euro (2017: 34,4 Milliarden Euro) sowie die Beitragszahlungen für Kindererziehungszeiten in Höhe von 14,3 Milliarden Euro (2017: 13,3 Milliarden Euro) die größten Ausgabenposten. Für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung gibt der Bund in diesem Jahr 5,9 Milliarden Euro und damit 1,2 Milliarden Euro weniger als 2017 (7,13 Milliarden Euro). Für arbeitsmarktpolitische Leistungen und Programme stellt der Bund, zusätzlich zu den Mitteln der Bundesagentur für Arbeit, 37,62 Milliarden Euro (2017: 37,28 Milliarden Euro) bereit, was nur eine unwesentliche Änderung gegenüber 2017 bedeutet. Die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit, einschließlich der Sonderprogramme des Bundes, schlagen mit neun Milliarden Euro zu Buche. Fast die gesamten Mittel dieses Bereiches werden aber für Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende ausgegeben: 36,95 Milliarden Euro (2017: 36,4 Milliarden Euro). Davon entfallen 20,9 Milliarden Euro (2017: 21 Milliarden Euro) auf das Arbeitslosengeld II, weitere sieben Milliarden Euro (2017: 6,5 Milliarden Euro) auf die Leistungen für Unterkunft und Heizung. Claudia Heine

**»Sie brüsten sich mit geschönten Zahlen zur Arbeitsmarktlage.«**

Ulrike Schielke-Ziesing (AfD)



## »Kassensturz« soll in der Pflege für Klarheit sorgen

**GESUNDHEIT** Minister Spahn bringt höhere Beiträge ins Spiel

Die Bombe platze einen Tag vor der ersten Beratung über den Gesundheitsetat 2018. Der Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) teilte am vergangenen Donnerstag mit, der unerwartet hohe Anstieg an Leistungsempfängern und die höheren Leistungsbezüge in der gesetzlichen Pflegeversicherung führten 2018 zu Mehrausgaben von rund zwei Milliarden Euro. Das Defizit werde bei drei Milliarden Euro liegen statt einer Milliarde. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) reagiert prompt und brachte eine Beitragssatzerhöhung von mindestens 0,2 Prozentpunkten spätestens 2019 ins Spiel. Derzeit liegt der Pflegebeitragsatz bei 2,55 Prozent des Bruttoeinkommens (2,8 Prozent für Kinderlose).

In der Haushaltsdebatte des Bundestages erläuterte Spahn dann am vergangenen Freitag die neue Lage. Mit den Pflegereformen habe es eine vermehrte Nachfrage nach Leistungen gegeben. Dies sei durchaus positiv, jedoch falle die Nachfrage höher aus als angenommen. Er werde nun mit den Pflegekassen beraten und zunächst einen „Kassensturz“ vornehmen. Im Plenum regte sich kein Widerspruch, dafür wurden andere Entwicklungen kritisch hinterfragt sowie die Gesamtausrichtung des Haushaltes, der mit rund 15,20 Milliarden Euro nicht so klein, aber mit allein 14,5 Milliarden Euro Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds auch weitgehend verplant ist. Mit diesem Geld werden versicherungsfremde Leistungen finanziert, so etwa die beitragsfreie Familienmitversicherung oder Aufwendungen für Schwangerschaft und Mutterschaft. Zum Größenvergleich: Die beitragsfinanzierten Leistungsausgaben der GKV liegen pro Jahr bei deutlich mehr als 200 Milliarden Euro.

sundheitskarte abschaffen wollen, dann sei er wieder zurückgerudert. Das Digitalprojekt für einen sicheren Datenaustausch sei in mehr als zehn Jahren kaum voran gekommen, das sei ein Armutszeugnis. Redner der SPD verteidigten ihre Forderung nach einer Rückkehr zur Parität. Karl Lauterbach (SPD) betonte, die Arbeitnehmer könnten künftige Kostensteigerungen im Gesundheitswesen nicht alleine tragen. In der Kranken- und Altenpflege sei eine große Kraftanstrengung nötig. In der Altenpflege fehlten womöglich zwischen 50.000 und 100.000 Kräfte. Den Vorschlag des Pflegebeauftragten Andreas Westerfellhaus, Pflegekräfte mit Prämien zur Rückkehr zu bewegen, nannte er „innovativ und richtig“. Er fügte hinzu, die Krankenpflege sei „kaputtgespart“ worden. Hier sei eine „Totaloperation“ nötig mit einem System der Kostendeckung.

**»Eine Brille bekommt in der GKV nur, wer fast blind ist.«**

Axel Gehrke (AfD)

**Rücklagen** Gesine Lötzh (Linke) erneuerte die Forderung ihrer Partei nach Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung. Sie sprach in Anspielung auf Nichtversicherte sowie unterschiedliche Leistungsangebote für gesetzlich und privat Versicherte (PKV) von einer „Dreiklassenmedizin“. Susanne Ferschl (Linke) kritisierte, manche Angehörige seien mit dem Eigenanteil in Pflegeheimen finanziell überfordert. Auch die Preise für Medikamente hätten sich in den vergangenen Jahren vervielfacht. Kordula Schulz-Asche (Grüne) betonte: „In der Pflege brennt die Hütte.“ Schnelle Hilfe sei nötig, sagte sie und forderte angesichts der absehbar höheren Kosten einen Nachtragshaushalt für die Pflege. Die problematische demografische Entwicklung beginne gerade erst. Maria Klein-



Schmeink (Grüne) monierte, der Haushalt gebe keine Antworten auf drängende Fragen. Sie warnte den Minister davor, mit einer gesetzlichen Regelung darauf hinzuwirken, dass hohe Rücklagen der Krankenkassen aufgelöst werden. Dies werde ein „Beitrags-Jojo“ auslösen. Die Gelder fehlten am Ende für wichtige Ausgaben.

**Ebola** Mehrere Redner gingen auch auf die aus ihrer Sicht wichtige Förderung der internationalen Gesundheitspolitik ein. Im Haushalt sind dafür rund 98 Millionen Euro eingeplant, 23 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Karsten Klein (FDP) verwies in seiner Rede auf die jüngst im Kongo aufgetretenen Ebola-Fälle. Dies zeige, wie wichtig etwa die Zuschüsse zur Weltgesundheitsorganisation (WHO) seien. Krankheiten machten an Grenzen nicht halt, sie müssten global bekämpft werden, betonte der Liberale. Auch Emmi Zeulner (CSU) sagte, in der Gesundheitspolitik müsse über Grenzen hinaus gedacht werden. Die dafür vorgesehenen Gelder seien gut angelegt. Claus Peter Kosfeld

## Elterngeld und Unterhaltsvorschuss lassen Ausgaben deutlich steigen

**FAMILIE** Der Etat von Ministerin Franziska Giffey (SPD) steigt erstmals auf über zehn Milliarden Euro. Die Opposition fordert trotzdem Nachbesserungen

Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) freute sich sichtlich in der ersten Lesung des Bundestages über ihren Etat: „Wir knacken dieses Jahr zum ersten Mal die Zehn-Milliarden-Euro Marke, denn unser Budget wächst im Vergleich zum Vorjahr um 681 Millionen Euro auf rund 10,2 Milliarden Euro an.“ Mit diesem Geld wolle man die Familien in Deutschland „spürbar stärker machen“, den demographischen Wandel mitgestalten und die Zivilgesellschaft unterstützen. Geschuldet ist der Anstieg der Ausgaben im Familienetat vor allem den gesetzlichen fa-

milienpolitischen Leistungen. So rechnet das Familienministerium mit Mehrausgaben von 270 Millionen Euro beim Elterngeld, das dann mit insgesamt 6,67 Milliarden Euro bereits annähernd zwei Drittel des Gesamtetats ausmacht. Deutlich ansteigen werden zudem die Ausgaben für den Unterhaltsvorschuss – von 315 auf 866 Millionen Euro. Die zusätzlichen 551 Millionen Euro sind der Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes geschuldet, nach der Kinder von Alleinerziehenden den Unterhaltsvorschuss nicht nur bis zum zwölften, sondern bis zum 18. Lebensjahr beziehen können. „Die Inanspruchnahme ist deutlich höher als gedacht“, sagte Giffey. Weitere 581 Millionen Euro sollen für Kindergeld und Kinderzuschlag bereit gestellt werden. Insgesamt machen die Ausgaben aller gesetzlichen Leistungen für Familien 8,42 Milliarden Euro aus.

Weitere 1,06 Milliarden Euro sind für die Kinder- und Jugendpolitik vorgesehen, darunter 400 Millionen Euro für den Kinderbetreuungsausbau, und 402 Millionen Euro für die Stärkung der Zivilgesellschaft. Ministerin Giffey kündigte an, dass sich der Bund ab 2019 mit einem Kita-Qualitätsgesetz und mit insgesamt 3,5 Milliarden Euro bis zum Ende der Legislaturperiode für eine höhere Qualität in der Kita-Betreuung, mehr Fachkräfte und weniger Gebühren engagieren werde. Während die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD den Haushaltsentwurf einhellig begrüßten, stieß er bei den Oppositionsfractionen hingegen auf Kritik. Fundamental fiel diese Kritik am rechten Rand des Bundestages aus. Volker Münz (AfD) rechnete vor, dass in Deutschland jährlich 50 Milliarden Euro für die Unterbringung und Betreuung der 1,7 Millionen

Asylbewerber ausgegeben würden, „die seit 2014 gekommen sind und zu einem großen Teil zurückgeführt werden müssen.“ Angesichts dieser Relation tue die Regierung viel zu wenig für Familien und Kinder. Münz sprach sich zugleich gegen die Betreuung von Kindern in Kitas aus. Es sei besser, „wenn Kinder von den eigenen Eltern betreut werden“. Michael Leutert (Die Linke) monierte, dass der Solidaritätszuschlag in Teilen abgeschafft werden soll. Dieser werde aber vor allem von den Wohlhabenden gezahlt, arme Familien würden dadurch nicht entlastet. Reiche Familien müssten aber nicht entlastet werden. Der Ausnahmefall für den Staat belaufe sich auf zehn Milliarden Euro, also genau die Summe, die den Familienetat ausmache. Katja Dörner (Grüne) begrüßte zwar das von Ministerin Giffey angekündigte Quali-



Familienministerin Franziska Giffey (SPD)

tätsgesetz für Kitas. Allerdings seien die in Aussicht gestellten 3,5 Milliarden Euro viel zu wenig, um bessere Personalstandards

und Sprachförderung in den Kitas sowie Gebührenfreiheit zu realisieren. Insgesamt sei der vorgelegte Haushaltsentwurf „ohne Zukunft“ und müsse dringend nachgebessert werden. Christoph Meyer (FDP) kritisierte, dass die Gesamtevaluation der familienpolitischen Leistungen nicht im Haushalt berücksichtigt worden sei. Der Etat sei von einem „Dickicht“ an Förderungen und Subventionen durchzogen, die „vielleicht alle gut gedacht, aber in der Umsetzung mangelhaft sind“, sagte Meyer. Im Familienetat werde zu lax mit Steuergeldern umgegangen. So gebe es kaum einen Bereich, an dem der Bundesrechnungshof nicht berechtigte Kritik geäußert habe. So vernachlässige das Ministerium seine Aufsichtspflicht bei der Auszahlung des Elterngeldes und beim Verwaltungsaufwand beim Unterhaltsvorschuss. Alexander Weinlein



Deutschland wird in den kommenden Jahren deutlich mehr Geld für Verteidigung ausgeben. Bereits in diesem Jahr soll der Wehretat um 1,49 Milliarden auf 38,49 Milliarden Euro steigen. So sieht es der Einzelplan 14 des Bundeshaushaltes vor, über den der Bundestag am vergangenen Donnerstag in erster Lesung beriet.

Dies sei jedoch erst „der Anfang“, betonte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) zum Auftakt der Debatte. Die Bundeswehr benötige nach dem Sparkurs der vergangenen 25 Jahre „eine nachhaltig, stetig steigende Finanzlinie“. Was dies in Zahlen bedeutet, lässt sich im Eckwertebeschluss der Bundesregierung zum Bundeshaushalt 2019 und zur Finanzplanung bis 2022 nachlesen. So soll der Wehretat im kommenden Jahr auf 41,54 Milliarden Euro und bis zum Ende der Legislaturperiode 2022 gar auf 42,68 Milliarden Euro steigen. Dies ist Ministerin von der Leyen jedoch zu wenig. So stimmte sie dem Haushaltsentwurf für 2019, über den der Bundestag im September beraten wird, ebenso wie Entwicklungshilfenminister Gerd Müller (CSU) nur unter dem Vorbehalt zu, das ihr Etatsatz deutlich erhöht wird (siehe auch Text unten). Denn während die Verteidigungsministerin für die gesamte Legislaturperiode einen Mehrbedarf von zwölf Milliarden Euro einfordert, beläuft sich die Steigerung nach den Planungen von Finanzminister Olaf Scholz (SPD) auf 5,5 Milliarden.

Zwei Prozent-Ziel Unterstützung findet von der Leyen in den Reihen der Unionsfraktion: „Die Eckwert, die bisher vorgesehen sind, müssen verstärkt werden“, forderte der verteidigungspolitische Sprecher Henning Otte (CDU). „Wir brauchen eine bessere Ausrüstung, für unsere Truppe, wir brauchen eine Modernisierung, und wir brauchen eine Fähigkeitsstärkung: bei der Führung, bei der Aufklärung, bei den gepanzerten Fahrzeugen, beim Lufttransport, im Cyberbereich und bei der Kommunikation“, zählte Otte auf. Das von der Nato ausgegebene Ziel, ab 2025 zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Verteidigung auszugeben, müsse weiterhin angepeilt werden.

Beim Koalitionspartner stößt die Forderung nach einer Erhöhung des Wehretats über den vereinbarten Rahmen hinaus jedoch auf offene Ablehnung. Fritz Felgentreu, verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, hielt der Union entgegen, eine Diskussion über eine weitergehende Erhöhung mache erst dann Sinn, wenn „Ministerium und die Bundeswehrverwaltung ihre Hausaufgaben machen“. In den vergangenen Jahren sei es dem Verteidigungsministerium nicht gelungen, die für Entwicklung und Beschaffung vorgesehenen Haushaltsmittel auszuschnöpfen. Dieses Argument bekam Ursula von der Leyen auch aus den Reihen der FDP, der Linken und der Grünen entgegen gehalten. Der FDP-Haushaltsexperte Karsten Klein



# Koalition nicht im Gleichschritt

**VERTEIDIGUNG** Ministerin von der Leyen will langfristig mehr Geld. Doch die SPD tritt auf die Bremse

Sorgenvoller Blick: Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) beobachtet den Vorbeimarsch von Soldaten des Wachbataillons in Berlin.

warf der Ministerin vor, während ihrer Amtszeit zwei Milliarden Euro für Rüstungsinvestitionen nicht ausgeben zu haben. Bevor sie einen größeren Wehretat einfordere, sollte sie dafür Sorge tragen, dass die vom Parlament bewilligten Gelder auch zielgerichtet ausgegeben werden, um die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr zu gewährleisten, sagte Klein. Es gebe kaum ein Rüstungsprojekt, das im Kosten- und Zeitrahmen geblieben sei, die Unzufriedenheit der Soldaten sei „erschreckend hoch“ und in der Truppe herrsche Misstrauen gegenüber der Ministerin, kritisierte Klein.

**Flexibilisierte Ausgaben** Auch Tobias Lindner, verteidigungspolitische Sprecher der Grünen, warf von der Leyen unseriöse Haushaltsführung vor. Sie kalkuliere die benötigten Mittel für Personal und Auslandseinsätze bewusst niedriger, um anschließend nicht abfließende Gelder für Rüstungsbeschaffungen umzuschichten. Dies sei möglich, weil die Ausgabenposten im Etat weitestgehend flexibilisiert seien.

„Was Sie da produzieren, ist eine Gleichzeitigkeit von Überfluss und Mangel“, sagte Lindner. Michael Leutert, Haushaltspolitiker der Linksfraktion, rechnete vor, dass die Verteidigungsausgaben in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich gestiegen seien. 2005 habe der Wehretat noch 24 Milliarden Euro betragen, jetzt liege er bereits bei 38,5 Milliarden Euro. Doch trotz der gestiegenen Ausgaben leide die Bundeswehr kontinuierlich unter den gleichen Problemen: „Flugzeuge und Hubschrauber fliegen nicht, U-Boote tauchen nicht, Schiffe schwimmen nicht, und alles wird immer teurer“, sagte Leutert und fügte hinzu: „Wir müssen feststellen, dass wir keine effektiven Strukturen und ein schlechtes Management haben – das ist das Problem der Bundeswehr.“

**»Was Sie da produzieren, ist eine Gleichzeitigkeit von Überfluss und Mangel.«**

Tobias Lindner (Grüne)

Die AfD hingegen hält die Bundeswehr für dramatisch unterfinanziert. Mit dem vorgelegten Haushalt, so kritisierte deren verteidigungspolitische Sprecher Rüdiger Lucassen, werde die Bundeswehr nicht wieder einsatzbereit gemacht. „Mit ihm kann noch nicht einmal der weitere Fall aufgehalten werden.“ Lucassen forderte die Einhaltung des Zwei-Prozent-Zieles der Nato und einen jährlichen Verteidigungsetat von 70 Milliarden Euro ab 2025. Die Wehrpflicht müsse wieder eingeführt werden und die Bundeswehr auf eine Gesamtstärke von 240.000 Soldaten erhöht werden, erklärte Lucassen. Zudem müsse ein Reservistenkorps von 50.000 Soldaten nach dem Vorbild der amerikanischen Nationalgarde gebildet werden, das auch im Inland eingesetzt werden kann. **Alexander Weinlein**

nisterium –, um „den weiter wachsenden Mehrbedarf in den Krisenregionen abzudecken“. Müller hatte zuvor ebenso wie Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) schriftlich Einwände gegen die Haushaltspläne erhoben, an die Einhaltung des Koalitionsvertrages appelliert und Nachbesserungen beim Etatentwurf für 2019 gefordert. Dieser soll in den kommenden Wochen konkretisiert werden. Die SPD stellte sich ebenfalls hinter den Minister. Ihre Fraktion werde sich weiter für die Erreichung des ODA-Ziels einsetzen,



## »Milliardenschwere Mogelpackung«

**ENTWICKLUNG** Der Etat soll in diesem Jahr deutlich steigen. Doch die Freude der Fraktionen hält sich angesichts der Zukunftspläne von Finanzminister Olaf Scholz in Grenzen

Der Etat 2018 – für die Entwicklungspolitiker im Bundestag ist er schon fast kalter Kaffee. Nicht, weil das Haushaltsjahr bereits gut zur Hälfte vorüber ist. Und schon gar nicht, weil sich Entwicklungsmন্ত্রী Gerd Müller (CSU) und die Fachpolitiker im Parlament laut Entwurf der Bundesregierung (19/1700) ziemlich sicher über ein kräftiges Plus in der Kasse freuen können, 9,4 Milliarden Euro und damit 10,5 Prozent mehr als 2017 soll das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in diesem Jahr ausgeben dürfen. Damit läge der Anteil der öffentlichen Entwicklungsausgaben am Bruttonationalprodukt („ODA-Quote“) bei 0,5 Prozent.

Doch die Fraktionen und auch der Minister selbst richteten den Blick bereits in die Zukunft, nämlich auf den von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) vorgelegten Finanzplan für die Haushaltsjahre 2018 bis 2022 – und da droht nach übereinstimmender Auffassung Ungemach.

Die ODA-Quote wird danach im kommenden Jahr wieder auf etwa 0,47 Prozent sinken, und das, obwohl diese laut Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD eigentlich „deutlich steigen“ soll. Außerdem hatte die Große Koalition vereinbart, den Anstieg der Entwicklungsausgaben eins zu eins an den Anstieg der Verteidigungsausgaben zu koppeln. Dass die Regierung diese Zusagen derzeit offenbar nicht einzuhalten gedenkt, rechneten Michael Leutert (Die Linke) und Anja Hajduk (Bündnis 90/Grüne) auf Basis der von Scholz vorgelegten Zahlen im Plenum im Detail vor. Leutert sprach von einem Verstoß gegen den Koalitionsvertrag, Hajduk von einer „milliardenschweren Mogelpackung“, sollte es dabei bleiben. Auch Ressortchef Müller zeigte sich verärgert. Zwar könne das BMZ mit dem Plus in 2018 „eine Menge zusätzlich tun und Probleme vor Ort lösen, etwa in den Krisengebieten um Syrien“. Jedoch müsse in den Jahren darauf ein Absinken der ODA-Quote unter das jetzt erreichte 0,5-Prozent-Ziel unbedingt verhindert werden, stellte er klar. Er forderte von den Bundestagshaushaltern eine „Verstärkungsbilliarde“ für alle so genannten ODA-Ministerien – neben dem BMZ das Auswärtige Amt, das Umweltministerium und das Gesundheitsmi-

## Krisendiplomatie geht an die Substanz

**AUSWÄRTIGES** Opposition hält Etat für unterfinanziert

Liberaler, Linke und Grüne sind sich einig: Das ist eindeutig zu wenig. Die Oppositionsfraktionen halten mit Blick auf die weltweiten Konflikte und die diplomatischen und humanitären Herausforderungen das Auswärtige Amt in den Planungen für die nächsten Jahre für unterfinanziert. In der Debatte zum Haushalt für das Jahr 2018 (19/1700, Einzelplan 05) sahen vergangene Woche aber auch Vertreter der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD bei diesem Punkt noch „Fragezeichen“ und „Diskussionsbedarf“. In eine ganz andere Richtung ging die Kritik der AfD-Fraktion, die eine aus ihrer Sicht mangelnde Transparenz bei den Mitteln für die politischen Stiftungen aus dem Haushalt des Auswärtigen Amtes beklagte.

Laut Etatentwurf der Bundesregierung sollen die Mittel für das Auswärtige Amt leicht ansteigen auf 5,36 Milliarden Euro (2017: 5,23 Milliarden Euro). Der Eckwertebeschluss der Bundesregierung zum Bundeshaushalt 2019 und zum Finanzplan 2018 bis 2022 sieht aber vor, dass die Mittel für das Haus von Minister Heiko Maas (SPD) ab dem Jahr 2020 wieder unter die Marke von fünf Milliarden Euro sinken sollen. Maas (SPD) sprach in der Debatte von einem „fundamentalen Umbruch“ in der vertrauten Weltordnung, in der die Prinzipien des Multilateralismus und des Völkerrechts infrage gestellt würden. Es gebe Versuche, Keile in das europäische Gefüge zu treiben, von China, Russland „und leider in gewisser Weise mittlerweile auch der USA“. Die EU müsse „mit einer Stimme“ für eine regelbasierte internationale Ordnung eintreten. „Europa muss in diesem Moment Lücken schließen, die andere aufreißen, auch jene, von denen wir nicht dachten, dass sie Lücken aufreißen.“ Maas betonte, dass die Bundesregierung am Atomabkommen mit dem Iran festhalten wolle. Die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen liege im ureigenen deutschen Sicherheitsinteresse.

Birgit Malsack-Winkemann (AfD) kritisierte, dass im Etatentwurf von echter parlamentarischer Kontrolle keine Rede sein könne. Durch Deckungsvermerke könne die Regierung Mittel hin- und herschieben wie sie wolle. Das Auswärtige Amt habe einen „Deckungskreislauf“ entwickelt, mit dem fast die Hälfte des Gesamtetats der konkreten Kontrolle entzogen sei. Kritik übte Malsack-Winkemann an den Zuwendungen für die politischen Stiftungen mit ihren Auslandsbüros: So unterhielten die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung und die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung rund 180 Büros im Ausland und damit mehr Einrichtungen als das Auswärtige Amt mit seinen 153 Botschaften. Jürgen Hardt (CDU) warnte, dass die regelbasierte internationale Ordnung heute in beispielloser Weise herausgefordert sei. Zu den Entwicklungen, die das Vertrauen der Völkergemeinschaft in gemeinsame Regeln erschütterten hätten, gehöre etwa der Bruch des Bushduper Memorandums und der Charta von Paris durch die russische Annexion der Krim im Jahre 2014, aber auch das „vom-Tisch-Wischen unterschriebener Verträge“ durch den US-Präsidenten, sei es beim Pariser Klimaabkommen, in der Zollpolitik und nun beim Atomabkommen mit dem Iran. Die einzig wirksame Antwort auf diese Verschleibungen bezeichnete Hardt als „europä-

schen Imperativ“: Die Maxime müsse sein, dass die EU-Mitglieder zusammenhalten. „Europa hat in der Außen- und Sicherheitspolitik klar Vorfahrt.“

Michael Georg Link (FDP) kritisierte eine unzureichende Ausstattung des Auswärtigen Dienstes. „Wer nicht in die Substanz investiert, dem bricht irgendwann der Boden weg.“ Deutschland übernehme 2020 die EU-Ratspräsidentschaft und werde womöglich für zwei Jahre einen Sitz im UN-Sicherheitsrat haben, der Haushalt treffe dafür aber keine Vorkehrungen. Es sei ein Fehler, wenn die

Diplomatie gerade dann „unter den Tisch fällt“, wenn man außenpolitisch gefragt sei. Es müsse darum gehen, Außen-, Entwicklungs- und Verteidigungspolitik enger zu verzahnen. Bei der Bundesregierung habe man aber den Eindruck, dass sich diese Ressorts „gegenseitig auf den Füßen stehen“ und nur der am meisten Mittel bekomme, der am lautesten rufe. Auch Michael Leutert (Die Linke) kritisierte, dass das

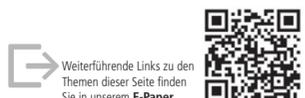
Auswärtige Amt mittelfristig Kürzungen hinnehmen solle. „Ein Bundesfinanzminister, SPD, rasiert das Ministerium des SPD-Kollegen im Auswärtigen Amt.“ Leutert plädierte angesichts der Eskalation in Nahost auch dafür, außenpolitische Konzepte zu überdenken. So sei es nicht sinnvoll, Infrastruktur in Palästina aufzubauen, wenn gleichzeitig dort Schulbücher finanziert würden, in denen zum Hass gegen Israel aufgerufen werde. Die Lösung könne nicht darin liegen, sich wie die USA aus solchen Programmen zurückziehen, sondern mehr in sehr gutes Personal zu investieren, um das Feld nicht anderen Akteuren zu überlassen. „Das ist mit diesem Haushalt leider nicht möglich.“ Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte, dass die Koalition sich von ihrem Vor-



satz, die geplanten Steigerungen im Verteidigungsetat an Steigerungen für Auswärtiges Amt und Entwicklung zu koppeln, offenbar verabschiedet habe: „Versprochen – gebrochen.“ Diplomatie und der Entwicklungszusammenarbeit blieben in den kommenden Jahren hinter der Verteidigung zurück. Deligöz verteidigte die im Haushalt vorgesehene Steigerung der Mittel für die humanitäre Hilfe von rund 1,2 auf 1,5 Milliarden Euro gegenüber Kürzungssansinnen aus der AfD-Fraktion. 65 Millionen Menschen seien weltweit auf der Flucht. „Wir haben eine historische, wir haben eine empathische, wir haben eine politische Pflicht, diesen Menschen beizustehen, sie zu unterstützen, auch Fluchtursachen zu bekämpfen.“ **Alexander Heinrich**

zum Beispiel des Welternährungsprogramms und des UN-Flüchtlingswerks UNHCR „dramatisch defizitär“, warnte Steffen. „Deshalb ist hier eine stärkere finanzielle Unterstützung unbedingt erforderlich.“ Link betonte: „Dort, wo wir uns global koordinieren, können wir mehr erreichen.“ Er warf dem Minister vor, „lieber seine eigenen bilateralen Schauplätze“ zu pflegen und den Etat „für seine Lieblingsprojekte, die sogenannten Sonderinitiativen, um mehr als 200 Millionen Euro“ zu erhöhen, obwohl er darin die gleichen Themen behandle wie an anderer Stelle. Im BMZ befassen sich derzeit drei Sonderinitiativen mit der Hungerbekämpfung, der Stabilisierung und Entwicklung in Nordafrika und Nahost sowie der Hilfe für Flüchtlinge. Im Plenum kündigte Müller an, 25 Prozent des Etats unter anderem in eine neue Sonderinitiative „Ausbildung und Beschäftigung“ investieren zu wollen. Eine weitere mit dem Titel „Perspektive Heimat“ soll Flüchtlinge bei der freiwilligen Rückkehr in ihr Heimatland unterstützen und seit einem Jahr im Aufbau.

**Mittel kürzen als Strafe?** Für die AfD-Fraktion bezeichnete Volker Münz das Verhältnis zwischen den in Deutschland aufgewendeten Kosten für Asylbewerber und den Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit als nicht angemessen. „Mit den rund 50 Milliarden Euro pro Jahr, die Deutschland für Asylbewerber aufbringt, könnten wir einhundertmal mehr Menschen in den Herkunftsregionen Hilfestellung und eine Lebensperspektive bieten“, zeigte er sich überzeugt. Er forderte zudem, Ländern die Entwicklungshilfemittel zu kürzen, sollten sie ihre als Asylbewerber in Deutschland abgelehnten Staatsbürger nicht zurücknehmen wollen. Ressortchef Müller hat diese Forderung jedoch schon mehrfach abgelehnt. Eine Kürzung der Mittel treffe die Falschen, warnte er erst vergangene Woche in einem Gespräch mit der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“. Deutschland habe beispielsweise im irakischen Mossul die Trinkwasserversorgung für Hunderttausende Menschen wieder hergestellt und 180 Schulen für mehr als 100.000 Kinder aufgebaut. „Soll ich ihnen den Wasserhahn wieder zudrehen, damit die Menschen verdurstet? Soll ich die Schulen wieder schließen? Soll ich die Kinder dafür bestrafen, dass es mit dem Irak noch kein Rücknahmabkommen gibt?“ Müller verwies darauf, dass gerade Entwicklungshilfe vor Ort viele Menschen davon abhalte, nach Deutschland zu fliehen. **Johanna Metz**





Bagger arbeiten im Greifswalder Bodden (Mecklenburg-Vorpommern) am Unterwassergraben der neuen Ostseepipeline Nord Stream 2. Durch zwei jeweils gut 1.200 Kilometer lange Stränge sollen ab 2020 jährlich bis zu 55 Milliarden Kubikmeter russisches Erdgas durch die Ostsee nach Deutschland gepumpt werden. Bislang fehlen für das umstrittene Projekt noch die Genehmigungen aus Dänemark, Russland und Schweden. © picture-alliance/Stefan Sauer/dpa

# Geopolitischer Sprengstoff

**NORD STREAM 2** Die Gas-Pipeline durch die Ostsee spaltet Europa und Parteien. Die Bauarbeiten haben dennoch begonnen

Anfang der Woche begannen fünf Baggerschiffe, einen Graben am Grunde des Greifswalder Boddens auszuheben. Es ist die Baustelle der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2. Gleichfalls Anfang der Woche flog Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) in die Hauptstadt der Ukraine, nach Kiew. Auch seine Baustelle ist die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2. Denn geht die Gasleitung erstmal ans Netz, wird die Ukraine als Transitland für russisches Gas überflüssig. Die Arbeiten schreiten stetig voran und ebenso stetig streiten Befürworter und Gegner der Pipeline. Das Projekt spaltet die EU, es spaltet die Bundesregierung, es spaltet einzelne Parteien. Der Bundeswirtschaftsminister ist auf der Suche nach Kompromissen. Deshalb flog er von Kiew gleich weiter nach Russland und dann wieder zurück nach Kiew. Und er gab sich optimistisch, ohne besonders viel zu verraten. Altmaiers Idee: Nord Stream 2 soll kommen; doch zugleich soll „ein substanzialer Gasstransit durch die Ukraine auch nach Fertigstellung von Nord Stream 2 gesichert und gewährleistet“ bleiben. Er wolle ein „energiepolitisches Gesamtkonzept“ finden, mit dem sowohl die Europäische Union, als auch Russland und die Ukraine leben könnten. Das Transitnetz der Ukraine solle modernisiert werden und Russland zumindest auch weiterhin einen Teil seines Gases für den europäischen Markt durch die Ukraine pumpen.

**110 Milliarden Kubikmeter** 1.200 Kilometer soll Nord Stream 2 lang werden, von St. Petersburg bis an die Deutsche Ostseeküste. 110 Milliarden Kubikmeter sollen ab 2020 in jedem Jahr unter der Ostsee durchströmen. Anteilseigner ist mit 51 Prozent der russische Staatskonzern Gazprom. Weitere Anteile halten Wintershall und E.ON Ruhrgas mit jeweils 15,5 Prozent, Gasunie aus den Niederlanden und Engie aus Frankreich mit jeweils neun Prozent. Nord Stream 2 sei ein rein wirtschaftliches Projekt, wiederholte Russlands Energieminister Aleksandr Nowak anlässlich von Altmaiers Besuch die russische Position: „Ohne Zweifel dient Nord Stream den gemeinsamen Interessen der EU und Russlands.“ Die Ukraine sieht das ganz anders. Regierungsvertreter des Landes halten die Pipeline für geopolitischen Sprengstoff. Bereits die erste Nord Stream Pipeline war umstritten. Dabei war Russland damals noch verlässlicher Partner. Inzwischen hat es die Krim annektiert und Soldaten in die Ostukraine geschickt. Die neue Gaspipeline trifft auch daher besonders in jenen Ländern auf Skepsis, in denen Politiker die Sicherheit ihrer Länder und der EU bedroht sehen, im Baltikum, Polen und besonders in der Ukraine. So warnt unter anderem Zygimantas Pavilionis, Abgeordneter im Parlament Litauens, vor Nord Stream 2: „Es gibt immer mehr russische Soldaten an der Grenze zur Ukraine oder in den besetzten Gebieten. Wenn Nord Stream 2 Erfolg hat und die Ukraine nicht mehr als Transitland ge-

braucht wird, könnte Russland seinen Angriff auf die Ukraine ausweiten.“ Pavilionis hat lange an verantwortlichen Stellen im Außenministerium Litauens gearbeitet und wird als ein möglicher nächster Präsident Litauens gehandelt. „Bisher kann die Ukraine sich gegenüber Russland zur Wehr setzen, indem sie den Transit von russischem Gas nach Westeuropa stoppt“, erläutert er. „Dieses Instrument darf nicht wegfallen.“ Der aktuelle Transitvertrag zwischen Russland und der Ukraine läuft 2019 aus. Die Ukrainer wollen ihn unbedingt verlängern. Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende des staatlichen russischen Energiegiganten Gazprom machte vor wenigen Wochen bei einer Konferenz in Berlin jedoch deutlich, dass der Vertrag mit der Ukraine „unter keinen Umständen“ fortgesetzt werde. Die Folgen sind nicht allein sicherheitspolitischer Art, erläutert der Botschafter der Ukraine in Deutschland, Andrij Melnyk. Wenn der Transit durch die Ukraine wegfiel, würde dies der Ukraine auch wirtschaftlich schweren Schaden zufügen. Allein zwei Milliarden Euro an Transitgebühren würde das Land verlieren. „Das wären knapp vier Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts. Für unsere Wirtschaft wäre das ein enormer Verlust, den wir nicht einfach mit anderen Geldern kompensieren können.“ Schon 2011 nach der Inbetriebnahme der ersten Nord Stream Pipeline hat Russland den Transit von Gas durch das Nachbarland reduziert. Zudem ist der Ukraine durch den Krieg mit Russland der wichtig-

ste Handelspartner abhandengekommen. Nach Angaben der Regierung hatte Russland vor der Annexion der Krim und dem Krieg im Osten des Landes einen Anteil von 34 Prozent am Gesamtvolumen der ukrainischen Wirtschaft. Statt in neue Röhren zu investieren, meint Melnyk, sei es sinnvoller, das Pipelinenetz durch die Ukraine in Stand zu modernisieren. Auch die Visegrádstaaten und die Skandinavien sehen die Gasröhre kritisch. Die EU-Kommission befürchtet eine zu große Abhängigkeit von russischen Gas durch Nord Stream 2. Die Pipeline stehe im Widerspruch zu den Zielen der Europäischen Energieunion, urteilt auch eine Gruppe von Europapolitikern; sie hat einen Appell mit dem Titel: „Nord Stream 2 schadet Europa“ verfasst. Mit dabei sind unter anderem die Europapolitiker Reinhard Büttikofer (Bündnis 90/Die Grünen), Nadja Hirsch (FDP), Elmar Brok und Norbert Röttgen (beide CDU). „In der europäischen Energiepolitik geht es ebenfalls um Solidarität, und Nord Stream 2 ist ein Projekt, bei dem der Streit darüber besonders drastisch hervortritt“, schreiben sie. „Der Plan, eine zweite russische Gaspipeline durch die Ostsee nach Deutschland zu bauen, spaltet die EU politisch und stellt unsere Solidarität mit Polen, unseren baltischen Nachbarn, der Slowakei und der Ukraine, aber auch mit Dänemark und Schweden in Frage“, heißt es da. „Die Länder sehen ihre (Energieversorgungs-)Sicherheit von diesem russischen Vorhaben direkt oder indirekt bedroht.“ Statt Europa energiepolitisch unabhängiger

zu machen, steigere Nord Stream 2 die Abhängigkeit von einem Lieferland, Russland, und von einer Lieferroute durch die Ostsee.“ Wem also nützt, wem schadet die Pipeline? Die Haltung zu Nord Stream 2 ist immer auch Ausdruck dessen, wie der- oder diejenige zur Ukraine steht. Innerhalb der Bundestagsfraktionen gibt es dazu keine einheitliche Linie. Am klarsten ist noch die Position der Grünen. Bereits vor der Reise Altmaiers nach Kiew und Moskau mahnte deren Fraktionsvorsitzende Anton Hofreiter, der Wirtschaftsminister dürfe „in Moskau nicht als Makler der Gasindustrie auftreten und europäische Interessen konterkarieren. Er muss sich klar und deutlich von der Vasallentreue gegenüber dem Pipeline-Projekt verabschieden. Alles andere wäre europä- und energiepolitisch unklug.“ Die Parteivorsitzende Annalena Baerbock wird noch deutlicher: „Das Projekt muss gestoppt werden“, sagt sie. „Es ist nicht mit den Zielen der Energiesicherheit Europas und den Klimazielen vereinbar.“ Diametral entgegengesetzt ist die Ansicht von Klaus Ernst von der Fraktion Die Linke. Mit Blick auf die Ukraine sagt er: „Wir dürfen unsere Gasversorgung nicht von den Interessen eines Landes abhängig machen, das nicht mal in der EU ist. Zumal dort keine demokratischen Zustände herrschen.“ Seit Jahrzehnten habe Russland in allen Krisensituationen zuverlässig Gas geliefert. Nordstream 2 sei der richtige Weg, den wachsenden Gasbedarf zu decken,

„zumal das Projekt privat finanziert ist“, betont Ernst. „Meine Partei hat zwar bisher keine Beschlusslage, diese Position zeichnet sich bei uns aber als Mehrheitsmeinung ab.“ Ähnlich klingt das bei Leif-Erik Holm, stellvertretender Vorsitzender der AfD-Fraktion im Bundestag: „Es ist nicht die Aufgabe Deutschlands, sprudelnde Transitgebühren für die Ukraine zu gewährleisten. Es ist vielmehr Aufgabe der Bundesregierung, für die Energiesicherheit Deutschlands zu sorgen.“ Holm plädiert für direkte Gaslieferungen aus Russland. „Ich erinnere daran, dass die Ukraine in der Rabattdiskussion vor einigen Jahren bereits die Daumenschrauben ausgepackt hatte.“ Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat sich stets hinter Nord Stream 2 gestellt. Vor wenigen Wochen sagte sie jedoch, dass es sich ihrer Ansicht nach um ein reines Wirtschaftsprojekt handle. Roderich Kiesewetter, Bundestagsabgeordneter der CDU, ist direkter und fragt: „Braucht man Nord Stream 2 in der Diversifizierung?“ Für ihn ist auch der sicherheitspolitische Aspekt sehr wichtig. Europa müsse „resilienter, also breiter aufgestellt werden. Wir dürfen uns nicht ausschließlich auf Nord Stream 2 fokussieren, sondern müssen uns auf dem Öl- und Gasmarkt breiter aufstellen.“ Für Timon Gremmels (SPD), der für seine Fraktion im Ausschuss für Wirtschaft und Energie sitzt, ist Nord Stream 2 Teil dieser Diversifizierung. SPD-Altkanzler Gerhard Schröder, Vorsitzender des Aktionärsausschusses von Nord Stream 2, habe sich bei ihm noch nicht gemeldet, sagt er, „ich mich bei ihm aber auch nicht“. Der Sozialdemokrat weist darauf hin, dass der Bedarf an Gas weiter steigen werde, wenn 2022 die Atomkraftwerke abgeschaltet werden und anschließend der Kohleausstieg vorangetrieben wird. „Wir brauchen mehr Gas, auch aus unterschiedlichen Quellen“, meint er. „Wir brauchen sowohl Pipelines aus Russland, als auch aus anderen Ecken.“ Anton Hofreiter meint, Deutschland und Europa müssten „unabhängiger von Russlands Gas werden und stattdessen auf klimafreundliche Investitionen setzen. Angesichts des aggressiven Agierens Russlands in der Ukraine und in Syrien wäre eine Abgabe an das Projekt ein deutliches Signal an Putin.“ Leif-Erik Holm warnt indes vor einem Stopp von Nord Stream 2. Dieser wäre „verheerend für die Energiesicherheit Deutschlands. Wer eine neue Gaspipeline ernsthaft als Bedrohung der Energiesicherheit bezeichnet, verfolgt in Wirklichkeit ganz andere Interessen“, schreibt er auf „AfD-Kompakt“. Holm spielt damit auf die Interessen der USA an; US-Präsident Donald Trump hat gedroht, Firmen, die an Nord Stream 2 beteiligt sind, zu bestrafen. Die Fraktionsvorsitzende der Linken, Sahra Wagenknecht, sieht hinter den Sanktions-

drohungen der USA klare Interessenpolitik. In einem Gastbeitrag für das „Handelsblatt“ schreibt sie kürzlich, dass „die neuen Sanktionen der USA gegen Russland vor allem auf europäische und deutsche Unternehmen zielen“. Es gehe darum, Nord Stream 2 zu verhindern. „Statt mit russischem Gas soll Europa künftig vorrangig mit teurem und dem ökologisch katastrophalen Fracking-Gas aus den USA versorgt werden. Die US-Sanktionen sind daher nichts weiter als die Anbahnung eines Riesengeschäfts für die US-Fracking-Konzerne.“ Fracking ist eine Methode, Risse in tiefen Gesteinsschichten zu vergrößern, um an die darin verschlossenen Rohstoffe zu kommen. In den USA ist sie seit geraumer Zeit sehr beliebt und hat zu einem Preisverfall auf dem Energiemarkt geführt. Auch Flüssiggas, abgekürzt LNG, ist ein großes Thema, wenn es um die Diversifizierung der Energieversorgung geht. Um LNG zu bekommen, wird Gas soweit heruntergekühlt, bis es flüssig ist und mit Schiffen transportiert werden kann. Für Klaus Ernst ist das jedoch keine Alternative. Produktion und Transport seien umweltbelastender als der Transport von Gas durch Pipelines aus Russland. AfD-Mann Holm stellt klar, Deutschland sei „nicht dafür verantwortlich, neue Absatzmärkte für teures US-Flüssiggas zu erschließen“.

**Drohende Strafen** Anhänger von Nord Stream 2 führen indes Konventionalstrafen an, die drohen, sollte die Pipeline tatsächlich noch gestoppt werden. CDU-Politiker Kiesewetter plädiert dennoch dafür, die Verträge genau anzuschauen: „Ich höre aus Gesprächen mit der Europäischen Union, dass Deutschland Vertragsstrafen von bis zu 800 Millionen Euro drohen. Ich halte das für überprüfenswert. Der Preis, den wir zahlen müssten, wenn Nord Stream 2 nicht kommt, ist nicht so hoch, wie ich den Preis, den wir zahlen, wenn wir Nord Stream 2 in Betrieb nehmen.“ Michael Harms, Geschäftsführer vom Ostausschuss der deutschen Wirtschaft, hält dagegen, man könne jetzt nicht, „weil es Russland betrifft, einseitig die Regeln ändern. Wir müssen uns schon an unsere Regeln halten“. Die Haushaltsprobleme der Ukraine könnten nicht auf die private Wirtschaft abgeschoben werden, meint er. „Wir sollten dem Markt das überlassen, was im Markt entschieden werden kann.“ Von Peter Altmaiers Gesprächen ist nicht besonders viel an die Öffentlichkeit gedrungen. Denn es geht um nichts weniger als um Vertrauen zu Russland. Das haben derzeit immer weniger, besonders nicht in der Ukraine. **Thomas Franke**

Der Autor ist freier Osteuropa-Korrespondent mit Schwerpunkt Russland und ehemalige Sowjetrepubliken.

»Das Projekt ist nicht mit den Zielen (...) Europas vereinbar.«

Annalena Baerbock (Bündnis 90/Grüne)

»Ein Stopp wäre verheerend für die Energiesicherheit Deutschlands.«

Leif-Erik Holm (AfD)





Schlechte Nachrichten für europäische Landwirte: Die EU-Kommission will die Agrarausgaben ab 2021 deutlich reduzieren.

© picture-alliance/Christoph Soeder/dpa

# Das große Feilschen

## EU-HAUSHALT In Brüssel hat der Streit um die künftigen Finanzen gerade erst begonnen

**M**it seinem Vorschlag für die EU-Finanzplanung für die Jahre 2021 bis 2027 hat EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger (CDU) Anfang Mai den Ausgangspunkt für Verhandlungen gelegt, die sich über Jahre hinziehen könnten. Oettinger möchte den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), wie die mittelfristige Finanzplanung im Brüsseler Jargon heißt, gerne bis zum Frühjahr 2019 abschließen. EU-Diplomaten gehen aber davon aus, dass die Gespräche weit ins Jahr 2020 andauern werden. Um den Zukunfts-Etat wird in Brüssel alle sieben Jahre hart gerungen. Die Mitgliedstaaten möchten ihre Überweisungen an die EU möglichst niedrig halten und gleichzeitig die Rückflüsse maximieren. Mit dem Brexit wird sich im kommenden Jahr aber ein Nettozahler aus der EU verabschieden. Oettinger hat die Lücke in den EU-Finzen, die dadurch entsteht, auf bis zu 14 Milliarden Euro im Jahr beziffert, zehn Milliarden Euro sind aber wohl ein realistischer Wert. Außerdem will die EU-Kommission den Haushalt künftig deutlich aufstocken. Statt

**Die Mitglieder wollen ihre Überweisungen gering halten und die Rückflüsse maximieren.**

bisher 1,03 Prozent der EU-Wirtschaftsleistung soll das Budget künftig 1,11 Prozent betragen, was trotz des Brexits eine deutliche Vergrößerung der Gesamtsumme auf 1,297 Milliarden Euro darstellt. Das sind rund 190 Milliarden Euro mehr als in der laufenden Finanzperiode.

Wenn es nach dem deutschen Haushaltskommissar geht, soll die EU das Geld künftig anders ausgeben. Er will die beiden größten Posten zurückfahren – die Mittel für Kohäsionspolitik um rund sieben Prozent, die Agrarausgaben um rund fünf Prozent. Gleichzeitig sollen die Ausgaben für das Studentenaustauschprogramm Erasmus Plus verdoppelt werden. Mehr Geld als bisher will die Union auch für neue Herausforderungen ausgeben: die Digitalisierung, den Klimawandel sowie die Bedrohung durch Terrorismus und kriegerische Konflikte in der Nachbarschaft.

Die EU will sich außerdem neue Einnahmequellen erschließen. Oettinger hat eine Steuer auf Plastik ins Gespräch gebracht. Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) hat diese bereits abgelehnt. Deutschland müsste nach Oettingers Plänen zehn bis elf Milliarden Euro mehr im

Jahr nach Brüssel überweisen. Obwohl die Große Koalition bereits ihre Bereitschaft signalisiert hat, künftig mehr in den EU-Haushalt einzuzahlen, fühlt sich Berlin von solchen Größenordnungen überfordert. Bundesfinanzminister Olaf Scholz und Außenminister Heiko Maas (beide SPD) forderten direkt nach der Vorstellung der Pläne eine „faire Lastenverteilung“. Nettozahler wie die Niederlande, Schweden und Finnland halten den vorgeschlagenen Haushalt grundsätzlich für zu groß und pochen darauf, dass ein Finanzrahmen von 1,0 Prozent der Wirtschaftsleistung ausreiche. Aus Sicht der Niederlande wird der Haushalt zu wenig modernisiert; die Regierung von Mark Rutte plädiert dafür, Geld verstärkt in Bereiche zu lenken, die Wachstum fördern, etwa die Forschung.

**Klare Kritik** Eine erste Debatte der Europaminister der EU-Mitgliedstaaten am vergangenen Montag gab einen Vorgeschmack auf die zu erwartenden Auseinandersetzungen. Oettingers Pläne wurden fast ausnahmslos kritisiert. Die Mitgliedstaaten fordern zwar alle mehr Ausgaben, wollen aber nicht die Konsequenzen tragen. So bemängelten die süd- und osteuropäischen Staaten die geplanten Einschnitte bei den Hilfen für strukturschwache Regionen. Vor allem die Absicht, die Hilfen künftig an mehr Kriterien zu binden, stieß auf deutliche Ablehnung.

Bisher spielt bei der Verteilung der Strukturhilfen nur das Pro-Kopf-Einkommen eine Rolle. Die Kommission hatte vorgeschlagen, etwa auch die Arbeitslosigkeit einzubeziehen, die mehr über die Bedürftigkeit einer Region aussagt. Auch die Aufnahme von Flüchtlingen will sie bei der Verteilung der Strukturmittel berücksichtigen. Für viele osteuropäische Länder eine vollkommen inakzeptable Forderung. Sie wehren sich auch dagegen, die Auszahlung von Geldern an Rechtsstaatlichkeit zu knüpfen. Dass dieser Kommissionsvorschlag umgesetzt wird, ist daher unwahrscheinlich. Die mehrjährige Finanzpl-

nung muss von den Mitgliedstaaten einstimmig beschlossen werden. Die Erfahrung der Vergangenheit lehrt, dass der Haushaltsstreit immer erst im letzten Moment beigelegt werden kann – in einer dramatischen Gipfelnacht von Staats- und Regierungschefs. Eine späte Entscheidung würde zu Verzögerungen bei EU-Programmen führen, warnt Oettinger. Bisher deutet wenig darauf hin, dass er mit diesem Argument in den nationalen Hauptstädten Gehör findet. *Silke Wettach*

Die Autorin ist EU-Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“ in Brüssel.

### STICHWORT

#### Der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR)

**> Bedeutung** Der Mehrjährige Finanzrahmen ist der Sieben-Jahres-Haushaltsplan der EU. Darin legen die Staats- und Regierungschefs fest, wie viel die Gemeinschaft jährlich in den einzelnen Politikfeldern ausgeben darf. Im Frühjahr beginnen die Verhandlungen für den Zeitraum von 2021 bis 2027.

**> Vorschlag** EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger (Foto) hat Anfang Mai seinen Entwurf vorgelegt. Danach soll der künftige EU-Haushalt um 186 Milliarden Euro auf 1,279 Milliarden Euro steigen – trotz des Ausstiegs Großbritanniens. Insgesamt sind im neuen EU-Haushalt Mehrausgaben in Höhe von acht bis zehn Milliarden Euro pro Jahr eingeplant.



© picture-alliance/Henry Monasse/dpa

## Weiter im Warteraum

### BALKAN Auch nach dem EU-Gipfel bleibt die Beitrittsperspektive für Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien vage

Eigentlich war das Ziel des Gipfeltreffens der EU-Staats- und Regierungschefs mit ihren Amtskollegen aus den sechs Balkanländern klar umrissen: Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien sollte Mut gemacht werden, ihre Reformbemühungen zu beschleunigen, um die zügige Annäherung in Richtung Brüssel zu fördern. Die bei den Beitrittsverhandlungen besonders weit fortgeschrittenen Balkanländer Serbien und Montenegro hatten von der EU-Kommission sogar einen konkreten Beitrittstermin für das Jahr 2025 erhalten, sollten sie sich weiter anstrengen, um die Beitrittskriterien zu erfüllen. Das hatte die Kommission Anfang Februar in ihrer Balkanstrategie festgelegt, in der auch den bisher noch am weitesten entfernten Kosovo und Bosnien-Herzegowina Mut gemacht wurde, durch Reformen auch möglichst schnell Beitrittskandidaten zu werden. Allerdings kam es am vergangene Woche Donnerstag in der bulgarischen Hauptstadt

Sofia ganz anders. Schon im Vorfeld der Konferenz gab es heftigen Streit um das vor zehn Jahren von Serbien abgefallene Kosovo, mit dem Spaniens Regierungschef Mariano Rajoy wegen des ebenfalls nach Unabhängigkeit strebenden Kataloniens nicht an einem Tisch sitzen wollte. Rajoy blieb dem Gipfel also fern. Und weil noch vier weitere EU-Mitglieder (Rumänien, Grie-

chenland, Zypern, Slowakei) dem fast nur noch von Albanern bewohnten jüngsten Staat Europas die völkerrechtliche Anerkennung verweigern, durfte in der Abschlussklärung nur von „Balkanpartnern“ und nicht einmal von „Balkanländern“ gesprochen werden. Denn die fünf EU-Staaten, die Kosovo wegen Minderheitsproblemen im eigenen Land nicht als Staat aner-

kennen wollen, verhinderten auch in Sofia, Pristina als gleichberechtigt in die Konferenzrunde zu lassen. Der Konferenztag selbst war schließlich von anderen – im Moment viel wichtigeren – Problemen überlagert: Die Spitzen der Unionsländer suchten nach einer gemeinsamen Linie im drohenden Handelsstreit mit den USA und einer Antwort auf die Kündigung des Atomabkommens mit dem Iran durch Washington. Die Abschlussklärung zum Thema Balkan betonte dann nur ganz allgemein die theoretischen Beitrittsperspektiven der Region, wie sie auf zahlreichen früheren Konferenzen gegeben worden waren: Zum Beispiel das „Versprechen von Thessaloniki“ im Jahr 2003 oder die vielen Konferenzen des sogenannten Berlin-Prozesses mit hochrangigen Treffen in der Bundeshauptstadt (2014), in Wien (2015), Paris (2016), Triest (2017) und in diesem Sommer in London.

**Absage** Für die kleinen Balkanländer kam es aber noch enttäuschender. In den letzten Wochen schon hatte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron einer neuen Erweiterungsrunde um die sechs Staaten in Südosteuropa eine klare Absage erteilt. Sie müssten in jedem Fall warten, bis die

schwerfälligen EU-Strukturen tiefgreifend reformiert sind. Denn die schon jetzt komplizierten und von immer neuen Vetos bedrohten Entscheidungsmechanismen würden bei neuen Beitritten die Union endgültig handlungsunfähig machen, betonte er auch in Sofia. In die gleiche Kerbe schlug Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). „Ich halte nichts von diesem Zeitdatum“, sagte sie und kassierte damit das gerade erst von der Kommission in Aussicht gestellte Jahr 2025 für Montenegro und Serbien. Beitritte seien nur möglich, wenn die entsprechenden Länder ihre Reform-Hausaufgaben gemacht hätten.

Und daran hapert es auf breiter Linie. Justiz und Medien befinden sich fest im Griff der Regierungen, die Organisierte Kriminalität blüht, Korruption und Nationalismus sind weit verbreitet. Demokratie und europäische Werte sind für die politischen Eliten meist nur Lippenbekenntnisse. Zudem regiert in all diesen Ländern das „System der starken Männer“. Ob Bosniens Muslimführer Bakir Izetbegovic, Serbiens Präsident Aleksandar Vucic oder Montenegros Staatsoberhaupt Milo Djukanovic: Die alles beherrschenden Spitzenpolitiker haben die demokratischen Institutionen weitgehend ausgeschaltet, kontrollieren Regierung, Parlament, Justiz, Medien und oft

## Engere Kooperation mit Frankreich

**BUNDESTAG** 55 Jahre ist der Élysée-Vertrag zur deutsch-französischen Zusammenarbeit alt, im Januar 2018 beschlossen beide Staaten aus diesem Anlass, ihre Beziehungen auf eine neue Stufe zu stellen. Eine Arbeitsgruppe wurde gegründet; sie soll ein Abkommen zwischen den Parlamenten beider Länder ausarbeiten, um die Kooperation in Bereichen wie Außenpolitik, Kultur, Wirtschaft und Energie zu vertiefen. Am vergangenen Donnerstag kam die 18-köpfige Gruppe zum zweiten Mal zu einer öffentlichen Anhörung zusammen, geladen hatte der Bundestag auch Vertreter der Zivilgesellschaft beider Länder. Jeweils neun Abgeordnete von Bundestag und Nationalversammlung nahmen teil, geleitet wurde die Sitzung von dem CDU-Abgeordneten Andreas Jung sowie der Vorsitzenden des französischen Europaausschusses, Sabine Thillaye, und Christophe Arend.

Mit der Einrichtung der Arbeitsgruppe wollen beide Parlamente ihren Anspruch unterstreichen, an den Regierungsverhandlungen über die geplante Neufassung des Élysée-Vertrags angemessen beteiligt zu werden. Eine Initiative, die die Sachverständigen ausdrücklich begrüßten und mit zahlreichen Vorschlägen untermauerten.

So mahnten Professor Hans Stark vom Institut français des relations internationales (Ifri) und Claire Demesmay (Leiterin des Frankreich-Programms der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik) insbesondere eine engere Kooperation in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik an. Stark konstatierte „einen Mangel an Koordination und Abstimmung“ in diesem Bereich. Demesmay äußerte die Hoffnung, das neue Vertragswerk werde eine hohe Konvergenz zwischen Berlin und Paris, gerade in der Außenpolitik, ermöglichen. Professor Thomas K. Bauer, Vorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration, appellierte an die Staaten, sich gerade im Bereich der Migration für eine weltweit abgestimmte Politik einzusetzen.

**Vorbild Jugendwerk** Die Leiterin der Berliner Repräsentanz der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ), Karin Kortmann, empfahl, das Know-How des Deutsch-Französischen Jugendwerks auf den Austausch von Jugendlichen zwischen Afrika und Europa zu übertragen. In dem erfolgreichen Programm sowie den zahlreichen Städtepartnerschaften sah auch Professor Frank Baaner, Direktor vom Deutsch-Französischen Institut (DFI), Vorbilder für weitere, neue Bereiche der Kooperation. Der Generalsekretär des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW), Markus Ingenlath, sprach sich für verbesserte Rahmenbedingungen und eine stärkere finanzielle Ausstattung des DFJW aus. Margarete Mehdorn, Präsidentin der Vereinigung Deutsch-Französischer Gesellschaften für Europa e.V. (VDFG), schlug vor, eine Plattform für bürgerschaftliches Engagement nach Vorbild des Jugendwerks zu schaffen. Ein weiterer Sachverständiger, Professor Olivier Mentz, Vizepräsident der Deutsch-Französischen Hochschule (DFH), wünschte sich eine prominente Verankerung von Hochschulkooperationen im neuen Vertragswerk.

Die Abgeordneten wollen sich 2018 regelmäßig abwechselnd in Deutschland und Frankreich treffen, das nächste Treffen ist am 20. Juni in Paris geplant. Rechtzeitig vor dem 22. Januar 2019, dem 56. Jahrestag des Élysée-Vertrages, soll der Parlamentsvertrag stehen. *Lucas Lyppjoh*



Serbiens Präsident Aleksandar Vucic, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Kosovos Präsident Hashim Thaci und Bulgariens Premier Bojko Borissov (von rechts nach links) © picture-alliance/dpa

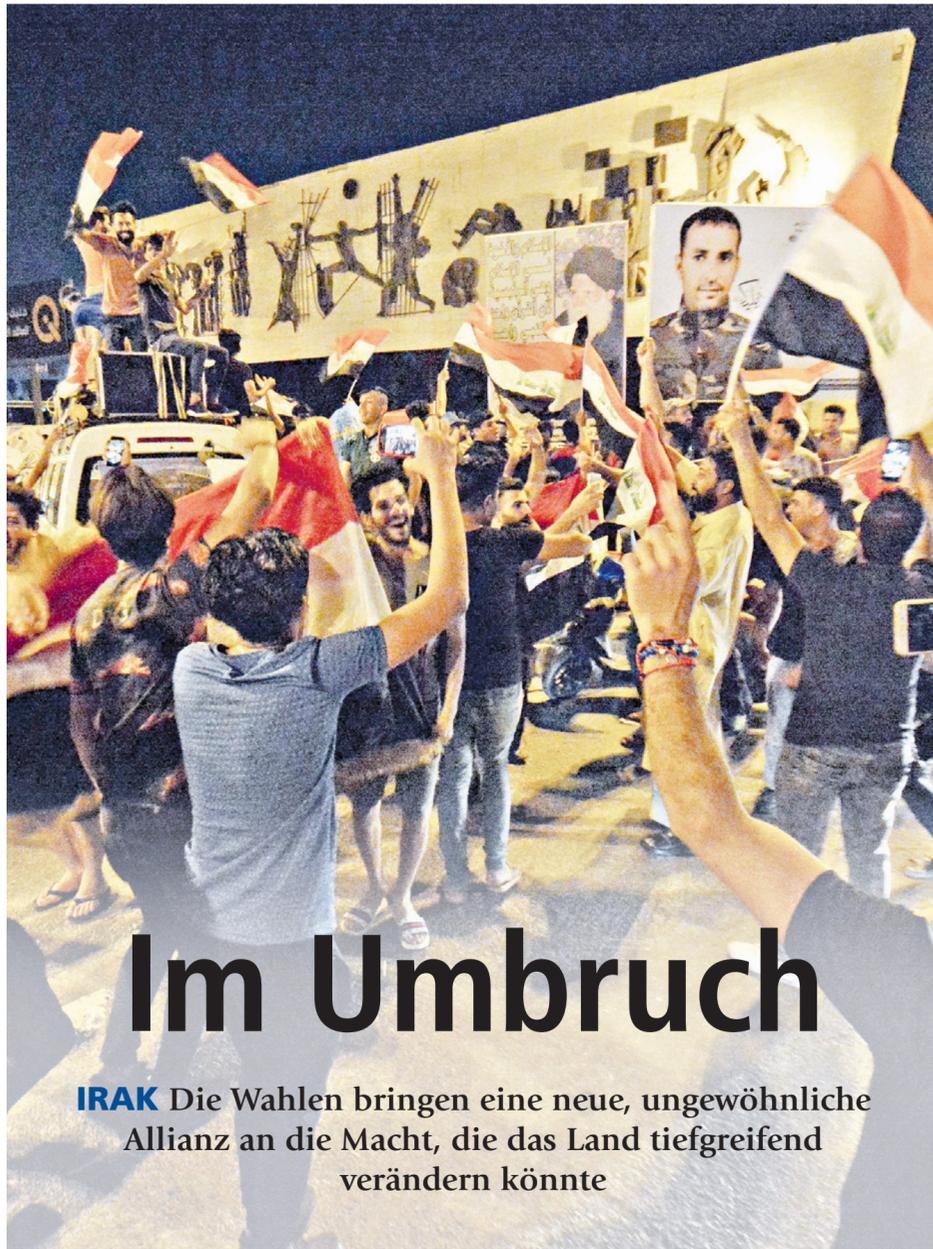
Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Der Autor ist dpa-Korrespondent in Belgrad.

**I**m Irak gibt es eine neue Zeitrechnung: vor und nach Daesh, der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS). Dies zeigt sich besonders deutlich bei den Parlamentswahlen. Eine neue, ungewöhnliche Allianz hat in der vergangenen Woche den Sieg davongetragen. Sa'irun (Vormarsch) erhielt allein in der Hauptstadt Bagdad doppelt so viele Stimmen wie die dahinter liegenden Allianzen, Listen und Gruppierungen. Aber auch landesweit war Sa'irun nicht zu schlagen. Regierungschef Haider al-Abadi wurde mit seiner Sieger-Liste nur Zweiter. Der schiitische Prediger Muktada al-Sadr ist mit seiner Erneuerungs-idee bei den Wählern angekommen. Er partiiert mit sechs völlig unterschiedlichen Parteien, darunter den Kommunisten. Alle verbindet ein gemeinsames verabschiedetes Programm zur Bekämpfung von Korruption, der Erneuerung des politischen Prozesses und vor allem der Verjüngung der Entscheidungsträger. Irak wird ein junges Parlament bekommen. Die Wahlbeteiligung war mit 44,5 Prozent jedoch so niedrig wie noch nie seit dem Sturz Saddam Husseins 2003. Diejenigen, die eine Veränderung der politischen Landschaft wünschen, sind zur Wahl gegangen, Skeptiker und Misstrauische blieben zu Hause. Allerdings hat Sa'irun nur 57 Sitze gewinnen können und muss koalieren.

**Debattierclub** „Irak tritt in eine neue Phase ein“, urteilt der scheidende Parlamentspräsident Salim al-Jaburi. Vier Jahre lang hat der 46-Jährige der Volksvertretung in Bagdad vorgestanden, nun sitzt er auf einem Stuhl in einem fast leeren Büro – kein Sessel steht hier mehr, keine Fahne hängt. Trotzdem ist er nicht wehmütig, er hat viel erreicht. Aus einem Haus, das jahrelang wie im Dauerschlaf erschien, ist ein reger Debattierclub geworden, gar ein beachtetes Instrument irakischer Politik. Längst sind nicht mehr nur die hohen Apanagen attraktiv, sondern auch die Rolle, die das Parlament spielt. Deshalb bewarben sich bei dieser Wahl mehr als 7.000 Kandidatinnen und Kandidaten um die begehrten 329 Sitze. Dass das Bürgerbündnis Sa'irun den Sieg davonträgt, hat auch mit dem Parlament zu tun. Drei Tage lang hatten im Mai 2016 Tausende das schwer bewachte Regierungsviertel am westlichen Tigrisufer gestürmt und sich im Parlamentsgebäude niedergelassen: „Alle Macht dem Volke!“, lautete die Parole. Um auf die Sitze der Abgeordneten zu gelangen, riss das Volk Betonstehlen ein, überwand Stacheldraht und Sicherheitsschleusen, übernahm Wachen und Bodyguards. Die Sicherheitskräfte ließen die Demonstranten gewähren und weigerten sich, auf Unbewaffnete zu schießen. Muktada al-Sadr verhandelte mit Premier Abadi und Parlamentspräsident al-Jaburi. Die Demonstranten zogen ab. Abadi versprach Reformen und einen entschlossenen Kampf gegen Korruption. Zwei Jahre später sind die Protestler von damals wiedergekommen, legal und friedlich – sie ziehen als Abgeordnete ins Parlament ein. Abadis Reformbemühungen erwiesen sich als halbherzig. „Der Premierminister kam zu uns mit einem Umschlag und sagte, hier ist mein neues Kabinett“, erinnert sich Salim al-Jaburi. „Ich will die gesamte Regierung erneuern. Wir sollten die neue Kabinettliste debattieren und votieren.“ Am nächsten Tag sei er erneut gekommen und habe gesagt, er wolle nur die Hälfte der Minister austauschen. Am dritten Tag sollten nur noch drei Minister ausgewechselt werden. Dann habe das Parlament die Sache in die Hand genommen. Der Innenminister sei durch die Abgeordneten befragt und „gegrillt“ worden, wie Jaburi sagt. Danach der Finanzminister, der Verteidigungsminister und der Hochschulminister. Gegen alle hätten massive Korruptionsvorwürfe vorgelegen. Beim Au-



# Im Umbruch

**IRAK** Die Wahlen bringen eine neue, ungewöhnliche Allianz an die Macht, die das Land tiefgreifend verändern könnte

Anhänger des schiitischen Geistlichen Muktada al-Sadr feiern auf den Straßen Bagdads.

© picture-alliance/Ameer Al Mohammedaw/dpa

fenminister seien die Befragungen dann ins Stocken gekommen. Ibrahim al-Jafari habe zwar freiwillig seinen Rücktritt angeboten, sei dann aber doch im Amt geblieben. Damals begann die Schlacht zur Rückeroberung von Mossul, einst Iraks zweitgrößter Stadt, vom IS. Der Kampf gegen die Korruption rückte in den Hintergrund. „Im Irak jagte eine Krise die andere“, erklärt der Parlamentspräsident das zuweilen unverständliche Chaos. Noch immer ist die Krise zwischen den Kurdengebieten im Norden und dem Rest Iraks nicht beigelegt, obgleich der Konflikt schon seit Jahren schwelt. Durch die Wahlen jetzt scheint dieser etwas abgemildert. „Wir haben einfach keine stabilen Beziehungen, weder innerhalb noch außerhalb des Landes“, meint al-Jaburi. „Ich denke, dass wir aber mittlerweile den Kampf gegen das Sektierertum überwinden haben. Dazu hat auch das Parlament beigetragen.“ Jaburi hat sich politisch schon früh aus einem Sunnitensbündnis herausgelöst, neue

Allianzen mit Schiiten und Kurden gesucht. Nicht wenige feindeten ihn dafür an. Er aber war überzeugt, dass die Einheit des Iraks, die erheblich durch die sunnitischen Dschihadisten des IS bedroht war, nur zu retten sei, wenn Politiker jenseits von Ethnien und Religionen agieren. „Ich wollte, dass die Leute für ein Programm und nicht für Araber oder Kurden, Schiiten oder Sunniten stimmen.“

**Bruch** Die neuerliche Entwicklung gibt ihm Recht. Die alte Schiitenallianz, die praktisch seit dem Einmarsch der Amerikaner 2003 die Geschicke des Landes dominierte, ist zerbrochen. Die Kurden sind zersplittert und die Sunniten haben keine eigene Partei mehr, sie sind auf unterschiedliche Blöcke und Allianzen verteilt. Jaburi selbst hat sich dem ersten Übergangspräsidenten nach der US-Invasion, Ijad Allawi, angeschlossen, einem Schiit, der aber schon immer Sunniten, Christen und wenige Kurden in seinen Reihen hatte.

Sein Bündnis „Watania“ ist zwar nur auf einem der hinteren Ränge der Wahlergebnislisten gelandet, wird aber als aussichtsreicher Koalitionspartner für eine künftige Regierung gehandelt. Bisher war der irakische Präsident stets ein Kurde, der Premier Schiit und der Parlamentspräsident ein Sunnit. Doch diesen Machtproporz, den US-Administrator Paul Bremer eingeführt hatte, haben die Iraker abgewählt. Was bleibt ist die Skepsis, ob die alten Strukturen bei der Regierungsbildung nicht doch wieder tragen werden und die zerbrochene Schiitenallianz sich wieder kettet. „Die Schiiten hatten immer viel Unterstützung aus dem Iran“, erklärt Jaburi, „wir Sunniten aus Saudi-Arabien und der Türkei.“ Alle Unterstützer hätten ein anderes Konzept, unterschiedliche Interessen. Noch immer gelte: „Die Iraker dürfen nicht allein regieren.“

*Bigit Svensson*

*Die Autorin berichtet als freie Korrespondentin aus dem Irak.*

## Leben in zwei Welten

**ISRAEL** Die Gewalt in Gaza ist für viele Israelis kein Thema

Einige zigtausend Israelis feierten vergangene Woche in Tel Aviv die diesjährige Eurovisionsgewinnerin Netta Barzilai. Junge Leute, Familien mit kleinen Kindern, aber auch ältere Paare versammelten auf dem Izhak-Rabin Platz vor dem Rathaus, um ihre neue Heldin zu begrüßen und fröhlich mit einzustimmen, als diese ihren Titel „Toy“ vortrug. Kaum 70 Kilometer südlich betrauert am gleichen Tag Dutzende Familien die Todesopfer der Proteste, zu dem die islamistische Hamas aufgerufen hatte, um an das Schicksal der Vertriebenen zu erinnern und auf die wirtschaftliche Misere im Gazastreifen aufmerksam zu machen. Kurz vor dem Contest hatte ein Journalist Barzilai gefragt, was sie antworten würde, wenn man sie nach dem Konflikt frage. „Konflikt? Was für ein Konflikt?“, hatte sie entgegnet.

**»Die Politik der Hetze und des Hasses führt zu einer Abstumpfung im Volk.«**

*Ayda Touma Sleiman, Knesset-Abgeordnete*

Für die Knesset-Abgeordnete Ayda Touma Sleiman von der antizionistischen Vereinigten Liste steht Barzilai für eine „unverzeihliche Doppelmoral“, wenn sie Stimme für die Anderen sein will, die Gewalt, die an „den Anderen im Gazastreifen“ verübt wird, aber unter den Teppich kehrt. Sleiman glaubt, dass die „Politik der Verängstigung, der Hetze und des Hasses“ von Regierungschef Benjamin Netanjahu zu einer „Abstumpfung“ im Volk führt. Dass Netanjahu die in der Grenzregion postierten Scharfschützen auf unbewaffnete Demonstranten schießen lassen kann, ist für die Abgeordnete ein Zeichen dafür, dass es „keine Opposition mehr im Land“ gibt. Am Tag nach den schlimmsten Unruhen versammelten sich nur ein paar hundert Demonstranten in Tel Aviv. „Befreit das Ghetto Gaza“, stand auf einem der Schilder. Dov Khenin, Parteigenosse Sleimans, hielt seine Mitsprecher dazu an, nicht aufzugeben. „Gerade in Momenten wie diesen, ist es so entscheidend, die andere Stimme zu Gehör zu bringen.“ Die große Mehrheit der jüdischen Israelis schiebt die Verantwortung den Palästinensern zu. Mainstream-Medien kommentierten den „Marsch der Dummen“ und die „Hetze der Hamas zur Gewalt“. Einzig die links-liberale Haaretz kritisierte die Tel Aviver Feiern am Tag der Unruhen. Nur ein Psychologe könne erklären, wie eine so „ungeheure Verdrängung möglich ist“, schrieb Ravit Hecht.

**Bedrohung durch den Iran** Die Feiern zum Eurovisionsgewinn gleichen einem Tanz auf dem Pulverfass. Israel wird akut bedroht vom Iran, der seine Stützpunkte in Syrien verteidigt, und der seinen Handlangern der Hisbollah im Libanon jederzeit das Kommando zum Angriff geben könnte. Dazu kommt, dass 25 Jahre nach Beginn des Friedensprozesses mit der Palästinensischen Befreiungsbewegung (PLO) eine Lösung fern denn je erscheint. Die Zweite Intifada, die im Herbst 2000 Folge der gescheiterten Befreiungsgespräche in Camp David war, ließ die Sympathie im Land für das Volk in den besetzten Gebieten schwinden. Als die Palästinenser fünf Jahre später Israels Abzug aus dem Gazastreifen mit der Wahl der Hamas und Raketenangriffen „belohnt“ war, es um die einst lebhafteste Friedensbewegung gehen.

Israelis, die trotz allem für die Rechte der Palästinenser eintreten, und Menschenrechtsverletzungen der Besatzungssoldaten verurteilen, gelten als Radikale und letztlich als Feind Israels. Umfragen zeigen zwar, dass sich eine klare Mehrheit der Bevölkerung Demokratie und Meinungsfreiheit wünscht. Gleichzeitig ist man bei Organisationen, die gegen Israels Besatzungspolitik kämpfen, zu grundsätzlichen Abstrichen bereit. Die Solidarität mit den Palästinensern bleibt in den Händen einer geächteten Minderheit. Der Konsens in Sicherheitsfragen schiebt die Debatte über Lösungen für den israelisch-palästinensischen Konflikt auf einen Nebenschauplatz. Theoretisch tritt zwar noch immer eine Mehrheit für die Zwei-Staaten-Lösung ein, praktisch glaubt sie aber nicht mehr daran. Netanjahu verkauft erfolgreich das enge Verhältnis zum Weißen Haus als seine Errungenschaft. Die Entscheidung von US-Präsident Donald Trump für den Ausstieg aus dem Iran-Abkommen und die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels wiegen in weiten Teilen der Bevölkerung schwerer als die Korruptionsskandale und die Gerichtsverfahren, die Netanjahu drohen.

**Demografische Zeitbombe** Was die Koalition jüngst ins Schwanken brachte, waren vielmehr die orthodoxen Partner, die mit dem Ausstieg aus der Regierung drohten, sollte die Wehrpflicht für die frommen Jeschiwa-Schüler nicht erneut ausgesetzt werden. Der stetig rasch wachsende orthodoxe Sektor gilt bereits als demografische Zeitbombe. Politiker wie Jair Lapid von der Zukunftspartei verdanken ihren großen Erfolg bei den Wahlen dem Missmut der weltlichen Steuerzahler, die eine gerechtere Verteilung von Rechten und Pflichten im Staat fordern. Der Streit dieser zwei Fraktionen macht sich bisweilen an ganz banalen Fragen Luft und eskalierte schon, als das Verkehrsministerium am heiligen Schabbat Instandhaltungsarbeiten an der Bahn vornehmen ließ. Die orthodoxe Bevölkerungsgruppe gehört zusammen mit den Arabern in Israel zu den Ärmsten des Landes. Die soziale Kluft wächst, schon heute gilt nahezu jeder Vierte als arm, obwohl Israels Wirtschaft wächst. Darüber hinaus kämpft das Land noch immer mit den Fehlern der Gründergeneration. Die ersten Zionisten kamen aus Europa und Osteuropa. Die Erben Theodor Herzls waren Ashkenasen, die sich in den Städten niederließen, wo es bessere Schulen, bessere Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten gibt. Die Misrachim, die später aus muslimischen Ländern kamen, wurden in die Peripherie geschickt. Aktuelle Untersuchungen zur sozialen Gerechtigkeit zeichnen 70 Jahre nach Staatsgründung ein alarmierendes Bild der israelischen Gesellschaft. Danach wird es noch hundert Jahre dauern, bis die Einkommenskluft zwischen Ashkenasen und Misrachim ausgeglichen ist.

*Susanne Knaul*

*Die Autorin ist freie Korrespondentin in Israel.*

## Ein fast unmögliches Tauwetter

**NORDKOREA** Mitte Juni treffen sich US-Präsident Donald Trump und Machthaber Kim Jong Un in Singapur zu Gesprächen über atomare Abrüstung auf der Halbinsel

Noch im letzten Jahr hätte es wohl kein Beobachter für möglich gehalten, dass sich das Blatt auf der koreanischen Halbinsel derart rasant wenden würde: Damals testete Nordkoreas Diktator Kim Jong Un sein Raketen- und Atomarsenal in einem bisher ungeahnten Tempo, während US-Präsident Donald Trump mit militärischen Drohgebärden die Eskalationsspirale weiter befeuerte. Wie knapp die Region an einem kriegerischen Konflikt vorbeischrammte, wissen wir erst im Rückblick: Am 16. Mai vermeldete CNN, dass Trump im Vorfeld der Olympischen Winterspiele in Pyeongchang seine nationalen Sicherheitsberater anwies, die Evakuierung von US-Militärangehörigen in Südkorea vorzubereiten. Dann jedoch sendete Kim Jong Un in seiner Neujahrsrede erstmals friedliche Signale an die Außenwelt. Während der Olympischen Spiele stellten beide Koreas ein gemeinsames Frauen-Eishockeyteam, südkoreanische Popbands traten in Pjöngjang auf, Kommunikationskanäle wurden eröffnet. Schließlich traf Südkoreas linksgerichteter Präsident Moon Jae-in entlang der entmilitarisierten Zone auf Kim Jong Un – ein historisches Treffen, bei dem sich beide Seiten zur nuklearen Abrüstung bekannt haben. Konkrete Maßnahmen jedoch sparte die gemeinsame Stellungnahme aus.

Am 12. Juni liegt es nun beim US-nordkoreanischen Gipfel in Singapur an Trump und Kim, diese Mammutaufgabe zu stemmen: In einem ersten Schritt müssen sich beide Seiten zunächst darauf einigen, wie sie das Denuklearisierungsziel festlegen. Die USA bestehen bislang auf einer „permanenten, überprüfbaren und irreversiblen“ Abrüstung. Gerade der letzte Punkt ist jedoch im Fall Nordkorea praktisch unmöglich, allein schon weil das Regime bereits über rund 50 Atomwaffen und Tausende Atomexperten verfügen soll. Im Prinzip wäre es also mit dem bestehenden Know How für Pjöngjang jederzeit denkbar, sein Atomprogramm wieder aufzunehmen. Kim Jong Un dürfte im Gegenzug einen nachhaltigen Nichtangriffspakt der USA-Amerikaner einfordern. Auch dies ist eine überaus komplexe Forderung, schließlich misstrauen sich beide Seiten zutiefst. Trump hat zudem seine Glaubwürdigkeit nicht gerade erhöht, als er das Abkommen zur Verhinderung der atomaren Aufrüstung des Irans angekündigt hat. Und selbst wenn der US-Präsident beim persönlichen Treffen mit Kim in

Singapur dessen Vertrauen gewinnen kann: Spätestens in zwei Legislaturperioden ist in Washington eine andere Regierung an der Macht, die ihre Nordkorea-Politik diametral ändern könnte. In diesem Zusammenhang scheint es makaber, dass Trumps Nationaler Sicherheitsberater John Bolton das „libysche Modell“ für Nordkoreas Abrüstung vorgeschlagen hat. Der libysche „Revolutionärsführer“ Gaddafi hatte nach der Jahrtausendwende seine nuklearen Ambitionen vollständig aufgegeben, und wurde Jahre später – unterstützt durch westliche Luftschläge – gestürzt. Der Fall Libyen ist einer jener Gründe, warum die Hardliner innerhalb der Parteikader in Pjöngjang um jeden Preis an der Atombombe festhalten wollen. Nur diese würde laut ihrer Argumentation ein Überleben des Regimes gewährleisten. Außenstehende mag es daher überraschen, dass Nordkorea scheinbar plötzlich an den Verhandlungstisch zurückkehrt. Dabei lassen sich die jüngsten Entwicklungen vor allem durch drei Faktoren erklären: Zum einen hat Nordkorea sein Atomprogramm in den letzten Jahren nahezu vollständig aus-

gebaut, es kann also mit hohem Einsatz und Selbstbewusstsein in die Verhandlungen gehen. Gleichzeitig zeigt auch die von Trump angeführte Sanktions- und Isolationspolitik gegen Nordkorea erste Erfolge: Mittelfristig würden die Sanktionen die fragile nordkoreanische Wirtschaft in die Knie zwingen. Kim Jong Un hingegen hat – im Gegensatz zu seinem Vater oder Großvater – seiner Bevölkerung bereits zu Beginn seiner Amtsübernahme versprochen, für vermehrten Wohlstand zu sorgen. Sollte eine weitere Hungersnot – wie Ende der neunziger Jahre – eintreten, würde dies womöglich großen Unmut innerhalb der Bevölkerung auslösen.

**Gesprächsbereitschaft** Vor allem aber, und das ist der vielleicht entscheidendste Faktor: Mit Moon Jae-in sitzt in Seoul mittlerweile ein Präsident an der Macht, der auf richtig um eine Verbesserung der innerkoreanischen Beziehungen interessiert ist. Auch während der Eskalation im letzten Jahr hat er dem Norden beständig Gesprächsbereitschaft signalisiert – ohne jedoch die Beibehaltung der Sanktionspolitik anzuzweifeln. Es war ein schmaler Grat für Moon Jae-in, einerseits die Annäherung zu Kim Jong Un zu suchen und gleichzeitig die jahrzehntelange Allianz mit Washington nicht zu gefährden.

Vor allem China kommt eine Schlüsselrolle zu. Das Reich der Mitte ist an Stabilität in der Region interessiert, durch das Atomprogramm Nordkoreas fühlt es sich ebenfalls bedroht. Einen Regime-Sturz in Pjöngjang jedoch wertet Peking als größeres Übel, denn dieses Szenario könnte unvorhersehbare Folgen für die chinesischen Grenzregionen haben, die vorwiegend von einer koreanischstämmigen Minderheit bewohnt wird. Derzeit lässt sich bereits erahnen, welchen Weg China vorschlagen wird: Mitte Mai hat die Regierung in Peking eine hochrangige nordkoreanische Delegation empfangen. Die Parteikader aus Pjöngjang werden nach Angaben des Peking Außenministeriums über die wirtschaftlichen Reformbemühungen Chinas unterrichtet. Die Botschaft ist klar: China möchte dem Kim-Regime aufzeigen, dass eine marktwirtschaftliche Öffnung bei gleichzeitiger politischer Kontrolle das Überleben sichern kann.

*Fabian Kretschmer*

*Der Autor ist freier Korrespondent für Süd- und Nordkorea mit Sitz in Seoul.*

**China wertet einen Regime-Sturz in Pjöngjang als das größere Übel.**

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Anzeige

**DAS WILL ICH ONLINE LESEN!**

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de  
parlament@fs-medien.de  
Telefon 069-75014253

QR Code

**AUFGEKEHRT**

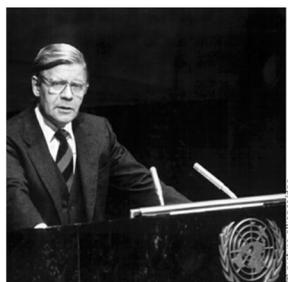
**Die Ära der Nullen**

Über den Spruch „Der Islam gehört zu Deutschland“ (oder wenigstens zu Bayern, wie Ministerpräsident Söder vor Jahren dummerweise einmal sagte) wird allerorten heftig diskutiert. Dabei ist eins inzwischen sonnenklar: Der Islam gehört in jedem Fall zu unserem Geldwesen. Denn das Zinsverbot des Korans, der eigentlich nur das ursprüngliche Zinsverbot des Christentums übernommen hat, hat nun endgültig auch unser Bankensystem erreicht. Null Prozent Zinsen, das ist eine Seuche, der sich keiner mehr entziehen kann. Längst sind Sparer vieler Geldinstitute bei ihren Tagesgeldkonten wie den Volksbanken und Sparkassen daran gewöhnt, keinen müden Cent mehr für irgendwas zu bekommen. Aber halt: Die Diba, die als eine der beliebtesten Direktbanken das Geschäft mit Tagesgeldkonten einst so richtig beliebt machte, zahlt noch etwas. Mit Zehnerdeziimalschritten geht der Zins zwar rückwärts, aber immerhin. Jetzt gibt es 0,01 Prozent statt 0,1 Prozent. Für 10.000 Euro also sagenhafte 1 Euro statt 10 Euro. Natürlich wäre die Null ehrlicher, aber immerhin. Alles ist ja schließlich Symbolsache. Und weil die Geldentwöhnung so richtig schön läuft, wird der Kunde gleich noch erzogen. Wer seine Diba-Visa-Card im Spielcasino nutzt, einen Lotoschein ausfüllt oder im Wettbüro auf sein Fußballteam setzt, dem werden drei Prozent vom Umsatz abgebogen. Auch wenn es hier wohl wieder nur um den schönen Mammon geht, man könnte ja sagen, die Bank tut auch etwas gegen Suchtgefahren und dient damit der Gesundheit. So wie Deutschlands TV-Arzt Nummer 1 Eckard von Hirschhausen. Um den Dicken zu helfen, die vom Warenangebot schlicht überfordert sind und sich nicht zu helfen wissen, fordert er die Zuckersteuer. Die soll garantiert nicht bei Null liegen. *Hans Krump*

**VOR 40 JAHREN...**

**Werben um Partnerschaft**

**26.5.1978: Kanzler Schmidt vor der UN-Generalversammlung.** Kein Staat kann „allein seine Sicherheit und seinen Frieden sichern“, betonte Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) am 26. Mai 1978 vor der UN. Bei der Sondergeneralversammlung in New York ging es um Abrüstung im Kalten Krieg. Schmidt warb dabei für eine „umfassende politische Sicherheitspartnerschaft“. Poli-



Kanzler Helmut Schmidt (SPD) 1978 vor der UN-Generalversammlung

sches und militärisches Gleichgewicht, eine Politik der Entspannung und des Interessenausgleichs, die Fähigkeit zu wirksamer Krisenbeherrschung und die Berechenbarkeit politischen und militärischen Handelns von Staaten, nannte er als Voraussetzungen. Doch während der Kanzler das Engagement der USA bei diesem Prozess lobte, war klar, wer aus seiner Sicht zu wenig tat, um die Voraussetzungen für eine Sicherheitspartnerschaft zu erfüllen: die Sowjetunion. Das machte er auch vor dem Deutschen Bundestag deutlich. Was konventionelle Waffen angeht, bestünden in Europa „erhebliche Disparitäten, und zwar zugunsten des Warschauer Pakts“, so der Kanzler in seiner Regierungserklärung am 1. Juni 1978. Das habe er auch gegenüber Vertretern der Sowjetunion angesprochen. Solange sich daran nichts ändere, sei der Westen gezwungen, „die erforderlichen Verteidigungsmaßnahmen zur Erhaltung unserer Sicherheit zu treffen“, so Schmidt. Hoffnung auf ein Umdenken Moskaus hatte man bei der Union nicht: „Die Sowjetunion mag im Augenblick an vieles denken“, so Friedrich Zimmermann (CSU). An eine Abrüstung, „die Gleichgewicht zum Ziel hat, denkt sie jedenfalls gegenwärtig nicht.“ *Benjamin Stahl*

**ORTSTERMIN: BUNDESRECHNUNGSHOF UND HAUSHALTSGESTALTUNG**



Der Bundesrechnungshof (BRH) hat seit dem Umzug aus Frankfurt am Main seinen Hauptsitz in Bonn im ehemaligen Postministerium. Im Bild der Eingang an der Adenauerallee. Das kleine Foto zeigt BRH-Ministerialrat Peter Elbert.



**Dauergäste im Bundestag**

In fußläufiger Entfernung zum Parlament – komfortabler kann kaum untergebracht sein, wer die Staatsfinanzen im Auge zu halten hat. Seit April residiert die Außenstelle Berlin des Bundesrechnungshofes im „Dreispitzhaus“ am einen Ende der Reinhardtstraße, an deren anderem Ende die Kronprinzenbrücke über die Spree in Richtung Kanzleramt und Paul-Löbe-Haus führt. „Wir liefern Feststellungen und Argumente für das Parlament, um Verwaltungshandeln zu verbessern.“ Peter Elbert sitzt in einem Büro in der Bonner Adenauerallee, wo der Bundesrechnungshof nach dem Wegzug aus Frankfurt am Main vor 18 Jahren den Bau des einstigen Postministeriums bezog. Er hat auch in Berlin regelmäßig zu tun. Ministerialrat Elbert leitet das Prüfungsgebiet I 1 für „Grundsatzaufgaben der Finanzkontrolle“. Er betreut den Kontakt zum Rechnungsprüfungsausschuss des Bundestages. „Wir sind ohnehin viel unterwegs, eigentlich eine Reisebehörde“, sagt Elbert. Im Haushaltsausschuss und dem aus seiner Mitte gebildeten Rechnungsprüfungsausschuss haben die Finanzaufseher ihre

parlamentarische Anlaufstelle. Sie sind in den Sitzungen stets anwesend, tragen hier ihre Befunde vor und erörtern sie mit den zuständigen Berichterstattern und Vertretern der betroffenen Ressorts. Elbert spricht vom „magischen Dreieck“ zwischen Rechnungshof, Parlament und Bundesregierung. In diesem Dreieck werden bei Beanstandungen auch Empfehlungen formuliert, sogenannte „Maßgabebeschlüsse“ als Aufträge der Abgeordneten an die betroffenen Ressorts, um Abhilfe zu schaffen, bindend und mit Fristen versehen. Eine Behörde mit 1.200 Mitarbeitern, verteilt auf die Zentrale in Bonn und sieben Außenstellen, und mit einer umfassenden Zuständigkeit. „Überall, wo auch nur ein Euro Bundesgeld hinkommt, darf der Bundesrechnungshof prüfen“, sagt Elbert. Da kann es dann auch um den „Nutzen kieferorthopädischer Behandlungen“ gehen – schließlich fließen erhebliche Bundesmittel in die Sozialkassen. Die Kosten der Energiewende stehen selbstverständlich immer wieder im Fokus, ebenso Aufwand und Ertrag von Maßnahmen der Arbeitsverwaltung. Unter den Kontrollauftrag fallen schließ-

lich auch die Finanzen der Bundestagsfraktionen. Seit dem vorigen Jahr enthält darüber hinaus das Grundgesetz die Klarstellung, dass der Bundesrechnungshof befugt ist, auch auf Länder- und sogar kommunaler Ebene der Verwendung von Bundesmitteln nachzugehen. Ein weites Arbeitsfeld also. Im Prinzip umfasst es das Gesamtvolumen eines Bundeshaushalts von derzeit rund 340 Milliarden Euro, Einnahmen und Ausgaben. Die Behörde hat es in 51 „Prüfungsgebiete“ aufgeteilt, für jeden Einzelplan mindestens eines, für die größeren auch mehrere, die in neun Abteilungen untergebracht sind. Weit mehr als 1.000 Prüfberichte kommen so im Jahresdurchschnitt zustande. Sie finden freilich nicht alle einen Platz in den „Bemerkungen“, die der Bundesrechnungshof zweimal im Jahr veröffentlicht. Dabei geht es in jedem Einzelfall um zwei Fragen: Sind die gesetzlichen Vorgaben eingehalten? Stehen die Kosten in angemessenem Verhältnis zum erstrebten Nutzen? Die Rechnungsprüfer sprechen von „Ordnungsmäßigkeit“ und „Wirtschaftlichkeit.“ *Winfried Dolderer*

**LESERPOST**

**Zur Ausgabe 18-20 vom 30. April 2018, „Der Schutz der Bevölkerungsgruppen“ auf Seite 5:**

Es ist erstaunlich, dass Politiker im Bundestag heutzutage noch propagieren, Deutsche müssten sich jede Art Verleumdung bieten lassen und für sie gelte der Volksverhetzungparagraf 130 StGB nicht. Die sogenannte Mehrheitsgesellschaft müsse „auch polemische Angriffe aushalten“, meinte zum Beispiel der SPD-Abgeordnete Brunner in der Bundestagsdebatte zu einem AfD-Antrag. Warum sollen die eigenen Landsleute nicht geschützt werden in Zeiten, in denen deutsche Schüler immer mehr gemobbt werden („Kartoffel“, „Schweinefleischfresser“) oder die Deutschen schlicht zu einer „Köterrasse“ zählen, wie es ein Vorstand des türkischen Elternbunds Hamburg meinte. Die Staatsanwaltschaft ging dagegen nicht vor, weil der Begriff Deutscher angeblich nicht abgrenzbar sei. Wir haben bei uns Politiker, die den Deutschen offenbar nur die Rolle eines willigen Zahlmeisters (in der EU, der Euro-Rettung oder dem Asylansturm) zubilligen, die beliebig beleidigt werden dürfen. *Bernd Blau, Stuttgart*

**Zur Ausgabe 18-20 vom 30. April 2018,**

**BUNDESTAG LIVE**

**Topthemen vom 4. – 8.6.2018**

**Familiennachzug (Do), Bologna-Prozess (Fr)**

**Phoenix überträgt live ab 9 Uhr**

Auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de): Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

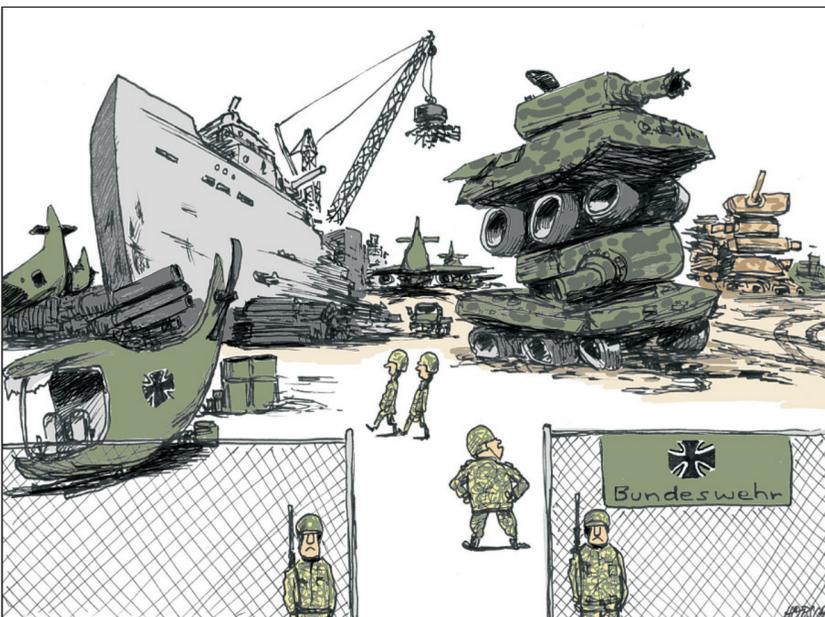
**„Die Quadratur des Kreises“ auf Seite 9:**

Alle neuerlichen Wahlrechtsreformvorhaben sind bisher am Widerstand der Parteien gescheitert, was letztlich zu einem aufgeblähten Bundestag von 709 Abgeordneten führte. Um diesen Missstand – Ursache sind die Überhang- und Ausgleichsmandate (überproportional bei CDU und CDU) – zu beseitigen, sollte unter Beibehaltung der personalisierten Verhältniswahl der Proporz von Erststimme zu Zweitstimme von jetzt 1:1 auf 1:2 geändert werden. So auch der in dem Artikel erwähnte Augsburgsburger Mathematikprofessor und Wahlexperte Friedrich Pukelsheim, der zu diesem Thema einen aktuellen Aufsatz veröffentlicht hat. Die Idee ist aber nicht neu. Seit Ende vergangenen Jahres liegt dem Bundestag be-

reits ein solcher Reformvorschlag vor. Die Vorteile dieser Reform sind eben der Wegfall von Überhang- und Ausgleichsmandaten, die feststehende Anzahl von Bundestagsabgeordneten und eine planbare Kosten- und Raumkalkulation. Als Nachteil könnte angeführt werden, dass sich der Wahlkreis von 200.000 auf 300.000 Wähler vergrößern würde und dass eben die Wahlkreisgeometrie auf 200 Wahlkreise neu gestaltet werden muss. Wäre diese Reform schon bei der Bundestagswahl 2017 zum Einsatz gekommen, würde der Bundestag bei der von dem Gesetz vorgegebenen Größe von 598 Abgeordneten liegen und hätte folgendes Ergebnis zum Beispiel für die Parteien CDU und CSU gebracht (Klammerangaben Status Quo): CDU 169 (200) Sitze, davon 124 (185) Direktkan-

didaten und 45 (15) über Landeslisten. CSU 39 (46) Sitze, davon alle 31 (alle 46) Direktkandidaten und 8 (0!) über Landesliste. Selbst unter extremen Wahlergebnissen, wenn etwa die CDU auf 20 Prozent oder die CSU auf 5 Prozent abzurückt, entstehen keine Überhang- und dadurch auch keine Ausgleichsmandate. Für den Wähler ändert sich bei dieser Wahlrechtsreform nichts. Er hat weiterhin seine Erst- und Zweitstimme und der Abgeordnete muss in einem neu strukturierten, vergrößerten Wahlkreis tätig sein, was aber nicht zu einem Problem hochstilisiert werden sollte. Sinnvolle und zeitgemäße Anpassungen beziehungsweise Veränderungen des politischen Systems sind nun einmal vonnöten. *Hans-Dieter Seul, Berlin*

**SEITENBLICKE**



**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**

Das Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 11. Juni

**PANNENMELDER**

Zur Ausgabe 17 vom 23.4. Im Artikel „Die EU verbessern“ auf Seite 12 wurde Guido Westerwelle im Jahr 2008 irrtümlich als Außenminister der Bundesrepublik Deutschland bezeichnet. Das war Frank-Walter Steinmeier (SPD). Westerwelle war damals FDP-Fraktionsvorsitzender.

**PERSONALIA**

**->Karl Heinz Lemmrich † Bundestagsabgeordneter 1961-1988, CSU**

Karl Heinz Lemmrich starb am 24. April im Alter von 91 Jahren. Der Diplom-Ingenieur aus Rain/Lech, CSU-Mitglied seit 1947, war von 1965 bis 1988 Direktkandidat des Wahlkreises Donauwörth bzw. Donau-Ries. Lemmrich wirkte überwiegend im Verkehrsausschuss mit und stand von 1976 bis 1988 an dessen Spitze. Von 1965 bis 1988 war er Mitglied des Europarats und der WEU.

**->Gisela Babel Bundestagsabgeordnete 1990-1998, FDP**

Am 23. Mai vollendet Gisela Babel ihr 80. Lebensjahr. Die promovierte Juristin aus Marburg schloss sich 1976 der FDP an und war Vorsitzende des Kreisverbands Marburg-Biedenkopf. Von 1987 bis 1990 gehörte sie dem hessischen Landtag an. Die sozialpolitische Sprecherin ihrer Bundestagsfraktion seit 1992 wirkte im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung mit.

**->Katrjn Fuchs Bundestagsabgeordnete 1983-1998, SPD**

Katrin Fuchs begeht am 25. Mai ihren 80. Geburtstag. Die Fremdsprachenkorrespondentin aus Verl trat 1970 in die SPD ein, war Vorsitzende des Unterbezirks Gütersloh, gehörte dem Bezirksvorstand Ostwestfalen-Lippe und dem SPD-Bundesvorstand an. Von 1994 bis 1998 amtierte sie als Parlamentarische Geschäftsführerin ihrer Bundestagsfraktion und engagierte sich im Verteidigungs- sowie im Auswärtigen Ausschuss.

**->Klaus Haupt Bundestagsabgeordneter 1998-2005, FDP**

Am 29. Mai wird Klaus Haupt 75 Jahre alt. Der Geschäftsführer aus Hoyerswerda trat 1990 der FDP bei, war von 1995 bis 1997 sächsischer Landesvorsitzender und Mitglied des FDP-Bundesvorstands. Im Bundestag saß Haupt im Familienausschuss.

**->Peter Paziorek Bundestagsabgeordneter 1990-2007, CDU**

Peter Paziorek wird am 29. Mai 70 Jahre alt. Der promovierte Jurist und Stadtdirektor aus Beckum trat 1968 der CDU bei und war von 2005 bis 2010 stellvertretender NRW-Landesvorsitzender. Im Bundestag engagierte sich der Direktkandidat des Wahlkreises Warendorf vorwiegend im Umweltausschuss. Von 2005 bis 2007 war er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeslandwirtschaftsminister. Von 2007 bis 2011 amtierte er als Regierungspräsident in Münster.

**->Antje Vollmer Bundestagsabgeordnete 1983-1985, 1987-1990, Die Grünen, 1994-2005, Bündnis 90/Die Grünen**

Am 31. Mai vollendet Antje Vollmer ihr 75. Lebensjahr. Die promovierte protestantische Theologin und Publizistin gehörte 1984/85 dem Fraktionsvorstand der Grünen im Bundestag an, wurde aber erst 1985 deren Mitglied. Sie wirkte im Landwirtschafts- sowie im Innenausschuss mit. Von 1994 bis 2005 war Vollmer Vizepräsidentin des Bundestags.

**->Rolf Hempelmann Bundestagsabgeordneter 1994-2013, SPD**

Am 1. Juni wird Rolf Hempelmann 70 Jahre alt. Der Oberstudiendirektor aus Essen trat 1982 der SPD bei, war von 2003 bis 2006 stellvertretender Vorsitzender des dortigen Unterbezirks und von 1984 bis 1994 kommunalpolitisch tätig. Der Direktkandidat des Wahlkreises Essen II und energiepolitischer Sprecher seiner Bundestagsfraktion von 2003 bis 2013 wirkte vorwiegend im Wirtschaftsausschuss mit.

**->Gundolf Gries Bundestagsabgeordneter 1990, CDU**

Gundolf Gries wird am 2. Juni 75 Jahre alt. Der Diplom-Ökonom aus Mühlhausen trat 1961 der CDU in der DDR bei. 1990 gehörte er von März bis Oktober der ersten frei gewählten Volkskammer und danach bis Dezember dem Bundestag an.

**->Wolfgang Neškovic Bundestagsabgeordneter 2005-2013, PDS/Die Linke/fraktionslos**

Am 3. Juni wird Wolfgang Neškovic 70 Jahre alt. Der Richter am Bundesgerichtshof wurde 2005 über die PDS-Landesliste Brandenburg in den Bundestag gewählt. 2008/09 amtierte er als stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Linken. 2012 trat er aus. Neškovic war Vorsitzender des Wahlausschusses sowie Mitglied des für die Geheimdienste zuständigen Parlamentarischen Kontrollgremiums.

**->Norbert Mann Bundestagsabgeordneter 1985-1987, Die Grünen**

Norbert Mann begeht am 4. Juni seinen 75. Geburtstag. Der Richter aus Mülheim/Ruhr zählte 1980 dort zu den Gründungsmitgliedern der Grünen Liste Umweltschutz und gehörte 1980/81 dem ersten Bundesvorstand der Grünen an. Mann war im Bundestag Mitglied des Rechtsausschusses. *bmh*



Dr. Alice Weidel, AfD:

## Alle Ausgabenposten im Bundeshaushalt aufführen



Alice Weidel (\*1979)  
Landesliste Baden-Württemberg

Der Haushalt ist der Nerv des Staates. Daher muss er den profanen Augen des Untertanen entzogen werden.

Diesen Satz, der Kardinal Richelieu zugeordnet wird, haben Sie sich offensichtlich seit Jahrzehnten auf die Fahnen geschrieben; denn pünktlich zur Vorstellung des Haushaltes beginnt das Tarnen und Täuschen. Statt dem Souverän, dem Bürger, reinen Wein einzuschenken, werden vollmundige Sonntagsreden gehalten. Und dabei fühlen Sie sich dem Schriftzug am Hohen Hause „DEM DEUTSCHEN VOLKE“ ohnehin nicht mehr verpflichtet. Das Volk wollen Sie sich nämlich selbst aussuchen und zusammenstellen.

Sie reden von einer schwarzen Null – doch in Wahrheit sitzen die Steuerzahler auf einem gewaltigen Schuldenberg, den die künftigen Generationen erben werden. Dennoch binden uns die jeweiligen Finanzminister, wie gestern auch Olaf Scholz, Jahr für Jahr einen Bären auf. Wie das gelingt? Ganz einfach: Im Bundeshaushalt werden schlicht nicht alle Ausgabenposten aufgeführt. Denn: Wo ist zum Beispiel der EU-Etat zu finden? Richtig – gar nicht. Die rund 30 Milliarden Euro, die Deutschland nach Brüssel transferiert, werden im Budget verschwiegen. Nach dem Brexit wird der Posten sogar noch größer. Die Haftungen

und Garantien für andere Euro-Staaten, Banken und die diversen Euro-Rettungsfonds sind gigantisch, ganz zu schweigen von den TARGET2-Salden, mit denen wir unsere Exporte nämlich selbst bezahlen.

Auch ist nur ein Teil der tatsächlichen Schulden überhaupt veröffentlicht. Es ist nämlich die Schatenverschuldung, die Sie der jüngeren Generation wie einen Mühlstein um den Hals gehängt haben. Der Ökonom Raffelhüschen hat in seiner Generationenbilanz nachgewiesen: Auf unglaubliche 7 Billionen Euro beläuft sich die Gesamtverschuldung, die Bund, Länder und Gemeinden angehäuft haben, zuzüglich der zukünftigen Zahlungen und Verpflichtungen aus dem gesetzlichen Sozialversicherungssystem und Ihrer stattlichen Pensionen. Ich stelle die Frage: Ist das eigentlich noch verantwortliches Haushalten?

Sie reden von Verantwortung, doch in Wahrheit geben Sie das Königsrecht des Parlamentes, die Budgethoheit, schamlos aus der Hand. „No taxation without representation“ – keine Besteuerung ohne Zustimmung des Parlaments – ist Grundsatz einer jeden parlamentarischen Demokratie. Das Bundesverfassungsgericht hat ganz klar festgehalten:

Als Repräsentanten des Volkes müssen die gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestages ... die Kontrolle über grundlegende haushaltspolitische Entscheidungen behalten.

Der Deutsche Bundestag darf seine Budgetverantwortung nicht durch unbestimmte haushaltspolitische Ermächtigungen auf andere Akteure übertragen.

Sie haben aber dennoch den Rettungsschirmen, den dauerhaften automatisierten Finanzierungsmechanismen zugestimmt, und Sie bejubeln die Pläne von Präsident Emmanuel Macron – kein Widerspruch zum gigantischen Transfer von deutschem

Steuergeld, kein Widerspruch zu einem EU-Finanzminister. Ganz im Gegenteil: Es scheint Ihnen nicht schnell genug zu gehen, Verantwortung nach Paris und Brüssel zu übertragen – und damit das Steuergeld, das Sie hier nie erarbeitet haben, sehr geehrte Damen und Herren.

Unser Haushalt ist sozial gerecht, behaupten Sie tatsächlich. Deutschland hat eine der höchsten Einkommens- und Ausgabenbelastungen aller westlichen Staaten. Durch Ihre absurde Steuerpolitik sind vor allem die Verdienner mittlerer und kleiner Einkommen, vor allem die Familien belastet. Die Steuerzahler bluten zusätzlich mit dem Abschmelzen ihrer Ersparnisse für die Zinsersparnis, die sich der Staat über die Null- und Negativzinspolitik der EZB ermöglicht. Der Staat entschuldet sich also auf Kosten der Sparer und Steuerzahler.

Und dann über die schwarze Null reden! Was ist daran gerecht, was ist daran sozial, sehr geehrte Damen und Herren? Es ist nichts anderes als Steuerzahlerausbeutung nach Gutsherrenart, was Sie hier praktizieren. Während die Infrastruktur dieses Landes zerfällt, der Staat seine Bürger nicht mehr schützen kann, fließen Abermilliarden in die Aufnahme und Alimentierung illegaler Einwanderer und in die Sozialsysteme.

Es ist erschreckend: In spätestens 20 Jahren wird jeder fünfte Rentner auf die Grundsicherung angewiesen sein. Trotz eines harten Arbeitslebens haben heute unzählige Senioren kaum genug zum Leben. Zwei Beispiele aus Bochum:

Zum einen Herbert W. Bis Mitte der 70er-Jahre hat er unter Tage gearbeitet, später bei Opel, hat viele Jahre ins deutsche Rentensystem eingezahlt, sammelt am Wochenende Flaschen vor dem Ruhstadium, um seine kümmerliche Rente aufzubessern.

Zum anderen Sami A. Er ging früher auch einer beschwerlichen Arbeit nach, er war Leibwächter von Osama Bin Laden, hat nie ins deutsche Sozialsystem eingezahlt, fährt am Wochenende gern mit

seinem Moped ins Grüne, erhält vom Staat 1 200 Euro pro Monat, und das seit sage und schreibe zehn Jahren. Das ist aus meiner Sicht eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, die Sie zu verantworten haben.

Sie behaupten, der Haushalt sei zukunftsorientiert. Im Gegenteil: Sie verbauen die Chancen der zukünftigen Generationen. Das Fundament unseres Staates sind die Menschen, die hier leben und arbeiten. Es sind aber nicht nur die Menschen, die jetzt hier leben, sondern auch diejenigen, die in Zukunft hier leben werden. Ja, wir haben die Hauptverantwortung für die Menschen, die Familien, die schon länger hier leben, und diesen Menschen haben Sie zu dienen. Staatsaufgabe ist nämlich, das über Generationen aufgebaute Volksvermögen

treuhänderisch zum Wohle des deutschen Volkes zu verwalten und es nicht mit vollen Händen zum Fenster rauszuschmeißen; denn Eigentümer sind die deutschen Bürger und nicht Sie, nicht die Regierung.

Seit 1972 werden in Deutschland jedes Jahr weniger Kinder geboren, als Menschen sterben. Für die Überlebensfähigkeit eines leistungsfähigen Staates ist das ein Problem. Was haben Sie dagegen getan? Nichts, na ja, jedenfalls nichts Wirksames. Denn Sie setzen ausschließlich auf kompensatorische Einwanderung – das sagen Sie ja die ganze Zeit. Bei muslimischen Zuwanderern schaut die Geburtenrate nämlich ganz anders aus. Sogar die Auffettung der Einwohnerzahl durch zugewanderte Straftäter mit mehrfachen Identitäten scheint Sie überhaupt gar nicht zu stören. Doch ich kann Ihnen sagen: Burkas, Kopftuchmädchen, alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern.

Dazu bedarf es einer qualifizierten und keiner plan- und zügellosen, bildungsfernen Zuwanderung. Deutschland ist schon lange ein grenzenloses Einwanderungsland für Unqualifizierte und ein Auswanderungsland für Hochqualifizierte geworden.

Und was tun Sie dagegen? Wer soll in Zukunft für die Renten auf-

kommen? Wer zahlt denn Ihre stattlichen Pensionen, auch Ihre, Herr Hofreiter, Sie Schreihals?

Ihre eingewanderten Goldstücke etwa? Das glauben Sie doch wohl nicht im Ernst.

Die Bürger scheinen Ihnen vollkommen egal zu sein. Sie wollen sich darauf beschränken, den Niedergang unseres Landes zu verwalten, teilweise haben wir den Eindruck, dass Sie ihn sogar befeuern. Aber das wird wohl Ihrem Wertekanon entsprechen. Wenn eine Bundestagsvizepräsidentin einem Transparent hinterherrennt, auf dem steht „Deutschland, du mieses Stück Scheiße“, und alle hier das mittragen, indem sie zur Bundestagsvizepräsidentin gewählt wird – ich spreche von Claudia Roth –, dann muss man sich über nichts mehr wundern hier in diesem Hohen Haus.

Die AfD hingegen tritt für Verantwortung, Gerechtigkeit und für eine lebenswerte Zukunft ein. Deshalb fordern wir erstens einen schonungslosen Kassensturz. Alle Zahlen müssen endlich offen auf den Tisch gelegt werden.

Zweitens. Wir fordern, den Sozialstaat endlich zu sichern und die Zukunft zu gestalten. Die Strategie des Generationenersatzes durch eine unregelmäßige Zuwanderung, teilweise aus frauenverachtenden Stammeskulturen, hat sich als Holzweg erwiesen.

Wohlstand kann nur gesichert werden, wenn in sichere Grenzen und in die kommenden Generationen investiert wird.

Drittens. Wir wollen echte Steuergerechtigkeit. Mittel- und Geringverdiener müssen endlich ehrlich belastet werden. Dazu muss der Grundfreibetrag endlich angehoben werden. 2 000 Euro brutto

Fortsetzung auf nächster Seite

**Die Hoheit über unseren Haushalt gehört nach Berlin und nicht nach Brüssel.**

**In spätestens 20 Jahren wird jeder fünfte Rentner auf die Grundsicherung angewiesen sein.**

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. [www.bundestag.de/live/tv/index.html](http://www.bundestag.de/live/tv/index.html)

im Monat steuerfrei, das wäre doch einmal visionär; denn es kann doch nicht sein, dass ein Facharbeiter bereits beim 1,3-Fachen des Durchschnittslohnes den Spitzensteuersatz zu zahlen hat. Ich kann Ihnen sagen: Es ist end-

lich Zeit für eine ehrliche Entlastung.

Viertens. Keine weitere Aushöhlung der Souveränität. Die Hoheit über unseren Haushalt gehört nach Berlin und nicht nach Brüssel.

In diesem Sinne schließe ich mit einem Zitat des früheren tschechischen Präsidenten Zeman, das Ihnen auch schon die ehrenwerte ehemalige CDU-Abgeordnete Erika Steinbach vorgetragen hat – ich zitiere –:

Falls Sie in einem Land leben, in dem Sie für das Fischen ohne Angelschein bestraft werden, jedoch nicht für den illegalen Grenzübertritt ohne gültigen Reisepass, dann haben Sie das volle Recht, zu sagen, dieses Land wird

von Idioten regiert.

(Beifall bei der AfD – Abgeordnete der AfD erheben sich – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Pfui! – Zurufe von der LINKEN: Buh!)

Dr. Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin:

## Die Bundesregierung wird mit Nachdruck arbeiten



Angela Merkel (\*1954)  
Bundeskanzlerin

Ich glaube, es ist für jedermann erkennbar, dass der Haushalt 2018 und die dazugehörige mittelfristige Finanzplanung wieder sehr gute Daten aufweisen.

Das ist außerordentlich erfreulich. Es wird inzwischen manchmal schon für selbstverständlich gehalten. Aber dass wir die höchste Beschäftigung seit der Wiedervereinigung haben, dass wir seit 2014 keine neuen Schulden machen, das ist alles andere als selbstverständlich.

Wir werden im nächsten Jahr erstmals seit 2002 mit der Gesamtverschuldung wieder dort liegen, wohin der Europäische Stabilitätspakt uns verweist, nämlich unterhalb von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. 2012, nach der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise, lag die Gesamtverschuldung bei knapp 80 Prozent. Dass wir das schaffen, das ist nichts anderes als Generationengerechtigkeit pur und das Denken an die Menschen, die nach uns leben werden. Deshalb ist das gut.

Der Internationale Währungsfonds hat in seinen gerade abgeschlossenen Artikel-IV-Konsultationen, die er mit Deutschland geführt hat, die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft als – ich zitiere – „beeindruckend“ bezeichnet. Fiskalische Spielräume sollten genutzt werden, um das Wachstumspotenzial zu erhöhen, staatliche Investitionen in die Infrastruktur sollten getätigt werden, Investitionen in Bildung sollten gestärkt werden, Verfahren sollten beschleunigt werden. Das ist ge-

nau das, was wir in unserem Koalitionsvertrag niedergelegt haben und was sich auch in diesem Haushalt widerspiegelt. Das findet also auch international durchaus Unterstützung.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, unabhängig von diesen guten Zahlen und Werten erreichen uns täglich beunruhigende Nachrichten aus allen Teilen der Welt, leider auch aus Teilen, die sehr nah an der Europäischen Union liegen: die schrecklichen Bilder aus Syrien inklusive der Bilder von Giftgasangriffen in jüngster Zeit, die Kündigung des Atomabkommens mit dem Iran durch die Vereinigten Staaten von Amerika, die Bombardierung von Stellungen auf den Golanhöhen durch den Iran, ein drohender Handelsstreit zwischen den USA und der Europäischen Union, tägliche Waffenstillstandsverletzungen an der Kontaktlinie in der Ukraine, Terroropfer, auch am letzten Wochenende wieder in Paris und in Indonesien; 70 Jahre Israel, das war ein Tag zum Feiern, und trotzdem 59 tote Palästinenser und viele, viele Verwundete.

Wir verfolgen diese Schlagzeilen täglich, die uns vor Augen führen, in welcher unruhiger und auch unübersichtlicher Welt wir leben. Wir wissen inzwischen, dass wir uns von diesen Ereignissen nicht abkoppeln können.

Nach dem Arabischen Frühling, der von vielen auch als arabisches Beben bezeichnet wird, ist die Region vor unserer Haustür unruhig geworden: der Bürgerkrieg in Syrien seit 2011, der Sturz von Gaddafi in Libyen mit dem Zerfall der staatlichen Ordnung, 2014 die Annexion der Krim, die Probleme in der Ostukraine, 2014 der IS in Syrien und im Irak, der Völkermord an den Jesiden im Irak und die in Rakka, geplanten Attentate, die Paris – „Charlie Hebdo“ – so erschüttert haben. Die sicherheitspolitische Situation in unserer Nachbarschaft hat sich gravierend verändert. Das hat tiefgreifende Auswirkungen, auch auf uns. Sie zeigen uns einmal mehr: Ein Land alleine kann mit Sicherheit Sicherheit nicht garantieren. Deshalb ist

uns bewusst geworden, was wir vielleicht oft fast schon stereotyp gesagt haben: Unsere Sicherheit hängt unauflösbar mit der unserer Nachbarschaft zusammen; Deutschland braucht für seine eigene Sicherheit eine Einbindung in Bündnisse als Mitglied der Europäischen Union und als Mitglied der NATO. Trotz aller Schwierigkeiten, die wir in diesen Tagen haben, sind und bleiben die transatlantischen Beziehungen deshalb von herausragender Bedeutung. Das bleibt eine Konstante.

Aber diese transatlantischen Beziehungen müssen Meinungsunterschiede aushalten, auch gerade in diesen Tagen. Das zeigt sich insbesondere an der Kündigung des Nuklearabkommens mit dem Iran durch die Vereinigten Staaten von Amerika. Wir haben über ein Jahrzehnt verhandelt, um dieses Abkommen zustande zu bringen. Dieses Abkommen ist alles andere als ideal; aber der Iran hält sich nach allen Erkenntnissen der Internationalen Atomenergiebehörde an die Verpflichtungen aus diesem Abkommen. Dieses Abkommen ist einstimmig vom UN-Sicherheitsrat indossiert worden. Deshalb glauben wir, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, aber mit uns auch die anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, dass es nicht richtig ist, dieses Abkommen jetzt, in dieser Situation zu kündigen.

Das bedeutet nicht etwa, dass wir mit dem, was der Iran ansonsten tut, zufrieden sein können. Wir müssen über mehr sprechen: über das ballistische Raketenprogramm, über den Einfluss, den der Iran und die Hisbollah in Syrien ausüben und über andere Fragen. Die Frage, die wir zu beantworten haben und die wir so anders beantwortet haben als die Vereinigten Staaten von Amerika, lautet aber: Kann man besser sprechen, wenn man dieses Abkommen kündigt, oder kann man besser

sprechen, wenn man in diesem Abkommen bleibt? Wir glauben, dass man besser miteinander weiterreden kann und muss – ich sage das ausdrücklich, weil das ballistische Raketenprogramm auch und gerade eine Gefährdung der Sicherheit Israels ist –, wenn man in diesem Abkommen bleibt.

Genau in diesem Sinne hat der Bundesaußenminister gerade gestern Abend wieder Gespräche geführt.

Wir wissen auch – das zeigt sich jeden Tag drängender –, dass wir natürlich eine politische Lösung in Syrien brauchen, dass das Leben der Menschen in Syrien unter einem unglaublichen Schrecknis abläuft. Die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger Syriens ist inzwischen auf der Flucht: ein großer Teil innerhalb Syriens, ein anderer Teil außerhalb Syriens.

Beim Kampf gegen den IS sind wir vorangekommen. Deutschland hat sich an der Anti-IS-Koalition und an den Operationen gegen Daesh beteiligt, durch Ausbildung der Peschmerga im Irak und durch Luftüberwachung. Aber inzwischen ist aus dem Bürgerkrieg in Syrien, dem Kampf gegen den islamistischen Terrorismus, ein Regionalkonflikt gigantischen Ausmaßes geworden, der ohne Russland, ohne die Türkei, ohne den Iran, ohne Saudi-Arabien, ohne Jordanien und im Grunde auch ohne Europa nicht zu lösen ist.

Aber wahr ist auch – der Schriftsteller Mathias Énard, der gerade den Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung bekommen hat, hat das beklemmend zu Papier gebracht –: Europa ist immanent betroffen und hat gleichzeitig zur politischen Lösung dieses Konflikts bisher nicht ausreichend beigetragen; ich sage das auch selbstkritisch. Deshalb sind wir froh, dass wir jetzt der sogenannten Small Group angehören, in der Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Jordanien, Saudi-Arabien und die USA gemeinsam nach Lösungen suchen. Natürlich muss aber auch die sogenannte Astana-Gruppe – Türkei, Iran und Russland – mit in die Gespräche einbezogen werden. Das kann bedeuten, dass wir endlich auch die Arbeit des UN-Vermittlers de Mistura besser unterstützen können. Ich

glaube, es ist aller Mühe wert – obwohl ich mir keine Illusionen hinsichtlich der Kompliziertheit dieses Konflikts mache –, dass wir uns politisch stärker engagieren. Das wird die Bundesregierung tun.

Auch für einen anderen Konflikt in unserer Umgebung, mit dem wir uns schon viel beschäftigt haben, dem zwischen Russland und der Ukraine, gibt es nur eine politische Lösung; militärisch ist er nicht zu lösen. Wir tun das im Normandie-Format. Wir versuchen, das Abkommen von Minsk wiederzubeleben, obwohl es schon deprimierend ist, dass es jede Nacht zu Waffenstillstandsverletzungen an der Kontaktlinie kommt und dass es immer wieder Behinderungen der OSZE-Beobachter gibt, denen ich im Übrigen von dieser Stelle aus einmal herzlichen danken möchte.

Jahre über Jahre dort diese Arbeit zu tun, das sind wirklich friedenssichernde Maßnahmen.

Deutschland hat immer den vernetzten Ansatz befürwortet. Die neue Bundesregierung wird dies verstärkt tun. Wir wissen: Wir können solche Probleme nur lösen, indem wir Entwicklung betreiben, indem wir politische Lösungen suchen und indem wir als Ultima Ratio auch militärische Gewalt einsetzen. Aber militärische Gewalt alleine wird das Problem nicht lösen. Wir haben – sozusagen symptomatisch dafür – in unserem Koalitionsvertrag vereinbart, dass wir die Entwicklungsausgaben und die Verteidigungsausgaben eins zu eins erhöhen, um deutlich zu machen, dass uns dieser vernetzte Ansatz nicht irgendein, sondern ein zentrales Anliegen ist.

Aber wir müssen Verpflichtungen auf allen Seiten einhalten; das heißt, die ODA-Quote, die wir noch nicht erreicht haben, auf der einen Seite und die Ziele von Wales bzw. der NATO auf der anderen Seite. Diesen Zielen fühlen wir uns verpflichtet. Das haben wir auch im Koalitionsvertrag niedergelegt. Der Bundesfinanzminister hat gestern gesagt – mit seiner Erlaubnis darf ich ihn zitieren –: „Ein verteidigungspolitisches Konzept wird nicht schon dadurch gut, dass es teuer ist.“

Das stimmt; das ist unbestritten. Aber die Frage lautet ja anders. Die Frage lautet: Was brauchen wir für eine Bundeswehr, damit sie den heutigen Anforderungen Rechnung trägt?

Ich möchte an dieser Stelle auf

**Dass wir das schaffen, das ist nichts anderes als Generationengerechtigkeit pur.**

das Weißbuch 2006, das wir auch in einer Großen Koalition verabschiedet haben, hinweisen. In diesem Weißbuch haben wir uns voll auf die Auslandseinsätze konzentriert. Damals galt der Satz von Peter Struck, den er richtigerweise gesagt hat: „Die Sicherheit Deutschland wird auch am Hindukusch“ – „Hindukusch“ steht pars pro toto – „verteidigt.“ Das war absolut richtig.

Aufgrund der Ereignisse im Jahre 2014 und aufgrund dessen, was vor unserer Haustür passiert – zum Beispiel auch im Raum Syrien –, hat die NATO 2014 beschlossen – das haben wir im Übrigen im Weißbuch 2016 nachvollzogen –, dass neben den Auslandseinsätzen auch die Landes- und Bündnisverteidigung wieder von größerer Bedeutung sind.

Genau an diesem Punkt sind wir bei den Herausforderungen, vor denen die Bundeswehr und natürlich auch die Bundesregierung gestellt sind. Wir müssen unsere Soldatinnen und Soldaten nicht nur in den Auslandseinsätzen so ausrüsten und ausstatten, dass sie ihre Einsätze gut absolvieren können, sondern wegen der Landes- und Bündnisverteidigung müssen sie gleichermaßen auch zu Hause in viel größerer Breite Material und Ausrüstung zur Verfügung gestellt bekommen, um die zusätzlichen Aufgaben, die wir heute haben, bewerkstelligen zu können: die Luftraumüberwachung im Baltikum, die Rückversicherung für Polen und die drei baltischen Staaten – dafür sind wir als Rahmennation in Litauen tätig –, die Verstärkung des Korps in Stettin und die Engagements in Rumänien und Bulgarien.

Dafür muss man schneller Truppen verlegen können und nicht nur jeden hundertsten Soldaten vernünftig ausstatten – diese Zahl habe ich einfach mal herausgegriffen; ich bin keine Expertin –, während alle anderen mit wenig Übungsgerät auskommen müssen. Um diese Aufgaben schultern zu können, muss in großer Breite entsprechende Ausrüstung zur Verfügung gestellt werden. Das ist eine Aufgabe, vor der die Bundeswehr steht.

Die zweite Aufgabe ist, die große Herausforderung der Digitalisierung zu bewältigen. Hier geht es zum einen um die Digitalisierung der Strukturen der Bundeswehr, zum anderen aber auch um völlig neue Fähigkeiten, zum Beispiel die Cyberfähigkeit. Es war richtig, ein Cyberkommando einzurichten; denn die hybride Kriegsführung ist zum Beispiel

Teil der Militärdoktrin Russlands – ganz offiziell beschrieben. Darin sind sie gut; und hier müssen wir natürlich wehrhaft sein können. Ansonsten werden wir keine Chance haben.

Es geht nicht um Aufrüstung, sondern ganz einfach um Ausrüstung. Ich finde, darüber sollten wir einen ruhigen Dialog führen, zum Beispiel auch mit dem Wehrbeauftragten, der das alles wunderbar ausdrücken kann – insbesondere in seinen Berichten. Wir sollten einfach helfen, dass auch der Wehrbeauftragte wieder positive Berichte schreiben kann.

Meine Damen und Herren, daran zeigt sich, dass wir unsere Außenpolitik natürlich auf Multilateralismus ausrichten. Der Multilateralismus steht im Augenblick unter großem Druck. Wir wissen: Weil der Multilateralismus unter so großem Druck steht, muss Europa sein eigenes Schicksal stärker in die eigenen Hände nehmen, als das bislang der Fall war. Deshalb brauchen wir europäische Antworten.

Es war eine gute Nachricht, dass wir in sehr kurzer Zeit nach dem Schock, den wir hatten, als Großbritannien beschlossen hat, aus der Europäischen Union auszutreten, als Erstes ein jahrzehntelang ruhendes Projekt auf die Beine gebracht haben, nämlich eine europäische Verteidigungsunion, eine strukturierte Zusammenarbeit. Im Rahmen dieser strukturierten Zusammenarbeit gibt es jetzt erste Projekte. Bei einigen dieser Projekte übernimmt Deutschland im Übrigen auch Verantwortung.

Die wichtige Botschaft ist aber eigentlich eine andere: Wenn Sie sich die Zahl der Waffensysteme der Mitgliedstaaten der Europäischen Union anschauen, dann sehen Sie, dass wir auf stolze 178 kommen. Wenn Sie sich die Zahl der Waffensysteme der Vereinigten Staaten von Amerika ansehen, dann sehen Sie, dass sie auf 30 kommen. Die Vereinigten Staaten geben rund 3,5 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung aus, die Europäische Union liegt im Mittel unter 2 Prozent. Mit 178 Waffensystemen kann man überhaupt nicht effizient sein. Das heißt, eine große Aufgabe wird darin bestehen, dahin zu kommen, dass wir mit einheitlichen Systemen viel effizienter und in der Ausbildung auch viel einfacher miteinander agieren können. Daraus werden wir auf lange Zeit einen großen Nutzen ziehen können. Das ist allemal richtig und ein Riesenschritt, der zu einem neuen Pfeiler in der europäischen Zusammenarbeit

führt.

Die dritte große Aufgabe, die Europa zu schultern hat, ist die Beantwortung der Frage, wie wir die Migration regeln und steuern. Das wird ein Thema sein, das uns über Jahre – ich sage: Jahrzehnte – beschäftigen wird, mit der Nachbarschaft Syriens, aber vor allen Dingen dann auch mit der Nachbarschaft Afrikas.

Deshalb ist es richtig, dass wir an einem gemeinsamen europäischen Asylsystem arbeiten. Deshalb war es richtig, Frontex einzuführen. Aber mit knapp 1 400 Polizisten bei Frontex werden Sie die Außengrenzen der Europäischen Union mit Sicherheit nicht schützen können.

Deshalb ist eine der großen Aufgaben der Zukunft, Frontex zu stärken und vernünftig auszurüsten, und Deutschland wird dazu seinen Beitrag leisten.

Wir wissen auch: Abschottung alleine wird nicht helfen, wenn wir nicht auch Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpfen. Ich habe über die politische Lösung in Syrien und über den Kampf gegen den IS im Irak gesprochen. Und die große Aufgabe – Gerd Müller würde jetzt den Marshallplan mit Afrika nennen, was ich unterstütze – heißt hier, auch wieder in einer gemeinsamen europäischen Kraftanstrengung – denn unsere europäische Entwicklungspolitik ist nicht immer effizient – wirklich zur Entwicklung von Afrika beizutragen.

Das hat zwei Komponenten. Die eine Komponente ist die humanitäre Hilfe. Wir haben das erlebt. Als die Flüchtlinge in Jordanien und Libanon kein Geld mehr hatten, um Lebensmittel zu kaufen und ihre Kinder zu beschulen, war der Druck, zu fliehen, ins Unermessliche gewachsen.

Aber wenn Sie sich heute die Budgets der UN-Hilfsorganisationen anschauen, dann ist die Wahrheit: Obwohl wir ein Vielfaches mehr tun, ist international längst nicht so viel getan worden, wie getan werden sein müsste. Alle Budgets, ob UNHCR, ob Welt Ernährungsprogramm, sind dramatisch defizitär, und wir müssen unsere Stimme, wo immer es geht, erheben und natürlich auch unseren Beitrag für diese humanitären Fragen leisten.

Aber es darf natürlich jetzt auch nicht so sein, dass wir den gesamten Entwicklungsetat sozusagen für humanitäre Hilfe umwidmen. Denn Entwicklung findet ja nicht ausreichend statt. Dann ist es auch richtig, dass wir uns fragen: Sind unsere Mittel und Methoden der Entwicklungshilfe eigentlich aus-

reichend? Ich sage, nein. Die klassische Entwicklungshilfe alleine reicht nicht aus. Wir müssen überlegen, wie wir wirtschaftlichen Schwung in die Dinge bringen, wie wir auch mit Kreditinstrumenten, mit Hermes und vielem anderen mehr, noch mehr Investitionen in Afrika möglich machen, aber natürlich auch durch das, was Wolfgang Schäuble in der G-20-Präsidentschaft gemacht hat: durch bessere Rahmenbedingungen – Compact with Africa – ein gutes Investitionsumfeld schaffen. Anders wird wirtschaftliche Entwicklung dort nicht in Gang kommen. Nur mit staatlichen Geldern wird das nicht klappen, meine Damen und Herren.

Natürlich brauchen wir viertens in Europa eine Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion. Wir sind durch die Krisen gekommen. Wir haben heute eine Situation, in der alle europäischen Mitgliedstaaten, die den Euro haben, wieder wachsen. Die Beschäftigung steigt. Aber das kann uns nicht zufriedenstellen, weil wir natürlich wissen, dass im Augenblick die Europäische Zentralbank eine Politik fährt, die nicht auf Dauer so weitergehen wird. Deshalb ist die Aufgabe, die Euro-Zone nachhaltig zu stärken und krisenfest zu machen, ferner, dass es darüber intensive Diskussionen gibt und dass wir darüber sprechen, was die nationale Verantwortlichkeit ist.

Viele der Politiken in Europa sind nicht vergemeinschaftet. Wir können alleine kein Handelsabkommen mehr abschließen, aber wir können natürlich alleine Arbeitsmarktpolitik machen. Jeder hat das in nationaler Verantwortung. Die Budgethoheit ist in nationaler Verantwortung. Die Frage der Wettbewerbsfähigkeit bzw. der Genehmigungen ist in vielen Bereichen – nicht in allen; vieles ist auch europäisch geregelt – in nationaler Verantwortung. Deshalb liegt die Aufgabe zuallererst zu Hause, in den einzelnen Mitgliedstaaten, dazu beizutragen, dass die Wettbewerbsfähigkeit besser wird, und zwar nicht besser gegenüber unserem europäischen Durchschnitt, sondern besser gegenüber dem, was global notwendig ist.

Die globale Sicht auf eine gemeinsame Währungsunion ist so, dass man sagt: Ihr müsst auch irgendwo Letztverantwortung haben. Wir wollen wissen, ob ihr alle gemeinsam zum Euro steht.

Deshalb ist es richtig und gut, den ESM weiterzuentwickeln, ihm auch Aufgaben zu geben in Richtung eines internationalen Währungsfonds. Das können wir alleine. Und deshalb stimme ich auch

zu, dass, wenn der Risikoabbau national weit vorangegangen ist, wir einen Common Backstop haben und dieser Common Backstop auch beim ESM angesiedelt sein könnte, so wie der Bundesfinanzminister das gestern gesagt hat.

Dann haben wir die Aufgabe, zu überlegen: Wie können wir die Konvergenz der Euro-Zone und die Stabilität der Euro-Zone sicherstellen?

Da finden im Augenblick Gespräche statt. Wir haben im Augenblick zwei Projekte. Das eine Projekt ist die Euro-Zone, auch die finanzielle Ausstattung, meinetwegen ein Investitionshaushalt oder Ähnliches, wie wir es in unserer Koalitionsvereinbarung geschrieben haben. Aber gleichzeitig haben wir die Beratungen zur mittelfristigen finanziellen Vorausschau in Europa. Jetzt sage ich mal: Der Finanzminister ist großzügig, aber irgendwie gelten auch für ihn die Grundrechenarten. Das heißt, deutlich mehr in den europäischen Haushalt und noch deutlich mehr in den Euro-Zonen-Haushalt geben und trotzdem die Stabilitätskriterien einhalten, das ist natürlich nicht ganz einfach. Deshalb werden wir mit Frankreich genau über die Wechselwirkungen sprechen: Was müssen wir in den Haushalt packen? Nach dem Austritt Großbritanniens sind 85 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Union in der Euro-Zone. Weitere Frage: Was müssen wir speziell als Absicherung gegebenenfalls noch im Euro-Haushalt machen? Diese Gespräche finden statt, und wir werden bis zum Juni-Rat darüber Einvernehmen erzielen. Das ist im Übrigen die einzige noch richtig offene Frage – unter all den Vorschlägen, die gemacht wurden. Ich glaube, dass wir schon ganz schön weit vorangekommen sind.

Dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht es natürlich auch um die Erweiterung. Hier geht es im Wesentlichen um die Frage: Wie geht es weiter mit dem westlichen Balkan? Ich werde heute nach Sofia fliegen. Wir werden uns morgen mit Vertretern der Mitgliedstaaten des westlichen Balkans treffen. Dass sie die europäische Perspektive haben, ist unbestritten. Jetzt ist die Frage: Wie und unter welchen Bedingungen können wir das machen? Aber ich kann nur sagen: Der westliche Balkan und die Situation dort entscheiden über Krieg und Frieden in unserer absoluten Nachbarschaft. Schauen Sie nur, wie schnell dort die Funken hochschlagen zwischen Serbien und Kosovo, innerhalb von Bosnien und Herzegowina, wie schwierig

Fortsetzung auf nächster Seite

**Es geht nicht um Aufrüstung, sondern ganz einfach um Ausrüstung.**

**Deshalb ist eine der großen Aufgaben der Zukunft, Frontex zu stärken und auszurüsten.**

es ist, die Namensfrage von Mazedonien zu klären, wie man um Grenzabkommen ringt. Kosovo hat nun endlich mit Montenegro ein Grenzabkommen geschlossen – ein Riesenerfolg, wenn man sich vor Augen führt, dass selbst heute noch keine Klarheit zwischen Slowenien und Kroatien über den Seezugang herrscht, obwohl Kroatien und Slowenien Mitglieder der Europäischen Union sind. Im Übrigen ist das wieder ein Grund, zu sagen:

Bevor Grenzfragen nicht geklärt sind, niemals Beitritt eines Landes! Das muss ich im Rückblick sagen.

Es ist immens wichtig, dass wir uns um diese Fragen kümmern und zur wirtschaftlichen Stärkung beitragen.

Das alles ist wichtig für Europa. Um unser Wohlstandsversprechen in Europa einzuhalten, geht es jetzt auch um die Schaffung eines digitalen Binnenmarktes. Wir haben eine Unzahl von Verordnungen, die wir umsetzen oder noch verhandeln müssen. Hier geht es sehr stark um die Wettbewerbsfähigkeit Europas, und deshalb geht es auch sehr stark um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe das schon oft gesagt und sage das heute wieder: Vielleicht ist das ambitionierteste Projekt – weil wir zum Teil ganz neu denken müssen – die Frage: Wie gestalten wir diesen umfassenden gesellschaftlichen Wandel, der mit der Digitalisierung verbunden ist? Es geht nicht nur darum, dass wir die Infrastruktur ausbauen müssen; das müssen wir auch. Und da können wir auch besser werden.

Eines Tages muss es möglich sein, die App wieder abzuschaffen, mit der man die Funklöcher der Bundesnetzagentur mitteilt. Allerdings zu glauben, dass es reicht, dies den Telekommunikationsanbietern mitzuteilen, ist nicht sehr erfolgversprechend, weil damit die Funklöcher noch nicht weg sind. Die Anbieter brauchen manchmal Druck. Natürlich müssen wir nach der Tatsache, dass wir uns auf den 50-Megabit-pro-Sekunde-Ausbau konzentriert haben, in Zukunft nur noch Breitbandanschlüsse, also Glasfaser oder Kabel, fördern; das ist klar. Dazu haben wir die entsprechenden Programme, dazu haben wir die Vorhaben. Der Bundesfinanzminister hat gesagt, dass zusätzliche Mittel in einen Digitalfonds kommen, damit wir anfangen können und nicht wieder zwei Jahre warten müssen, bevor es endlich losgeht.

Die Ausschreibungen müssen so sein, dass die Leute vor Ort die

Mittel auch nutzen können und nicht in Bürokratie ersticken; auch das haben wir gelernt. Daran werden wir arbeiten.

Aber das geht ja weiter. Es geht um Forschung und Entwicklung. Wir zählen zu den fünf Ländern, die am meisten für Forschung und Entwicklung ausgeben. Aber es ist richtig, dass wir uns vorgenommen haben, den Anteil, der heute bei 2,94 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegt, auf 3,5 Prozent im Jahre 2025 zu erhöhen, weil es heute Länder gibt, die bereits diese 3,5 Prozent erreicht haben.

Da ist es natürlich von entscheidender Bedeutung, dass wir im industriellen Bereich, insbesondere im Mobilitätsbereich bei der Digitalisierung vorne mit dabei sind. Bei der Digitalisierung im Konsumentenbereich haben wir den Anschluss verloren. Da nutzen wir alle asiatische oder amerikanische Geräte; daran haben wir uns gewöhnt – okay. Das werden wir auch so schnell nicht aufholen.

Aber jetzt, wo es um unsere industriellen Grundlagen geht, um das Internet der Dinge – wir sind ein Land, das noch eine hohe industrielle Wertschöpfung hat –, da müssen wir vorne mit dabei sein. Da reichen Platz fünf, Platz sechs oder sonst was nicht aus; sonst werden wir kein führendes Industrieland mehr sein.

Ich fange bei der Mobilität an. Die Mobilität wird sich dramatisch verändern. Deshalb ist es natürlich nicht nur zu kritisieren, sondern eigentlich auch unfassbar, sage ich mal, welches Vertrauen die deutsche Automobilindustrie im Zusammenhang mit dem Dieselskandal verspielt hat.

Es ist jetzt unsere Aufgabe, der Industrie zu sagen: Ihr müsst verlorengegangenes Vertrauen selber wiedergutmachen; das ist nicht die Aufgabe der Politik.

Aber ich sage auch: Es kann auch nicht in unserem Interesse sein, dass wir durch politische Maßnahmen die Automobilindustrie so schwächen, dass sie keine Kraft mehr für die eigentlichen Zukunftsinvestitionen hat. Das ist die Auseinandersetzung, die wir jetzt führen, zum Beispiel um Hardwarenachrüstung.

Die Gutachten liegen jetzt auf dem Tisch. Sie müssen bewertet werden. Dann werden wir auch die Kommunen wieder einladen. Dann wird das Forum Diesel tagen. Aber, meine Damen und Herren, Tausende von Euro – egal ob es 2 000, 3 000 oder 5 000 sind – und zwei bis drei Jahre Beschäftigung zahlreicher Ingenieure mit der Frage, wie man die Typenzu-

lassung kriegt, weil man an dem Motor etwas geändert hat: Ist das die richtige Beschäftigung für die Automobilindustrie? Oder müssen wir nicht alle Kräfte zusammennehmen und der Automobilindustrie sagen: „Ihr müsst jetzt in die Mobilität der Zukunft investieren, ins autonome Fahren, in alternative Antriebe; dabei unterstützen wir euch“?

Da gibt es für mich einen Punkt, der mich seit Jahren umtreibt. Ich bin froh, dass da bei der Wirtschaft jetzt ein Umdenken stattfindet: die Tatsache, dass behauptet wird, die Batteriezellproduktion könnten wir in Europa nicht mehr haben. Ich sage Ihnen: Die Batterie macht rund 40 Prozent der Wertschöpfung eines Autos der Zukunft aus – jetzt nehmen wir mal an, die Elektromobilität ist die Antriebstechnologie der Zukunft, was nicht sicher ist –, und dazu kommt noch 20 bis 30 Prozent digitale Wertschöpfung. Der eine Teil kommt dann aus Amerika oder Asien; der andere Teil, die Batterie, kommt auch, definitiv, aus Asien. Was ist dann noch die Wertschöpfung, die wir hier in Europa haben?

Deshalb sage ich: Wir brauchen eine strukturierte Förderung. Die Europäische Kommission sieht solche Möglichkeiten vor. Wir machen das jetzt schon bei Chips, wo wir eine Kraftanstrengung vornehmen, um auch in die Zellproduktion einzusteigen. Nur, ohne wirtschaftlichen Druck und ohne wirtschaftliche Mitmacher geht das natürlich nicht; das können wir nicht als Staat machen. Deshalb bin ich dankbar, dass einige in der Automobilindustrie da umdenken. Wir werden das unterstützen.

Wir brauchen die konsequente Digitalisierung von Verwaltung, was im Übrigen kompatibel mit der Gesundheitskarte sein sollte. Das sage ich dem Geburtstagskind Jens Spahn heute mal. Er hat heute Geburtstag.

Wir brauchen einen Zugang der Bürgerinnen und Bürger für alle Verwaltungsleistungen. Das zu schaffen, wird natürlich eine große Kraftanstrengung sein. Und wir brauchen eine nationale Bildungs-offensive, sowohl durch den DigitalPakt Schule als auch im Bereich der Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Denn die Veränderungen, die jetzt im technischen Bereich stattfinden, haben natürlich massive Auswirkungen auf das, was in Zukunft gebraucht wird.

Wir haben heute schon einen großen Fachkräftebedarf, den wir befriedigen müssen. Deshalb ist es richtig, dass wir ein Fachkräftezuwanderungsgesetz auf den Weg bringen werden; denn wir wollen die Wirtschaft stärken. Das Ganze hängt im Augenblick gar nicht mehr an den hohen Sozialabga-

ben oder an der Steuerfrage; es hängt daran, dass man in Deutschland einfach niemanden mehr findet. Da müssen wir helfen, dass die Wirtschaft in Deutschland bleiben kann und hier Wertschöpfung betreibt und dass sie nicht irgendwohin weggehen muss, weil sie hier keine Fachkräfte findet. Deshalb ist das die richtige Antwort.

Meine Damen und Herren, für uns wird das noch eine Riesenanstrengung sein. Ich bin im Übrigen sehr dankbar, dass die Koalitionsfraktionen sich entschieden haben, zwei Enquete-Kommissionen, die im Zusammenhang mit der Digitalisierung stehen, zu beschließen.

Eine dieser Kommissionen beschäftigt sich mit der künstlichen Intelligenz. Wir sind seit 20, 30 Jahren relativ gut dabei, was künstliche Intelligenz angeht. Aber jetzt sind wir in einer Situation, in der wir den Anschluss vielleicht schon ein bisschen verloren haben oder zu verlieren drohen. Warum? Weil plötzlich zwei Entwicklungen zusammenkommen: die Entwicklung der künstlichen Intelligenz – Algorithmen und Ähnliches – als solche plus die Fähigkeit, riesige Mengen an Daten zu verarbeiten.

Jetzt ist es bei der künstlichen Intelligenz so: Sie entwickelt sich nur gut, wenn sie viele große Datenmengen verarbeiten kann. Bei den Datenmengen ist natürlich die Frage – wir reden gerade über die Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung –: Wie hantieren wir mit den Daten, und wie stellen wir viele – im Übrigen: oft anonymisierte

– Daten zur Verfügung? Aber zu glauben, wir könnten bei der künstlichen Intelligenz vorne sein und bei den Daten so restriktiv wie möglich sein, ist genauso, wie wenn man Kühe züchten will und ihnen kein Futter gibt; das ist einfach so. Deshalb ist die Kommission „Ethik der Daten“ wichtig, aber sie darf nicht so enden, dass Daten sozusagen zum raren Gut gemacht werden. Aus Daten kann man nämlich neue Produkte entwickeln.

Die Tatsache, dass Daten zu einem wichtigen Faktor in der sozialen Marktwirtschaft werden, bedeutet im Grunde, dass wir neu denken müssen: vom Steuersystem bis zu den sozialen Sicherungssystemen. Wir erleben das ja bei Folgendem: Natürlich ist es nicht in Ordnung, dass Google, Amazon, Facebook – und wie sie alle heißen; „GAFA“, wie man so schön sagt – keine Steuern in Europa zahlen. Aber zu sagen:

„Passt mal auf, jetzt erfinden wir mal einfach eine virtuelle Betriebsstätte, und die besteuern wir, als wäre es eine richtige Betriebsstätte“ – wozu wird das führen? Wir sind eine der großen Exportnationen. Die Unternehmen, die deutschen Unternehmen haben Betriebsstätten irgendwo in China oder sonst wo. Dann werden die Heimatländer sagen: Okay, das sind richtige Betriebsstätten. Jetzt besteuern wir die auch. – Deshalb sind wir zögerlich in Bezug auf bestimmte Vorschläge, die gemacht werden. Wir sind es nicht deshalb, weil wir nicht finden, dass man Steuern zahlen muss.

Aber wenn wir hier ein Unternehmensteuerrecht dergestalt haben, dass wir ein altes Körperschaftsteuerrecht und da die Besteuerung der Internetkonzerne haben, und wenn wir anschließend nicht mehr wissen, ob ein Auto ein rollendes Internet ist oder ob ein Auto noch in die alte Körperschaftsteuercategorie gehört: Da müssen wir Steuersysteme finden, die miteinander kompatibel sind. Deshalb sind die Arbeiten der OECD so wichtig. Und deshalb können wir da jetzt nicht einfach mal so einen Schlag machen und sagen: „Für zwei Jahre probieren wir mal was aus“, sondern wir müssen es vernünftig durchdenken. Das heißt aber nicht, dass wir nichts tun.

Ähnlich wird es damit sein, dass Daten auch einen Wert haben wie Arbeit oder anderes. Darüber müssen wir dringend diskutieren. Vielleicht können wir dabei auch die entsprechenden Fachleute einbinden.

Meine Damen und Herren, ich habe so lange über Digitalisierung gesprochen, weil ich glaube, dass davon der Wohlstand, die Einlösung des Wohlstandsversprechens, abhängt. Wenn wir uns unsere Koalitionsvereinbarung anschauen – das spiegelt sich alles im Haushalt wider –, dann können wir feststellen: Wir sind in dieser Richtung wirklich gut vorangegangen. Wir haben jetzt ein Digitalkabinett; das wird vor der Sommerpause tagen. Wir werden einen Digitalrat einrichten, der uns ganz spezifisch bei Dingen berät, die wir noch nicht so wissen, über Entwicklungen, die wir haben. Wir haben die digitale Kooperation zwischen den Ressorts der Bundesregierung verbessert, auch durch die Staatsministerin für Digitalisierung im Kanzleramt. Bei dem Digitalkabinett kommt übrigens heraus: Jeder Minister ist heute in bestimmter Weise ein Digitalminister. Das durchzieht alle Bereiche der Gesellschaft. Deshalb werden wir da

**Bei der Digitalisierung im Konsumentenbereich haben wir den Anschluss verloren.**

**Wir brauchen einen Zugang der Bürgerinnen und Bürger für alle Verwaltungsleistungen.**

zusammenarbeiten. Ich werde demnächst auch zu einer Anhörung zur künstlichen Intelligenz einladen, damit wir feststellen: „Wo stehen wir?“ und damit wir vor allen Dingen auch sagen können, was fehlt und wo wir besser zusammenarbeiten müssen.

Im Übrigen ist das ein klassischer Gegenstand der deutsch-französischen Kooperation. So haben wir es auch in unserer Koalitionsvereinbarung verabredet. Frankreich und Deutschland werden heute in Sofia beim Abendessen, bei dem wir über Innovation sprechen, einen Vorschlag machen, wie wir mit disruptiven Innovationen in Europa umgehen; Stichwort „DARPA“. So etwas braucht auch Europa, und das muss gemeinsam gemacht werden.

Nun, meine Damen und Herren, haben wir unsere Koalitionsvereinbarung aber auch in einer Stimmung verabschiedet, die uns sagt – Die Stimmung war nicht schlecht. Sie war der Lage entsprechend. Sie war der Ernsthaftigkeit der Lage geschuldet, sagen wir es mal so. Wir konnten auch auf gewissen Vorarbeiten aufbauen, obwohl wir uns das nie eingestanden haben; egal. – Jedenfalls hat uns umgetrieben, dass die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland das Leben aus der Perspektive betrachten „Wie stellt sich das für mich dar?“ und nicht aus der Perspektive betrachten: Wer ist gerade für was zuständig? Deshalb sind wir an einigen Stellen über uns hinausgewachsen, so sage ich es mal als CDU-Mitglied. Wir haben jetzt die Möglichkeit, Schulen nicht nur in finanzschwachen Kommunen zu fördern. Wir haben uns entschlossen, mehr für den sozialen Wohnungsbau zu tun. Wir haben uns entschlossen, mehr für die Gemeindeverkehrsfinanzierung zu tun – all das ist mit Grundgesetzänderungen verbunden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist für den Bund in der Kombination mit dem Bund-Länder-Finanzausgleich nicht so eine triviale Entscheidung; denn durch den neuen Bund-Länder-Finanzausgleich, der in dieser Legislaturperiode, nämlich im Jahr 2020, in Kraft tritt, schwächt der Bund auch seine finanziellen Möglichkeiten. Olaf Scholz hat gestern richtigerweise darauf hingewiesen: Wenn wir die Verantwortung für den sozialen Wohnungsbau den Ländern geben, wenn der Bund mehr in den Bund-Länder-Finanzausgleich gibt, wenn beim Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz der Schwerpunkt bei den Län-

dern liegt und sich in der Folge die Investitionssumme des Bundes um die entsprechenden Anteile verringert, dann darf man nicht sagen: Der Bund investiert nicht mehr. – So kann man das nicht machen. Wir haben gesagt: Wir geben das Geld dahin, wo am besten damit gearbeitet werden kann. Das darf man dann aber nicht als Erstes 14 Tage später wieder vergessen. Trotzdem investieren wir ja mehr. Wir investieren übrigens nicht nur Steuergelder, sondern wir haben auch die Erlöse aus der Versteigerung der 5G-Frequenzen; wir werden daraus etwas machen.

Unser Problem ist im Augenblick nicht, dass wir zu wenig Geld für Investitionen haben; unser Problem ist, eine Baufirma zu finden und Genehmigungen zu erhalten. Deshalb müssen wir die Verfahren im Genehmigungsrecht beschleunigen und versuchen, für mehr Gründungen zu sorgen, damit wir da vorankommen.

Im Wohnungsbaubereich ist es außerdem richtig und wichtig, die AfA und das Baukindergeld einzuführen. Das alles sind Incentives, wie man heute so sagt, also Anreize, um besser zu leben.

– Ja, die letzten Jahre haben wir schon viel gemacht, aber noch nicht genug. So ist das Leben, Herr Bartsch.

Ansonsten müssten wir ja irgendwann aufhören, Abgeordnete zu sein. Politik wird immer wieder neue Aufgaben haben. Das ist das Schöne und Spannende.

Meine Damen und Herren, der Riesensbereich der Sicherheit ist für uns wichtig. Auch hier werden wir Kooperationen eingehen. Der Pakt für den Rechtsstaat ist überhaupt nicht denkbar, wenn man nicht mit Kommunen und Ländern zusammenarbeitet. Das heißt, die ganze Koalition ist auf ein sehr kooperatives Verhalten des gesamten föderalen Systems angelegt. Ich setze darauf, dass das, was wir an Geldern für bestimmte Zwecke ausgeben, von den Ländern und Kommunen dann auch wirklich für diese Zwecke verwendet wird. Da werden wir schon sehr darauf achten, dass das nicht irgendwo verschwindet.

Meine Damen und Herren, ein Riesensbereich neben der Sicherheit ist natürlich auch die Steuerung und Ordnung der Migration im Innern. Deshalb haben wir uns für die ANKER-Zentren entschieden. Ich finde, jetzt sollten auch alle dazu stehen. Die Vorschläge des Bundesinnenministers an dieser Stelle sind wirklich sehr praxisorientiert. Mit Verlaub: Wenn man am 19. April, wo wir noch nicht

einmal 100 Tage im Amt waren, aufgrund von Missständen im BAMF, die Missstände sind, sagt, der Minister habe die Sache nicht im Griff, muss ich dazu ehrlich sagen: Das ist etwas komisch. – Unter Koalitionsfreunden wollte ich das noch einmal angemerkt haben.

Wir orientieren die sozialen Sicherungssysteme auf die Zukunft. Gestern wurde die Rentenkommission eingesetzt; das wird ein hartes Stück Arbeit. Wir werden natürlich in Pflege und Gesundheit Riesenkraftanstrengungen machen müssen. Wir brauchen mehr Fachkräfte; auch hier gibt es ein Riesenproblem. Ich glaube, wir alle sind uns im Übrigen einig – das fällt ja in weiten Teilen in die Kompetenz der Länder –: Dass man in den Pflegeausbildungsbereufen bis vor kurzem Schulgeld bezahlt hat und keine Ausbildungsvergütung bekam, gehört zu den Anachronismen der Bundesrepublik Deutschland. Dass man das, kurz bevor die Republik 70 wird, noch abschafft, dafür bin ich sehr dankbar, liebe Freunde.

Es geht auch darum, die natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern. Ich nenne das Stichwort

„Klimaschutz“. Wir werden eine Kommission einsetzen, die sich mit dem Ausstieg aus der Braunkohle befasst.

Sie erinnern sich: Vor mehr als zehn Jahren haben wir uns mit dem Ausstieg aus der Steinkohle befasst. Wir haben es so hinbekommen, dass dieses Jahr die letzte Grube schließt, aber die Menschen, die dort gearbeitet haben, diesen Wechsel auch verkraften konnten und er mit ihnen gestaltet wurde.

So muss es auch bei der Braunkohle sein: erst fragen, was aus der Region wird, dann aussteigen, und nicht erst Aussteigedaten festlegen und sich dann überlegen, was aus den Menschen wird. Nur so wird ein Schuh daraus.

Wir werden auch auf eine lebenswerte Umwelt achten: mehr Tierwohl, mehr vernünftige Landwirtschaft. Ich hoffe nur, dass die Europäische Union in der Lage ist, die Entbürokratisierung der zweiten Säule, die sich diesem Thema widmet, hinzubekommen. Ansonsten werden wir es nicht schaffen.

Ich will mit etwas schließen, was vielleicht manch einem ein bisschen klein vorkommt, was

aber ein großes Thema ist: Am 20. Mai, nächste Woche, wird zum ersten Mal der Weltbienentag stattfinden – im Übrigen eine Initiative von slowenischen Imkern. Die Bienen stehen inzwischen pars pro toto für das, was wir unter Artenvielfalt, unter Natur, darunter, wie sie funktionieren muss und soll und wie wir sie schützen müssen, verstehen. Deshalb sollten wir an diesem Tag an die Artenvielfalt denken und etwas Gutes für die Bienen tun. Deutschland, Julia Klöckner, und der slowenische Agrarminister haben hierzu eine Vereinbarung geschlossen, wie wir auf diesem Feld mit Slowenien zusammenarbeiten wollen – ein kleines Teilchen eines guten, ganz präzisen und konkreten Einsatzes.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Wir haben viel Arbeit. Wir wollen das auch tun. Die Bundesregierung wird mit Nachdruck arbeiten.

Herzlichen Dank. Alles Gute.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Dr. Karl-Heinz Brunner [SPD] und Carsten Schneider [Erfurt] [SPD] – Beifall bei der SPD)

## Politik wird immer wieder neue Aufgaben haben. Das ist das Schöne und Spannende.

Christian Lindner, FDP:

# Der Haushalt ist weder solide, sozial noch zukunftsorientiert



Christian Lindner (\*1979)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Frau Kollegin Dr. Weidel, Sie haben hier heute nach AfD-Manier wieder allen anderen Zensuren erteilt. Nun ist es ja auch Ihr gutes Recht als Oppositionsfraktion, das zu tun. Aber eine Partei, in der sich der national-ökonomische und der sozial-nationale Flügel nicht auf ein eigenes Rentenkonzept einigen können, eine solche Partei sollte sich erst einmal selbst einer Klärung unterziehen, bevor Sie über andere urteilen. Dann können Sie wiederkommen.

Frau Bundeskanzlerin, in Ihrer Koalition wird gestritten: Der Gesundheitsminister und der Ar-

beitsminister streiten über Hartz IV. Der Wirtschaftsminister bemüht sich darum, dass die Nord-Stream-2-Pipeline kommt; der Außenminister verweigert sich allen zusätzlichen Initiativen zum Dialog mit Russland. Es ist ungeklärt, ob nach Auffassung dieser Regierung der Islam zu Deutschland gehört oder nicht. Frau Nahles ermahnt Sie, die Brückenteilzeit müsse jetzt aber wirklich kommen.

Wir haben gestern und heute auf offener Bühne eine Auseinandersetzung um den Wehretat erlebt. Sie haben bei der Bundeswehrtagung 1,5 Prozent Investitionen in die Verteidigung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt 2025, zugesagt. Frau von der Leyen fordert 12 Milliarden Euro zusätzlich für diese Legislaturperiode. Und da stellt sich der Bundesfinanzminister hin und sagt: Ein verteidigungspolitisches Konzept wird nicht besser dadurch, dass es teuer ist. – Sie haben ihn heute hier in die Schranken verwiesen. Aber ausweislich der Zahlen des Haushalts ändert sich nichts; es gibt keinen Mittelaufwuchs.

Frau Bundeskanzlerin, Sie sprechen dieser Tage oft von der Krise

des Multilateralismus. Mit Blick auf die drei Regierungsparteien bekommt dieses Wort eine ganz andere Bedeutung.

Die sozialdemokratische Fraktion hat Ihrer Rede heute keinen Beifall gespendet.

Wir ermuntern Sie, Frau Bundeskanzlerin, bei diesen offenen Richtungsfragen von Ihrer Richtlinienkompetenz Gebrauch zu machen. Führen Sie! Führen Sie dieses Land, und lassen Sie den Worten Taten folgen!

Sie haben hier für eine Stärkung des transatlantischen Verhältnisses plädiert. Dabei haben Sie unsere Unterstützung. Der Deutsche Bundestag sollte also endlich das Freihandelsabkommen mit Kanada, CETA, ratifizieren. Das wäre ein klares Signal.

Worauf warten Sie?

Wir brauchen Europa angesichts der Kündigung des Iran-Abkommens durch die USA, der Lage in Syrien und einer im Raum stehenden Auseinandersetzung in Handelsfragen. Aber wie tritt Europa auf der Weltbühne auf? Binnen einer Woche kommen der französi-

Fortsetzung auf nächster Seite

sche Präsident und die deutsche Bundeskanzlerin nach Washington: der eine drei Tage mit militärischen Ehren, die andere drei Stunden bei Wasser und Brot.

Der französische Wirtschaftsminister sagt: „Wir schützen unsere französische Wirtschaft vor Sanktionen“; der deutsche Wirtschaftsminister sagt: „Wir können das nicht“. Wir wünschen uns eine abgestimmte europäische Haltung, Frau Bundeskanzlerin. Es ist Zeit für einen EU-Sondergipfel zu diesen Fragen, damit wir für die Welt symbolhaft unterstreichen, dass wir an einem Strang ziehen wollen.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben erneut eine Gelegenheit verstreichen lassen, Deutschland in Fragen der Weiterentwicklung Europas klar zu positionieren. Auch der Bundesfinanzminister hat dieses Thema gestern angesprochen. Die „Süddeutsche Zeitung“ jubelt heute, er habe ein leidenschaftliches Plädoyer für Europa gehalten.

Alle, die dabei waren, müssen sagen: Offensichtlich gibt es eine gewisse öffentliche Entwöhnung in Fragen der Leidenschaft, wenn der Auftritt von Olaf Scholz zur Europapolitik bereits den Affektstau löst.

Vielleicht liegt in Wahrheit die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ näher an der Wahrheit, die kommentiert hat, dass sich der Finanzminister nach und nach aus dem herauswinden will, was die SPD zuvor in den Koalitionsvertrag geschrieben hat. Unterm Strich kann man sagen: Keine klare Position dieser Bundesregierung in einer solchen Existenzfrage!

Da, wo es klare Aussagen gegeben hat, passen sie nicht in die Zeit. Sie sprechen über einen Europäischen Währungsfonds und den Common Backstop, um es auf Deutsch auszudrücken: die letzte Haltelinie, die auch mit dem Geld deutscher Steuerzahler finanziert wird, im Hinblick auf die Abwicklung privater maroder Banken. Und dann sagen Sie, verehrter Herr Finanzminister, Sie hätten die Vermutung, man könnte bei der Reduzierung von Risiken vielleicht noch schneller vorankommen, als man denkt. Was bringt Sie zu diesem Optimismus? Ich lese, dass in Italien eine Koalition kurz davorsteht, an die Regierung zu kommen, die Flat Tax und bedingungsloses Grundeinkommen will, aber gleichzeitig einen Schuldenerlass von 250 Milliarden Euro bei der Europäischen Zentralbank erwirken will. In dieser Situation hätten wir uns von Ihnen ein klares Bekenntnis zu Stabilität und fi-

nanzpolitischer Eigenverantwortung gewünscht. Sie sagen, Herrn Macron helfen zu wollen. In Wahrheit ermuntern Sie mit Ihren Äußerungen aber nur Beppe Grillo.

Sie haben ja eine Diskussion über den EU-Haushalt aufgemacht. Wir entnehmen den Medien, dass der arme Staatsminister Roth bei den Verhandlungen in Brüssel über den EU-Finanzrahmen völlig alleine war. Alle anderen unserer Partner in Europa sagen: Wir wollen erst wissen, für was wir Geld ausgeben, bevor wir entscheiden, ob wir mehr geben.

– Die Deutschen sind die Einzigen in Brüssel, die sagen: Wir geben mehr Geld und wollen danach darüber sprechen, wofür.

Damit haben Sie uns in die schlechtestmögliche Verhandlungsposition gebracht; und wir sind damit allein.

– Frau Kollegin Baerbock sagt: Europa zuerst. – Ja, in der Tat. Aber, Frau Kollegin Baerbock, man ist nicht europafreundlich, indem man zu allem Ja sagt. Nur zum Richtigen sollte man Ja sagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Staat schöpft aus dem Vollen. 2007 beliefen sich die gesamtstaatlichen Einnahmen noch auf 540 Milliarden Euro. 2022 werden es 905 Milliarden Euro per annum sein, bei Nullzins und nahezu ohne Inflation. In diesen Zeiten ist die schwarze Null in der Tat kein Fetisch. Dass man das betont, ist ja schon eine sehr defensive Position. Sie ist mitnichten ein Fetisch. Angesichts der Zukunftslasten, die durch Ihre Rentenpolitik noch vergrößert werden, ist die schwarze Null die letzte Haltelinie im Interesse der Enkelgeneration.

Sie ist ein Symbol für Stabilität in Europa; denn der Verzicht auf Schulden gibt uns die Autorität, auch anderen Stabilität zu empfehlen. Angesichts von Rekorderlösen und Nullzinsen ist es überhaupt eine Kunst, nur eine schwarze Null zu haben. Bei disziplinierter Politik wären enorme Haushaltsüberschüsse möglich und nötig, Frau Bundeskanzlerin.

Stattdessen hat sich diese Regierung im Koalitionsvertrag für 100 Milliarden Euro Mehrausgaben entschieden. Immerhin 46 Milliarden Euro davon sind bereits eingeplant.

Der Bundesinnenminister und CSU-Vorsitzende Seehofer hat gesagt, die Milliarden für Soziales seien die Antwort auf die Bundestagswahl. Als ob Sie wegen des Pflagenotstandes hier sitzen würden! Das sind andere Gründe.

Es zeigt aber eine Mentalität, wenn der CSU-Vorsitzende sagt, die Milliarden für Soziales seien die Antwort auf die Bundestagswahl. Das heißt: mit Geld Zustimmung kaufen. Diese Methode kenne ich aus dem rheinischen Karneval. Das ist Kamelle-Politik. Damit kann man im Karneval beliebt werden; aber die größte Volkswirtschaft in Europa kann man so nicht führen, meine Damen und Herren.

In etwas vornehmeren Worten spricht der Chefvolkswirt des BMF, Ludger Schuknecht, von Social Dominance. Er schreibt in einem aktuellen wissenschaftlichen Beitrag: Sozialausgaben verdrängen andere wichtige Schwerpunktsetzungen. – Die wirklich wichtige Aufgabe des Sozialstaats ist es aber, Menschen aus der Abhängigkeit zu befreien, damit sie ein Leben in eigener Verantwortung führen können.

Für uns ist Bildung die Schlüsselaufgabe. Schaut man in den Entwurf des Bundeshaushalts, stellt man fest, dass ausgerechnet der zentrale Etat des BMBF zu den wenigen gehört, die 2017 keine Aufwüchse zu verzeichnen haben. Das ist genau die falsche Schwerpunktsetzung.

Viermal mehr für die Rente als für die Bildung treibt einen Keil zwischen Großmutter und ihre Enkel.

Für den DigitalPakt Schule sind keine Gelder eingestellt; machen wir uns das bitte klar. Er soll finanziert werden – ich komme gleich darauf zurück – durch ein Sondervermögen, das durch die Auktion von Mobilfunklizenzen gebildet werden soll. Das zeigt, dass ganz offenbar nicht daran gedacht ist, diesen Mittelansatz zu verstetigen.

Sie wollen das Grundgesetz ändern. Frau Bundeskanzlerin, Sie haben darauf hingewiesen, dass Sie dafür auch die Zustimmung von Oppositionsfractionen brauchen. Ich habe in dieser Frage bereits mit dem Bundesfinanzminister gesprochen – andere auch –, und selbstverständlich sind wir konstruktiv und begleiten das. Wir wollen aber die Frage nach der Qualität stellen: Was passiert mit dem Geld? Und uns ist wichtig, dass es sich nicht um ein einmaliges Strohfeuer handelt, sondern dass der Bund dauerhaft Mitverantwortung für die wichtigste gesellschaftspolitische Frage übernimmt. Das ist die Voraussetzung dafür, dass nicht nur in Steine und Tablets investiert wird, sondern auch in Köpfe, nämlich in die Qualität von Lehrerinnen und Lehrern.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben hier über künstliche Intelligenz und Digitalisierung gesprochen. Freilich begrüßen wir das. Schauen wir in den Bundeshaus-

halt, stellen wir fest: Es gibt einen neuen Titel „Künstliche Intelligenz“; dieser ist aber mit null Euro angesetzt. Das ist keine künstliche Intelligenz; das ist keine Intelligenz.

Deshalb sollte es am Ende der Haushaltsberatung einen Mittelansatz dafür geben.

Im Übrigen ist es mutig, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie über Digitalisierung und Tempomachen genau an diesem Tag sprechen. Ich begrüße Ihren Ehrgeiz in der Frage. Aber heute darüber zu sprechen, zeugt wirklich von Courage; denn ausgerechnet am heutigen Tage berichten die Medien darüber, dass es bei der Versteigerung von 5G-Mobilfunklizenzen zu Verzögerungen kommen wird. Die 2018er-Breitbandziele werden schon nicht erreicht. Britische Studien belegen, dass das LTE-Netz nur noch in Russland und Moldawien schlechter ist als bei uns. Beim Ausbau des Zukunftsnetzes 5G, das wir für das autonome Fahren brauchen, gibt es zurzeit eine Verzögerung von mindestens neun Monaten, wie die aktuellen Pläne der Bundesnetzagentur zeigen. Deutschland kann es sich nicht leisten, weiter Zeit zu verspielen, weil Sie die falsche Politik machen, Frau Bundeskanzlerin.

Sie versuchen, das Kunststück zu vollbringen, von denjenigen, die sich an der Auktion beteiligen, flächendeckende Versorgung zu verlangen und gleichzeitig maximalen Erlös zu erreichen. Beides zusammen geht offenbar nicht, oder es geht zulasten der Zeit. Deshalb: Setzen Sie auf Marktwirtschaft! Setzen Sie auch öffentliche Fördergelder ein, beispielsweise durch die Teilveräußerung der Deutschen Post! Dieses Land braucht bei der Zukunftsinfrastruktur endlich einen Platz in der Champions League und nicht einen Abstiegsplatz am Ende der Tabelle.

Die Haltung dieser Regierung, Frau Bundeskanzlerin, hat Ihr Wirtschaftsminister ausgedrückt, als er davon sprach, das gegenwärtige Wachstum setze sich noch 20 Jahre fort. Paradiesische Zustände! Bedauerlicherweise zeigen die ersten Zahlen im Jahr 2018 etwas anderes; denn nach den Zahlen des Statistischen Bundesamts hat sich das Wachstum im ersten Quartal 2018 gegenüber dem letzten Quartal 2017 halbiert. Bei aller Sympathie sollten wir uns also auf die seherischen Fähigkeiten von Peter Altmaier allein nicht verlassen, sondern die gegenwärtige Stärke als Ansporn begreifen, auch in der Zukunft genau diese wirtschaftliche Stärke zu verteidigen. Diese

Wachstumszahlen sind kein Grund für Alarmismus, aber für Wachsamkeit; denn Brexit, demografischer Wandel, Handelskriege, Digitalisierung, mögliche Zuspitzungen in der Währungsunion, alle diese Risiken stehen eben nicht im Haushalt. Für sie wird keine Vorsorge getroffen.

Frau Merkel, Sie haben eben den Internationalen Währungsfonds zitiert, aber nicht vollständig. Sie haben über die öffentliche Infrastruktur, Investitionen und die Digitalisierung der Verwaltung gesprochen. All das haben Sie zitiert; aber der Internationale Währungsfonds empfiehlt neuerdings – und das ist eine neue Stimme aus Washington – auch Steuerentlastungen. Wenn es einmal gute Nachrichten aus Washington gibt, ignoriert die Regierung sie auch noch.

Jetzt kündigt Olaf Scholz großzügig eine Dämpfung der kalten Progression an. Ja, Herr Finanzminister, der Verzicht auf automatische Steuererhöhungen ist keine Entlastung, sondern ein Gebot unserer Verfassung und im Übrigen eine Frage der Ehre.

Die deutsche Exportwirtschaft gerät unter Druck. Die USA senken die Unternehmensteuern, Frankreich auch. Sie wollen nichts tun und den Unternehmen, auch unseren großen im internationalen Wettbewerb stehenden Familienunternehmen, auch noch den Soli abverlangen.

Wir schlagen vor, zum Ersten – ohne Alarmismus und mit vergleichsweise schmalen Mitteln – als Sofortmaßnahme befristete Sonderabschreibungen für digitale Wirtschaftsgüter, damit die privaten Investitionen angeschoben werden und auch die Produktivität der Wirtschaft erhöht wird.

Zum Zweiten: Senkung der Sozialabgaben unter 40 Prozent. Der Bundesfinanzminister spricht davon, jeder solle 2 000 Euro brutto im Monat verdienen. Das ist ein wunderbares Ziel. Aber wie wäre es damit, Herr Scholz, mal mit der Senkung von Steuern und Sozialabgaben anzufangen? Das liegt in Ihrer Hand.

Nötig ist auch der komplette Wegfall des Soli bis zum Ende dieser Legislaturperiode, und zwar für alle. Das wäre die minimale deutsche Antwort auf den Steuerwettbewerb in der Welt. Sie sagen: Wir können es uns nicht leisten. Wir sagen: Wir können es uns nicht erlauben, irgendwann die höchsten Steuersätze der Welt zu haben.

Was die Zwischenrufe seitens der SPD angeht, will ich Sie daran erinnern: In Ihrem eigenen Wahl-

**Viermal mehr für Rente als für die Bildung treibt ein Keil zwischen Großmutter und ihren Enkel.**

**Bei Menschen ohne dauerhafte Bleiberspektive macht Familiennachzug auch keinen Sinn.**

programm haben Sie etwas von 15 Milliarden Euro Steuerentlastung und vom Kampf gegen den Mittelstandsbauch geschrieben. 15 Milliarden Euro hat auch die Union im Wahlkampf versprochen. Was ist aus diesen Zusagen geworden? In den Koalitionsverhandlungen hieß es: 10 Milliarden Euro Entlastung beim Soli. In der mittelfristigen Finanzplanung sind es jetzt nur noch 9,08 Milliarden Euro. Binnen weniger Wochen ist eine ganze Milliarde in den Plänen verdunstet. Wenn das so weitergeht, kommt am Ende gar nichts dabei heraus.

Ich weiß ja, was jetzt kommt; das haben wir gestern schon gehört. Die Unionsfraktion wird jetzt riesige Entlastungen vorrechnen. Dabei werden Sozialtransfers, Subventionen und steuerliche Maßnahmen in einen Topf geworfen und ein Summenstrich darunter gezogen.

Einer der großen Vordenker der sozialen Marktwirtschaft, Wilhelm Röpke, hat einmal davor gewarnt, aus dem Wohlfahrtsstaat ein Tag und Nacht arbeitendes Pumpwerk der Einkommen zu machen, weil am Ende niemand mehr weiß, ob er zu den Gewinnern oder Verlierern der Umverteilungspolitik gehört. Den Menschen erst das Geld zu nehmen, es durch die klebrigen

Finger der Bürokratie zu leiten, es ihnen dann zurückzugeben und ein Dankeschön von den Menschen zu erwarten, das zeugt von Ihrem Verständnis des Verhältnisses von Bürger und Staat.

Gestatten Sie mir abschließend zu einem letzten Komplex zu kommen, zur Frage der Einwanderung. Eine Wende in der Integrations- und Einwanderungspolitik ist auch angesichts der Zahlen im Haushalt nötig. Die fiskalischen Folgen wären sonst unkontrollierbar. Es geht aber um noch mehr: Es geht auch um den sozialen Frieden im Land.

Die Menschen erwarten Entscheidungen, die der praktischen Alltagsvernunft genügen, und vor allem Handlungsfähigkeit des Rechtsstaats. Trotz oder wegen CSU und Horst Seehofer fehlt es momentan an beidem.

Aber hier geht es um eine ernsthafte Frage der Einwanderung. Das werden Sie auch gleich merken.

Bislang steht bei Ihnen nur eine Neuregelung des Familiennachzugs im Raum. Der Normenkontrollrat hat Ihren Regierungsentwurf in der Luft zerrissen. Er genügt nicht der praktischen Alltagsvernunft der Menschen, und er genügt nicht den Anforderungen des Normenkontrollrats. Bei Men-

schen ohne dauerhafte Bleibeperspektive macht der Familiennachzug auch keinen Sinn. Konzentrieren Sie sich auf klar definierte Einzel- und Härtefälle statt auf ein Kontingent! Wir haben Ihnen dazu Vorschläge unterbreitet.

Ich kann nicht verstehen, dass die SPD in dieser Frage grüner als grün ist. Ansonsten hören wir aus Ihrer Regierung nur Worte wie, der Islam gehöre nicht zu Deutschland. Das ist genauso spalterisch, wie in Bayern Kreuze an die Wand zu nageln.

Sie mögen von einer Macht, wie sie Orban hat, träumen, aber Deutschland ist ein weltoffenes, tolerantes Land. Wir beurteilen Menschen nicht danach, woher sie kommen oder woran sie glauben, sondern danach, ob sie bereit sind, Verantwortung für ihren Lebensunterhalt zu übernehmen und unsere Rechtsordnung zu akzeptieren.

Es wird über eine Antiabschiebeindustrie lamentiert. Wenn Menschen die legitimen Mittel des Rechtsstaats nutzen, kann und darf man ihnen keinen Vorwurf machen.

Dann muss der Staat gegebenenfalls Recht und Verfahren ändern. Wo sind die Vorschläge, Recht und Verfahren zu ändern, wenn es angeblich eine Antiab-

schiebeindustrie gibt?

Die ANKER-Zentren, Frau Bundeskanzlerin, die Sie eben gelobt haben, gibt es ebenfalls nur auf dem Papier. Über die Modernisierung des Einwanderungsrechts und ein besseres Management sollte die Bundesregierung also schnellstmöglich mit denen ins Gespräch kommen, die das umsetzen müssen, nämlich Länder und Kommunen. Wenn Sie wirklich etwas bewegen wollen, dann berufen Sie umgehend einen Migrationstisch von Bund, Ländern und Gemeinden ein, Herr Seehofer.

Mit großem Unverständnis verfolgen wir das Chaos im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Es ist die Rede von einem Eigenleben der Behörde. Prüfungen von Schutzgründen erfolgen nicht sorgfältig, lesen wir in den Medien. Offenbar wird nach einer Robin-Hood-Mentalität zum Schaden von Steuerzahlern und Rechtsstaat entschieden. Nach Medienberichten hat die Hausleitung spätestens am 4. April umfassend Kenntnis erhalten. Zwei Tage später hat der Bundesinnenminister in Nürnberg noch Lobpreisungen zu Protokoll gegeben. Nimmt man zu Ihren Gunsten nur einmal Abstimmungsprobleme in der Spitze des Innenministeriums an, beruhigt das dennoch nicht. Diese

Vorgänge müssen restlos aufgeklärt werden, damit Verschwörungstheoretikern kein Boden gegeben wird.

Bislang, Herr Seehofer, überzeugen uns Ihre Taten in der Einwanderungspolitik nicht und Ihr Aufklärungswille und das Streben nach Transparenz in der Frage des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge auch nicht. Um es anders zu sagen: Sie sind einen Schritt von einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss entfernt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einen sorgsam Umgang mit dem Reichtum der Bürgerinnen und Bürger sehen wir beim vorliegenden Haushalt nicht. Anders als die Regierung glauben machen will, ist dieser Haushalt gerade nicht solide; denn er nimmt Zukunftsrisiken nicht in den Blick. Er ist gerade nicht sozial; denn er tut nichts Verlässliches für die Bildung. Und er ist gerade nicht zukunftsorientiert; bei den wesentlichen Fragen wie der Digitalisierung sind Sie blank. Unser Wohlstand wird auf Kosten nächster Generationen verlebt. Damit wollen wir uns nicht zufriedengeben.

(Anhaltender Beifall bei der FDP)

Andrea Nahles, SPD:

## Es geht um Fragen, die Menschen in unserem Land beschäftigen



Andrea Nahles (\*1970)  
Landesliste Rheinland-Pfalz

Deutschlands auf der europäischen Ebene; denn das ist die Antwort auf viele Probleme, die diese Welt hat, Herr Lindner.

Es geht hier auch nicht um Kamellen. Wir beraten heute bei diesem Haushalt, wie wir das hart erarbeitete Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes einsetzen wollen; darum geht es. Es geht zum Beispiel ganz konkret um die Frage: Gibt es in Zukunft noch gutbezahlte Arbeitsplätze in der Lausitz, wenn die Braunkohleförderung zu Ende geht? Dafür haben wir 1,5 Milliarden Euro für regionale Wirtschaftshilfe in diesen Haushalt eingestellt. Es geht um die Frage: Werden die Kinder in unseren Schulen endlich digitale Arbeitsmittel zur Verfügung haben, um sich auf die Zukunft vorbereiten zu können? Es geht um die Frage: Bekommt eine Rentnerin, die es sich nach 35 Jahren redlich verdient hat, endlich mehr als nur Sozialhilfe, nämlich eine Grundrente von der Deutschen Rentenversicherung?

Das sind keine Kamellen. Das sind die Themen, die Bedürfnisse,

die Fragen, die die Menschen in unserem Land beschäftigen.

Es beschäftigt die Kinder, wenn sie ihren Vater nur noch am Wochenende sehen, weil er weite Wege zu pendeln hat; denn bezahlbarer Wohnraum in der Nähe des Arbeitsplatzes ist oft nicht mehr finanzierbar. Deswegen haben wir, die CDU/CSU- und die SPD-Fraktion, eine Wohnraumoffensive auf den Weg gebracht. Wir stellen Mittel ein für die Schaffung neuen Wohnraums, für Eigenheimförderung und auch dafür, dass Mieter Rechte bekommen; denn wir wollen nicht mehr, dass Menschen in diesem Land gezielt aus ihren Wohnungen herausmodernisiert werden.

Wir führen jetzt eine Kappungsgrenze für die Umlage von Kosten ein, und es wird sanktioniert, wenn man sich nicht daran hält. Das sind die wahren Themen, die die Menschen in unserem Land beschäftigen.

Es geht auch um die Frage: Können sich pflegebedürftige Menschen darauf verlassen, dass die Menschen, die sie pflegen, auch

Zeit dafür haben, weil genügend Kolleginnen und Kollegen mit ihnen Schicht haben? Können sich die Menschen darauf verlassen, dass die Pflegekräfte, die auch ein Gewissen haben und merken, dass sie unter Stress stehen, gut bezahlt werden? Mit dem vorliegenden Haushalt haben wir die Grundlage für bessere Bedingungen im Bereich Pflege gelegt. Wir investieren nicht nur in ein Sofortprogramm, mit dem 8 000 neue Stellen in der Pflege geschaffen werden sollen, sondern wir führen auch einen neuen Mindestbesetzungsschlüssel für jede Schicht in den Altenheimen und in den Krankenhäusern ein. Dafür haben wir entsprechende finanzielle Mittel im Etat – insgesamt sollten 46 Milliarden Euro mehr zur Verfügung gestellt werden – eingestellt. All das sind die Fragen, die vielen auf den Nägeln brennen.

Es wird darüber debattiert, ob der vorliegende Haushalt ein Investitionshaushalt ist oder nicht. Man muss schon eine Leseschwäche haben, um nicht zu merken: Dieser Haushalt ist voller Investitionen. Allein für den Komplex Bildung werden 15 Milliarden Euro mehr ausgegeben. Was wollen wir mit diesem Geld machen? Ich möchte zum Beispiel das BAföG verbessern. Gleiches gilt für die Meisterausbildung; denn sie kostet 7 500 Euro, und dieses Land kann es sich nicht leisten,

dass Menschen ihren Meister nicht machen, weil ihnen das Geld fehlt. Deswegen müssen wir an dieser Stelle die Weichen in eine ganz andere Richtung stellen.

Lassen Sie mich auf ein weiteres Thema eingehen. Die Frau Bundeskanzlerin hat eben das Thema Altenpflege angesprochen. Wir investieren aber auch in andere Berufe, die wir händierend brauchen. Mit dem Gute-Kita-Gesetz stellt Franziska Giffey die Weichen richtig. Aber auch in diesem Bereich gibt es viele offene Stellen, die nicht besetzt werden können. Deswegen gehört das Schulgeld für die Erzieherausbildung schlichtweg abgeschafft. Die Erzieherausbildung in Deutschland muss gebührenfrei werden.

In diesem Haushalt werden – die Entwicklung haben wir schon in der letzten Legislaturperiode angestoßen – insgesamt 100 Milliarden Euro mehr für Familien, für Kinder und für Sozialleistungen ausgegeben. Das sind doch auch Investitionen. Ich weiß, dass das ein alter Streit ist; aber ich sage: Das sind Sozialinvestitionen. Wenn wir das Kindergeld erhöhen und den Kinderzuschlag verbessern, dann sind das Investitionen in die Zukunft unseres Landes.

Jetzt sind wir als Gesetzgeber am Zug. Wir als Parlament werden

Fortsetzung auf nächster Seite

uns einbringen und unsere Vorhaben voranbringen. Es geht um ganz konkrete Fragen, die die Menschen beschäftigen.

Ich bin der Ministerin Katarina Barley sehr dankbar, dass sie bereits ein wichtiges Thema angesprochen hat, Stichwort: Einer-für-alle-Klage. Millionen Menschen in Deutschland sind von deutschen Autokonzernen betrogen worden. Sie müssen mit einem enormen Wertverlust ihrer Autos rechnen. In meiner Heimat ist das ein Thema, das häufig an den Stammtischen diskutiert wird. Die Menschen rechnen damit, dass ihre Rechte gestärkt werden. Mit der Einer-für-alle-Klage geschieht das. Einer klagt, und alle können davon profitieren.

Dieses Prinzip wird Millionen Geschädigten die Möglichkeit geben, zu ihrem Recht zu kommen.

Wir sollten aufpassen, dass wir den guten Start dieser neuen Bundesregierung mit all den guten Initiativen auch weiterführen. Wir packen die großen Themen an, und wir handeln. Dafür sorgen übrigens auch Tausende von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei Polizei- und Sicherheitsbehörden, in der Justiz und in den Gerichten. Sie sichern rechtsstaatliche Abläufe in unserem Land und damit auch den inneren Frieden in unserem Land. Wir verlangen übrigens von diesen Mitarbeitern, dass sie sich penibel an das Gesetz halten, und das machen sie auch. Was aber sollen unsere Polizei und unsere Justiz von Politikern halten, die von Rechtsbruch reden, wo es keinen gibt, die Anwälte als Saboteure des Rechtsstaates bezeichnen und die die Neutralität des Staates mit Füßen treten und so tun, als wäre es ein Problem unseres Rechtsstaates, dass Menschen ihre Rechte wahrnehmen. Nein, das ist nicht das Problem unseres Rechtsstaates.

Ich muss an dieser Stelle klar sagen: Wir haben doch längst verstanden, dass die Menschen erwarten, dass unsere rechtsstaatlichen Prinzipien für jedwede Frau und jedweden Mann gelten, egal woher sie kommen, egal ob Manager oder Flüchtling, und dass wir als Staat in der Lage sind, dies auch entsprechend durchzusetzen. Das können sie von uns verlangen. Deswegen haben wir einen Pakt für Justiz aufgelegt: 2 000 zusätzliche Stellen für Richterinnen und Richter, 2 500 zusätzliche Stellen im Bereich Justiz und 15 000 zusätzliche Polizeistellen. Ja, wir haben verstanden. Aber den Rechtsstaat aufgeben, das werden wir nicht tun.

Liebe Kolleginnen und Kolle-

gen, wir sollten uns von nichts und niemandem daran hindern lassen, den Blick auf die wahren Herausforderungen unseres Landes zu richten und diese anzunehmen. Die Umsetzung der Vorhaben dieser Koalition und die Investitionen, die in diesem Haushalt angelegt sind, sind entscheidend für die Zukunft unseres Landes. Wer die im Koalitionsvertrag vereinbarten Vorhaben blockiert, schadet unserem Land. Wer anfängt, Vereinbarungen wieder infrage zu stellen, schadet unserem Land. Wer Nebenschauplätze eröffnet, statt sich an das Umsetzen unserer Vorhaben zu machen, schadet unserem Land.

Wir alle sollten uns bewusst sein – das möchte ich klar sagen –, dass die Menschen von uns hier erwarten, dass wir gemeinsam viel schaffen, und das dürfen sie auch erwarten. Ich sage das mit Blick auf ein zentrales Vorhaben

aus unserem Koalitionsvertrag, das Rückkehrrecht aus Teilzeit in Vollzeit. Viele Frauen in Deutschland sitzen in der Teilzeitfalle. 1,7 Millionen Teilzeitbeschäftigte geben an, dass sie mehr arbeiten wollen. Wir haben in diesem Land einen Fachkräftemangel, aber wir haben auch gut ausgebildete Frauen. 1,7 Millionen Teilzeitbeschäftigte – davon sind die meisten Frauen – wollen mehr arbeiten können. Warum helfen wir ihnen nicht dabei? Dieses Gesetz ist überfällig.

Es muss genau so umgesetzt werden – darauf bestehen wir –, wie es im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Dazu möchte ich etwas sagen, weil das offenbar ein Reizthema ist, auch bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände: Es geht darum, die Beweislast umzukehren. Was heißt das? Das ist ein technischer Begriff. Wenn eine Frau sagt, sie will von Teilzeit in Vollzeit wechseln, und der Arbeitgeber sagt: „Nein, das geht nicht“, dann muss die Frau nach jetziger Rechtslage nachweisen, dass das doch geht. Jetzt einmal unter uns hier im Plenarsaal: Glaubt irgendeiner ernsthaft, dass das möglich ist? – Ich sage deswegen: Wir drehen den Spieß um. Wenn die Frau aufstocken will, wenn sie von Teilzeit in Vollzeit wechseln will und der Arbeitgeber Nein sagt, dann muss der Arbeitgeber begründen, warum das nicht geht. Das ist doch nun wahrlich nicht zu viel verlangt. Das wird niemanden in der deutschen Wirtschaft umbringen. Das ist das Minimum, das wir für die teilzeitbeschäftigten Frauen in diesem Land tun müssen. Ich sage an dieser Stelle sehr klar: Wir vonseiten der SPD haben da keinen

Redebedarf mehr, sondern wir sehen da nur noch Umsetzungsbedarf.

Der Haushaltsentwurf sieht 46 Milliarden Euro Mehrausgaben in dieser Legislaturperiode vor. Aufgrund der Steuerprognose ist, wie wir gehört haben, ein weiterer Spielraum von 10,8 Milliarden Euro drin. Olaf Scholz hat den Vorschlag gemacht, einen Teil dieser Überschüsse in einen Digitalfonds einzubringen. Wir haben heute gemerkt, dass das bei allen hier auf breite Zustimmung stößt. Auch ich glaube, dass das Geld da richtig investiert ist. Ich sehe dagegen keinen Anlass, den geringen zusätzlichen Spielraum, den wir haben, zu nutzen, um weitere Mittel in den Verteidigungshaushalt zu stecken. Der Verteidigungshaushalt steigt bereits auf 38 Milliarden Euro an. Ich frage die zuständige Ministerin: Sie haben in den letzten zwei Jahren das Geld, das Sie bekommen haben, nicht ausgegeben.

Sie haben das aufgrund der inneren Zustände und der Ineffizienzen der Bundeswehr nicht geschafft. – Frau Merkel hat hier Peter Struck gelobt. Deshalb möchte ich sagen: Er hat noch heute einen besseren Ruf in der Bundeswehr als sämtliche seiner Nachfolger. Auch das ist wahr.

Das Management der Bundeswehr muss verbessert werden.

Sie wollen noch mehr Geld für die Bundeswehr. Wir alle wissen, dass es Probleme gibt. Mit Verlaub, wir haben Ausrüstungsschwächen.

Da sind wir immer bereit, etwas zu tun. Aber wir sind nicht bereit, die zusätzlichen Spielräume in diesem Maße dort hineinzustecken. Ich möchte Sie deswegen fragen: Wo sonst sollen wir das Geld hernehmen? Sollen wir dafür mehr Schulden machen? Sollen wir höhere Steuern bei Reichen und Vermögenden erheben?

Sollen wir in anderen Haushalten einsparen? Wer das hier permanent, und zwar einseitig und ohne Rücksprache mit uns, öffentlich fordert und eine entsprechende Kampagne macht, der muss auch diese Fragen beantworten.

Wir haben im Übrigen auch zusätzliche Spielräume bei der Bundesagentur für Arbeit. Darüber freue ich mich. Wir haben verabredet, dieses Geld auch in die Absenkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge zu investieren. Das werden wir auch tun. Wir haben eine Senkung um 0,3 Prozentpunkte vereinbart. Ich glaube, das können wir so machen.

Es gibt zusätzliche Spielräume. Für die SPD ist klar: Jetzt müssen wir die Qualifizierungsangebote für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessern. Es kann nicht sein, dass wir immer nur in Sonntagsreden über die Digitalisierung und die Notwendigkeit der Qualifizierung im digitalen Wandel reden. Wir müssen auch die Kreativität aufbringen, das mit konkreten Maßnahmen zu unterlegen und in die Qualifikation unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu investieren.

Ich sage an dieser Stelle sehr deutlich: Wir haben in Deutschland immer noch – das muss man sich einmal vorstellen – 1,5 Millionen Erwerbstätige unter 30 ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Ich glaube, im Hinblick darauf gibt es Mittel und Wege bei der Bundesagentur. Wir brauchen eine dreijährige Ausbildung – wir haben mit Herrn Scheele darüber geredet –, und wir brauchen zusätzliche Initiativen beim Programm WeGebAU. Das ist für mich klar: Die SPD wird keiner zusätzlichen Beitragssenkung zustimmen, ohne dass nicht vorher bessere Qualifizierungsangebote für Arbeitnehmer vereinbart worden sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit großer Sorge erfüllt uns in diesen Tagen die internationale Entwicklung. Die Aufkündigung des Atomabkommens mit dem Iran durch die USA und die Eröffnung der US-Botschaft in Jerusalem sind schwere Fehler und haben weitreichende Konsequenzen

Die jüngsten Ereignisse in Palästina sind furchtbar. Die Zahl der Toten und Verletzten ist wirklich unfassbar. Die letzten Stunden haben vor allem eine tragische Entwicklung gezeigt: Sie haben die radikalen Kräfte

auf allen Seiten gestärkt. Die ersten Demonstrationen in Gaza waren auch gegen die Hamas. Mittlerweile hat sich die Hamas die ganze Bewegung unter den Nagel gerissen. Wir können nicht abseitsstehen, und wir wollen auch nicht abseitsstehen. Wir wollen weiterhin alles dafür tun, dass die Leben der jungen Israelis und der jungen Palästinenser nicht weiter in einem Strudel der Gewalt sinnlos geopfert werden.

Ich bekräftige an dieser Stelle ausdrücklich – das habe ich hier schon vor wenigen Wochen gesagt – das Existenz- und im Übrigen auch das Selbstverteidigungsrecht Israels. Aber auch hier muss gelten: Die Verhältnismäßigkeit der Mittel muss gewahrt bleiben.

Es muss jetzt um Deeskalation auf beiden Seiten gehen. Der UN-

Sicherheitsrat ist für uns übrigens der legitime und richtige Ort, wenn es um die Beruhigung einer so angespannten Situation wie der zwischen Israel und Palästina geht. Wir bedauern, dass es nicht gelungen ist, sich auf eine unabhängige Untersuchung der gewalttätigen Auseinandersetzungen zu einigen. Wenn die USA ernsthaft eine Rolle im schwierigen Nahostfriedensprozess einnehmen wollen, dann dürfen sie sich solchen Schritten nicht verweigern und gleichzeitig bei den politischen Kernfragen einseitig Fakten schaffen. Das geht nicht. Einseitigkeit ist das falsche Mittel.

Sollte Deutschland im kommenden Jahr im UN-Sicherheitsrat ein neues Gewicht bekommen, dann werden wir uns als Stimme des Friedens einbringen. Ich bin mir sicher, dass wir uns da alle einig sind.

Die internationale Sicherheit braucht die Fähigkeit zur Entspannung und übrigens auch die Fähigkeit zum Kompromiss. Wir werden auch für den Erhalt des Iran-Abkommens kämpfen. Mit unseren europäischen Partnern, dem Iran und den anderen Unterzeichnern des Abkommens wollen wir Wege finden, wie Handel mit dem Iran weiterhin möglich sein kann. Die Voraussetzung ist, dass sich der Iran an die Verpflichtungen hält. Aber auch hier gilt es, Eskalationsspiralen schlicht zu verhindern.

Das unabgestimmte und provokante Vorgehen des amerikanischen Präsidenten zeigt, dass wir Europäer umso mehr gefordert sind. Ich bin der Bundesregierung deswegen dankbar, dass sie sich in den letzten Wochen auf allen Ebenen – ob Bundeskanzlerin, Außenminister oder Finanzminister – wirklich bemüht hat, die Europäische Union wieder stärker zusammenzubringen. Wir müssen den Zusammenhalt in Europa stärken. Dazu gehört auch, dass wir zukünftig mehr Mittel in den europäischen Finanzhaushalt einbringen werden als in der Vergangenheit. Ja, wir haben das im Koalitionsvertrag verabredet, und es war weitsichtig. Das erkennt man, wenn man sich die aktuelle Lage ansieht.

Die europäische Integration ist Grundvoraussetzung für Wohlstand und Sicherheit in Europa. Wir müssen den Zusammenhalt Europas stärken; denn darum ist es momentan nicht gut bestellt.

Als größter Profiteur der Europäischen Union ist es auch in unserem ureigensten Interesse, in die Stärkung Europas zu investieren. Wer das ablehnt, sagt an dem Ast, auf dem wir alle sitzen.

Die SPD tritt hier auch innerhalb der Bundesregierung für eine klare Haltung ein. Olaf Scholz führt hierzu gerade intensive Ge-

**Wer anfängt,  
Vereinbarungen  
wieder infrage  
zu stellen,  
schadet unserem  
Land.**

**Fangen wir  
doch einfach an,  
das umzusetzen,  
was wir  
verabredet  
haben!**

sprache mit den europäischen Kolleginnen und Kollegen. Er hat das gestern auch klar dargestellt. Wir sind auf dem Weg, den Europäischen Stabilitätsmechanismus weiterzuentwickeln. Unser Ziel ist es, einen Europäischen Währungsfonds zu erreichen. Wir sind auf einem guten Weg, das Bankenwesen in Europa sicherer zu machen.

Wir unterstützen gemeinsame Mindestsätze bei den Unternehmensteuern, was für mich auch ein sehr wichtiger Punkt ist, und wir unterstützen auch eine gerecht-

te Besteuerung großer Konzerne – gerade auch der Internetkonzerne –, auch wenn ich Frau Merkel recht gebe, dass das alles nicht ganz leicht ist, aber das Ziel muss hier klar benannt werden.

Ich habe keinen Zweifel, dass die Bundeskanzlerin und der Bundesfinanzminister hier konkrete Fortschritte hinbekommen werden.

Die berühmte Antwort auf Macron – davon war ja jetzt viel die Rede – fällt bei uns allen vielleicht etwas weniger pathetisch aus. Das

ist aus meiner Sicht aber auch völlig in Ordnung. Entscheidend ist, dass wir zusammen mit den Franzosen und den anderen Partnern wirklich ganz konkret – das habe ich gerade dargelegt – an der Integration Europas arbeiten. Dass das bis zum Sommer Früchte trägt, dessen bin ich gewiss; hier bin ich zuversichtlich. Dafür stehen diese Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen voll und ganz ein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns in diesem Ko-

alitionsvertrag eine Menge vorgenommen. Es geht jetzt auch darum, uns darauf zu konzentrieren, das anzupacken. Dabei gibt es sicherlich weiterhin auch kontroverse Debatten. Das ist auch notwendig und richtig, solange wir dabei nicht die Prioritäten aus den Augen verlieren.

Die Menschen in Deutschland erwarten, dass wir etwas tun, damit diese Welt ein sicherer Ort wird. Dafür ist Europa von zentraler Bedeutung. Die Menschen erwarten, dass sie mehr Sicherheit

im eigenen Land haben. Dafür investieren wir – nicht nur in die Justiz, sondern auch in die Lösung der sozialen Probleme, die die Menschen verunsichern. Deswegen ist dieser Investitionshaushalt, den wir heute vorlegen, ein wichtiger Beitrag, um Deutschland voranzubringen.

In diesem Sinne: Fangen wir doch einfach an, das umzusetzen, was wir verabredet haben!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dr. Sahra Wagenknecht, Die Linke:

## Politik für die Mehrheit, nicht für die Reichen



Sahra Wagenknecht (\*1969)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

allen voran die Vereinigten Staaten sich anmaßen, Länder, deren Regierungen ihnen nicht gefallen oder die ihnen ihre Rohstoffe nicht zu den gewünschten Konditionen zur Verfügung stellen, militärisch zu verwüsten. Das war im Irak so. Das war in Libyen so. Sie haben vorhin die Entwicklung genannt, aber so, als sei es vom Himmel gefallen, dass diese Länder destabilisiert wurden. Das war doch Kriegspolitik. Auch die jüngsten Militärschläge gegen Syrien waren völkerrechtswidrig, und die haben Sie leider sogar noch begrüßt.

Wenn Sie das Vertrauen in die internationale Ordnung wiederherstellen wollen, dann gehört dazu, dass Sie diese unverantwortliche Politik des Regime Change, die immerhin schon über 1 Million Menschenleben gekostet hat, unmissverständlich verurteilen und klarstellen, dass Deutschland einen Krieg gegen den Iran weder direkt noch indirekt unterstützen würde. Dazu würde ich gerne etwas von der Bundesregierung hören.

Zweitens. Wenn Sie ehrlich Sorge vor einer weiteren Eskalation im Nahen Osten haben, dann hören Sie doch bitte endlich auf, in dieses Pulverfass auch noch Waffen zu liefern.

Das kann doch nicht wahr sein. Seit Jahren versprechen Sie uns eine restriktive Rüstungsexportpolitik, und in Wahrheit dealen Sie hemmungslos mit den Rüstungslobbyisten, und Sie liefern Diktatoren wie Erdogan oder den Saudis genau die Waffen, die sie brauchen, um ihre blutigen Kriege in Syrien oder eben auch im Jemen zu führen. Das ist doch eine völlig unverantwortliche Politik.

Pro Stunde sterben weltweit vier Menschen durch deutsche Waffen. Wir finden, dieses Verbrechen muss endlich ein Ende haben.

Drittens. Auch das gehört zu einer eigenständigen Politik: Steigen Sie endlich aus dem von Trump vorangetriebenen Wettrüsten aus! Im letzten Jahr haben die europäischen NATO-Staaten 300 Milliarden Dollar und die NATO insgesamt 900 Milliarden Dollar für Rüstung ausgegeben. Sie haben vorhin darüber geredet, Fluchtursachen zu bekämpfen. Ein Zehntel dieser 900 Milliarden Dollar würde genügen, damit auf dieser Welt kein einziges Kind mehr verhungert oder an Armutskrankheiten stirbt.

900 Milliarden! Ich sage Ihnen zum Vergleich: Russland gibt 66 Milliarden Dollar im Jahr aus. Wir reden also über eine Relation von 900 Milliarden zu 66 Milliarden, und da erzählen Sie uns allen Ernstes, wir müssen noch weiter aufrüsten, damit Putin nicht vielleicht morgen vor den Toren Berlins steht? Wie krank ist das denn, was Sie hier verbreiten?

Der Rüstungsetat – das ist schon interessant – ist der einzige, bei dem Sie nicht kleckern, sondern klotzen. Dabei sind Waffen und Kriegsgeräte – das finde ich das wirklich Schlimme – dieser Großen Koalition offensichtlich mehr wert als die Kinder in diesem Land. Denn während Sie sich für bessere Kitas gerade einmal 3,5 Milliarden Euro abringen können, sollen die Rüstungsausgaben um mindestens 5,5 Milliarden Euro steigen, und wenn es nach Frau von der Leyen geht, sogar um 12 Milliarden Euro. Können Sie irgendeinem Steuerzahler erklären, warum Sie mit seinem hart erarbeiteten Geld solchen Schindluder treiben? Das ist doch überhaupt nicht zu rechtfertigen.

Es gibt noch einen Schritt. Wenn Sie wirklich eine eigenständige Politik wollen, dann beenden Sie die Eiszeit mit Russland und heben Sie die unsäglichen Sank-

tionen auf.

Ja, es stimmt: Auch der Anschluss der Krim war völkerrechtswidrig. Trotzdem brauchen wir die Kooperation mit Russland, wenn wir Probleme lösen wollen. Das sehen wir beispielsweise beim Iran. Auch Sicherheit in Europa gibt es nur mit Russland und nicht gegen Russland.

Das war doch die Kerneinsicht, die damals der neuen Außenpolitik, der neuen Ostpolitik von Willy Brandt zugrunde gelegen hat. Diese Tradition hat die deutsche Außenpolitik über viele Jahre geprägt. Dahin müssen wir zurückkommen, statt diese wichtige Tradition jetzt von einem Amateur im Außenamt endgültig entsorgen zu lassen. Das ist doch der falsche Weg, und das können Sie als SPD erst recht nicht mittragen.

Ja, es geht auch um wirtschaftliche Interessen. Ist Ihnen wirklich noch nicht aufgefallen, dass die Russland-Sanktionen in erster Linie die europäische Wirtschaft, insbesondere die deutsche, treffen oder dass es vor allem europäische Unternehmen sind, denen nach der Kündigung des Iran-Abkommens nun Probleme drohen? Die Frechheit, mit der sich der neue US-Botschafter in die Geschäftspraktiken deutscher Unternehmen eingemischt hat, spricht doch Bände. Statt vier russische Diplomaten auszuweisen, die überhaupt nichts verbochen haben, hätte man vielleicht lieber diesem hemdsärmeligen Kollegen die Heimreise nahelegen sollen.

Eine eigenständige europäische Außenpolitik kann es natürlich auch nur in einem einigen Europa geben. Das verlangt nicht weitere Zentralisierung, sondern eine Politik der guten Nachbarschaft. Im Unterschied zu Ihnen haben wir den Wahlsieg von Macron vor einem Jahr nicht frenetisch bejubelt, und wir stehen heute an der Seite derer, die sich in Frankreich gegen seinen Sozialabbau zur Wehr setzen. Aber gerade den Macron-Fans hier im Hause müsste es doch zu denken geben, dass Macron jetzt die deutschen Exportüberschüsse und die deutsche Sparwut als antieuropäisch kritisiert. In diesem Punkt hat er doch

wirklich recht. Wenn ausgerechnet die größte europäische Volkswirtschaft rücksichtslos weiter auf Lohndumping, Exportförderung und einen schwachen Binnenmarkt setzt, dann macht sie nicht nur Politik gegen die eigenen Arbeitnehmer, sondern auch Politik zulasten unserer Nachbarländer. Das untergräbt den europäischen Zusammenhalt. Das ist doch völlig offensichtlich.

Dabei ist die Regierung eigentlich in einer komfortablen Situation. Sie haben hohe Steuereinnahmen. Sie könnten sie zulasten von Konzernen und Superreichen sogar weiter erhöhen, um dann Bezieher mittlerer Einkommen und Geringverdiener tatsächlich zu entlasten, also nicht nur symbolisch, wie Sie es vorhaben. Die Nullzinsen vergrößern Ihren Haushaltsspielraum noch weiter, und zwar beträchtlich. Sie hätten alle Chancen der Welt, Deutschland zu einem innovativeren und gerechteren Land zu machen. Aber was machen Sie? Trotz eines Investitionsstaus von 120 Milliarden Euro bleiben die Investitionen – und zwar auch nur, wenn man ganz gutwillig rechnet – auf dem jetzigen kläglichen Niveau, und das, obwohl Sie zurzeit das Geld von den Banken fast geschenkt bekommen, wenn Sie es für Investitionen einsetzen würden.

Aber diese grandiose Mannschaft von schwarzen und roten Nullen schaut lieber weiter zu, wie Straßen, Brücken und öffentliche Gebäude verrotten, wie innovative Unternehmen am langsamen Internet verzweifeln und wie Funktelefonate in manchen Gegenden Deutschlands anstrengender sind als in vielen Entwicklungsländern. Das ist doch keine haltbare Situation.

Obwohl Sie wissen, dass infolge der Digitalisierung in Zukunft vor allem qualifizierte und hochqualifizierte Arbeit gefragt sein wird, schicken Sie unsere Kinder weiter in marode Schulen, wo die Lehrer fehlen, wo der Unterricht ausfällt und die jedes Jahr einige Tausend junge Menschen verlassen, ohne

Fortsetzung auf nächster Seite

auch nur richtig Lesen und Schreiben gelernt zu haben. Frau Merkel, ich finde es beeindruckend und richtig, was Sie hier zur Förderung der künstlichen Intelligenz gesagt haben. Aber die natürliche Intelligenz, die Intelligenz der Kinder und jungen Menschen in diesem Land, sollte man vielleicht nicht völlig außer Acht lassen.

Vor allem in sozialen Brennpunkten sind die Zustände an vielen Schulen eine einzige Katastrophe. Kinder, die hier ins Leben starten, haben nie eine echte Chance. Wenn es nach Ihnen geht, wird sich daran auch nichts ändern; denn die Summe, die Sie jetzt zusätzlich bereitstellen, wird noch nicht einmal verhindern, dass in vielen Schulen weiterhin der Putz von der Decke fällt.

Ich finde ja auch interessant: Die Große Koalition, auch Sie, Frau Merkel – heute nicht, aber manchmal schon –, spricht neuerdings wieder vom sozialen Zusammenhalt. Das begrüßen wir ja sehr. Aber ich sage Ihnen einmal, wie der soziale Zusammenhalt in Deutschland zurzeit beschaffen ist: In diesem Jahr bekommt das Geschwisterpaar Quandt und Klatten – zwei Leute – aus seinen ererbten BMW-Anteilen eine Dividende von 1 100 Millionen Euro überwiesen – 1 100 Millionen Euro für zwei Personen!

Gleichzeitig streiten sich an den Tafeln immer mehr Arme, darunter auch viele Rentnerinnen und Rentner, viele Alleinerziehende um abgelaufene Lebensmittel. Ist das ein sozialer Zusammenhalt, wie Sie ihn sich vorstellen? Wir würden das eher Raubtierkapitalismus nennen.

Es gibt kein Land in der EU, in dem die Zahl der Beschäftigten, die trotz Arbeit arm sind, in den letzten Jahren so stark wie in Deutschland gewachsen ist. Was tut die Große Koalition? Teilweise prangern Sie öffentlich die Missstände an, die Sie selber herbeigeführt haben – das hat man bei der Rede von Frau Nahles wieder eindrucksvoll gehört –; aber Sie ändern nichts.

Jeder in diesem Land weiß, dass ein Mindestlohn von 8,84 Euro nicht zum Leben reicht. Die Bundesregierung hat vor kurzem ausgerechnet, dass man mindestens 12,63 Euro braucht, um nach 45 Jahren Vollzeitarbeit eine Rente oberhalb der Grundsicherung zu bekommen. Herr Scholz hat mittlerweile einen Mindestlohn von 12 Euro gefordert.

Ich finde es ja gut, wenn sich die SPD unseren Forderungen anschließt. Aber wie erklären Sie es

dann irgendeinem Ihrer Wähler, dass Sie in eine Große Koalition gehen, ohne eine Erhöhung des Mindestlohns auch nur gefordert zu haben? Sie haben ja noch nicht einmal die Forderung aufgestellt.

In den Unternehmen werden die Umgangsformen immer rüder. Bei Amazon werden Beschäftigte noch auf der Toilette digital überwacht. Bei der Post muss man inzwischen eine bärenstarke Gesundheit mitbringen, wenn man einen unbefristeten Vertrag haben will. Einige von Ihnen haben das

**900 Milliarden!  
Ich sage Ihnen  
zum Vergleich:  
Russland gibt 66  
Milliarden Dollar  
im Jahr aus.**

öffentlich beklagt. Aber wenn Sie nicht wollen, dass Arbeitnehmer immer schutzloser solchen Praktiken ausgeliefert sind, dann ändern Sie endlich die Gesetze, die das alles doch erst ermöglichen haben.

Sorgen Sie dafür, dass niemand mehr in diesem Land von den Jobcentern gezwungen wird, prekäre, untertariflich bezahlte Arbeit anzunehmen. Verbieten Sie sachgrundlose Befristungen, und lassen Sie nicht wieder tausend Hintertürchen zu.

Das sind doch Dinge, die Sie tun können. Stellen Sie eine solide Arbeitslosenversicherung wiederher, statt Arbeitslose nach einem Jahr mit Hartz IV zu enteignen und um alles zu bringen, was sie sich im Leben aufgebaut haben. Jetzt wollen Sie schon wieder den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung senken und den Unternehmen ein Milliardengeschenk machen. Nehmen Sie das Geld, und verlängern Sie die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I. Das wäre doch einmal eine richtige Maßnahme für mehr soziale Sicherheit.

Was haben Sie im Wahlkampf nicht alles für bessere Pflege versprochen! Jetzt soll es 8 000 Stellen mehr geben – bei 40 000 fehlenden Stellen allein in Seniorenheimen und mindestens 70 000 fehlenden Stellen in den Krankenhäusern. 8 000 Stellen werden an den schlimmen Zuständen in vielen Pflegeheimen nicht das Geringste ändern, und das wissen Sie auch. Herr Spahn hat jetzt ange-regt, noch mehr osteuropäische Arbeitnehmer in der Pflege einzusetzen. Vielleicht sollten Sie, Herr Spahn, lieber mal darüber nachdenken, warum sich kaum noch junge Menschen für eine Ausbildung als Pfleger entscheiden. Vielleicht hat das damit zu tun, dass es nicht sehr attraktiv ist, Knochenarbeit für Hungerlöhne zu leisten. Es ist vor allem auch zutiefst ungerecht. Jede einzelne Pflegekraft leistet mehr für das Allgemeinwohl als alle Investmentbanker zusammen. Deswegen muss diese wichtige Arbeit endlich

angemessen bezahlt werden.

Es ist doch wirklich tragisch: Es gibt nicht ein Problem, das Sie entschlossen anpacken, nicht eine Herausforderung, der Sie sich wirklich stellen. So kann man doch nicht in eine Wahlperiode starten – ohne Ideen, ohne jede Vision, ohne einen einzigen großen Gedanken oder irgendein wichtiges Vorhaben. So kann man doch nicht anfangen.

Vor kurzem wurden die Bürgerinnen und Bürger danach gefragt, wer heutzutage die Macht hat. Die wenigsten gaben an, dass sie der Meinung sind, dass die Macht bei den Politikern liegt. Nahezu niemand glaubte, dass die Bevölkerung die Macht hat, wie es in einer Demokratie eigentlich sein sollte. Die Mehrzahl ging davon aus, dass es die Wirtschaft, die großen Unternehmen und die Reichen sind, die dieses Land regieren.

Ich will Ihnen ja nicht unterstellen, dass das Ihre Absicht ist; aber wenn man den Menschen besonders überzeugend demonstrieren will, dass sie nicht mehr in einer Demokratie leben, dass sie wählen können, was sie wollen, und sich überhaupt nichts ändert – es geht all das weiter, die gleiche Konstellation, genau die gleiche Politik, der sie vorher bei der Wahl nach-

drücklich die Rote Karte gezeigt haben –, wenn man auch noch dem letzten Gutgläubigen verdeutlichen will, dass Wahlversprechen nichts anderes sind als wohlkalkulierte Lügen, dann muss man es genau so machen, wie Sie es machen. Ich finde das unverantwortlich.

Sie haben vorhin gehört, was für Hetzreden inzwischen im Bundestag gehalten werden. Dass solche Reden, in denen Menschen gegeneinander ausgespielt werden, in denen Menschen herabgesetzt werden, hier im Bundestag möglich geworden sind, das ist das Ergebnis Ihrer Politik, und Sie denken noch nicht mal darüber nach, diese Politik endlich zu verändern. Ich finde das wirklich zum Verzweifeln. Das kann doch nicht so weitergehen.

Alle Umfragen belegen: Viele Menschen machen sich Sorgen um die Zukunft. Eine Mehrheit wünscht sich mehr sozialen Ausgleich. Sie ärgert sich, dass gerade die größten Unternehmen oft die niedrigsten Steuern zahlen und die Politik nichts dagegen tut. Sie fordert eine Besteuerung großer Vermögen. Sie will keine Aufrüstung, sondern Investitionen in die Zukunft. Und was machen Sie? Sie machen einfach das Gegenteil. Sie

subventionieren Konzerne und füllen die Auftragsbücher der Waffenschmieden. Aber Sie sind nicht bereit, Kinder und alte Menschen vor Armut zu schützen. In einem Land, das die vielleicht besten Autos dieser Welt baut, erklärt sich die Politik für unfähig, pflegebedürftigen alten Menschen einen Lebensabend in Würde zu ermöglichen.

Frau Bundeskanzlerin, liebe Große Koalition, Sie erwägen gerade, einen Werteunterricht für Flüchtlinge einzuführen. Ich würde Ihnen dringend raten, vorher erst mal Ihre eigenen Werte zu überprüfen.

Ich finde, so kann es nicht weitergehen. Wir brauchen dringend eine andere Politik. Wir brauchen eine Politik, die das Rückgrat besitzt, auch Interessenkonflikte mit mächtigen, einflussreichen Lobbys und Interessengruppen durchzustehen, eine Politik, die endlich wieder das tut, was ihr Auftrag in einer Demokratie ist: Politik für die Mehrheit zu machen und nicht nur für die Reichen.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der LINKEN: Bravo! – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Immer dieselben Phrasen!)

Katrin Göring-Eckardt, Bündnis 90/Die Grünen:

## Die Bundesregierung ist gefangen in den alten Routinen



Katrin Göring-Eckardt (\*1966)  
Landesliste Thüringen

Frau Wagenknecht, ich finde wirklich sehr loblich, dass Sie sich über den gesellschaftlichen Zusammenhalt hier Gedanken machen. Ich finde es aber in diesem Kontext genau verkehrt, dass Sie versuchen, die osteuropäischen Pflegerinnen am Ende doch gegen die auszuspielen, die aus unserem Land kommen. Das sollten Sie sich noch einmal überlegen. Hinsichtlich der Arbeitsbedingungen gebe ich Ihnen recht.

Frau Merkel, Sie haben heute viel über die Aufgaben geredet, die

vor uns liegen. Sie haben heute gezeigt, dass Sie, dass diese Koalition, dass die Mitglieder dieser Koalition eigentlich wissen, dass das Land im Umbruch ist. Sie hätten die Mittel dazu. Sie haben die Möglichkeiten dazu. Wenn man sich den Haushalt anschaut und wenn man sich anschaut, was real gemacht wird, dann stellt man fest: Sie sind eben doch gefangen in den alten Routinen, in dem alten „Es geht weiter so“, in einem Haushalt, der nicht für die Zukunft gemacht ist, sondern nur eine Fortschreibung ist, so eine Art Wiedervorlage des alten, meine Damen und Herren.

Natürlich ändert sich da draußen die Welt, die Haltung, die Sehnsucht. Ich habe mir Ihre Rede in Aachen angeschaut. Da haben Sie Herrn Macron für die Begeisterungsfähigkeit für Europa gelobt wie so einen putzigen Welpen. Und Sie? Sie haben dagestanden und genau das nicht gemacht. Ich habe das auch heute hier nicht gehört. Frau Nahles hat gesagt: Wir sind vielleicht nicht so begeisterungsfähig. – Aber du meine Güte! Darauf kommt es doch an! Es

kommt doch jetzt darauf an, dass wir auch ausstrahlen, dass wir für dieses gemeinsame Europa sind. Es kommt doch jetzt darauf an, dass wir das Geld auch bereitstellen. Das hat Ihr Finanzminister leider nicht gemacht bei seinen Ankündigungen gestern hier. Es kommt doch darauf an, dass wir zeigen, dass wir Europäer, nachdem der Iran-Deal von den Vereinigten Staaten gekündigt worden ist, es gemeinsam machen und nicht nur darüber reden.

Es kommt doch darauf an, dass wir zeigen, dass wir die Friedensmacht sind. Eine Friedensmacht, Frau Merkel und Frau von der Leyen, ist man nicht, indem man einerseits immer über Europa und gemeinsame Außenpolitik redet, auf der anderen Seite aber eben doch wieder nur den Etat für die deutsche Bundeswehr aufstockt, die einen verdammt schlechten Umgang mit ihren eigenen Finanzmitteln pflegt. Deswegen akzeptieren wir das auch nicht, meine Damen und Herren.

Fortsetzung auf nächster Seite

Dass Sie für dieses gemeinsame Europa, für das es jetzt wirklich Leidenschaft braucht, auch in schwierigen Zeiten eintreten, das könnten Sie jetzt zeigen. Sie haben ja schon eine ganze Menge von Krisen gemeistert und auch Fehler gemacht. Einige hier behaupten ja immer, den größten Fehler hätten Sie 2015 gemacht. Ich glaube, da haben Sie ihn gerade nicht gemacht.

Da haben Sie in einer Notsituation richtig entschieden, sind ins Risiko gegangen, trotz aller Konsequenzen und Nebenwirkungen, die diese historische Situation nun einmal mit sich brachte. Jetzt könnten wir aber in einer Situation sein, in der der größte Fehler gerade jetzt passiert, nämlich indem wir nur versuchen, Europa mitzuverwalten und ins Kleinteilige zu verfallen. Ich kann nur hoffen, dass die Vorschläge, die Sie hier angekündigt haben, genau zum Gegenteil führen, nämlich dass Europa groß gedacht wird, dass tatsächlich die Verantwortung für die gemeinsame Außenpolitik an die europäische Ebene abgegeben wird, dass Schluss gemacht wird mit der Vetomöglichkeit, damit wir tatsächlich auch gemeinsam und tatkräftig handeln können. Das brauchen wir jetzt als Gegenüber zu Donald Trump, als Unterstützung für die Zivilgesellschaft in den Vereinigten Staaten. Das brauchen wir jetzt, damit wir uns in Europa auch wirklich gemeinsam zu Hause fühlen können. Das erwarte ich von Ihnen und von Ihrer Regierung, Frau Merkel.

Lieber Christian Lindner, bei Ihrer Rede auf dem Parteitag zu Europa war ich ja ganz bei Ihnen. Da ging es darum, dass Sie sagten, dass ein historischer Moment nicht genutzt worden sei. Was mich aber wundert: Wenn Sie so vehement ein deutsches Ja zu Europa fordern, heißt das doch, dass man eine gemeinsame Verantwortung für die Finanzen wahrnimmt, dann heißt das doch, dass man ins Risiko geht, dass man sich tatsächlich engagiert.

Sie hätten wirklich die Möglichkeit gehabt, als wir darüber verhandelt haben, für dieses gemeinsame Europa einzutreten. Genau das haben Sie nicht gemacht. Das ist das Problem.

Wir haben nur dieses eine Europa, und das können wir gestalten. Dafür können wir gemeinsame Verantwortung übernehmen.

Manchmal reicht es eben nicht, „Mut“ auf Plakate zu schreiben. Manchmal muss man eben den Mut auch an der richtigen Stelle haben.

Sie haben ja gesagt – vielleicht ist das ja auch diese Mut-Sache, die Sie brauchen –, dass Sie mehr Frauen eine Möglichkeit geben möchten. Auch das habe ich mir genau angeschaut. Sie haben da von Gender geredet, als ob das etwas Ekliges wäre. Das sehe ich anders.

Ich finde, Herr Lindner, machen Sie es so: Machen Sie den Frauen einfach bessere Angebote, und eröffnen Sie ihnen Zukunftsperspektiven; denn so bekommt man Spitzenfrauen in die Politik, und nicht damit, dass man darüber redet, dass eine vielleicht ein bisschen besser aussieht, meine Damen und Herren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Merkel hat vorhin gesagt: Herr Seehofer braucht noch ein bisschen Schonfrist, weil die Regierung noch keine 100 Tage im Amt ist. – Ich habe schnell nachgerechnet: Das Innenministerium ist seit 4 500 Tagen in Unionshand. Wenn es dann darum geht, was man noch nicht im Griff hat, kann man, wie ich finde, schon einmal auf diese 4 500 Tage, diese sehr lange Zeit der Verantwortung der Union, blicken. Herr Seehofer, seit Wochen torpediert Ihre Partei, die CSU, das Grundgesetz.

Herr Dobrindt von rechts, und Markus Söder von Rechts wegen. Mit dem bayerischen Polizeiaufgabengesetz darf gegen unschuldige Bürgerinnen und Bürger ohne konkreten Verdacht ermittelt werden.

Der Protest gegen dieses Gesetz ist Verfassungspatriotismus, meine Damen und Herren, und das, was Sie hier machen, ein Angriff auf unsere Verfassung.

Das stellt den Rechtsstaat selbst infrage.

Herr Seehofer, Sie sind Verfassungsminister. Man muss sich wirklich inständig wünschen, dass Sie unsere Verfassung jetzt mal gegen die CSU verteidigen.

Ich finde ja, Herr Söder kann gar nicht so viele Kreuze aufhängen, die man anbeten könnte, damit ein baldiges Ende eintritt, der neue Landtag endlich gewählt ist, diese populistischen Auswüchse aufhören und vor allem, damit die CSU endlich einen Koalitionspartner bekommt, sodass dort Vernunft einkehrt, meine Damen und Herren.

Liebe Frau Nahles, ich habe mir sehr genau angeschaut, was der Haushalt hinsichtlich Gerechtigkeit bietet. Erst einmal habe ich mich gefragt: Warum haben Sie eigentlich 13 Stunden, glaube ich, um das Finanzressort verhandelt, damit am Schluss Wolfgang

Schäuble Olaf Scholz heißt? Sonst ändert sich eigentlich nichts.

Noch nie hat eine Regierung mit so viel Geld so wenig gemacht. Die Einnahmen steigen, und das Land fährt trotzdem weiter auf Verschleiß. Wo finde ich denn die von Ihnen angesprochene soziale Gerechtigkeit?

Sie können sich doch nicht hierhinsetzen und über die Pflegekräfte reden, und am Ende bekommen sie nicht mehr als einen Tropfen auf den heißen Stein.

Selbst in den Jamaika-Verhandlungen hatten wir 25 000 Pflegekräfte besprochen. Sie sind mit 8 000 Pflegekräften aus den Verhandlungen gekommen. Ich war in den letzten Wochen in einer ganzen Reihe von Pflegeheimen. Die Leute fühlen sich vergackeiert – so sagt man das bei mir zu Hause –, weil sie sagen: Wir haben nicht einmal eine Kraft pro Pflegeeinrichtung mehr. – Das kann doch nicht sein. Das ist das Gegenteil von Gerechtigkeit. Das ist doch der Versuch, Leute ruhigzustellen und kleines Karo zu machen, meine Damen und Herren.

Aber am meisten hat mich erschüttert, wie lange hier heute eigentlich über die große Existenzfrage Ökologie geredet worden ist. Frau Merkel, wenn ich es richtig angeschaut habe, war es in Ihrer Rede, abzüglich des Gedenktages für die Bienen, eine Minute. Ist das Neue an der Koalition, dass man noch nicht einmal mehr so tut, als ob die ökologische Zukunft des Landes wichtig ist?

Sie stehen oben auf der Zuspitze und machen schicke Fotos, während Sie der Klimakrise zuschauen, während der Gletscher schmilzt.

Am Ende des Tages haben Sie nicht einmal den Hintern in der Hose, mit einem einzigen Beschluss für mehr Klimaschutz von dort wieder herunterzufahren.

Das ist doch eine Fortsetzung der Katastrophe, die wir Klimakrise nennen.

Natürlich brauchen wir sofort den Ausstieg aus der Kohlekraft. Diese Verzögerungsspielchen mit einer erneuten Kommission werden nicht mehr funktionieren. Wir werden Sie übrigens auch nicht daran messen, was Sie miteinander verabreden konnten und ob Sie diese Ziele einhalten. Wir werden Sie daran messen, was ökologisch, was in dieser Existenzfrage tatsächlich notwendig ist.

Ich will es noch einmal sagen, nur damit es in Ihren Kopf hineinkommt: Jedes Jahr müssen durchschnittlich 26 Millionen Menschen ihre Heimat wegen ex-

tremer Klimaschäden verlassen. Die Unwetter nehmen zu. 2017 haben Stürme, Erdbeben, Überschwemmungen einen Schaden in Höhe von 330 Milliarden Euro verursacht. Das ist die Wirklichkeit, übrigens auch die ökonomische Wirklichkeit. Daran messen wir Sie.

Hier auf der Regierungsbank sitzt das große ökologische Schweigekartell Deutschlands. Vergangenes Jahr haben Sie noch alle gelacht, als über das Bienensterben geredet worden ist. Jetzt macht man das nicht, wenn man mal daran denkt, dass das vielleicht ein Problem ist.

In Hannover hat gerade ein Supermarkt gezeigt, wie es ohne Bienen aussehen würde. Die haben 60 Prozent der Produkte aus ihren Regalen genommen. Ohne Bienen gäbe es kein Obst, keine Babynahrung und – vielleicht das Schlimmste für manche – keine Schokolade.

Das alles ist systemrelevant. Täglich verschwinden bis zu 100 Tierarten, und es entstehen keine neuen. Ich will eine Politik, die dafür sorgt, dass 2020 mit dem Artensterben Schluss ist. Ich will eine Regierung, die das tut. Meine Damen und Herren, Sie von der Regierung müssen das wollen, wenn Sie irgendetwas für die Zukunft dieses Landes und die Zukunft dieser Erde tun wollen. So geht es nicht weiter.

Schauen wir uns die Verschmutzung der Meere durch Plastik an oder die Auswirkungen der Verschmutzung durch den Diesel; dazu haben wir heute etwas gehört. Das war dieselbe Platte, die ich

**Diese 22 Milliarden Euro helfen keinem Einzigen, der die Miete nicht mehr bezahlen kann.**

schon hundertmal gehört habe, und es war dieselbe Platte, die ich immer von der Auto-lobby höre. Natürlich geht es darum, dass unsere Automobilindustrie das macht, was sie verschlafen hat, nämlich in die Zukunft zu investieren; aber es muss doch auch darum gehen, dass die Leute, die von eben dieser Autoindustrie betrogen worden sind, jetzt tatsächlich eine Entschädigung und eine Hardwarerüstung bekommen. Das nicht zu veranlassen, ist echtes Versagen von Politik.

Das führt auch zu einem Misstrauen, das die Menschen weiterhin haben werden. Auch da kann man fragen: Wer war eigentlich in den vergangenen Jahren – Neustart hin oder her – zuständig? Zuständig war im Wesentlichen immer die CSU, dafür, dass das alles passieren konnte, dafür, dass die Themen unter der Decke gehalten wurden, und dafür, dass die Autoindustrie einfach so wei-

termachen konnte.

Ich finde, was in Ihrer Rede, Frau Merkel, am meisten gefehlt hat, ist die große Frage: „Wie will man eigentlich den Zusammenhalt in dieser Gesellschaft gestalten?“ Sie haben gesagt, Sie hätten erkannt, dass die Menschen nicht mehr darauf schauen wollen, wer zuständig ist. Deswegen kommen jetzt Grundgesetzänderungen; darüber können und müssen wir auch reden. Aber nur um das Zuständigsein allein geht es nicht; es geht auch um großes Denken.

Nehmen wir mal das schöne Beispiel „Wohnen“. Das ist eine der größten sozialen Fragen dieser Zeit. Die Leute flüchten vom Land in die Städte, weil sie Jobs und bessere Infrastruktur suchen. Was sie finden, sind schlechte Luft, keine Kitaplätze, verdammt teure Wohnungen, unbezahlbare Mieten und keinen geeigneten Wohnraum. Dann sagen Sie: Baukindergeld.

Wir sagen: Diese 22 Milliarden Euro helfen keinem Einzigen, der die Miete nicht mehr bezahlen kann.

Das sind Steuergelder, die in den ohnehin schon überhitzten Wohnungsmarkt hineinfließen. Das ist kein geeignetes Instrument.

Es geht doch um die Fragen: Wie wollen wir zusammenleben? Wie organisieren wir unsere Städte? Wie ist die Infrastruktur im Bereich der Pflege aufgestellt? Haben wir genügend Kitas? Wie ist es mit der Integration, meinen wir das wirklich ernst, ja oder nein? Ich erwarte von einer Regierung, die über Zusammenleben redet, nicht, dass sie an diesen oder jenen Punkt ein kleines Bonbon verteilt, sondern dass sie die Strukturfrage, das Auseinanderdriften der Gesellschaft, die Armutsfrage, die Frage: „Wie lebt die Alleinerziehende, die am Ende des Monats nicht einmal das Geld hat, mit ihren Kindern ‚Jim Knopf‘ im Kino anzuschauen?“, in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt; denn die größte Gefahr ist, dass der Zusammenhalt nicht mehr funktioniert.

Da hilft auch ganz bestimmt kein Heimatministerium, was noch mehr dafür sorgt, dass es zum Auseinanderdriften kommt.

Da hilft nur, dass Sie sich aufraffen und dieses Land zu einem machen, das modern ist, den Zusammenhalt will und die ökologischen Fragen endlich in den Mittelpunkt stellt. Auch das hat Ihnen Herr Macron vorgemacht, und Sie machen es im kleinen Karo. So, meine Damen und Herren, geht es nicht weiter.

Volker Kauder, CDU/CSU:

## Bei der Bundeswehr werden wir nicht lockerlassen



Volker Kauder (\*1949)  
Wahlkreis Rottweil-Tuttlingen

Ich möchte mit dem Thema Europa kurz anfangen, weil es sowohl für unsere Zukunft von großer Bedeutung ist, weil es auch in dieser Haushaltsdebatte eine Bedeutung hat und weil die Werte dieses Europas für die allermeisten in diesem Hohen Haus von großer Bedeutung sind.

Diese Werte stammen aus der christlich-jüdischen Tradition. Zur christlichen Tradition gehört die Erkenntnis, dass jeder Mensch Ebenbild Gottes ist und deshalb eine unverwechselbare Würde hat.

Wenn es in diesem Haus Kolleginnen und Kollegen gibt, die das christliche Abendland retten wollen und dann über andere Menschen so sprechen, wie Sie es gemacht haben, Frau Weidel, dann hat dies mit dem christlichen Menschenbild nichts zu tun. Es hat damit null zu tun.

– Sie sind jetzt mal ruhig und hören zu. Man hat Sie schließlich erst holen müssen, damit Sie überhaupt wieder herkommen. Sie besitzen dieses unglaubliche – ich sage das jetzt mal – Ding, sich hierhinzustellen und eine Rede zu halten, und dann verschwinden Sie aus dem Plenarsaal.

Damit ich Sie ansprechen kann, muss man Sie extra holen lassen.

Was sind denn das für Werte, Frau Weidel?

Sie brauchen mir nicht mehr mit dem christlichen Menschenbild zu kommen. Was Sie heute gemacht haben, ist das glatte Gegenteil davon, und dafür sollten Sie sich schämen.

Jetzt will ich Ihnen mal was sagen:

Sie müssen es genauso ertragen, wenn man Sie kritisiert, wie andere auch.

Großmäulig im Austeilen und schwach im Einstecken – das ist die AfD.

Kommen wir zum Thema. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, in dieser Haushaltsdebatte gibt es,

glaube ich, drei Schwerpunkte: Erstens. Was haben wir im Bereich der Weiterentwicklung unseres Landes vor? Zweitens. Welche Antworten geben wir auf die Frage der Herausforderung Europa? Drittens. Wie verhalten wir uns angesichts der großen Konflikte, die den Frieden in bestimmten Regionen bedrohen und für uns eine wichtige Aufgabe sind?

Wir haben gesagt: Mit dieser Koalition wollen wir in Deutschland einiges voranbringen. Wir wollen dieses Land modernisieren. Das ist unser Anspruch. Wenn man nun in den Haushalt 2018 schaut, sieht man ganz klar, dass damit der Weg der Modernisierung begonnen wird. Wir haben nicht gesagt – auch der Finanzminister nicht –, dass wir mit all den Aufgaben, die wir haben, im Jahr 2018 fertig sind. Die Planung geht in den nächsten Jahren weiter. Dies zeigt sich auch an der Modernisierung der Digitalisierung und dem schnellen Internet.

Wir setzen uns für die Modernisierung in unserem Bildungswesen ein. Im Bereich der Forschung und Innovation geht es ebenfalls voran. Für all diese Bereiche geben wir Geld aus. Jetzt aber so zu tun, als ob es keine Kompetenzverteilungen zwischen Bund, Kommunen und Ländern gäbe, führt uns nicht weiter, also nach dem Motto: Weil einige Bundesländer es nicht hinkriegen, ihre Aufgaben in der Bildungspolitik zu erfüllen, muss das der Bund machen. So wird Föderalismus nicht zur Stärke in unserem Land. Es muss natürlich jeder seine Aufgabe erfüllen.

Um es ganz klar zu sagen: Ja, wir wollen eine Grundgesetzänderung im Bereich der Bildung, Frau Nahles.

Ich möchte aber ganz klar sagen, dass ich darunter nicht verstehe, dass wir in Zukunft die Lehrerinnen und Lehrer aus dem Bundeshaushalt finanzieren; darin sind wir uns auch einig. Wir wollen in der Infrastruktur etwas machen. Klar ist auch, dass die Länder ihre Aufgaben bei der Modernisierung der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer in die eigene Hand nehmen müssen.

Wir haben gesagt: Wir schnüren ein großes gemeinsames Sicherheitspaket. Wir haben miteinander vereinbart, mehr im Bereich Bundespolizei zu tun. Die Länder haben ebenfalls gesagt, dass sie für die Polizei mehr tun wollen. Wir haben auch gesagt – das ist ein genauso richtiger Punkt –: Jeder muss seinen Beitrag leisten. Das heißt, dass auch die Länder im Bereich der Justiz mehr tun müssen. Und darauf legen wir auch großen Wert.

Ich möchte bei der Überprüfung zur Halbzeit der Legislaturperiode – diese haben wir ja vereinbart, um zu sehen, was wir erreicht haben –, aber vor allem am Ende dieser Legislaturperiode schon feststellen können, dass jeder seinen Beitrag geleistet hat. Dieses Land wird nicht moderner, wenn nur der Bund Geld in die Hand nimmt und seine Aufgaben erledigt. Vielmehr muss jeder auf jeder Ebene seine Aufgaben erledigen.

Dann wird Deutschland moderner, und darauf legen wir einen großen Wert.

Das Thema Europa hat, ich finde, zu Recht, eine große Rolle ge-

spielt. Ich habe an diesem Rednerpult schon mehrfach leidenschaftlich für dieses Europa geworben und immer wieder darauf hingewiesen, nicht zu kleinteilig darüber zu reden. Ich habe darauf hingewiesen, dass gerade für unsere Generation, die erste Nachkriegsgeneration in Deutschland, Europa nicht in erster Linie ein Europa von Euro und Cent war, sondern dieses Europa eine Wertegemeinschaft, eine Friedenseinrichtung ist. Für dieses Europa möchte ich auch in Zukunft leidenschaftlich streiten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich höre regelmäßig von verschiedenen Seiten: Wie kann man leidenschaftlich für ein Europa streiten, wenn man nicht alles gut findet, was Macron oder andere vorschlagen? Ich sage dazu: Auch in diesem Europa wird über den richtigen Weg diskutiert, genau wie in diesem Deutschen Bundestag. Das ist überhaupt nichts Außergewöhnliches. – Ich weiß ganz genau, lieber Herr Kollege Lind-

ner, dass auch Sie ein leidenschaftlicher Europäer sind.

Man kann sich aber nicht an dieses Rednerpult stellen und auf der einen Seite sagen: Wir brauchen mehr Europa. Wo bleiben die Antworten auf Macron? – Auf der

anderen Seite sind dann aber – wenn man genauer hinsieht, merkt man es – drei Viertel Ihrer Antworten gegen Macron und gegen das, was gerade diskutiert wird.

Ich glaube, keiner braucht dem anderen vorzuhalten, was er nicht richtig macht. Es wäre richtiger, wenn wir uns gemeinsam darauf verständigen: Wir wollen dieses Europa voranbringen.

Dazu gehört natürlich auch, dass in diesem Europa eingehalten wird, was wir miteinander vereinbart haben. Ich gebe Ihnen einmal ein Beispiel: Wir haben die – wie Macron sagt – Bankenunion auf den Weg gebracht. Das ist überhaupt keine Frage; das waren wir, die sie auf den Weg gebracht haben.

Wir haben aber gesagt: Es gibt eine Bedingung, die eingehalten werden muss. Diese lautet: Es muss eine klare Risikominimierung stattfinden. Wenn die EU-Kommission dann sagt: „Auf diese Minimierung warten wir nicht. Wir gehen weiter“, dann ist dies ein Vorgang, den ich als Trickserie bezeichne und der das Vertrauen nicht stärkt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Deswegen ist es völlig richtig, wenn wir sagen: Wir legen großen Wert darauf, dass die Regeln eingehalten werden.

Ein noch so leidenschaftlicher Einsatz für Europa hilft nichts, wenn wir uns nicht auch an das halten, was wir miteinander vereinbart haben. Auch das ist Teil einer Wertegemeinschaft.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, einen letzten Hinweis möchte ich geben: Ich bin dankbar, dass die Bundesregierung bzw. die Bundeskanzlerin sich in diesen Tagen so intensiv mit den außenpolitischen Herausforderungen beschäftigt. Wir haben heute Nachmittag einen großen Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Thema „Möglichkeiten der Rückkehr von Christen und Jesiden in die Ninive-Ebene“. Mit diesem Thema beschäftigen wir uns schon eine ganze Zeit lang, und wir sind dem Entwicklungsminister Müller dankbar, dass er dort einen großen Beitrag leistet.

Diese Aufgabe ist noch lange nicht gelöst. Ich kann dazu nur sagen: Wenn man eine solche Diskussion führt, muss man auch zeigen können, dass man mit einer gewissen Kompetenz und Stärke arbeitet. Dazu gehört, Frau Nahles, sowohl die ODA-Quote einzuhalten als auch die Bundeswehr auszurüsten. Niemand spricht von Aufrüsten. Aber ich kann es nicht akzeptieren, wenn der Wehrbeauftragte, der früher ein SPD-Kollege im Deutschen Bundestag war, starke Sprüche über den Zustand der Bundeswehr macht und Sie in der SPD sagen, dass dagegen nichts unternommen wird, weil man dafür kein Geld einsetzen will.

Diese Aufgabenteilung können wir nicht akzeptieren, beim besten Willen nicht.

Wir haben die Ausgaben für Verteidigung an die Ausgaben für Entwicklungshilfe geknüpft. Darauf werden wir auch in dieser Koalition bestehen. Wir hatten bei unserer gemeinsamen Klausurtagung einen guten Start, und das wollen wir auch fortsetzen. Aber wir wollen schon, dass – neben den Ausgaben für Soziales usw.; das ist alles in Ordnung – auch unsere Bundeswehr in einen Zustand versetzt wird, der ihren Aufgaben entspricht. Da werden wir nicht lockerlassen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Lachen der Abg. Dr. Alice Weidel [AfD])



EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger (CDU) will mehr Geld. Das ist im Bundestag umstritten. © picture alliance/Wiktor Dabkowski

**Wir legen großen Wert darauf, dass die Regeln eingehalten werden.**

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen zudem die Abgeordneten Dr. Alexander Gauland (AfD), Achim Post (SPD), Simone Barrientos (Die Linke), Dr. Frauke Petry (fraktionslos), Alexander Dobrindt (CDU/CSU), Dr. Marc Jongen (AfD), Martin Gerster (SPD), Monika Grütters (CDU), Joana Cotar (AfD), Martin Rabanus (SPD), Erhard Grundl (Bündnis90/Die Grünen) und Patricia Lips (CDU/CSU).

Allgemeine Finanzdebatte zum Haushalt 2018 / 31. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 15. Mai 2018

Olaf Scholz, SPD, Bundesminister der Finanzen:

## Dieser Haushalt ist solide, gerecht und zukunftsorientiert



Olaf Scholz (\*1958)  
Bundesminister der Finanzen

Als vor knapp zehn Jahren mein damaliger Amtsvorgänger vor diesem Hause zum Haushalt 2009 sprach, war die Weltwirtschaft in einer Krise und stand vor großen Ungewissheiten. Wir wussten nicht, wie tief diese werden würde. Nun, ein Jahrzehnt später, blicken wir auf eine Entwicklung zurück, in der es gelungen ist, aus dieser Krise herauszuwachsen – eine gemeinsame Leistung unserer Wirtschaft, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch der Politik.

Manche Ökonomen behaupteten seinerzeit, eine antizyklische Wirtschaftspolitik, wie sie Deutschland richtigerweise in der Wachstums- und Beschäftigungskrise 2009 verfolgt hat, sei riskant, weil der Staat auch in guten Zeiten Begehrlichkeiten stets nachgebe und Schulden mache. Wir sehen, sie hatten unrecht.

Nicht recht haben aber auch jene, die nun davon reden, in Deutschland würde eine zu strenge Sparpolitik verfolgt; denn wir nutzen unsere finanziellen Spielräume. Sowohl der Haushaltsentwurf 2018 als auch die Finanzplanung sehen, verglichen mit den Plänen des vergangenen Jahres, zusätzliche Aufwendungen in dieser Legislaturperiode in der Größenordnung von 46 Milliarden Euro vor. Seit der Steuerschätzung der vergangenen Woche wissen wir, dass wir noch einen weiteren Spielraum von etwa 11 Milliarden Euro haben. Auch den wollen wir gezielt für Investitionen in die digitale Infrastruktur und für Erleichterungen für die Bürgerinnen und Bürger bei den Steuern nutzen, insbesondere im Hinblick auf die kalte Progression. Das hilft insbesondere den Steuerpflichti-

gen mit kleinen und mittleren Einkommen. In kurzer Zeit haben wir mehr als 50 Milliarden Euro zusätzlich mobilisiert. Wir handeln da pragmatisch und sachgerecht, und wir verehren keinen Fetisch.

Das Vorgehen der Regierung ist richtig, weil es in eine von klaren Prinzipien geleitete Haushaltspolitik eingebettet ist: Sie ist erstens solide, zweitens sozial gerecht und drittens zukunftsorientiert.

Sie ist – erstens – solide, weil wir zum einen beharrlich planen, jedes Jahr ohne neue Schulden auszukommen. Wir gehen damit sehr sorgfältig mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger um. Zum anderen haben wir in den guten Jahren die Vorkehrungen für den Fall geschaffen, dass sich die wirtschaftliche Lage verändert und das Klima eintrübt. Ein Resultat dieser Vorgehensweise: Erstmals seit 17 Jahren wird nächstes Jahr die gesamtstaatliche Schuldenquote wieder unter einen Anteil von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts fallen. Auch das ist solide.

Unsere Finanzpolitik ist – zweitens – sozial gerecht, weil wir den sozialen Zusammenhalt stärken und auf der Einnahmeseite darauf achten, dass Steuern dem Prinzip der Leistungsfähigkeit folgen. Zugleich ist unsere Finanz- und Haushaltspolitik – drittens – zukunftsorientiert, weil sie mit zusätzlichen zielgerichteten Investitionen die Grundlage für den Wachstumspfad der Zukunft schafft.

Bis 2022 planen wir mit Ausgaben für Investitionen von rund 180 Milliarden Euro. Das sind rund 23 Prozent mehr als in der Periode 2013 bis 2017. Allein der Haushaltsentwurf für dieses Jahr sieht eine Steigerung der investiven Ausgaben um 3 Milliarden Euro auf 37 Milliarden Euro vor. Das sind fast 10 Prozent mehr als im letzten Jahr.

Manche haben aufgeregt kommentiert, dass sich aus der Haushaltsplanung ein Rückgang der Investitionen ab dem Jahr 2020 ausmachen ließe. Das Gegenteil ist

richtig; denn nicht alle Investitionen, die die Bundesregierung konkret plant, sind als solche im Haushalt oder im Finanzplan schon titelscharf abgebildet, und das ist auch völlig korrekt so. Die Mittel, die noch nicht mit konkreten Projekten unterlegt sind, sind, wie auch in früheren Jahren, noch im allgemeinen Finanzhaushalt berücksichtigt. Immer dann, wenn die Voraussetzungen dafür vorliegen, werden diese Ausgaben konkretisiert und als Investitionen auch in den späteren Jahren des jetzigen Finanzplanungszeitraums eingestellt. Ich sage Ihnen deshalb zu: Wir werden alle Spielräume

dazu nutzen, das so schnell wie möglich sichtbar zu machen. Dann werden alle sehen, dass die Investitionen in der Finanzplanung Jahr für Jahr steigen.

Neben diesem jedem bekannten Vorgehen kommt dieses Mal ein Sondereffekt hinzu. Vor einem Jahr wurde hier im Hause nach intensiven Diskussionen die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen beschlossen. Ab 2020 werden die bisher etwas über 3 Milliarden Euro Entflechtungsmittel für den sozialen Wohnungsbau, den Verkehr und den Hochschulbau über Umsatzsteueranteile an die Länder gegeben. Dann werden sie dort für Investitionen ausgegeben.

Wir sehen also: Es ist sehr wohl möglich, in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität die Investitionen deutlich zu erhöhen und gleichzeitig den Haushalt nicht mit zusätzlichen Schulden zu belasten. Deshalb macht es wenig Sinn, abstrakte Debatten darüber zu führen, ob mehr Investitionen oder mehr Schulden sinnvoll sind. Beides geht: mehr Investitionen ohne neue Schulden.

Die Debatte über den richtigen Umgang mit Staatsschulden und den Finanzmärkten hat auch die Europapolitik der letzten Jahre bestimmt. Nie wieder sollen Steuer-

zahler über Staatshaushalte für Fehler der Banken geradestehen müssen. Da gibt es auch heute noch viel zu besprechen und zu lösen. Bevor wir das tun, sollten wir uns hier aber über die grundsätzlichen Fragen klar werden.

Europa ist für Deutschland das wichtigste nationale Anliegen. Ein starkes Europa ist im Interesse Deutschlands. In einer Welt, die zur Mitte des Jahrhunderts 10 Milliarden Einwohner haben wird, wird unsere Stimme nur gehört werden, wenn wir sie im Chor Europas mit seinen etwa 500 Millionen Bewohnerinnen und Bewohnern anstimmen.

Als bevölkerungsreichstes Land und leistungsstarke, exportorientierte Wirtschaft in der Mitte des Kontinents sind wir auf eine erfolgreiche Europäische Union angewiesen. Alles, was in Europa geschieht, ist für uns bedeutsam, und alles, was wir in Deutschland tun oder was wir nicht tun, hat Auswirkungen auf unsere europäischen Partner. Mit dieser Verantwortung müssen wir klug und vernünftig umgehen.

Die Herausforderungen für Europa werden nicht kleiner, sondern eher größer: Kriege vor unserer Haustür und die Folgen solcher Kriege, mit denen wir umgehen müssen – Millionen von Männern, Frauen und Kindern sind auf der Flucht, suchen nach sicheren Häfen, auch in Europa –, Terrorismus und Fragen der inneren Sicherheit, die niemand ignorieren kann, der Aufstieg von Demagogen und Nationalisten, von neuen Weltmächten und Fundamentalisten, der Klimawandel – die Liste der Herausforderungen in Europa und für Europa ist lang.

Das Problem, das viele Bürgerinnen und Bürger mit Europa haben, ist nicht, dass es zu stark oder dominant ist, im Gegenteil: Das Problem für viele ist, dass die EU zu schwach erscheint, zu fragmentiert. Dass Europa zu wenig Antworten auf die fundamentalen Herausforderungen anzubieten hat.

In den vergangenen Jahren haben wir in der Diskussion um die EU vielleicht ein bisschen zu viel über den Binnenmarkt geredet und ein bisschen zu wenig über die politischen Herausforderungen, die nicht den Binnenmarkt berühren. Die großen politischen Fragen, die uns beschäftigen werden, haben wir vernachlässigt.

Es geht um die Souveränität Europas, wie der französische Präsident Macron zu Recht sagt. Um es mit seinen Worten zu präzisieren: Es geht um „eine europäische Souveränität, die es uns ermöglichen wird, uns zu verteidigen und zu existieren“, und zwar „mit unseren eigenen Regeln und Präferenzen“.

Wir brauchen die Europäische Union, um im Verhältnis zu wirtschaftlichen Mächten wie China oder den USA auf Augenhöhe agieren zu können. Wer mag das bestreiten angesichts der Wiedereinführung einer Schutzzollpolitik aus einem längst vergangenen Jahrhundert? Angesichts der Aufkündigung von internationalen Vereinbarungen wie dem für den Frieden so wichtigen Nuklearvertrag mit dem Iran? Es ist ein gutes Zeichen, dass die EU sowohl im Handelskonflikt als auch beim Umgang mit dem Iran-Abkommen zusammenbleibt.

Wir brauchen die EU aber ebenso, um unsere Werte und Interessen gegen illiberale und autoritäre Regime zu verteidigen, um vor unserer europäischen Haustür handlungsfähig zu sein, um für die nötige Entwicklung Afrikas zu sorgen und für eine Deeskalation im Nahen Osten.

Ich stimme deshalb mit Präsident Macron überein: Wir dürfen die Souveränität nicht denen überlassen, die Abschottung wollen. Er hat nämlich recht, wenn er sagt, die tödliche Illusion des Nationalismus mache nicht stark, sondern schwach – und wir dürfen nicht schwach sein. Das hat er gerade in Aachen gesagt und damit vielen von uns aus dem Herzen gesprochen.

„Wir dürfen nicht warten“, sagt er auch. Und auch das ist richtig. Dabei steht fest: Vertrauen in Europa wird nicht durch Absprachen in Hinterzimmern gewonnen, sondern indem wir klar sagen, was wir vorhaben, um eine Mehrheit werben und dann tun, was wir sagen. Vertrauen in Europa entsteht in den Herzen und Köpfen seiner Bürgerinnen und Bürger, und dafür tragen wir die Verantwortung.

Im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion und zur Regulierung der Banken stehen ganz konkrete Schritte an. Das eine, was wir jetzt tun werden, ist der Ausbau des Europäischen Stabilitätsmechanismus. Wir als Regierung haben festgehalten, dass wir ihn in Richtung eines Europäischen Währungsfonds weiterentwickeln

Fortsetzung auf nächster Seite

**Bis 2022 planen wir mit Ausgaben für Investitionen von rund 180 Milliarden Euro.**

**Europa ist für Deutschland das wichtigste nationale Anliegen.**

wollen. Das ist für die künftige Stabilität der Euro-Zone wichtig. Vielleicht kann der ESM auch der Ankerplatz für die letzte Sicherungslinie hinter dem einheitlichen europäischen Bankenabwicklungsmechanismus sein, dem sogenannten Common Backstop, der bis spätestens 2024 einzuführen ist. Mit diesem Mechanismus, der ja schon bereitsteht, soll im Falle von Schieflagen der Banken der Rückgriff auf das Geld der Steuerzahler vermieden werden. Es soll außerdem das europäische Bankensystem widerstandsfähiger gemacht werden.

Wichtig ist, dass sowohl der europäische Bankenabwicklungsmechanismus als auch ein künftiger Backstop europäische Institutionen sind und einzelfallbezogene Entscheidungen treffen. Wahrscheinlich macht es Sinn, diesen Weg in zwei Schritten zu gehen: Im ersten Schritt können wir den neuen ESM formen und dann in einem zweiten Schritt den veränderten ESM in das Unionsrecht überführen, parlamentarisch kontrolliert.

Das andere, was nötig ist, ist die Erhöhung der Stabilität des Bankensektors, indem die Zahl der ausfallgefährdeten, der notleidenden Kredite der Banken, der Nonperforming Loans, endlich reduziert wird. Wir wollen sicherstellen, dass sich solche Kredite nicht wieder in solchen Größenordnungen in den Bilanzen europäischer Banken finden. Wir wollen dabei pragmatisch vorgehen, damit alle Euro-Länder mitgehen können. Gelingt eine Verständigung in diesen Fragen bis zum Sommer, könnte die Letztsicherung, könnte der Backstop vielleicht schon früher als 2024 eingerichtet werden.

Solche Fortschritte braucht Europa jetzt. Wir werden schauen, dass wir zu klugen Lösungen kommen, die für alle funktionieren. Wir werden Lösungsansätze nicht aus der nationalen, sondern aus der europäischen Perspektive denken. Das ist genau der richtige Weg. Das betrifft natürlich das Gespräch mit Frankreich. Es betrifft ebenso das Gespräch mit allen anderen europäischen Partnern. Alles, was wir tun, muss auch die Unterstützung unserer Partner und eine Mehrheit finden.

Europa kommt voran. Die Europäische Union hat sich geändert. Unerfreulich allerdings ist die Entscheidung Großbritanniens, aus der Europäischen Union auszuscheiden. Noch wissen wir nicht, was der Austritt konkret für uns in der EU bedeutet. Klar ist allerdings: Wenn der Austritt besiegelt und vollzogen ist, werden wir ei-

nen Nettoeinzahler in den EU-Haushalt verlieren. Wir haben im Koalitionsvertrag erklärt, dass Deutschland bereit ist, nach dem Brexit mehr für den EU-Haushalt aufzuwenden. Auch Frankreich hat seine Bereitschaft erkennen lassen, das zu tun, und das ist richtig so.

Vor zwei Wochen hat die Europäische Kommission ihren Vorschlag für den ersten mehrjährigen Finanzrahmen für die Zeit nach dem Brexit vorgelegt. Nun geht es darum, in den Verhandlungen zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen. Dabei dürfte klar sein, dass nicht alle Erwartungen, die mancherorts gehegt werden, erfüllt werden können. Ich habe den Eindruck, dass wir auch mit 1 Prozent der Wirtschaftsleistung des größten Handelsblocks der Welt einiges bewegen können.

Wichtig dafür ist ein EU-Haushalt, der klar auf einen größeren europäischen Mehrwert, auf die gemeinsamen Aufgaben Europas ausgerichtet ist. Wir wollen Europa dort stark machen, wo die Nationalstaaten alleine keine guten Lösungen mehr finden können, und ganz konkret auch dort, wo es den Bürgerinnen und Bürgern dient. Es wird stärker als bisher darum gehen, öffentliche Güter Europas zu finanzieren, zum Beispiel für den gemeinsamen Schutz unserer Außengrenzen, für unsere Verteidigung und zum Schutz gegen den Terrorismus.

In den vergangenen Jahren gab es eine Phase der Konsolidierung, die für manche Staaten des Euro-Raums auch schmerzhaft war. Jetzt brauchen wir eine Phase der Investitionen, übrigens auch im deutschen Interesse. Einige Investitionen für mehr Wachstum sind bereits auf den Weg gebracht worden. Das europäische Investitionsprogramm EFSI zum Beispiel hat sich hier bewährt. Ich halte es auch für richtig, Haushaltsmittel zu bestimmen, die gezielt für wirtschaftliche Stabilisierung und Konvergenz und zur Unterstützung von Strukturformen im Euro-Raum verwendet werden sollen.

Eines ist klar: Deutschland braucht eine starke EU. Die Stärkung der Bankenunion und der mehrjährige Finanzrahmen sind wichtige Bausteine, die wir jetzt angehen müssen. Damit aber dürfen wir natürlich nicht stehen bleiben. Weitere mutige Schritte sind nötig.

So wie Deutschland ein starkes Europa braucht, braucht Europa ein starkes, engagiertes und solidarisches Deutschland. Im Bun-

deshaushalt und in der Finanzplanung spiegeln sich unsere Schwerpunkte. Wir wollen mit dem Haushalt 2018, aber auch den künftigen Haushalten auf vier grundlegende Entwicklungen in unserer Gesellschaft reagieren und die Weichen für die Zukunft stellen.

Erstens. Wir müssen dafür sorgen, dass der wachsende Wohlstand auch bei allen ankommt. Seit Jahren erleben wir kontinuierlich gute Wachstumszahlen. Wir haben eine Wirtschaft, um die wir von vielen beneidet werden. Die Arbeitslosigkeit nimmt stetig ab – wir haben die niedrigste Quote seit der Wiedervereinigung.

Die Zahl der Erwerbstätigen, auch derjenigen, die einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen, nimmt kontinuierlich zu. Löhne und Gehälter steigen für viele, aber nicht für alle, auch real. Das spiegelt sich in der Konjunktur und in den öffentlichen Kassen wider. Unsere Staatsfinanzen befinden sich in einer gesunden Verfassung. Das sind alles gute Nachrichten und gute Gründe, mit Hoffnung und Zuversicht in die Zukunft zu blicken. Doch zugleich wissen wir, dass die Stimmung im Lande vielerorts eine andere ist und auch einige, die den ganzen Tag einer qualifizierten Arbeit nachgehen, nicht hinreichend teilhaben.

Die zweite Entwicklung ist der demografische Wandel. Wir wissen, dass wir es in Deutschland mit einer immer älter werdenden Gesellschaft zu tun haben. Es ist sehr erfreulich, dass wir immer länger leben, doch bleibt das nicht ohne Herausforderungen. In diesem Zusammenhang wird die Dynamik bei den Sozialausgaben noch steigen, und vor allem kommende Bundeshaushalte werden das schultern müssen.

Der demografische Wandel zeigt sich aber auch im Wohnungsmangel in den Metropolen und der Schwierigkeit, gleichwertige Lebensverhältnisse in manchen ländlichen Regionen zu gewährleisten.

Drittens befinden wir uns in der Frühphase einer technologischen Revolution ins digitale Zeitalter. Es geht hier um den Anschluss an den internationalen Wettbewerb, aber auch um die menschlichen Fähigkeiten, mit neuen Technologien emanzipiert umzugehen und einem Beruf nachzugehen.

Und viertens sind wir Teil einer Welt, die leider unsicherer ist, als wir uns das wünschen.

Es ist im Übrigen das Zusammenwirken aller dieser Entwicklungen, das dazu führt, dass ein Teil der Bürgerinnen und Bürger so verunsichert ist, die Welt nicht mehr versteht und den Eindruck hat, dass ihre Interessen und ihre Erfahrungen keine Rolle mehr

spielen. Die Entscheidung der Briten, die EU zu verlassen, der überraschende Sieg von Donald Trump in den Vereinigten Staaten, das Erstarken von Nationalisten in manchen EU-Staaten, die politischen Ansichten und Äußerungen mancher in unserer eigenen Gesellschaft: Das sind auch Reaktionen auf eine Welt der Unordnung, eine Welt, in der viele fürchten, auf Dauer keinen Platz mehr für sich zu haben.

Nicht wenige Bürgerinnen und Bürger haben das Gefühl, nicht mehr über ihr eigenes Leben bestimmen zu können. Das ist eine in dieser Form relativ neue Entwicklung in der Nachkriegszeit, zumindest in den wohlhabenden Gesellschaften des Westens. In den ersten Jahrzehnten unserer Republik gab es das Versprechen: Wer zur Schule geht, eine Ausbildung absolviert oder studiert, wer seiner Arbeit nachgeht, wird ein gutes Leben führen können, mit einer Beschäftigung, von der man selbst und auch die Familie leben kann. Zu viele Bürgerinnen und Bürger glauben nicht mehr an dieses Versprechen, und das trotz der guten Situation in Deutschland. Sie glauben nicht mehr, dass ihr Leben besser sein wird als das ihrer Eltern. Und das Leben ihrer Kinder besser als das eigene.

Ich sehe einen maßgeblichen Grund für die Anziehungskraft von Populisten und mancherorts die Gefahr für die Demokratie: In einer Gesellschaft, in der es keinen Respekt mehr gibt vor ganz realer, physischer Arbeit, ist der Zusammenhalt gefährdet. In einer Gesellschaft, in der Arbeit an Dingen und mit Menschen weniger wert erscheint als die Arbeit an immateriellen Symbolen, gerät etwas in Schieflage. In Deutschland sind wir noch nicht so weit. Wir sind noch sehr gut im Dingenmachen und stolz auf Handwerk und Industrie. Wir werden jedoch ein großes Problem bekommen, wenn eine wachsende Zahl der Bürgerinnen und Bürger das Gefühl hat, eine Arbeit auszuüben, die nicht wertgeschätzt wird. Wir können die Zeit nicht zurückdrehen, den technologischen und gesellschaftlichen Fortschritt anhalten. Das wollen wir auch nicht; denn er hat viel Gutes gebracht und wird das auch in Zukunft tun. Doch wir müssen unseren Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, ein gutes Leben zu führen, ohne dass sie dafür Jura, Betriebswirtschaft oder Medizin studiert haben müssen oder Apps programmieren können. Wir sollten uns vergegenwärtigen, dass wir eine hoch arbeitsteilige Gesellschaft

sind, in der alle aufeinander angewiesen sind und die Leistung aller honoriert werden muss. Weil wir alle Teil unserer Gemeinschaft sind und niemand auf andere herabblicken darf.

Es geht darum, dass die Bürgerinnen und Bürger sicher leben können in Deutschland. Es geht um Sicherheit in dreifacher Hinsicht: um soziale Sicherheit im Wandel von Wirtschaft, Gesellschaft und Arbeitswelt, um öffentliche Sicherheit und Schutz sowie auch um emotionale Sicherheit, also um das Gefühl, Halt und Stabilität zu haben in Zeiten der Veränderung. Das Wichtigste ist Arbeit und auch, dass jede Arbeit respektiert wird und dass man von ihr leben kann. Nur wenn das gesichert ist, wird unsere Gesellschaft Zusammenhalt nach innen und zugleich die Akzeptanz für die auf uns zukommenden Veränderungen haben. Ich zum Beispiel bin der Überzeugung, dass man bei Vollzeitarbeit einen Lohn von mindestens 2 000 Euro brutto monatlich bekommen sollte; das halte ich für möglich.

Die Finanzpolitik kann die Einkommenslage von Arbeitnehmern und ihren Familien unterstützen. Darum haben wir beschlossen, den Solidaritätszuschlag Schritt für Schritt abzuschaffen. Damit werden wir in einem ersten Schritt neun von zehn Personen, die heute den Solidaritätszuschlag zahlen, vollständig von ihm befreien. Wir haben dafür ab 2021 in der Finanzplanung eine Vorsorge von rund 10 Milliarden Euro jährlich getroffen. Weitere Schritte sind denkbar.

Aber aktuell hat Vorrang, den Solidaritätszuschlag für kleine und mittlere Einkommen abzuschaffen und für diejenigen, die mehr leisten können, vorerst noch nicht. Das haben wir vereinbart. Das entsprechende Gesetz werde ich frühzeitig auf den Weg bringen.

Mit dem nach der Steuerschätzung hinzugekommenen Spielraum werden wir, wie bereits erwähnt, dafür sorgen, dass diejenigen, deren Lohn und Gehalt sich erhöht haben, ab Anfang 2019 davon mehr behalten dürfen, weil sie nicht mehr in einen höheren Steuertarif rutschen. Über die Auswirkung der kalten Progression werden wir im Herbst dieses Jahres einen Bericht vorlegen; daran werden wir uns orientieren. Davon werden dann gerade die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen profitieren.

Wir werden auch das Kindergeld und den Kinderfreibetrag erhöhen. Wir wollen Kinderarmut

**Das Problem für viele ist, dass die EU zu schwach erscheint, zu fragmentiert.**

**Wir dürfen die Souveränität nicht denen überlassen, die Abschottung wollen.**

reduzieren und erhöhen deshalb den Kinderzuschlag. Wir erhöhen des Weiteren das BAföG. Gerade was kleine und mittlere Einkommen angeht, müssen wir über steuerliche Maßnahmen hinausdenken. Wir werden daher auch die Beiträge in den Sozialversicherungen in den Blick nehmen. Einerseits werden wir die paritätische Finanzierung des Beitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung wiederherstellen. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte müssen dann weniger Beitrag zahlen. Andererseits werden wir den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung senken. Wir wollen zudem unser Vorhaben umsetzen, die Gleitzone der sogenannten Midijobs auszuweiten, ohne dass dies jedoch geringere Rentenleistungen zur Folge hat.

Zur Sicherheit gehört auch, sein Leben planen zu können. Darum werden wir das Recht auf befristete Teilzeit bzw. die Brückenteilzeit einführen.

Leider hat die Zunahme der Fälle von sachgrundloser Befristung dazu beigetragen, dass immer weniger und vor allem junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihr Leben planen können. Ich sage ausdrücklich: Diese Praxis gibt es nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch im öffentlichen Dienst. Wir wollen das Thema gesetzlich angehen. Aber es ist auch ein Thema für den Haushalt. Ich habe den Auftrag erteilt, prüfen zu lassen, wie es um sachgrundlose Befristung in der Bundesverwaltung bestellt ist, und möchte mit mehr unbefristeten Stellen dazu beitragen, dass der Anteil an Stellen mit sachgrundloser Befristung deutlich reduziert wird.

Wenn wir das Gesetz ändern, muss der Staat selbst vorbildlich handeln.

Schließlich wollen wir die Perspektive für Langzeitarbeitslose in Deutschland verbessern. Dazu schaffen wir einen sozialen Arbeitsmarkt für diejenigen, die schon länger ohne Erfolg einen Arbeitsplatz suchen.

Wenn es etwas gibt, das alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes – so verschieden sie sind – verbindet, dann ist das die Erwartung, dass der Staat elementare Güter wie Bildung, Sicherheit, Gesundheitsversorgung und Infrastruktur bereitstellt.

Mehr Netto vom Brutto ist zwar wichtig. Aber ebenso wichtig sind die Qualität und der Zugang zu gemeinsamen Gütern und Dienstleistungen. Auch diese leisten einen wichtigen Beitrag dazu, dass das Leben planbar und bezahlbar bleibt.

Für das Ziel einer guten Kita stellen wir mehr Geld bereit. Damit entsprechen wir der Erwartung von Eltern an eine gute Kita. Sie soll ordentlich ausgestattet sein und möglichst auch gebührenfrei.

Unsere Bürgerinnen und Bürger müssen dort, wo sie arbeiten, auch leben können. Dazu gehört bezahlbarer Wohnraum. Wir erleben, dass immer mehr Menschen in die Städte ziehen. Eine natürliche Folge der Bewegung in die Metropolen ist ein wachsender Druck auf die Wohnungs- und Mietkosten. Wir wollen aber keine Situation wie in London, Paris oder New York, wo sich nur Reiche ein Leben in angemessenem Wohnraum in den Städten leisten können. Darum investieren wir in den kommenden Jahren 2 Milliarden Euro in den sozialen Wohnungsbau und nutzen die gleiche Summe für weitere Förderinstrumente wie das Baukindergeld.

Es geht schließlich auch um eine langfristige Verlässlichkeit des Sozialstaats. Niemand bestreitet, dass die demografische Entwicklung eine Herausforderung ist. Sie ist es. Und doch helfen uns abstrakte Diskussionen über eine vermeintliche demografische Zeitbombe nicht weiter. Entscheidend ist, dass wir eine hochproduktive Ökonomie mit hoher Erwerbsbeteiligung haben. Das ist die wichtigste Basis dafür, dass sich die Lebensleistung auch in der Alterssicherung widerspiegeln kann.

Mit den Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente, der Mütterrente und der Stabilisierung der Beitragssätze und des Rentenniveaus leisten wir dazu einen Beitrag. Das Weitere für die Zukunft werden wir in der verabredeten Rentenkommission besprechen.

Das ist keineswegs nur eine Sache der fernen Zukunft: Noch in dieser Legislaturperiode wird die Finanzplanung ja auch die Jahre 2025 und 2026 umfassen. Da wird man die Entscheidung, die wir zu treffen haben, wiederfinden.

All dies werden wir uns nur leisten können, wenn wir gleichzeitig in die Innovation, die Infrastruktur und somit das Wachstum von morgen investieren. Die Marke „Made in Germany“ steht weltweit für Qualität und Verlässlichkeit. Damit das so bleibt und Deutschland weiterhin zu den Spitzenreitern der Volkswirtschaften zählt, stellt der Bund bis 2022 zusätzliche 2,8 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung zur Verfügung.

Wir wollen auch die digitale Infrastruktur verbessern und ausbauen.

Schnelles Internet soll nicht davon abhängen, ob man in den Städten oder auf dem Land wohnt. Wir werden einen Digitalfonds einrichten, mit dem wir den Breitbandausbau fördern: Zum Beispiel ist das Projekt „Digitale Schule“ zu nennen. Unsere Schülerinnen und Schüler können somit von einem verbesserten IT-Ausstattungslevel profitieren. Der Fonds wird künftig über die Erlöse aus der Versteigerung von 5G-Lizenzen finanziert werden. Bis es so weit ist, werden wir den zusätzlichen Spielraum aus der aktuellen Steuerschätzung nutzen und bereits in diesem Jahr 2,4 Milliarden Euro als Anschubfinanzierung in den Fonds investieren.

Unsere Wirtschaft braucht eine solide, moderne Infrastruktur – Straßen, Wasserstraßen und Logistik. Darum erhöhen wir auch die Investitionen in die Infrastruktur unseres Landes.

Um es noch einmal zu sagen: Die Investitionen des Bundes steigen in der Zukunft. Aber zugleich möchte ich darauf hinweisen, dass nicht alles, was nicht als Investition ausgewiesen wird, einfach nur konsumtiv ist. Wenn wir Familien unterstützen, kann dies auch ein Beitrag zur Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen sein. Und alles, was wir jetzt tun, um Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren, ist nicht nur sozial geboten, sondern auch Teil einer Antwort auf den Mangel an Fachkräften.

Wir investieren also in den sozialen Zusammenhalt und in die Zukunft unseres Landes. Wir wollen insbesondere die Länder und Kommunen finanziell stärker unterstützen, damit sie ihren Beitrag hierzu ebenfalls leisten können. Dazu haben wir zusammen mit dem Bundeshaushalt im Kabinett Änderungen des Grundgesetzes auf den Weg gebracht. Diese Grundgesetzänderungen sind die Vorboten einer Trendwende. Bund, Länder und Gemeinden packen zentrale Zukunftsaufgaben zukünftig gemeinsam an. Damit ermöglichen wir mehr Investitionen in Schulen, in Wohnungen und in den Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs.

So kann sich der Bund direkt an der Digitalisierung und Sanierung von Schulen, am Ausbau der Ganztagsbetreuung in Schulen sowie am Bau und an der Sanierung von Schienen für U- und S-Bahn beteiligen. Wir brauchen für diese Änderung des Grundgesetzes eine Zweidrittelmehrheit. Ich bitte daher alle Fraktionen dieses Hauses um Unterstützung.

Ein sozial gerechtes Deutschland ist auch ein Deutschland, in dem Sicherheit für alle gewährleistet ist, gerade für die Bürgerinnen und Bürger, die besonders darauf angewiesen sind. Deswegen erhö-

hen wir auch hier die Mittel, und wir stellen mehr Polizisten ein. Die Ausgaben für die innere Sicherheit haben wir im zweiten Entwurf für den Haushalt 2018 gegenüber dem ersten Entwurf noch einmal erhöht.

Deutschland steht auch zu seiner internationalen Verantwortung. Für die Jahre 2019 bis 2022 planen wir mit Verteidigungsausgaben in Höhe von 173 Milliarden Euro. Auch die direkten Aufwendungen für die Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe werden angehoben. Die ODA-anrechenbaren Ausgaben für die humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt würden auf rund 1,5 Milliarden Euro erhöht. Damit wird die ODA-Quote 2018 voraussichtlich auf dem Niveau von 2017 gehalten, wie das von der Regierung auch beabsichtigt ist.

Unsere Verpflichtungen für Sicherheit und Verteidigung bilden sich nicht nur in der Höhe finanzieller Mittel, sondern auch in den Zielen und in den Ergebnissen ab, die wir damit erreichen. Ein verteidigungspolitisches Konzept wird nicht schon dadurch gut, dass es teuer ist. Die internationale Sicherheitspolitik ist nicht dann erfolgreich, wenn sie ständig mehr kostet, sondern dann, wenn sie Sicherheit garantiert und Verlässlichkeit schafft. Nur dann können wir auch die Bürgerinnen und Bürger überzeugen. Klar ist, dass damit aber natürlich auch verbunden ist, dass die Aufwendungen steigen werden, wie wir es ja auch vorgesehen haben.

Eine wesentliche Säule unserer Sicherheitspolitik ist eine aktive Friedens- und Entwicklungspolitik. Sie wird nicht allein mit Verteidigungsausgaben erreicht, sondern auch durch Diplomatie, Gespräche, humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe und auf der Basis des Rechts. Dazu gehören auch verlässliche und verbindliche Abkommen. Ich habe es schon gesagt: Die Kündigung des Atomabkommens mit dem Iran durch Präsident Trump gefährdet das Vertrauen in vereinbartes Recht. Sie gefährdet auch den Frieden im Nahen Osten, den wir erreichen wollen. Die Sicherheitslage wird noch angespannter, wenn Sanktionen einseitig wieder in Kraft gesetzt werden. Das hat auch Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherheitslage in der Region.

Meine Damen und Herren, ich habe bisher vor allem über Ausgaben geredet. Wir wollen aber auch eine gerechte Gestaltung auf der Einnahmeseite. Neben der gezielten Einkommensverbesserung für

Arbeitnehmer und Familien gehört zu einer sozial gerechten Finanzpolitik, dass die gemeinsamen Aufgaben gemeinsam finanziert werden und Steuern dem Prinzip der Leistungsfähigkeit folgen, natürlich ohne dabei den internationalen Wettbewerb aus dem Auge zu verlieren. Wir werden darum die steuerpolitischen

Entwicklungen anderswo auf der Welt genau beobachten und zusammen mit unseren Partnern in Europa, allen voran Frankreich, die richtigen Antworten finden. Dabei schauen wir, wie wir eine gemeinsame Bemessungs-

grundlage und Mindestsätze bei der Unternehmensbesteuerung hinbekommen können.

Wir wollen auch, dass es bei der Besteuerung fair zugeht. International setzen wir uns dafür ein, dass wir zu einer modernen und funktionierenden Besteuerung des digitalen Marktes kommen. Hier sind kluge Lösungen gefragt, die allerdings nicht alle auf der Hand liegen.

Wir wollen die Arbeiten gegen Steuerhinterziehung und Steuervermeidung weiter vorantreiben, international wie national. Auch das leistet einen Beitrag zum Zusammenhalt. Wie wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes und der großen Mehrheit der Unternehmen glaubhaft vermitteln, dass sie regelmäßig ihre Steuern zahlen sollen, wenn manche Wohlhabendere und manche Unternehmen ihren fairen Anteil nicht bezahlen, wenn jedes Jahr in Deutschland Milliardenbeträge am Fiskus vorbeigeschleust werden, Geld, das in eine Verbesserung des täglichen Lebens von Bürgerinnen und Bürgern hätte investiert werden können?

Bei alledem geht es nicht nur um eine Frage der Fairness; es ist auch eine Frage der Gerechtigkeit.

Meine Damen und Herren, wir haben in den letzten Wochen und Monaten lange über die Zukunft unseres Landes debattiert. Jetzt ist es die Aufgabe, konkret zu handeln. Wenn wir den von mir vorgeschlagenen Dreiklang aus Solidität, sozialer Gerechtigkeit und Zukunftsorientierung ernst nehmen, müssen wir diese drei Prinzipien in Einklang bringen; dann helfen uns immer neue Forderungen, sei es aus Ideologie, sei es aus Partikularinteresse, nicht viel weiter. Wir müssen das, was wir tun, vor allem daran prüfen: Verbessert es die Lebenslage der Bürgerinnen und Bürger jetzt und auch in der Zukunft?

Wir müssen und werden in die digitale Zukunft investieren. Dann

**Wir müssen dafür sorgen, dass der wachsende Wohlstand auch bei allen ankommt.**

müssen wir aber auch die Gewinner der digitalen Wirtschaft dazu bewegen, einen Beitrag zu leisten. Und wir brauchen neue Sicherheiten für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im digitalen

Wandel.

Wir wollen und werden die Nettoeinkommen verbessern, vor allem der Bezieher unterer und mittlerer Einkommen. Aber wir brauchen ebenso Investitionen

und Mittel, um wichtige Güter wie Bildung, Wohnraum und Infrastruktur bereitzustellen.

Wir wollen und werden unsere Verantwortung in Europa und der Welt wahrnehmen. Aber wenn wir

dies ernst meinen, geht das nicht zum Nulltarif. Ich bin der Überzeugung, dass die neue Bundesregierung mit diesem Haushalt und der Finanzplanung einen Weg geht, der klug und ausgewogen ist.

Er ist solide, gerecht und zukunftsorientiert.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei der CDU/CSU)

Peter Boehringer, AfD:

## Der Steuerbürger wird mit Schönwetterpropaganda beruhigt



Peter Boehringer (\*1969)  
Landesliste Bayern

**G**eehrter Minister Scholz, das Fazit vorab: Dieser Haushaltsentwurf ist unvollständig und damit irreführend. Die Regierung hat keinen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt, auch wenn sie das seit Wochen medienwirksam behauptet.

In einen seriösen Haushalt gehören alle absehbaren Belastungen realistisch hinein, und das ist nicht der Fall. Die unterschlagenen Belastungen dieses Schattenbundeshaushalts summieren sich auf eine ähnliche Größenordnung wie die des offiziellen. Die Garantiesummen, die bereits heute für die Euro-Dauerrettung aufgebracht werden, werden eines Tages zu großen Teilen haushaltswirksam. Es ist unverantwortlich, dass diese Haftungsaufhäufung in der Größenordnung von 1 bis 2 Milliarden Euro pro Tag seit mindestens 2010 ungehemmt, im Haushalt unerklärt und ohne Rücksicht auf das Verfassungsrecht und ohne Referendum einfach immer weitergeht und dass die Regierung den totalen EU-ropa-Wahn stattdessen sogar noch ausdehnt.

Herr Minister Scholz, Sie haben erst vor zehn Tagen gesagt – ich zitiere –:

So diskutieren wir jetzt in Brüssel und vielen anderen Orten

– hier nicht, aber an anderen Orten –

nicht mehr über das Ob, sondern über das Wie der Fortentwicklung der Bankenunion.

Damit haben Sie unter anderem die extrem gefährliche Spareinlagenvergemeinschaftung EDIS mal eben so mitgenehmigt. Indirekt wird durch EDIS bei der nächsten

südeuropäischen Bankenkrise dann auch der Bundeshaushalt betroffen sein.

Ebenso ist es bei den absehbaren Abschreibungen für TARGET2: uneinbringliche 900 Milliarden Euro, die die Bundesbank – und damit der deutsche Steuerzahler – eines Tages wird abschreiben müssen.

Genau dasselbe beim deutschen Anteil an den Billionen nicht vollwerthaltiger Anleihen in der EZB-Bilanz! Doch das BMF kommt nicht einmal auf die Idee, in die Haushaltsplanung auch nur eine minimale Risikovorsorge für diese riesigen Summen einzuplanen. Das alles verschleiert bewusst die wahre Lage der Finanzen dieses Landes.

Ganz anders ist es dagegen auf der Einnahmeseite des Haushalts. Die geschätzten und unsicheren Steuermehreinnahmen sind bereits verplant. Zwei Drittel der 31 Milliarden Euro aus der erst vorigen Woche veröffentlichten Steuerschätzung waren im vorliegenden Haushalt bereits fest eingestellt. Hier geht das Einplanen offenbar superschnell.

Was fehlt sonst noch in diesem total ausgeglichenen Haushalt?

Erstens: Verteidigungsmehraufwand. Angemeldet sind von der Union und der Verteidigungsministerin selber über 12 Milliarden Euro als absolutes Minimum. Angesichts der inzwischen überall zugegebenen Einsatzunfähigkeit der Bundeswehr im Inneren wäre dieses Geld in der Tat dringend einzuplanen, damit die Bundeswehr wenigstens für ihre klassische Aufgabe der Landesverteidigung im Inland wieder gerüstet wäre.

Schwieriger wird es dagegen bei den Geldern für Weltpolizeiaufgaben und völkerrechtlich fragwürdige Auslandsabenteuer. Auch diese werden absehbar, im Laufe der Woche, hier im Bundestag gefordert. Die Verteidigungsministerin wird auch für diese Nachbesserungen willige Abgeordnete finden. Das ist sozusagen eine parlamentarische Koalition der Willigen für die vielen militärischen Abenteuerkonstellationen der Willigen. Die morgige Debatte um den Bun-

deswehretat wird also interessant und muss differenziert geführt werden. Es ist aber in jedem Fall bereits sicher, dass Milliarden an Nachplanungen erforderlich sein werden.

Zweiter Punkt: die Entwicklungshilfe. Minister Müller will ebenfalls mehr Geld. Sein Ministerium braucht 2018/19 eine knappe Milliarde Euro mehr, als in der Haushaltsplanung veranschlagt.

Drittens fehlt völlig die nächste Griechenland-Rettung. Das ab Sommer kommende nächste Griechenland-Rettungspaket ist im Haushalt in keiner Weise antizipiert. Dabei pfeifen es in EU- und Finanzkreisen die Spatzen von den Dächern: Die aktuellen Propagandameldungen zum ach so tollen Status des „kaum noch verschuldeten“ griechischen Staats und seiner miraculöserweise wieder wettbewerbsfähigen Wirtschaft und des tollen Zustands der griechischen Banken sind reine Realsatire.

Und doch wurde zu Griechenland keinerlei Risikovorsorge im Bundeshaushalt eingestellt.

Die EU und die EZB machen schon heute viele Pläne, wie man diese Rettungskosten gut verstecken und zunächst von der Wahrnehmung des deutschen Steuernehmers fernhalten kann. Einfach ein paar Beispiele: vorgezogene ESM-Zahlungen, geheime Eingriffe der griechischen Zentralbank, zinsfreie Kredite, extrem lange Laufzeiten griechischer Bonds, sogenannte Schlechtwetterfonds, sogenannte Kriseninstrumente, Bad Banks und weitere Bondaufkäufe durch die EZB. All das wird derzeit in Brüssel diskutiert, teilweise bereits gemacht. Das läuft wie immer nach dem bewährten Motto, auf die jede dieser Maßnahmen hinausläuft: Deutschland wird zahlen.

Oder im französischen Original: „L'Allemagne paiera.“ Wie alle französischen Präsidenten mindestens seit Mitterrand hat auch

Macron genau das verlangt. In vorhersehbarer Unlogik bekommt er für diese Anmaßung und für seine ach so unsäglich großen Anstrengungen um die EU auf deutsche Kosten gar noch den inzwischen berüchtigten Karlspreis.

Dieses Spektakel von Aachen erinnerte übrigens wirklich an surreale DDR-Endzeitfolklore. Diese totalen EU-ropäer feierten sich selbst und ihren Sonnenkönig unbeirrbar. Der Zahlmeister Deutschland zeichnete den Zahlungsförderer Macron für dessen Zahlungsforderungen aus, Laudatio der Kanzlerin inklusive. Mehr Selbstaufgabe geht gar nicht.

Viertens: die Migrations- und Integrationskosten. Auch sie sind im Haushaltsentwurf oft unvollständig und intransparent deklariert. Man feiert seitens der Bundesregierung die angeblich höheren Sozialleistungen. Doch vielfach sind dies einfach nur versteckte Zuwanderungskosten. Über 50 Prozent der Hartz-IV-

Empfänger haben einen Migrationshintergrund. Ähnlich sieht es im sozialen Wohnungsbau aus, dessen Mittel wegen der uferlosen Zuwanderung permanent gesteigert werden müssen. Irgendwo müssen die jährlich Hunderttausende mittellosen Bereicherer aus aller Welt ja untergebracht werden.

Auch nicht zu vergessen sind die Propagandakosten pro Migration, etwa die 100 Millionen Euro im Haushalt des sogenannten „Demokratie leben!“-Programms, das ein Programm zur Unterdrückung jeder Kritik an der Grenzaufhebungspolitik ist.

Hier wird mit öffentlichen Mitteln an linksextreme und selbst antidemokratische Vereine, wie zum Beispiel die Amadeu-Antonio-Stiftung oder Erdogans DITIB, die öffentliche Meinung einfach gekauft.

Fünftens – auch das fehlt –: höhere EU-Beiträge. Kommissar Oettinger hat eben absurde 12 Milliarden Euro als deutschen Mehrbeitrag pro Jahr an die EU gefordert.

Auch diese Gelder haben wir in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 nicht gefunden. Im Übrigen wären diese 12 Milliarden ziemlich genau der Betrag, den England nach dem Brexit nicht mehr bezahlen wird. Deutschland

würde damit alleine die Lücke schließen, die der Brexit reißt – ein völliger Wahnsinn!

Weiterhin fällt auf: Der Haushalt enthält einige taktisch klar geplante Wahlgeschenke schon im Hinblick auf die Bundestagswahl 2021, diese zumeist in Form von Subventionen und Ausgabenerhöhungen, leider kaum in Form von Investitionen und Steuersenkungen. Das gilt für die ganz „zufällig“ ab 2021 greifenden Förderungen des Wohneigentums für Familien, wobei das neue Baukindergeld in Höhe von 400 Millionen Euro pro Jahr noch nicht einmal die Euro-Rettungskosten von zwölf Stunden erreicht.

So viel zu den Prioritäten dieser Regierung. Auch die allgemeine Kindergelderhöhung greift voll erst ab 2021. Und auch die Veränderung beim Solidaritätszuschlag greift erstens viel zu kurz und zweitens auch erst ab 2021. Selbst 30 Jahre nach der deutschen Einheit soll der Soli immer noch nicht abgeschafft werden, zumindest nicht ganz.

Last, not least: Obwohl es eigentlich keine neue Regierungskonstellation gibt, gönnt sich die alte-neue GroKo 200 zusätzliche und gut dotierte Planstellen in den neu zugeschnittenen Ministerien: Alleine das Innenministerium bekommt 100 neue Stellen, und im BMF wird gleich ein neues sogenanntes „Vizekanzleramt“ geschaffen, eine völlig neue Teilbehörde mit 41 Stellen.

Zusammenfassend: Diese Regierung ist teuer. GroKo steht für „große Kosten“.

Statt überfälliger Steuersenkungen – wir hoffen auf ein paar mehr, aber das ist bis jetzt nicht erkennbar – sehen wir im Entwurf explodierende Ausgaben, während andererseits die großen Risiken durch die Euro-Rettung schlichtweg ignoriert werden. Es ist ein Haushalt der Täuschungen und zudem ein klassisch sozialistischer: Das Verteilen von nicht nachhaltigen Einnahmen steht im Vordergrund. Man nimmt keine Rücksicht auf den deutschen Steuerzahler, dessen Fleiß die aktuelle Geldschwemme überhaupt erst ermöglicht hat.

Dieser Steuerbürger wird mit Schönwetterpropaganda beruhigt, während er gleichzeitig zahlen muss wie nie zuvor in der Geschichte dieses Landes.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Statt überfälliger Steuersenkungen sehen wir im Entwurf explodierende Ausgaben.**

Eckhardt Rehberg, CDU/CSU:

## Ein Dreiklang aus Entlastung, Solidität und Seriosität



Eckhardt Rehberg (\*1954)  
WK Meckl.-Seenplatte II-LK Rostock III

Kollege Boehringer, wenn ich es richtig mitgezählt habe, brachten Sie im Deutschen Bundestag fünfmal die gleiche Soße, wenn ich die Sitzungen des Haushaltsausschusses noch dazuzähle – da sagten Sie das noch einmal dreimal – war es achtmal die gleiche Soße.

Ich mache Ihnen einmal einen Vorschlag: Schaffen Sie sich einen neuen Kopierer an, und halten Sie hier einmal eine sachgerechte Rede, die sich mit dem Bundeshaushalt 2018 und der Finanzplanung bis 2022 befasst. Das ist mein Vorschlag an Sie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Bundeshaushalt mit der Finanzplanung steht in einer Kontinuität: keine neuen Schulden bis zum Jahr 2022. Er setzt Schwerpunkte für Zukunft und Wachstum, er sorgt durch Mehrausgaben für den Zusammenhalt in unserem Land, und wir werden die Bürger in dieser Legislaturperiode massiv bei Steuern und Abgaben entlasten.

Ich meine, dieser Dreiklang aus Entlastung, Solidität und Seriosität ist richtig und passt zusammen.

Allen, die eben gelacht haben, sage ich: Wir werden in dieser Legislaturperiode eine Gesamtentlastung – so ist es aktuell geplant – in Höhe von 64 Milliarden Euro bis zum Jahr 2021 vornehmen, und zwar bestehend aus Absenkungen bei den Sozialabgaben, Kindergelderhöhung, Reduzierung des Soli, Erhöhung des Grundfreibetrages und Bekämpfung der kalten Progression. Das macht allein im Jahr 2021 eine steuerliche Entlastung in Höhe von 25 Milliarden Euro und eine Entlastung bei den Abgaben insbesondere für Bezieher niedriger Einkommen in Höhe von 8,5 Milliarden Euro aus. Dieses erarbeiten wir uns bis dahin im Gegensatz zu Ihnen von der AfD, die Sie den Leuten vor-

gaukeln, es sei möglich, die Mehrwertsteuer um 7 Prozentpunkte zu senken und den Soli sofort abzuschaffen. Das wären 100 Milliarden Euro weniger Einnahmen für den Gesamtstaat; das hieße weniger Geld für Schulen, weniger für Polizei, weniger für sozialen Zusammenhalt. Das ist Ihre Politik!

Unsere ist eine gänzlich andere. Das haben wir uns in einem Jahrzehnt erarbeitet; Finanzminister Scholz ist darauf eingegangen. Im Haushalt 2010 haben wir mit einer Verschuldung in Höhe von 86 Milliarden Euro bei einem Haushaltsetat von etwa 300 Milliarden Euro begonnen. Seit 2014 haben wir keine neuen Schulden mehr gemacht. Wir werden in diesem Jahr oder im nächsten Jahr im Rahmen der Maastricht-Kriterien die Schuldenstandsquote auf unter 60 Prozent bringen. Wir halten die Schuldenbremse ein. Ich meine, das ist nachhaltige Haushaltspolitik: ohne Schulden, mit Überschüssen in Wachstum und Zusammenhalt investieren. Überschüsse sind für uns kein Fetisch, sondern das Ergebnis einer nachhaltigen Haushalts- und Finanzpolitik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man muss gelegentlich daran erinnern, dass nach der Steuerschätzung der Gesamtstaat 63 Milliarden Euro mehr einnimmt. Aufgeteilt sind das für den Bund knapp 30 Milliarden Euro, für die Länder etwa 25 Milliarden Euro und für die Kommunen 9 Milliarden Euro. Wenn ich mir die Steuerzuwächse anschau, stelle ich fest, dass sie bei den Kommunen besonders stark sind, während sie bei den Ländern weniger stark und beim Bund am schwächsten sind. Schaut man sich die Steuerschätzung bis 2022 an, muss man heute schon 10 Milliarden Euro Soli abziehen und außerdem 10,5 Milliarden Euro an Kfz-Steuer für drei Jahre. Das heißt, wir werden nicht nur die Bürger entlasten, sondern auch bei den Bund-Länder-Finanzbeziehungen 10 Milliarden Euro mehr für Länder und Kommunen zur Verfügung stellen.

Herr Minister Scholz, ich bin beim Thema Entflechtungsmittel völlig bei Ihnen. Aber ich sage Ihnen: Warum machen wir die Grundgesetzänderung im Bereich des sozialen Wohnungsbaus?

Über das letzte Jahrzehnt hat der Bund für 200 000 Sozialwohnungen Geld zur Verfügung gestellt, aber es wurden nur 120 000 Sozialwohnungen von der Ländergemeinschaft gebaut. Hamburg und Bayern – Herr Scholz, Sie sind ein ehemaliger Ministerpräsident, neben Ihnen sitzt noch einer; Sie gehören nicht zu den großen Sündern der Verwendung von Bundesmitteln – sind davon ausdrücklich ausgenommen; beide Länder haben einen eigenen Anteil geleistet. Angesichts der Entflechtungsmittel in Höhe von 3 Milliarden Euro und der Eigenverantwortung der Länder – und ich sehe, wo wir die Länder ohne Gegenleistung entlasten: dieses Jahr 5 Milliarden Euro für Länder und Kommunen, BAföG-Entlastung ohne Gegenleistung; ich kann das weiter fortführen –, gehört es, glaube ich, zur Gesamtverantwortung im Föderalismus, dass die Länder das vom Bund zur Verfügung gestellte Geld auch verantwortungsvoll

und sachgerecht einsetzen, damit wir nicht zu Mitteln wie einer Grundgesetzänderung greifen müssen, um das Geld für den Wohnungsbau dort ankommen zu lassen, wo es hingehört. Zur Gesamtverantwortung gehören Bund, Länder und Kommunen, alle zusammen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

### Zur Gesamtverantwortung gehören Bund, Länder und Kommunen, alle zusammen.

Sie sind auch auf die deutliche Steigerung der Mittel für die innere Sicherheit eingegangen, 45 Prozent mehr seit 2013. Auch bei den Verkehrsinvestitionen ist ein deutlicher Aufwuchs zu verzeichnen. Zunehmend stoßen wir aber an Grenzen, nicht nur im Verkehrsbereich. Überhaupt nicht zufriedenstellend sind die Abflüsse beim Fonds zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen in Höhe von 7 Milliarden Euro. Überhaupt nicht zufriedenstellend sind die Umsetzungszahlen beim Budget für den Kitausbau in Höhe von 1,7 Milliarden Euro. Im ersten Paket sind gerade einmal 700 Millionen Euro abgeflossen, 87 Prozent zweckgebunden; vom zweiten Paket ist noch gar nichts abgeflossen.

Die Herausforderung der nächsten Jahre wird nicht nur sein, Geld zur Verfügung zu stellen. Die Herausforderung wird sein, endlich das Planungsrecht zu entrümpeln, damit das Geld für Infrastrukturinvestitionen, für Gebäudesanierungen, für den Neubau zügiger und besser fließen kann.

Herr Minister Scholz, ich hoffe, Sie stellen sich da an die Spitze der Bewegung. Hinzu kommt – auch das darf man nicht aus dem Blick verlieren – folgende Situation: Nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern in vielen anderen Bundesländern schreiben Kommunen aus; aber es gibt keine Angebote oder nur Mondscheinangebote. Wir müssen an dieser Stelle aufpassen, dass das, was an Investitionsmitteln zur Verfügung steht, und das, was an Baukapazitäten vorhanden ist, sich in etwa die Waage hält, damit die Baupreise nicht über Gebühr steigen und wir dann nicht die Leistungen bekommen, die wir dafür eigentlich bekommen müssten. Hier muss also eine Ausgewogenheit vorhan-

den sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit Blick auf die Länder und Kommunen ist natürlich auch die Frage zu stellen, welche Verantwortung sie für ihre originären Aufgaben wahrnehmen. Kindergärten sind keine Bundesaufgabe, Schulen sind keine Bundesaufgabe, Hochschulen sind überwiegend keine Bundesaufgabe. Die Länder hatten im letzten Jahr einen Nettoüberschuss von 12,4 Milliarden Euro, die Kommunen einen von 9 Milliarden Euro, und in diesem Jahr haben wir für die Länder eine Prognose von noch über 12,4 Milliarden Euro. Deswegen frage ich manche Ministerpräsidentin und manchen Ministerpräsidenten, die immer nur gezielt auf den Bund schauen: Was ist denn Ihre eigene Verantwortung? Wofür sind die Länder noch selber zuständig, wofür übernehmen sie mit ihrem Geld Verantwortung? Es wird meines Erachtens in dieser Legislaturperiode darauf ankommen, hier wieder Ausgewogenheit herzustellen. Verantwortungsgemeinschaft sollte eines der Ziele sein.

Neben der Gesamtverantwortung von Ländern und Kommunen geht es auch um den Aufwuchs im Haushalt für den sozialen Bereich. Hier sind wir mittlerweile bei 52 Prozent. Wir investieren, wir entlasten die Bürger, und dies alles ohne Schulden. Ich freue mich – ich habe das an dieser Stelle schon einmal gesagt –, meinen drei Enkeln gegenüberzutreten und ihnen sagen zu können: Mit dem Haushalt 2018 und in der Prognose für die nächsten Jahre laste ich euch keine zusätzliche Bürde auf.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)



Deutschland ist aktuell in guter finanzieller Verfassung: Die Schuldenuhr des Bundes der Steuerzahler läuft inzwischen rückwärts.

© picture alliance / Paul Zinken/dpa

Otto Fricke, FDP:

## Nichts Neues und nichts Besseres



Otto Fricke (\*1965)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Es ist schwierig, nach einer solchen Situation, in der wir uns alle wieder einmal bewusst werden, dass wir Menschen sind mit unseren Stärken und Schwächen, zurück zum Haushalt zu kommen, aber da der Haushalt am Ende ja das Schicksalsbuch unserer Nation ist, ist das vielleicht ein Übergang.

Es ist die zwölfte Einbringung eines Haushalts, die ich erleben darf. Herr Minister, ich muss ehrlich sagen: Ich habe selten, eigentlich noch nie erlebt – bei Ihren Vorgängern war es immer anders –, dass der Finanzminister so wenig Emotionen mit diesem so wichtigen Schicksalsbuch unserer Nation verbindet.

Ich hoffe für unser Land, dass da mehr kommt; denn es geht beim Haushalt auch darum, zu kämpfen und etwas zu tun.

Vorab eine Anmerkung zu formalen Dingen: Herr Minister, ich hätte mich auch gefreut, wenn Sie einmal – wie all Ihre Vorgänger in den Jahren zuvor – den Weg in den Haushaltsausschuss gefunden hätten, bevor wir hier die Debatte führen.

Ja, wir haben eine Telefonkonferenz gemacht, aber das ist bisher einfach zu wenig. Der Haushaltsausschuss hat bisher noch nicht einmal eine Ankündigung erhalten, wann der Herr Minister denn kommen wolle. Vielleicht wird es dann sein, wenn Sie Ihren eigenen kleinen Hausetat verteidigen.

Aber ich muss schon sagen: Im Zusammenspiel zwischen Haushaltsausschuss und Bundesregierung muss da noch einiges mehr kommen.

Meine Damen und Herren, der

Haushalt hat eine Linie. Die Linie heißt: Weiter so.

Wir bekommen mehr Geld, das haben wir in den letzten vier Jahren auch bekommen, das hat eigentlich ganz gut funktioniert, und wir machen weiter so. Aber was nicht zu erkennen ist, sind wirkliche Schwerpunkte; das hat man bei Ihrer Rede gemerkt: ein Gleiten durch die Welt. Für mich war das eher eine Regierungserklärung eines Vizekanzlers, der mal mehr werden will, aber es war nicht die Einbringung eines Haushaltes durch den Finanz- und Haushaltsminister.

Schauen wir es uns einmal an. Bei der Investitionsquote fällt Ihnen dann nachher auf: Oh Gott, oh Gott, die Finanzplanung zeigt wirklich, dass sie nach unten geht. – Sie setzen an Stellen, die die Zukunft bedeuten, keine Zeichen, sondern Sie lassen es gleiten. Sie machen einfach weiter so und sagen: „Es wird sich nachher schon ändern“, und das bei einer Finanzplanung – nicht bei titelscharfen Dingen –, die Sie selber festlegen, Herr Finanzminister.

Meine Damen und Herren, das sendet auch ein Zeichen nach draußen. Wenn ein Staat zwar numerisch die Investitionen steigert, aber die Investitionsquote langsam runtergleiten lässt, dann fragen sich doch Privatunternehmen, die den wesentlichen Teil der Investitionen in diesem Land ausmachen: Warum sollen wir denn in Deutschland investieren, wenn selbst der Staat es nicht tut? Hier zeigen Sie erneut, dass es Ihnen nicht um Neues, um Besseres, um die Zukunft geht, sondern nur um das Gestalten der Gegenwart und das Abarbeiten der Vergangenheit.

Herr Minister, wo sind – das habe ich bei Ihren Vorgängern erlebt, und zwar egal von welcher Partei – die Dinge, bei denen Sie einmal das tun müssen, was ein Finanzminister tun muss, nämlich Nein zu sagen? Wo sagen Sie Nein? Gibt es wesentliche Ausgaben, bei denen Sie gesagt haben: „Mit mir, Scholz, gibt es das nicht, auch wenn es das mit meinem Vorgänger gegeben hat“? Wo sagen Sie bei Subventionen Nein? In Nordrhein-Westfalen läuft in diesem Jahr eine Subvention aus, die nicht leicht abzubauen war.

Was machen Sie? Sie sagen: Ich mache eine neue Subvention, die nichts anderes ist als die Eigenheimzulage, die Koch/Steinbrück und eine Große Koalition unter großen Schmerzen abgebaut haben, und baue die langsam, aber sicher in Milliardenhöhe auf. Anstatt die Leute zu entlasten, gehen Sie hin und sagen: Ich verteile Geschenke, mache neue Subventionen, streiche keine Ausgaben; ich mache weiter so. – Das ist keine Haushaltspolitik.

Man könnte denken: Na ja, neun Jahre laufen gut, vielleicht gehe ich an einer anderen Stelle einmal hin und trenne mich von Dingen, die der Staat nicht unbedingt mitschleppen muss: Stichwort „Privatisierung“.

Man muss doch als Finanzminister überlegen: Warum bin ich eigentlich direkt oder indirekt noch Eigentümer eines Weltlogistikunternehmens? Warum bin ich noch Eigentümer eines Unter-

nehmens bei der Bahn, die eine Tochtergesellschaft, DB Schenker, hat, die sich international im Wettbewerb mit dem anderen Unternehmen, das ich habe, befindet? Warum ist der Staat eigentlich noch Eigentümer eines Telekommunikationsunternehmens, das mit dreistelligen Milliardenbeträgen auf dem amerikanischen Markt eine Fusion anstrebt? Ist das die Aufgabe eines modernen Staates? Ist das ein Blick in die Zukunft? Nein.

Das, was Sie machen, ist: Hauptsache Dividenden, Hauptsache „Weiter so“.

Zum Stichwort „Steigerung der Ausgaben“. Sie beziehen sich dabei immer wieder auf die Sozialquote. Ja, an der Sozialquote kann man messen, ob man eine sozialverantwortliche Regierung hat. Deswegen sage ich – Sie werden jetzt fragen: warum sagt er das für die schwarz-gelbe Regierung? –: Die höchste Sozialquote hatten wir in der Vergangenheit in den Jahren 2009 und 2010. Warum? Weil wir, als es dem Land in einer wirtschaftlichen

Krise nicht gut ging, durch gezielte Injektionen in die Sozialpolitik dafür gesorgt haben, dass es wieder aufwärtsgehen konnte.

Sie hingegen schrauben die Sozialquote in Jahren hoch, in denen es der Wirtschaft eigentlich sehr gutgeht. Das ist ein Weiter so, das ist nichts Neues und nichts Besseres.

Zum Schluss: Herr Minister, ich hätte von Ihnen das erwartet, was man von einem ehrbaren Hamburger Kaufmann erwartet. Ich hätte erwartet, was einer Ihrer Vorgänger, nämlich Helmut Schmidt, bei der

Einbringung des Haushalts 1974 gesagt hat: Sicherlich muss man bei jedem Haushalt auch immer den Rotstift gebrauchen, um dann andere gute Dinge zu tun. – Das kann ich bei Ihrem Haushalt nicht feststellen. Sie sind bisher leider nur Vizekanzler, aber noch nicht Finanzminister.

(Beifall bei der FDP)

**Meine Damen und Herren, der Haushalt hat eine Linie. Die Linie heißt: Weiter so.**

Johannes Kahrs, SPD:

## Wir wollen regieren, wir regieren, der Haushalt zeigt das



Johannes Kahrs (\*1963)  
Wahlkreis Hamburg-Mitte

Otto, jetzt weiß ich, was ich vier Jahre lang nicht vermisst habe. Im Ergebnis ist billiger Populismus ehrlicherweise ein bisschen einfach, und für einen Norddeutschen ist die Rede, die Olaf Scholz gehalten hat, für seine Verhältnisse relativ lebhaft.

Es gibt Menschen, die populistisch unterwegs sind, und es gibt eben Menschen, die auf der Sachebene unterwegs sind, die einen fundierten Haushalt vorlegen, der sauber durchfinanziert ist. Sie versprechen nichts, was sie nicht

halten können. Sie hupen nicht laufend in der Gegend herum und sind nicht gefrustet, weil sie selber nicht regieren können. Sie erzählen nicht davon, was sie selber alles unter Schwarz-Gelb gemacht haben. Wir könnten jetzt über die missglückte Brennelementesteuer reden, die uns etliche Milliarden Euro gekostet hat. Wir könnten uns jetzt über die Luftverkehrssteuer unterhalten, die Sie als Steuererhöhungspartei eingeführt haben. Es gibt viele Dinge, über die wir reden könnten. Das Erbe der FDP ist ein bitteres. Wir reden aber über den Haushalt – da haben Sie recht – der nächsten vier Jahre.

In den nächsten vier Jahren – das hat Olaf Scholz in Absprache mit CDU, CSU und SPD hier vorgelegt – gibt es einen Haushalt, in dem wir investieren, in dem wir auf der einen Seite etwas für Familien mit Kindern tun und gleichzeitig den Staat stärken. Wir geben auch für die Polizei mehr Geld aus. Wir investieren in Bereichen, die uns wichtig sind. Europa wird mehr Geld kosten; das ist so. Das hat Herr Boehrin-

ger von der AfD zwar erwähnt, er hat aber vergessen, zu sagen, dass wir auch die Hauptprofiteure der Europäischen Union sind.

Europa ist wichtig. Europa ist gut. Europa ist unsere Zukunft. Es gilt, Europa nicht immer schlechtzureden. Es gilt, auch in schwierigen Zeiten zu Europa zu stehen und Europa zu stärken. Einzelne Staaten können die Probleme, die vor uns liegen, national nicht lösen. Man kann sie nur gemeinsam lösen. Das gilt für das Verhältnis zu den um uns herum liegenden Ländern. Das gilt für Umweltpolitik. Das gilt für Entwicklungspolitik. Das kriegen wir nicht alleine hin.

Wenn man kurzfristig denkt und sich auf seinen eigenen kleinen geistigen Horizont beschränkt, dann kommt man über die deutschen Landesgrenzen nicht hinweg. Wenn man aber eine Politik für dieses Land, für Europa, für die Menschen hier macht, dann legt man genau einen solchen Haushalt vor, wie Olaf Scholz ihn vorgelegt hat, und dann weiß man, dass dieses Land in den nächsten vier Jahren

in guten Händen ist. Beide Partner wollen regieren und werden regieren; das sieht man diesem Haushalt auch an.

Wenn man über Familien mit Kindern redet, dann kann man über das Kindergeld und über das Baukindergeld reden. Wir Sozialdemokraten haben uns dafür eingesetzt, dass dieses nicht nur für Neubauten, sondern auch für Bestandsbauten gelten soll, dass es zum 1. Januar 2018 eingeführt werden soll, damit Familien mit Kindern davon entsprechend profitieren können und Eigentum gebildet werden kann, damit Menschen dieses Eigentum, von dem wir immer reden, auch als Absicherung für ihr Leben, für ihre Rente finanzieren können. Und das können die SPD, die CDU und die CSU gemeinsam. Wir haben das durchgesetzt. Es steht hier im Haushalt. Es wird kommen. Man kann als FDP natürlich sagen: Man will nicht, dass Eigentum gebildet wird. Man will Familien mit Kindern nicht unterstützen. – Das

**Es gilt, auch in schwierigen Zeiten zu Europa zu stehen und Europa zu stärken.**

kann ich verstehen. Die Besserverdienenden machen das alles selber. Wir aber wollen, dass Familien mit Kindern eine Zukunft haben. Hier investieren wir. Deswegen ist es auch ein Investitionshaushalt, sehr geehrte Damen und Herren.

Wenn man sich anguckt, was alles in diesem Haushalt steht, dann stellt man fest, dass wir zum Beispiel im Kitabereich investieren. Wir haben eine Bundesfamilienministerin, die ein Gute-Kita-Gesetz vorgelegt hat. Dieses Gesetz wird kommen; und darin wird stehen, dass wir uns mit jedem Bundesland einzeln darüber unterhalten werden, wie wir die Situation bei den Kitas besser gestalten können – kostenlos oder bessere Qualität, beides wird kommen. Wir werden uns viel Zeit nehmen, und wir werden Geld in die Hand nehmen, um die Qualität in Kitas durchzusetzen und zu finanzieren, weil Familien, die sich auf Kitas verlassen, einen Anspruch nicht nur darauf haben, dass Ki-

tas einen bestimmten Betreuungszeitraum abdecken, sondern auch auf Qualität.

Wir als Bund – hier hat Eckhardt Rehberg recht – sind nicht ausschließlich zuständig, aber trotzdem engagieren wir uns, Eckhardt. Ich freue mich auch über deine Unterstützung und die Unterstützung der CDU/CSU, dass wir im Kitabereich investieren können. Das ist richtig, und das ist gut so.

Natürlich ist es so, dass man über die Investitionskurve reden muss. Die Investitionskurve liegt durch unsere Investitionen 20 Milliarden Euro über dem, was für den Haushalt vorgesehen war. Gleichzeitig flacht sie am Ende etwas ab. Das liegt aber daran, dass wir Gelder noch nicht gebunden haben, weil sie ausgeplant werden. Wenn diese dann kommen, wird es eine ansteigende Kurve sein.

Wir geben mehr Geld an Länder und Kommunen. Der Kollege Rehberg kritisiert das ab und an, weil die Länder und Kommunen manchmal ziemlich eigenwillig damit umgehen. Aber wir Sozialdemokraten haben in der letzten Legislaturperiode dafür gesorgt, dass Länder und Kommunen

mehr Geld zur Verfügung haben. Dann wird vor Ort – in den Städten, in den Gemeinden, in den Dörfern – investiert. Dann sehen die Menschen, dass das Geld abfließt und es genau da ankommt, wo die Menschen es brauchen. Deswegen war es richtig und gut von uns Sozialdemokraten, dass wir immer darauf gedrungen haben, dass Geld auch an die Länder und Kommunen geht. Deswegen, Ecki, ist es genauso richtig und wichtig, dass wir aufpassen, dass dieses Geld vernünftig ausgegeben wird. Deswegen ist es auch gut, dass es diese Grundgesetzänderung geben wird. Wir werben dafür um Zustimmung und glauben, dass es im Ergebnis eine gute Sache ist.

Dann ist es so, dass von den Steuermehreinnahmen – jeder glaubt, der Bund hat auf einmal 60 Milliarden Euro; das hat er nicht – ein Großteil an Länder und Kommunen geht. Netto bleiben für den Bund in vier Jahren 10,8 Milliarden Euro. Mit diesem Geld werden wir auch Dinge im

Bereich der Digitalisierung voranbringen, die wir richtig und wichtig finden. Wir werden durch den Abbau der kalten Progression den Bürger entlasten, und das Jahr für Jahr. Wir werden die Bürger beim Soli entlasten. 90 Prozent der Menschen werden im ersten Schritt entlastet werden. Wenn die AfD sagt, dass sie die anderen 10 Prozent auch sofort entlasten möchte, dann möchte die AfD die Besserverdienenden entlasten. Dann kann eben weniger Geld für Kitas, für Pflege und vor Ort investiert werden. Das, was die AfD hier

**Wir werden durch den Abbau der kalten Progression den Bürger entlasten.**

betreibt, ist billiger Populismus. Mit billigem Populismus bringen Sie dieses Land nicht voran. Olaf Scholz, diese Koalition bringt dieses Land voran. Wir wollen regieren. Wir regieren. Der Haushalt zeigt das. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dr. Gesine Löttsch, Die Linke:

## Haushalt vom Kopf auf die Füße stellen



**Gesine Löttsch (\*1961)**  
Wahlkreis Berlin-Lichtenberg

Der Titel des Koalitionsvertrages lautet: „Ein neuer Aufbruch für Europa – Eine neue Dynamik für Deutschland – Ein neuer Zusammenhalt für unser Land“.

Aber, meine Damen und Herren, nichts, aber auch gar nichts davon ist mit diesem Haushalt eingelöst.

Das ist nicht nur eine Blamage für Olaf Scholz, sondern vor al-

lem fatal für die Menschen in unserem Land. Sie beten weiter das Mantra von der schwarzen Null herunter. Ich frage mich, warum die SPD unbedingt das Finanzministerium übernehmen wollte, wenn sie die Politik von Wolfgang Schäuble eins zu eins weiterführen will.

Sie versuchen, den Menschen einzureden, mit der schwarzen Null wären alle Probleme gelöst. Nein, damit fangen viele Probleme erst einmal an. Wir als Linke sagen Ihnen: Wir brauchen endlich ein gerechtes Steuersystem. Die SPD hat im Wahlkampf die Einführung der Vermögensteuer gefordert, wollte Steuerschlupflöcher schließen. Davon ist nichts mehr zu hören, und das ist falsch, meine Damen und Herren.

**Sie versuchen, den Menschen einzureden, mit der schwarzen Null wären alle Probleme gelöst.**

Ich sage Ihnen: Wenn die Vermögenden nicht stärker besteuert werden, werden Armut und Vermögen in unserem Land zunehmen. Das spaltet unser Land, und das kön-

nen wir nicht hinnehmen.

Sie investieren – trotz aller schönen Worte, die Sie hier gefunden haben, Herr Scholz – weniger als nötig in die Zukunft. Das ist rücksichtslos gegenüber nachfolgenden Generationen, meine Damen und Herren.

Der Deutsche Städtetag hat berechnet, dass allein in den Kommunen ein Investitionsstau von 126 Milliarden Euro herrscht. Das heißt, es müssen dringend Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Straßen, Brücken saniert oder neu gebaut werden. Dem Bürger ist es doch egal, wer für welche Aufgabe zuständig ist – er will, dass das Land funktioniert, und darauf hat er auch ein Anrecht, meine Damen und Herren.

Dieser Haushalt ist auch schlecht für Europa. In der Finanzkrise hat die Bundesregierung 280 Milliarden Euro an Zinsen eingespart. Das ist fast der Bundeshaushalt für ein ganzes Jahr. Deutschland ist damit Gewinner der Finanzkrise, und die Bundesregierung hat mit ihrer Kürzungspolitik reihenweise Verlierer produziert. Natürlich wird jetzt in Europa genau beobach-

tet, wie sich die Bundesregierung verhält: Investiert sie in europäische Solidarität, oder handelt sie weiter nach dem Prinzip „Jeder ist sich selbst der Nächste“? Gibt sie weiter den strengen Zuchtmeister? Wir wissen doch alle, dass die Kürzungsvorgaben der Bundesregierung die Krise in vielen europäischen Ländern verschärft hat. Das dürfen wir nicht weiter zulassen, meine Damen und Herren.

Völlig verantwortungslos ist die weitere Erhöhung der Rüstungsausgaben. 2016 gaben Sie für das Militär 35,1 Milliarden Euro aus, und innerhalb von nur neun Jahren wollen Sie die Ausgaben fast verdoppeln. Ich frage Sie: Wo ist der Feind der NATO, der im gleichen Zeitraum seine Militärausgaben verdoppeln will? Ich sehe ihn nicht, meine Damen und Herren.

Für Rüstungsunternehmen wie Rheinmetall oder Airbus ist mehr Geld für die Bundeswehr natürlich ein Segen, für alle anderen ein Fluch. Denn damit bleibt Deutschland Teil des Wettrüstens; damit tragen Sie auch Verantwortung für die weitere Destabilisierung des Friedens in der Welt. Und damit muss endlich Schluss sein.

Schluss sein muss auch mit den Waffenlieferungen nach Sau-

di-Arabien und in die Türkei. Viele haben sich ja nun aufgeregt, dass sich zwei Fußballspieler mit Erdogan fotografieren ließen – kann man machen.

Viel schlimmer finde ich es, wenn Frau Merkel und Frau von der Leyen mit Erdogan Waffendeals abschließen und damit den Weltfrieden gefährden.

**Ich sage Ihnen: Mehr Fußball und weniger Panzer, das wäre besser für uns alle.**

Ich sage Ihnen: Mehr Fußball und weniger Panzer, das wäre besser für uns alle.

Meine Damen und Herren, ist es wirklich so schwer, zu verstehen, dass unser Land, das extrem von Exporten abhängig ist, alles tun muss, um kalte und heiße Kriege zu vermeiden? Ist es wirklich so schwer, zu verstehen, dass die extreme Exportabhängigkeit unseres Landes in Handelskriegen zum Problem wird?

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns den Haushalt in den Haushaltsberatungen vom Kopf auf die Füße stellen. Sorgen wir für mehr Exportunabhängigkeit, sorgen wir für mehr Investitionen, sorgen wir für eine bessere Zukunft und mehr Sicherheit für unser Land.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Sven-Christian Kindler, Bündnis 90/Die Grünen:

## Bisher ist das ein Haushalt ohne Zukunft



© Stefan Kaminski

Sven-Christian Kindler (\*1985)  
Landesliste Niedersachsen

**S**ehr geehrter Herr Minister Scholz, ich teile inhaltlich nicht vieles in der Rede von Johannes Kahrs, aber er hat eines gezeigt: Als Norddeutscher kann man Reden halten, bei denen das Publikum nicht fast einschläft. Vielen Dank dafür, Johannes.

Guten Morgen, Herr Minister! Das ist Ihr erster Haushalt und Ihre erste Finanzplanung, die Sie heute vorlegen. Die Frage ist: Was machen Sie daraus? Sie haben eine extrem gute Ausgangslage, von der viele Finanzminister nur träumen. Und doch: So wie es aussieht, scheinen Sie das Geld lustlos und ohne Energie mit der Gießkanne zu verteilen. Das hat einen Preis. Dafür fällt vieles hinten runter. Das ist ein Haushalt, in dem die Investitionsquote sinken wird. Das ist ein Haushalt, in dem die Bekämpfung von Armut ignoriert wird. Das ist ein Haushalt, in dem die Klimakrise totgeschwiegen wird. Das ist ein Haushalt, in dem bisher nichts für Europa eingestellt ist. Das ist ein Haushalt, in dem die Rüstungsausgaben drastisch steigen. Meine Damen und Herren, um es auf den Punkt zu bringen: Das ist ein Haushalt ohne Zukunft.

Haushalt heißt Entscheidungen treffen, mutig sein und Prioritäten setzen, Prioritäten setzen für Europa, für Frieden, für Gerechtigkeit, für das Klima. Aber das alles findet man im vorliegenden Haushalt nicht. Es gibt keinen Plan, kein Ziel. Man weiß nicht, wohin die Reise gehen soll. Stattdessen, Herr Scholz, verwalten Sie lustlos und ambitionslos das Erbe von Wolfgang Schäuble. Das ist kein Aufbruch, kein Politikwechsel im Finanzministerium, das ist nur ein müdes Weiter-so. Das ist ein klarer Fehlstart als Finanzminister, Herr Scholz.

Der vorliegende Haushalt braucht ein stabiles Fundament; denn die aktuell gute Lage blen-

det. Wir haben Probleme in der Substanz. Die großen Spielräume im Haushalt sind das Nebenprodukt einer historisch einmaligen Niedrigzinsphase in Deutschland. 162 Milliarden Euro hat der Bundeshaushalt seit 2008 an Zinskosten gespart. 162 Milliarden Euro! Das heißt konkret: Mario Draghi hat deutlich mehr für den ausgeglicheneren Haushalt getan als diese Bundesregierung.

Herr Scholz, Sie setzen einfach darauf, dass es mit den guten Steuereinnahmen, mit der guten Konjunktur und mit den historisch niedrigen Zinsen weitergeht. Ich sage Ihnen: Gerade in diesen krassen weltpolitischen Zeiten, in denen so viel in Bewegung ist, ist das eine gefährliche Wette auf die Zukunft.

Zum Thema Investitionen. Auch das ist gefährlich, was Sie hier vorgehen. Trotz Ihrer Ausführungen, Ihrer Ausflüchte: Es geht nicht um die nominalen Investitionen, sondern es geht um die Investitionsquote, also gemessen an den Ausgaben im Haushalt. Die Steuereinnahmen steigen, das heißt, Sie haben deutlich mehr Geld für Investitionen zur Verfügung. Selbst wenn man die Entflechtungsmittel mit einrechnet, sinkt die Investitionsquote im Finanzplan. Das ist Fakt.

Wir haben in Deutschland einen großen Investitionsstau in Höhe von 126 Milliarden Euro. Das betrifft die Kommunen, die Infrastruktur, die öffentliche Daseinsvorsorge und die Verwaltung, die auf Verschleiß gefahren wird. Ich finde, für einen SPD-Finanzminister ist es ein politischer Offenbarungseid, wenn im Haushalt dann auch noch die Investitionsquote sinkt. So geht es nicht.

Damit verschulden Sie sich massiv an der Zukunft. Aber das scheint Ihr Motto zu sein: Schulden an der Zukunft.

Die Mittel für die meisten Projekte auf Ihrer Prioritätenliste werden erst am Ende Ihrer Wahlperiode fällig, und das wird richtig teuer. Es handelt sich um milliarden schwere Projekte: die Abschmelzung des Solis, das Baukindergeld, die Mütterrente II und vieles mehr. Das dicke Ende kommt zum Schluss, ab 2022. Die Kosten kippen Sie dann der nächsten Regierung vor die Füße. Ich sage Ihnen: Das ist keine nachhaltige, keine solide, keine generationengerechte Haushaltspolitik.

Herr Scholz, im Koalitionsvertrag wurde ein Aufbruch für Europa versprochen. Sie als Finanzminister wären jetzt in der Verantwortung, das auch einzulösen. Aber weder im Haushalt noch in der Finanzplanung findet sich etwas dazu. Es gibt keine neuen Mittel für den europäischen Haushalt, keine Reaktion auf Macron oder auf Juncker, stattdessen sehr allgemeine Sätze und vage Ankündigungen. Sie haben gesagt, „vielleicht“ könne man Mittel beim ESM einsetzen. Das ist wenig Konkretes, und das, obwohl Europa und Frankreich seit vielen Monaten auf die Vorschläge aus Deutschland warten. Bisher kommt nur Nörgeln, Bremsen und Blockieren, nur Nein, Nein, Nein. – So geht es nicht. Ich finde das verantwortungslos. Die Bundesregierung muss endlich handeln.

Das Einzige, was Sie wirklich konkret gesagt haben, war, dass der deutsche Beitrag für den europäischen Haushalt bei 1 Prozent bleiben soll, und das, obwohl

Haushaltskommissar Oettinger – von der CDU übrigens – schon 1,14 Prozent, also mehr, in Aussicht gestellt hat. Das heißt, Ihr Vorschlag liegt unter dem Niveau des Vorschlags der Kommission. Damit stärken Sie Europa nicht, damit schwächen Sie Europa, Herr Minister.

Herr Scholz, gerade wenn es um Europa geht, dann kann man als Finanzminister den Haushalt nicht nur als Verwaltungsangelegenheit behandeln. Wenn man Europa nach vorne bringen will, wenn man die Menschen für Europa begeistern will, dann braucht man Begeisterung, Mut und Leidenschaft. Man muss für Europa werben. Aber all das habe ich in Ihrer Rede leider nicht gespürt. So wird Europa nicht vorankommen.

Herr Minister Scholz, die Frage lautet: Wollen Sie das, was Martin Schulz in den Koalitionsvertrag geschrieben hat, durchsetzen, oder wollen Sie einfach nur die Agenda von Wolfgang Schäuble fortsetzen? Ich frage mich: Welche Partei stellt eigentlich gerade den Finanzminister? Ist es die SPD, ist es die CDU? Man weiß es nicht so genau. Ich fordere Sie auf, Herr Scholz: Bekennen Sie in Sachen Europa endlich Farbe! Handeln Sie endlich! Legen Sie Ihre Vorschläge vor!

Man schweigt aber nicht nur zu Europa, sondern auch bei den zentralen Fragen unseres Jahrhunderts. In Sachen Klimakrise bilden SPD, CDU und CSU ein Schweigekartell. Dieser Haushaltsplan enthält keine Antworten auf diese Jahrhundertherausforderung. Stattdessen werden über 50 Milliarden Euro für klimaschädliche Subventionen ausgegeben. Für die Klimarettung gibt man ein paar Millionen, aber für die Klimazerstörung Milliarden aus: für den schweren Dienstwagen, für den Diesel, für die Agrarindustrie, für Plastiktüten. All das kostet sehr viel Geld. All das zerstört unsere Lebensgrundlagen. Ich sage Ihnen: Diese absurde Subventionspolitik können wir uns schlicht nicht mehr leisten.

Dieser Haushaltsplan ignoriert auch die Notwendigkeit der Bekämpfung von Armut. Das ist Ausdruck der Prioritätensetzung dieser Koalition. Sie haben 10 Milliarden Euro für die Abschmelzung des Soli in den Finanzplan eingestellt. Davon profitiert derjenige, der heute in Vollzeit zum Mindestlohn arbeitet, gar nicht. Sie führen mit dem Baukindergeld eine neue milliarden schwere Subvention für Besserverdienende ein. Gleichzeitig gibt es aber nur Krümel für den sozialen Wohnungsbau und für Mieterinnen und Mieter. Sie verteilen das Geld bei der Mütterrente mit der Gießkanne, anstatt gezielt gegen Altersarmut

vorzugehen.

Die armen Kinder bekommen den kleinsten Teil vom Haushalt, während die Eltern, die viel verdienen, den Kinderfreibetrag noch obendrauf bekommen. Ich sage Ihnen: Ihre Prioritätensetzung in diesem Haushalt verringert nicht die soziale Spaltung, sondern vergrößert sie. Das muss sich ändern.

Last, but not least das Thema Rüstung: Der Bundeswehretat steigt in den nächsten vier Jahren massiv, um 16 Milliarden Euro in vier Jahren. Kein anderer Etat wird bis 2021 so stark steigen. Trotzdem will die Verteidigungsministerin noch mehr Geld für den Bundeswehretat. Ich sage Ihnen: Das, was die große Koalition hier aufführt, ist ein Stück aus dem Tollhaus.

Im gleichen Zeitraum sparen Sie bei den Ausgaben für Entwicklung und Diplomatie. Die Ausgaben des Auswärtigen Amtes sinken laut Finanzplan sogar, und das in einer Welt, in der wir nicht weniger, sondern mehr Diplomatie und mehr zivile Einsätze brauchen. Sie machen genau das Gegenteil: Sie setzen vor allen Dingen auf das Militär. Ich sage Ihnen: Das ist die völlig falsche Prioritätensetzung.

Wir Grüne leugnen nicht die Probleme bei der Bundeswehr. Wir wollen, dass die Probleme bei der Bundeswehr gelöst werden; aber wir wissen auch, dass man riesige Strukturprobleme nicht einfach dadurch löst, dass man mehr Geld auf die alten Strukturen kippt. Das Chaos im Ministerium, die Fehlplanungen, dass viel Geld nicht ausgegeben wird, dass Rüstungsprojekte als Wahlkreisgeschenke fungieren, das alles sind Strukturprobleme der Bundeswehr, und die löst man nicht, indem man einfach mehr Geld draufkippt.

Herr Minister, wir stehen erst am Anfang dieser Haushaltsberatungen. Wir werden Ihnen in den Haushaltsberatungen konkrete Vorschläge unterbreiten, wie man die Prioritäten richtig setzen kann, für Europa, für das Klima, für Gerechtigkeit, für Frieden; denn dieser Haushalt muss sich dringend ändern. Bisher ist das ein Haushalt ohne Zukunft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Um den Etat von Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) wird innerhalb und außerhalb der Koalition gerungen. © dpa

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen zudem die Abgeordneten Lothar Binding (SPD), Prof. Dr. Harald Weyel (AfD), Ralph Brinkhaus (CDU/CSU), Christian Dürr (FDP), Fabio De Masi (Die Linke), Antje Tillmann (CDU/CSU), Andreas Schwarz (SPD) und Alois Rainer (CDU/CSU).

leicht  
erklärt!

# Erdgas für Deutschland

## Was ist Nord Stream?



Im folgenden Text geht es um ein Bau-Projekt.

Es hat den Namen: Nord Stream.  
Das spricht man ungefähr so:  
Nord Stream.

Folgende Fragen werden  
zum Beispiel besprochen:

- Was ist Nord Stream?
- Welche verschiedenen Meinungen gibt es dazu?
- Worüber wird gerade genau gesprochen?

### Was ist Nord Stream?

Nord Stream ist  
eine Leitung aus Rohren.

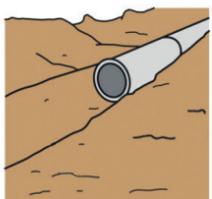
Durch diese Rohre fließt Erdgas.

Die Rohre gehen von Russland nach  
Deutschland.

Sie sind ungefähr 1200 Kilometer lang.

Sie laufen durch die Ost-See.  
Und liegen auf dem Meeres-Grund.

Das Erdgas kommt aus Russland.  
Russland verkauft es an Deutschland  
und andere Länder in West-Europa.



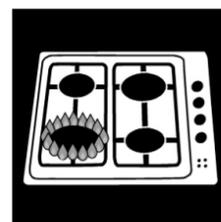
### Was passiert mit dem Erdgas?

Das Erdgas wird zum Teil  
in Deutschland verbraucht.

Zum Teil wird es auch in andere  
Länder in West-Europa weitergeleitet.

Benutzt wird es  
für verschiedene Dinge:

- In Wohn-Häusern  
wird mit Erdgas geheizt.  
Oder es werden Gas-Herde  
damit betrieben.
- Man kann damit Autos betanken.
- In Kraft-Werken kann man  
damit Strom herstellen.



### Erdgas ist wichtig

Erdgas ist eine Energie-Quelle.

Andere Energie-Quellen  
sind zum Beispiel:

- Erd-Öl
- Kohle
- Atom-Energie
- Wind-Kraft
- Solar-Energie



Erdgas ist eine wichtige Energie-Quelle für Deutschland.

Nach Erd-Öl steht sie in Deutschland auf Platz 2.

Das soll sich in Zukunft ändern.

Dann will man mehr Wind-Räder und Solar-Anlagen nutzen.

Aber für die nächsten Jahrzehnte wird Erdgas noch wichtig bleiben.



## Transport nach Deutschland

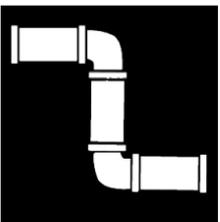
Auch in Deutschland baut man Erdgas ab. Aber nicht genug.

Darum kauft Deutschland auch Erdgas in anderen Ländern. Zum Beispiel in Nordwegen, den Niederlanden und Russland.

Am meisten Erdgas liefert Russland.

Und dieses Gas muss man nach Deutschland transportieren.

Am einfachsten geht das mit Leitungen aus Rohren.



Davon gibt es verschiedene. Und Nord Stream ist eine davon.

Sie ist seit dem Jahr 2011 im Einsatz.

Über Nord Stream wird viel geredet.

Denn: Einige Dinge daran sind gut. Einige Dinge sind aber auch schlecht.



## Was gut an Nord Stream ist

### Sichere Versorgung

Die Rohre von Nord Stream laufen durch die Ost-See.

Das ist eine Besonderheit.

Andere Rohre für Erdgas laufen über Land.



Das bedeutet: Sie laufen auf dem Weg von Russland nach Deutschland durch verschiedene Länder. Diese Länder kann man darum auch Durchgangs-Länder nennen.

Eine Leitung mit dem Namen „Jamal“ führt zum Beispiel durch die Länder Weiß-Russland und Polen.

Und eine mit dem Namen „Transgas“ führt durch die Länder Ukraine, Slowakei und Tschechien.

Wenn eine Rohr-Leitung durch viele Durchgangs-Länder führt, dann kann es zu Problemen kommen.

Denn:

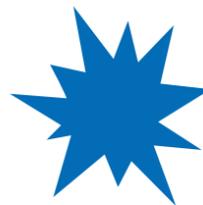
Man kann nie sagen, wie die Zusammenarbeit mit einem Durchgangs-Land funktionieren wird. Und was in anderen Ländern passiert.

Probleme in einem Durchgangs-Land können die Erdgas-Lieferungen behindern.

Im Jahr 2009 hatte Russland zum Beispiel einen Streit mit dem Land Ukraine.

Darum hat Russland die Erdgas-Leitung in die Ukraine abgedreht.

Und so hat dann auch Deutschland kein Erdgas mehr über diese Rohre bekommen.



Außerdem müssen sich die Durchgangs-Länder um die Rohre kümmern.

Wenn das nicht gemacht wird, dann können sie kaputt gehen. Und dann wird die Lieferung vielleicht auch unterbrochen.

Sicherer ist eine direkte Verbindung von Russland nach Deutschland.

Und die hat man mit Nord Stream.

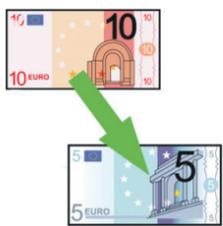
## Geringere Kosten

Wenn die Rohre für Erdgas durch ein Land laufen, dann lässt das Land sich das bezahlen.

Zum Beispiel:

Die Ukraine verdient als Durchgangs-Land jedes Jahr etwa 2 Milliarden Euro.

Durch diese Kosten wird das Erdgas teurer für Deutschland.



Wenn man die Rohre durch die Ost-See legt, dann spart man dieses Geld.

Für Deutschland ist das natürlich gut.

## Was schlecht an Nord Stream ist

### Abhängigkeit von Lieferungen

Deutschland kauft einen Großteil von seinem Erdgas von Russland.

Das bedeutet: Es braucht Russland in diesem Bereich sehr.

Man weiß aber nie genau, wie sich die Zusammenarbeit zwischen zwei Ländern verändert.

Vielleicht gibt es irgendwann Probleme zwischen Deutschland und Russland.

Wenn Russland dann kein Erdgas mehr liefert, ist das ein großes Problem für Deutschland.

Dazu muss man aber sagen: Bisher hat Russland alle seine Lieferungen durchgeführt.

Viele Experten finden trotzdem:

Es ist immer besser, sich nicht zu sehr auf ein Land zu verlassen.

Wenn man das Erdgas von vielen verschiedenen Ländern kauft, kann auch mal ein Land ausfallen. Das ist dann nicht ganz so schlimm.



## Schlecht für Durchgangs-Länder

Die Durchgangs-Länder verdienen Geld durch das Erdgas.

Wenn das Erdgas nicht mehr durch diese Länder geleitet wird, dann verlieren sie das Geld.

Für die Durchgangs-Länder ist Nord Stream darum schlecht.

Sie beschweren sich darüber.



## Europäische Union

In Europa gibt es die Europäische Union.

Das ist eine Gruppe von mehreren europäischen Ländern.

Sie haben sich zusammengetan. Sie wollen eine gemeinsame Politik machen. Sie soll ganz Europa beachten.

Deutschland gehört zur Europäischen Union. Auch einige von den Durchgangs-Ländern gehören dazu. Und andere arbeiten eng mit der Europäischen Union zusammen.

Die Europäische Union möchte gerne eine enge Zusammenarbeit von ihren Mitglieds-Ländern, wenn es um die Energie-Versorgung geht.

Nord Stream ist aber für einige Länder gut und für andere schlecht.

Es ist also kein Projekt, dass alle Länder in der Europäischen Union beachtet.



## Umwelt-Schutz

Nord Stream ist ein großes Bau-Projekt. Und es geht direkt durch das Meer.

Für den Bau muss man stark in die Natur eingreifen.

Man muss zum Beispiel den Meeres-Boden aufgraben.

Viele Natur-Schützer sagen: Das ist schlecht für die Umwelt.



## 2 neue Rohre

Im Moment wird wieder viel über Nord Stream gesprochen.

Der Grund dafür ist:  
Bisher besteht Nord Stream aus 2 Rohren.  
Sie sind seit 2011 im Einsatz.

Jetzt will man 2 neue Rohre bauen.  
Ab dem Jahr 2019 soll es dann also 4 Rohre geben.

Viele Menschen sind gegen die neuen Rohre.

Die Gründe dafür sind eigentlich genau die gleichen wie bei den beiden Rohren, die es schon gibt.

Vor allem die Ukraine beschwert sich im Moment.

Sie fürchtet: Bald wird gar kein Erdgas mehr durch das Land geleitet.



## USA

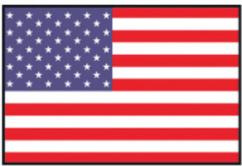
Auch die USA sind gegen die neuen Rohre.

Denn: Die USA und Russland sind in vielen Dingen Gegner.

Darum wollen die USA nicht, dass Russland und die Europäische Union zu eng zusammenarbeiten.

Außerdem wollen die USA ihr eigenes Erdgas an Europa verkaufen.

Aber das ist natürlich schwerer, wenn man aus Russland viel einfacher und günstiger Erdgas kaufen kann.



## Neue Rohre nötig?

Manche Menschen finden auch: Die beiden neuen Rohre sind unnötig.

Denn: Durch die 2 Rohre, die es schon gibt, leitet man gar nicht so viel Gas wie möglich.

Die Kritiker sagen darum: Man braucht nicht noch mehr Rohre.

Andere Menschen sagen aber: In Zukunft wird man die zusätzlichen Rohre brauchen.



## Was passiert jetzt?

Die Bau-Arbeiten für die 2 neuen Rohre haben letzte Woche begonnen.

Trotzdem gibt es noch viele Gespräche über das Projekt.

Manche Experten glauben auch: Das Projekt könnte noch eingestellt werden.

Die Bundes-Regierung versucht darum jetzt, mit allen Beteiligten zu sprechen.

Man will einige Dinge klären.

Eine Forderung ist zum Beispiel: Es soll eine Garantie geben, dass die Ukraine auch weiter ein Durchgangs-Land bleibt.

Und die USA sollen auch mit den Plänen einverstanden sein.

Man wird sehen, wie es weitergeht.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: [www.bundestag.de/leichte\\_sprache](http://www.bundestag.de/leichte_sprache)

## Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten  
Werk**

[www.nachrichtenwerk.de](http://www.nachrichtenwerk.de)

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / Stefan Sauer/dpa. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 21-23/2018  
Die nächste Ausgabe erscheint am 11. Juni 2018.